



Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2013



Im Auftrag des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2013

Bettina Müller, Christian Rammer, Friso Schlitte, Isabel Sünner,
Jan Wedemeier, Christina Benita Wilke

Impressum

Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft
in der Freien Hansestadt Bremen 2013

Bremen, Februar 2014

Herausgeber:

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Zweite Schlachtpforte 3
28195 Bremen

Autorinnen und Autoren:

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gemeinnützige GmbH, Zweigniederlassung Bremen (HWWI Bremen):

Friso Schlitte, Isabel Sünner, Jan Wedemeier, Christina Benita Wilke

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW):

Bettina Müller, Christian Rammer

Wir haben uns bemüht, alle in dieser Studie enthaltenen Angaben sorgfältig zu recherchieren und zu verarbeiten. Dabei wurde zum Teil auf Informationen Dritter zurückgegriffen. Einzelne Angaben können sich insbesondere durch Zeitablauf oder infolge von gesetzlichen Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität sämtlicher Angaben kann daher keine Gewähr übernommen werden.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des Herausgebers nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	8
Tabellenverzeichnis	12
1 Einleitung	13
2 Methodik	15
2.1 Abgrenzung des Mittelstandsbegriffs	15
2.2 Amtliche und sonstige Sekundärstatistiken	16
2.2.1 Beschäftigung und Ausbildung	16
2.2.2 Umsatz und Außenhandel	17
2.2.3 Handwerkstatistik und freie Berufe	19
2.3 Erhebungen	20
2.3.1 HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung im Land Bremen 2013	20
2.3.2 Zusatzbefragung Bremen im Rahmen der Deutschen Innovationserhebung 2013	22
2.3.3 Mannheimer Unternehmenspanel (MUP)	23
2.4 Leitfadengestützte Interviews und Expertenworkshops	24
3 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	27
3.1 Aktuelles Geschäftsklima für den Mittelstand in Deutschland und in Bremen	27
3.2 Ausgewählte Standortfaktoren für den Mittelstand im Land Bremen	29
3.2.1 Demografie und Arbeitsmarkt	30
3.2.2 Standortkosten	31
3.2.3 Erreichbarkeit/Infrastruktur	41
4 Aktuelle Situation und Entwicklungen im bremischen Mittelstand	43
4.1 Anzahl, Umsatz und Struktur der Unternehmen	43
4.2 Anzahl und Struktur der Beschäftigten	49
4.2.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	49
4.2.2 Handwerk und freie Berufe	54
4.2.3 Beschäftigtenstruktur	58
4.3 Aus- und Weiterbildung sowie Familienfreundlichkeit	60
4.3.1 Ausbildung	61
4.3.2 Weiterbildung	64
4.3.3 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	67
4.4 Nachfrage nach Arbeitskräften	69
4.5 Gründungsgeschehen	74
4.6 Auslandsaktivitäten und Export	77
4.7 Förderpolitik	83

4.8 Standortbewertung	88
4.9 Zusammenfassung	94
5 Mittelstand und unternehmensnahe Dienstleistungen	96
5.1 Bedeutung und Abgrenzung der UDL im Land Bremen	96
5.1.1 Fragestellung	96
5.1.2 Abgrenzung	97
5.1.3 Gesamtwirtschaftliche Bedeutung	98
5.1.4 Unternehmensstrukturen	99
5.2 Geschäftsstrategien der unternehmensnahen Dienstleister	103
5.2.1 Wettbewerbsstrategien	104
5.2.2 Kundenorientierung	112
5.2.3 Geschäftspartnerschaften	117
5.2.4 Humankapital	123
5.3 Perspektiven der unternehmensnahen Dienstleistungen im Land Bremen	128
5.3.1 Geschäftslage und -erwartungen	129
5.3.2 Beschäftigungsdynamik und Expansionspläne	131
5.3.3 Wachstumsstrategien und -hemmnisse	139
5.3.4 Beurteilung des Standorts	143
5.3.5 Beitrag von Gründungen, Schließungen und Bestandsunternehmen zur Dynamik in den UDL	147
5.4 Zusammenfassung	152
6 Handlungsempfehlungen	154
6.1 Arbeitskräftepotenziale und berufliche Qualifizierung	154
6.2 Standortkosten	157
6.3 Erreichbarkeit/Infrastruktur	160
6.4 Internationalisierung	161
6.5 Vernetzung	163
6.6 Förderpolitik	164
7 Fazit und Ausblick	167
Literaturverzeichnis	170
Anhang	175
A1 Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen 2013	175
A2 Fragen zu Wachstumsstrategien und -hemmnissen in der Innovationserhebung 2013	181
A3 Leitfragen für ausgewählte Akteure aus dem Bereich der UDL	182
A4 Dokumentation der qualitativen Interviews aus den Teilbereichen	184
A5 Tabellen mit Anzahl von Betrieben und SV-Beschäftigten nach Wirtschaftszweig	207

A6 Strategien zur Erreichung der Unternehmensziele in mittelständischen Unternehmen der UDL im Land Bremen	208
A7 Hindernisse für die Erreichung der Unternehmensziele in mittelständischen Unternehmen der UDL im Land Bremen	208
A8 Strategien zur Erreichung der Unternehmensziele in den UDL im Land Bremen	209
A9 Hindernisse für die Erreichung von Unternehmenszielen in den UDL im Land Bremen	210

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Auftragslage	28
Abbildung 2: Auftragsentwicklung	29
Abbildung 3: Kaufwert je qm baureifes Land gegenüber der Stadt Bremen	33
Abbildung 4: Kaufwert je qm baureifes Land gegenüber Bremerhaven	34
Abbildung 5: Abweichung der Büromieten nach Nutzungswert 2012 gegenüber der Stadt Bremen	34
Abbildung 6: Abweichung der Büromieten nach Nutzungswert gegenüber Bremerhaven	35
Abbildung 7: Abweichung der Ladenmieten im Geschäftskern in 1A-Lage 2012 gegenüber der Stadt Bremen	36
Abbildung 8: Abweichung der Ladenmieten im Nebenkern in 1A-Lage 2012 gegenüber der Stadt Bremen	36
Abbildung 9: Abweichung der Ladenmieten im Geschäftskern in 1A-Lage gegenüber Bremerhaven	37
Abbildung 10: Abweichung der Ladenmieten im Nebenkern in 1A-Lage gegenüber Bremerhaven	38
Abbildung 11: Abweichung von den Hebesätzen der Gewerbesteuer gegenüber der Stadt Bremen	38
Abbildung 12: Abweichung von den Hebesätzen der Gewerbesteuer gegenüber Bremerhaven	39
Abbildung 13: Abweichung von den Hebesätzen der Grundsteuer B gegenüber der Stadt Bremen	40
Abbildung 14: Abweichung von den Hebesätzen der Grundsteuer B gegenüber Bremerhaven	40
Abbildung 15: Anzahl der Unternehmen im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen 2011	44
Abbildung 16: Umsatz Unternehmen im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen 2011	45
Abbildung 17: Anzahl und Umsatz von allen Unternehmen	46
Abbildung 18: Anzahl und Umsatz von KMU	47
Abbildung 19: Wachstumsrate des Umsatzes der Unternehmen im Land Bremen und in Deutschland zwischen 2009 und 2011	48
Abbildung 20: Anzahl von Betrieben im Land Bremen nach Beschäftigungsgrößenklassen 2012	50
Abbildung 21: Anzahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen nach Beschäftigungsgrößenklassen 2012	51
Abbildung 22: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen 2012	52

Abbildung 23: Veränderung der SV-Beschäftigten 2012 gegenüber 2009 nach Wirtschaftszweigen	53
Abbildung 24: Durchschnittliche Anzahl der SV-Beschäftigten in Betrieben 2009 bis 2012	54
Abbildung 25: Selbständige in freien Berufen im Land Bremen 2009	57
Abbildung 26: Zugänge von Freiberuflern im Land Bremen zwischen 2009 und 2011	58
Abbildung 27: Anzahl der Auszubildenden	62
Abbildung 28: Ausbildungsintensität nach Betriebsgrößenklasse	63
Abbildung 29: Ausbildungsintensität je Wirtschaftszweig	64
Abbildung 30: Anteil Beschäftigter, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen	65
Abbildung 31: Gründe für den Verzicht auf Weiterbildung in den UDL im Land Bremen	66
Abbildung 32: Familie und Beruf – flexible Arbeitszeit	67
Abbildung 33: Familie und Beruf – familienfreundliche Arbeitsorganisation	68
Abbildung 34: Familie und Beruf – betriebliche Kinderbetreuung	68
Abbildung 35: Grund für Neueinstellung	69
Abbildung 36: Anteil der KMU, die gerne mehr Beschäftigte eingestellt hätten	70
Abbildung 37: Grund für unterlassene Einstellung	71
Abbildung 38: Abschluss Neueinstellungen	72
Abbildung 39: Anteil der KMU, die Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen hatten	72
Abbildung 40: Schwierigkeiten bei der Einstellung	73
Abbildung 41: Gründungen und Schließungen 2003 bis 2012 im Land Bremen	76
Abbildung 42: Gründungsintensitäten 2003 bis 2012 im Bundesländervergleich	77
Abbildung 43: Exportunternehmen 2011 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen	78
Abbildung 44: Exportumsatz nach Umsatzgrößenklassen 2011 im Land Bremen	79
Abbildung 45: Anteil kleinere und mittlere Exportunternehmen und -umsätze ausgewählter Branchen im Land Bremen 2011	80
Abbildung 46: Ausfuhr insgesamt	81
Abbildung 47: Nutzung der Angebote von Unterstützungseinrichtungen durch mittelständische Unternehmen im Land Bremen	85
Abbildung 48: Inanspruchnahme von Unterstützung der öffentlichen Hand nach Bereichen	87
Abbildung 49: Unterstützung durch die öffentliche Hand in unternehmensnahe Dienstleistungen	88
Abbildung 50: Wirtschaftsstandort Land Bremen	89
Abbildung 51: Standortveränderungen	89
Abbildung 52: Zielgebiete	90
Abbildung 53: Standortfaktor – Angebot von Flächen und Büroräumen	91
Abbildung 54: Standortfaktor – Kosten für Fläche und Büroräume	91
Abbildung 55: Standortfaktor – Verkehrsanbindung	92

Abbildung 56: Standortfaktor – technische Infrastruktur	92
Abbildung 57: Standortfaktor – räumliche Nähe zu Kunden	93
Abbildung 58: Standortfaktor – Fachkräfteangebot	93
Abbildung 59: Umsatz je Unternehmen 2010 und 2012 in den UDL im Land Bremen	101
Abbildung 60: Umsatz je Beschäftigten 2012 in den UDL im Land Bremen	102
Abbildung 61: Alter der Unternehmen in den UDL im Land Bremen	103
Abbildung 62: Strategien zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit in den UDL im Land Bremen	104
Abbildung 63: Verbreitung von Innovationen in den UDL im Land Bremen	107
Abbildung 64: Bedeutung von Patenten und Standards für die Innovationstätigkeit in den UDL im Land Bremen	108
Abbildung 65: Unternehmen in den UDL im Land Bremen, die sich noch nicht mit Dienstleistungsnormen befasst haben	110
Abbildung 66: Rolle von Dienstleistungsnormen in den UDL im Land Bremen	111
Abbildung 67: Vergleich der Kundenstruktur der mittelständischen UDL im Land Bremen mit der Absatzstruktur der UDL in Deutschland	114
Abbildung 68: Regionale Absatzstruktur der mittelständischen UDL im Land Bremen 2012	116
Abbildung 69: Exportquote der mittelständischen UDL im Land Bremen (2012) und der UDL in Deutschland insgesamt (2009)	117
Abbildung 70: Verbreitung von Geschäftspartnerschaften in den UDL im Land Bremen	118
Abbildung 71: Standort der Geschäftspartner von UDL-Unternehmen im Land Bremen	121
Abbildung 72: Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in den mittelständischen UDL im Land Bremen 2012	124
Abbildung 73: Verbreitung von Weiterbildungsaktivitäten in den UDL im Land Bremen im Jahr 2012	125
Abbildung 74: Anteil der Beschäftigten in den UDL im Land Bremen, die 2012 an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben	126
Abbildung 75: Weiterbildungsaufwendungen pro Beschäftigtem in den UDL im Land Bremen (2012) im Vergleich zu Deutschland (2010)	127
Abbildung 76: Gründe für den Verzicht auf Weiterbildung in den UDL im Land Bremen	128
Abbildung 77: Beurteilung der Auftragslage Mitte 2013 in den UDL im Land Bremen	129
Abbildung 78: Erwartete Entwicklung der Auftragslage bis Ende 2013 in den UDL im Land Bremen	130
Abbildung 79: Aktuelle und erwartete Auftragslage in den UDL im Land Bremen	131
Abbildung 80: Beschäftigungsveränderung zwischen 2010 und 2012 sowie Neueinstellungsquote 2012/ 13 in den UDL im Land Bremen	132

Abbildung 81: Gründe für die Neueinstellung von Beschäftigten 2012/13 in den UDL im Land Bremen	133
Abbildung 82: Nicht umgesetzter Einstellungsbedarf 2012/13 in den UDL im Land Bremen	134
Abbildung 83: Gründe für nicht gedeckten Einstellungsbedarf 2012/13 in den UDL im Land Bremen	135
Abbildung 84: Geplante Neueinstellungen bis 2014 in den UDL im Land Bremen	136
Abbildung 85: Zusammensetzung der bis 2014 geplanten Neueinstellungen in den UDL im Land Bremen nach Qualifikationsgruppen	137
Abbildung 86: UDL im Land Bremen, die Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen bis 2014 erwarten	138
Abbildung 87: Art der erwarteten Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen bis 2014 in den UDL im Land Bremen	139
Abbildung 88: Wichtige Strategien zur Erreichung der Unternehmensziele in mittelständischen Unternehmen der UDL im Land Bremen	141
Abbildung 89: Wesentliche Hindernisse für die Erreichung der Unternehmensziele in mittelständischen Unternehmen der UDL im Land Bremen	142
Abbildung 90: Zufriedenheit der Unternehmen in den UDL im Land Bremen mit dem Standort	144
Abbildung 91: Bedeutung von Standortfaktoren für die künftige Entwicklung der UDL im Land Bremen	145
Abbildung 92: Geplante Standortverlagerungen in den UDL im Land Bremen	146
Abbildung 93: Standort von geplanten Standortverlagerungen in den UDL im Land Bremen	146
Abbildung 94: Gründungs- und Schließungsraten in den mittelständischen UDL im Land Bremen	147
Abbildung 95: Beschäftigungsentwicklung in etablierten mittelständischen UDL-Unternehmen im Land Bremen zwischen 2003 und 2012	148
Abbildung 96: Beschäftigungsentwicklung in den mittelständischen UDL im Land Bremen 2003–2012	149
Abbildung 97: Verteilung der Beschäftigten in den mittelständischen UDL im Land Bremen nach Unternehmenstypen	150
Abbildung 98: Verteilung der Beschäftigten in den mittelständischen UDL im Land Bremen nach Unternehmenstypen	151

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Definition des Mittelstands	16
Tabelle 2: Kennzahlen zur Mittelstandsbefragung Bremen 2013	22
Tabelle 3: Demografischen Eckdaten	31
Tabelle 4: Erreichbarkeit – Erreichbare Bevölkerung innerhalb von zwei Stunden Fahrzeit	41
Tabelle 5: Handwerksbetriebe, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz	55
Tabelle 6: Betriebsbestand, Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im Land Bremen	56
Tabelle 7: Strukturdaten zu Beschäftigung	59
Tabelle 8: Strukturdaten zu Beschäftigung und Geschäftsführung im Land Bremen nach Sektoren	60
Tabelle 9: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den UDL 2012	98
Tabelle 10: Größenstruktur der mittelständischen Unternehmen in den UDL im Land Bremen 2012	100
Tabelle 11: Bedeutung von Strategien zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit in den UDL im Land Bremen	105
Tabelle 12: Anteil der einzelnen Kundenbranchen am gesamten Umsatz der jeweiligen Teilbranche im Land Bremen 2012	113
Tabelle 13: Bedeutung der Geschäftspartner gewichtet am Umsatz der Unternehmen mit Geschäftspartnern im Land Bremen 2012	119
Tabelle 14: Art der Zusammenarbeit zwischen UDL im Land Bremen und ihren Geschäftspartnern	122
Tabelle 15: Funktionsbereiche der Zusammenarbeit zwischen UDL im Land Bremen und ihren Geschäftspartnern	123
Tabelle 16: Unternehmensziele in den UDL im Land Bremen	140

1 | Einleitung

Kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) leisten einen entscheidenden Beitrag zur zukunftsorientierten wirtschaftlichen Entwicklung einer Region. Die mittelständische Wirtschaft ist Hauptträger der Beschäftigung und Ausbildung.¹ Existenzgründungen stärken die regionale Innovationskraft, leisten einen Beitrag zur Diversifikation der Wirtschaftsstruktur und schaffen zukunftsfähige Beschäftigung in der Region. Zugleich unterstützen sie den Strukturwandel hin zu einem guten Mix aus Dienstleistungswirtschaft, verarbeitendem Gewerbe und einer innovativen Forschungs- und Entwicklungslandschaft (FuE).

Der Mittelstand steht durch die Globalisierung unter hohem Wettbewerbsdruck. Gleichzeitig ist die mittelständische Wirtschaft ein wichtiger Innovationsmotor. Denn viele Neuerungen, seien es Produktinnovationen, neue Verfahren oder neue Geschäftsmodelle, gehen häufig von kleinen Unternehmen aus. Sie spüren durch den engen Kontakt mit Kunden und Nutzern neue Bedürfnisse oft als Erste auf und testen neue Lösungswege. Da viele neue Anwendungsfelder für große Unternehmen zunächst wegen der geringen Nachfrage unattraktiv sind, braucht es eine leistungsfähige mittelständische Wirtschaft, um Innovationspotenziale in der Breite zu erschließen.

Eine besondere Rolle innerhalb des Mittelstands spielen die unternehmensnahen Dienstleistungen. Sie erbringen spezialisierte Dienstleistungen für andere Unternehmen und unterstützen diese in vielfältiger Weise. Damit kommt ihnen eine hohe qualitative Bedeutung als Standortfaktor für die Industrie zu. Dies liegt zum einen daran, dass sich Industrieunternehmen zunehmend auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren und Tätigkeiten, die nicht unmittelbar mit ihrer Hauptgeschäftsaktivität zu tun haben, nicht mehr selber durchführen, sondern von außen zukaufen. Zum anderen ist in den Dienstleistungsunternehmen im Zeitverlauf viel Spezialwissen aufgebaut worden, auf das andere Unternehmen in zunehmendem Maße zurückgreifen können. Hier liegen für den stark ausgeprägten Industriesektor im Land Bremen große Zukunftschancen, namentlich für die Automobilindustrie, aber auch für die im Bremer Masterplan Industrie² ausgewiesenen Innovationscluster in den Bereichen der Luft- und Raumfahrt, Maritimen Wirtschaft und Logistik sowie der Windenergie.

Um das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial von KMU voll ausschöpfen zu können, bedarf es mittelstandsgerechter Rahmenbedingungen sowie einer gezielten und problemadäquaten Förderung. Beides setzt fundierte und fortlaufende Analysen über die Lage und besonderen Anforderungen der mittelständischen Wirtschaft voraus.

¹ Vgl. hierzu insbesondere die statistische Auswertung im Abschnitt 4.2.1.

² Vgl. Der Senator für Wirtschaft und Häfen (2010).

Zu diesem Zweck schreibt das bremische Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz) einmal pro Legislaturperiode die Erstellung eines Mittelstandsberichts vor (§ 12), der „über die Situation der mittelständischen Wirtschaft im Land [sowie] über die getroffenen Fördermaßnahmen und deren Effekte sowie Zielerreichungsgrad“ berichtet.

Ein solcher Mittelstandsbericht ist erstmals 2009 mit dem Schwerpunktthema „Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise“ vom Senator für Wirtschaft und Häfen veröffentlicht worden.³ Ziel des innerhalb dieser Legislaturperiode neu zu erstellenden Mittelstandsberichts 2013 ist es, die Datenbasis des Mittelstandsberichts 2009 fortzuschreiben und als Schwerpunktthema die Potenziale für unternehmensnahe Dienstleistungen (UDL) im Land Bremen sowie deren Fachkräftebedarf zu analysieren. Unternehmensnahe Dienstleistungen sind ein wichtiger Teilbereich der mittelständischen Wirtschaft in Bremen. Auf sie entfallen rund 40 Prozent der Unternehmen und über ein Drittel des Umsatzes. Sie zeichnen sich durch eine höhere Wachstumsdynamik aus, zudem entsteht ein Großteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze in diesem Bereich. Die Ergebnisse des Mittelstandsberichts beziehungsweise der zu Grunde liegenden Untersuchungen dienen u. a. der kontinuierlichen Weiterentwicklung der unternehmensbezogenen Förderung und sollen hierfür konkrete Hinweise und Empfehlungen liefern. Sie sollen jedoch auch im Sinne einer allgemeinen Verbesserung mittelstandsgerechter Rahmenbedingungen ressortübergreifend Hinweise und Empfehlungen zur bremischen Politik insgesamt liefern.

Im Februar 2013 wurde das HWWI Bremen zusammen mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) entsprechend dieser Zielsetzung mit der Erstellung des nachfolgenden „Berichts über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2013“ beauftragt.

Der Bericht gliedert sich wie folgt: Zunächst wird in Kapitel 2 eine Abgrenzung des Mittelstandsbegriffs vorgenommen sowie ein Überblick über die diesem Bericht zugrunde liegende Methodik und die verwendeten quantitativen und qualitativen Datenquellen gegeben. Daran anschließend werden in Kapitel 3 die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den bremischen Mittelstand aufgezeigt. Die Kapitel 4 und 5 bilden das Herzstück des Berichts. Kapitel 4 beschreibt dabei die aktuelle Situation und Entwicklung des Mittelstands im Land Bremen und schreibt die Datenbasis des Mittelstandsberichts 2009 fort. Kapitel 5 umfasst darüber hinaus Analysen zum Schwerpunktthema der unternehmensnahen Dienstleistungen. In Kapitel 6 werden basierend auf den Ergebnissen der Kapitel 3 bis 5 Handlungsempfehlungen für die bremische Politik und Wirtschaft zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand im Land Bremen abgeleitet. Der Bericht schließt mit einem kurzen Fazit und Ausblick in Kapitel 7.

³ Vgl. Schneider et al. (2013).

2 | Methodik

Ein umfassendes Bild der Lage des Mittelstands ist mit Hilfe der amtlichen Statistik nicht darstellbar. In Bremen hat es mit der „Mittelstandsenquête Bremen“⁴ im letzten Jahrzehnt eine breit angelegte Mittelstandsuntersuchung gegeben, die den Grundstein für eine systematische und fortlaufende Betrachtung dieses ökonomisch bedeutsamen Bereichs gelegt hat.

Im Folgenden werden zunächst die für diesen Bericht gewählte Definition des Mittelstandsbegriffs erläutert sowie die für die Analysen im Rahmen dieses Berichtes verwendeten Datenquellen vorgestellt. Diese bilden die Basis für die qualitative Analysen anhand leitfadengestützter Interviews und Expertenworkshops, deren Konzeption nachfolgend ebenfalls aufgezeigt wird.

2.1 | Abgrenzung des Mittelstandsbegriffs

Die hier verwendete Mittelstandsdefinition orientiert sich an der gängigen Abgrenzung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM). Hiernach werden unabhängige Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten oder weniger als 50 Mio. Euro Jahresumsatz zum Mittelstand gerechnet (Tabelle 1). Unternehmen mit weniger als 9 Beschäftigten oder weniger als 1 Mio. Euro Umsatz werden als kleine Unternehmen, Unternehmen mit 10 bis 499 Beschäftigten oder weniger als 50 Mio. Euro Umsatz als mittlere Unternehmen erfasst. Eine Differenzierung zwischen kleinen und kleinsten Unternehmen wird nicht vorgenommen.

Die Europäische Union (EU) verwendet hingegen eine Definition, nach der Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten zu den KMU zählen. Dabei werden Unternehmen mit weniger als 9 Beschäftigten und einem Umsatz von bis zu 2 Mio. Euro als Kleinstunternehmen und Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten und einem Umsatz von bis zu 10 Mio. Euro als kleine Unternehmen bezeichnet. Mittlere Unternehmen weisen hiernach eine Beschäftigung von bis zu 249 Personen auf sowie einen Jahresumsatz von bis zu 50 Mio. Euro. Aufgrund der Europapolitik und der wettbewerbsrechtlichen EU-Wirtschaftsförderung kommt dieser EU-Definition der KMU auch in Deutschland eine zunehmende Bedeutung zu. Gemäß der EU-Definition werden jedoch noch weitere qualitative Merkmale⁵ der KMU berücksichtigt, die sich statistisch nur schwer erfassen lassen.

⁴ Vgl. Meurer/Sünner (2008, 2005).

⁵ Beispielsweise wird bei der Zuordnung beachtet, dass Unternehmen die zu 25 Prozent im Eigentum einer Unternehmensgruppierung stehen, nicht der KMU-Definition der EU zugeteilt werden.

In dem vorgelegten Bericht wird daher ausschließlich auf die Definition des IfM Bonn zurückgegriffen, deren Kriterien zum Umsatz und zur Beschäftigung statistisch greifbar sind. Zudem wird auf diese Weise die Vergleichbarkeit zum Mittelstandsbericht 2009 gewährleistet.⁶

Tabelle 1

Definition des Mittelstands

Unternehmensgröße	Beschäftigte	Umsatz/Jahr
Klein	< 9	< 1 Mio. EUR
Mittel	10 – 499	1 Mio. – 50 Mio. EUR
Groß	≥ 500	≥ 50 Mio. EUR
KMU zusammen	< 500	< 50 Mio. EUR

Quellen: IfM Bonn (2013); HWWI.

2.2 | Amtliche und sonstige Sekundärstatistiken

Die Lage und Entwicklung des bremischen Mittelstands wird auf der Basis eigener Erhebungen sowie verschiedener Sekundärstatistiken ausgewertet. Nachfolgend werden die für diesen Bericht wichtigsten Statistiken kurz erläutert. Im Wesentlichen werden den Statistiken – aufbauend auf den Analysen, die für den Mittelstandsbericht 2009 vorgenommen wurden – Kennzahlen zur Struktur und Entwicklung des Mittelstands in der bremischen Wirtschaft entnommen. Hierfür werden – auf Basis der oben genannten Definition des Mittelstands (weniger als 500 Beschäftigten beziehungsweise 50 Mio. Euro Jahresumsatz) – die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit sowie die Umsatzsteuerstatistik der statistischen Ämter verwendet. Als Datengrundlage für das Handwerk und die Freien Berufe wird auf die Handwerkszählung des statistischen Landesamtes Bremen, die Statistiken des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) und des Instituts für Freie Berufe (IFB) in Nürnberg zurückgegriffen. Für einzelne Analysen zu unternehmensnahen Dienstleistungen wird auch auf die Kostenstrukturstatistik im Dienstleistungssektor zurückgegriffen.

2.2.1 | Beschäftigung und Ausbildung

Für die Analyse von Struktur und Entwicklung der Beschäftigung im bremischen Mittelstand wird eine Sonderauswertung der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit verwendet, welche sämtliche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfasst und nach den Merkmalen Wirtschaftszweigzugehörigkeit (WZ 2008) und Betriebsgröße

⁶ Vgl. Schneider et al. (2009).

ßenklasse differenziert. Des Weiteren wurden in der Auswertung alle bestehenden Auszubildenden nach den gleichen Merkmalen differenziert erfasst. Dabei wurden die Beschäftigten und Auszubildenden am Arbeitsort zum Stichtag 30.06. in den Jahren 2009 und 2012 abgefragt.

Die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit beruht auf Meldungen ihrer sozialversicherungspflichtig (und geringfügig) Beschäftigten (SV-Beschäftigten), die die Betriebe für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem automatisierten Meldeverfahren zur Sozialversicherung einzureichen haben. Als Betriebe gelten dabei regionale und wirtschaftsfachliche Einheiten, in der mindestens ein Beschäftigter erfasst ist. Es fehlen damit alle Ein-Personen-Betriebe ohne Beschäftigte sowie Betriebe mit ausschließlich nicht versicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Betriebe werden einem Gemeindegebiet zugeordnet. Unternehmen, die mehrere Niederlassungen in mehreren Gemeinden aufweisen, werden entsprechend einzeln als verschiedene Unternehmen erfasst. Ausnahme hiervon können Unternehmen bilden, die denselben wirtschaftsfachlichen Schwerpunkt haben.⁷

Die Daten der Bundesagentur für Arbeit werden nur eingeschränkt unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Geheimhaltung veröffentlicht. So werden Zahlenwerte von eins oder zwei (zum Beispiel bei SV-Beschäftigten) und Daten, aus denen auf einen solchen Zahlenwert von eins oder zwei geschlossen werden kann, anonymisiert. Auch werden Felder anonymisiert, wenn eine Region oder ein Wirtschaftszweig lediglich ein bis zwei Betriebe aufweist. Ebenso unterliegen die Daten einer Geheimhaltung, wenn einer der Betriebe einen so hohen Beschäftigtenanteil auf sich vereint, dass die Beschäftigtenzahl faktisch eine Einzelangabe über diesen Betrieb darstellt. Letztere Regel ist der sogenannte Dominanzfall.⁸ Aufgrund dieser Anonymisierungen sind einige Daten für den Mittelstand, der ja eine Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen erfordert, nicht vollständig verfügbar.

2.2.2 | Umsatz und Außenhandel

Die Umsätze der mittelständischen Unternehmen werden mit Hilfe der Umsatzsteuerstatistik erfasst. In der Umsatzsteuerstatistik werden Unternehmen mit jährlichen Lieferungen und Leistungen (Umsatz) von mehr als 17.500 Euro (Besteuerungsgrenze) statistisch erfasst. In der Statistik sind allerdings jene Unternehmen nicht enthalten, die die Umsatzsteuer-Voranmeldung nur einmal jährlich durchführen.⁹ Darüber hinaus gibt es viele Unternehmen beziehungsweise Selbständige, die steuerfreie Umsätze tätigen,

⁷ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2013a).

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Im Regelfall leisten die Unternehmen monatlich oder vierteljährlich ihre Vorauszahlungen.

wie beispielsweise Ärzte, Übersetzungsbüros mit geringen Umsätzen oder Behörden. Zudem werden die Umsätze land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach §24 UStG (Lieferungen in das übrige Gemeinschaftsgebiet an Abnehmer mit USt-IdNr.) in der Umsatzsteuerstatistik nicht berücksichtigt.¹⁰ Des Weiteren werden aus den Daten der Umsatzsteuerstatistik annäherungsweise die Exporte anhand der steuerfreien Lieferungen und Leistungen mit Vorsteuerabzug ermittelt. Die Außenhandelsstatistik liefert zwar aktuellere und genauere Werte, beinhaltet jedoch keine Unternehmensdaten.

Für die Darstellung der Umsatzsituation und der Exportbeteiligung der mittelständischen Unternehmen in Bremen erfolgte eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Landesamtes Bremen. Die Sonderauswertung der Umsatzsteuerstatistik bezieht sich auf das Land Bremen insgesamt und umfasst eine Differenzierung der Unternehmen nach Zugehörigkeit zu Wirtschaftszweigen (WZ 2008) und Unternehmensgrößenklassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Unternehmen erfasst, die ihre Umsatzsteuer in einem anderen Bundesland leisten. Der Grund hierfür liegt in der Struktur von Unternehmenssitzen und -niederlassungen, da überwiegend die Unternehmenszentralen die Umsatzsteuer abführen.¹¹

Die Auswertung der Umsatzsteuerstatistik unterliegt zudem Einschränkungen durch die datenschutzrechtliche Geheimhaltung. Dies betrifft alle Daten, aus denen auf einzelne Angaben von steuerpflichtigen Unternehmen geschlossen werden können (sogenannte primäre Geheimhaltung/Anonymisierung). Um Rückrechnungen auf Datenpunkte zu verhindern, unterliegen häufig weitere Felder der sekundären Geheimhaltung.¹² Aufgrund der Aggregation von Daten für Bremen und Bremerhaven lassen sich die von Anonymisierungen betroffenen Fallzahlen jedoch reduzieren. Allerdings lassen sich beispielsweise keine Umsatzentwicklungen für die hier verwendete KMU-Definition ableiten, da KMU erst nach 2009 statistisch-differenziert in der Umsatzsteuerstatistik erfasst wurden. Vor 2009 wurden die Unternehmen lediglich nach Größenklassen „Unternehmen mit ≤ 5 Mio. Euro Umsatz“ und „Unternehmen mit > 5 Mio. Euro Umsatz“ abgegrenzt. Entsprechend lässt sich kein zeitlicher Längsschnitt des hier definierten Mittelstands (< 50 Mio. Euro Umsatz) darstellen. Rückrechnungen sind laut Aussage des Statistischen Landesamtes Bremen nicht möglich.

Die Daten des Unternehmensregisters werden nicht berücksichtigt. Das Unternehmensregister speist sich aus der Umsatzsteuerstatistik und der Beschäftigungsstatistik. So sind die Zahlen der Unternehmen in Umsatzsteuerstatistik und im Unternehmensregister nahezu identisch. Zudem weisen die Zahlen der Umsatzsteuerstatistik eine höhere Aktualität auf.

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2013b).

¹¹ Vgl. Soyka (2012).

¹² Vgl. ebd.

2.2.3 | Handwerkstatistik und freie Berufe

Sowohl das Handwerk als auch die freien Berufe können anhand der amtlichen Statistik nicht isoliert betrachtet werden. Beim Handwerk ist dies insbesondere darauf zurückzuführen, dass es sich nicht in den definierten Wirtschaftszweigen wiederfindet. So werden zum Beispiel einzelne Berufe wie der Bäcker oder die Reinigungsfachkraft im produzierenden Gewerbe erfasst. Die Freien Berufe hingegen sind in der Beschäftigungsstatistik nicht enthalten. Daher werden beide Bereiche in einer separaten Analyse anhand zusätzlicher Statistiken erfasst.

Das Handwerk wird mit Hilfe der Handwerkszählung des Statistischen Landesamtes sowie mit Daten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) erfasst. Ziel der Handwerkszählung ist es, Strukturdaten vorzulegen. Dabei werden die jüngsten Auswertungen der Handwerksunternehmen aus bereits erhobenen Statistiken gewonnen und nicht, wie in der Vergangenheit, vom Statistischen Landesamt neu erfragt. Die Handwerkszählung erfasst ausschließlich Unternehmen, die zulassungspflichtig (Anlage A) oder zulassungsfrei (Anlage B1) sind. Im Gegensatz zum ZDH werden keine handwerksähnlichen Unternehmen (Anlage B2) erfasst. Die Unternehmen der Anlage A der Handwerksordnung unterliegen einer Zulassungspflicht; Anlage B1 umfasst hingegen die zulassungsfreien, aber dem Handwerk zuzuordnenden Unternehmen.¹³ Unter Anlage A sind beispielsweise Zimmerer, Dachdecker oder Straßenbauer und unter Anlage B1 Uhrmacher, Raumausstatter oder Müller zu finden.

Dabei ist darauf zu achten, dass handwerkliche Nebenbetriebe nicht ausgewiesen werden (zum Beispiel die unselbständige Fleischwarenabteilung in einem Kaufhaus). Gleiches gilt für innerbetriebliche handwerkliche Abteilungen. Die Beschäftigungsdaten der Handwerkszählungen beruhen auf Daten der Bundesagentur für Arbeit, die an die statistischen Ämter übermittelt werden. In den Daten werden die Beschäftigten nach Betrieben erfasst, also auch solche Beschäftigte, die keiner handwerklichen Tätigkeiten nachgehen (zum Beispiel Verwaltung). Die Umsätze werden nach den steuerbaren Umsätzen aus Lieferungen und Leistungen erfasst und der amtlichen Statistik gemeldet. Dabei unterliegen die Daten den gleichen Restriktionen wie bei der Umsatzsteuerstatistik, das heißt, dass zum Beispiel Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 17.500 Euro nicht erfasst werden. Auch in der Handwerkszählung werden Zahlenwerte geheim gehalten oder anonymisiert.¹⁴

Im Gegensatz zur Handwerkszählung werden bei der Erhebung des ZDH die Daten auch für die Anlage B2 ausgewiesen. Unternehmen dieser Anlage der Handwerksordnung umfassen dabei auch handwerksähnliche Gewerbe. Dabei ist das handwerks-

¹³ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (2013b, 2012).

¹⁴ Vgl. ebd.

ähnliche Gewerbe nicht eindeutig definiert. Hauptmerkmal ist, dass es keine Berufszulassungsbeschränkung (u. a. Meisterbrief) durch die Handwerksordnung gibt. Beispielsweise lassen sich folgende Berufe unter der Anlage B2 wiederfinden: Rohr- und Kanalreiniger, Theaterkostümnäher oder Holzschuhmacher.¹⁵

Die Freien Berufe werden anhand einer Statistik des Instituts für Freie Berufe (IFB) in Nürnberg und eines Berichts des IfM Bonn erfasst. Die Freien Berufe unterliegen keiner Gewerbeordnung, sondern sind selbständig ausgeübte Tätigkeiten, zum Beispiel im Bereich der Wissenschaft (zum Beispiel Arzt), Erziehung (zum Beispiel Dozent) oder Kunst (zum Beispiel Kameramann). Das IFB wertet die Daten unterschiedlicher Berufsorganisationen aus und schätzt zum Teil die Zahlen auf der Grundlage des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Dabei wird die Zahl der Freien Berufe unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht erfasst.

2.3 | Erhebungen

Für die Studie wurden mehrere Erhebungen durchgeführt beziehungsweise verwendet. Zum einen wurde für den Mittelstandsbericht 2013 vom HWWI Bremen gemeinsam mit dem ZEW eine Unternehmensbefragung durchgeführt. Daneben konnte für diesen Bericht auf eine Zusatzbefragung der bremischen Unternehmen im Rahmen der Deutschen Innovationserhebung 2013¹⁶ sowie die Daten des Mannheimer Unternehmenspanel (MUP) des ZEW zurückgegriffen werden.¹⁷

2.3.1 | HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung im Land Bremen 2013

Die 2013 im Land Bremen durchgeführte HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung hatte zum Ziel, aktuelle Informationen zur Situation des Mittelstands zu erheben. Damit soll zum einen die Analyse aus dem Mittelstandsbericht 2009 zu den wirtschaftlichen Herausforderungen des Mittelstands fortgeschrieben werden. Zum anderen sollen ausgewählte Aspekte zum Schwerpunktthema der unternehmensnahen Dienstleistungen erfasst werden: Kundenstruktur, Netzwerke und Kooperationen; Fachkräftepotenzial und -bedarf; Weiterbildung und Familienfreundlichkeit; Innovationen und öffentliche Förderung.

Die HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung Bremen 2013 richtete sich an alle Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten im Land Bremen, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt in mittelstandsrelevanten Wirtschaftsbereichen haben. Hierzu zählen das produ-

¹⁵ Vgl. ZDH (2013).

¹⁶ Vgl. hierzu Abschnitt 2.3.2.

¹⁷ Vgl. hierzu Abschnitt 2.3.3.

zierende Gewerbe (inkl. Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Baugewerbe), der Handel und das Transportgewerbe sowie unternehmensnahe und konsumentenorientierte gewerbliche Dienstleistungen. Unternehmen ohne eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden nicht in die Befragung einbezogen.

Die Befragung wurde als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Stichprobe umfasste exakt 4.000 Unternehmen und wurde auf Basis einer einfachen (d. h. nicht geschichteten) Zufallsstichprobe aus dem Datenbestand des Mannheimer Unternehmenspanels gezogen. Durch dieses Vorgehen ist die Repräsentativität der Befragung gewährleistet.

Den Unternehmen wurde Anfang Mai 2013 ein schriftlicher Fragebogen (siehe Anhang A1) mit einem Begleitschreiben des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen übersandt. Zielpersonen der Befragung waren entweder die Geschäftsführungen oder die Unternehmenseigner. Die Beantwortung der Fragebögen konnte wahlweise in Papierform oder online erfolgen (Antwortfrist bis Ende Mai 2013). Bis zum 5. Juni 2013 hatten sich insgesamt 460 Unternehmen an der Befragung beteiligt.

Ab dem 6. Juni wurde eine telefonische Nachfassaktion durchgeführt. Im Zuge derer 2.236 Unternehmen kontaktiert wurden, die bis zum 5. Juni nicht geantwortet hatten und zu denen auch keine andere Information (zum Beispiel Verweigerung, Schließung) vorlag. Die kontaktierten Unternehmen stellen eine Zufallsstichprobe aller Unternehmen dar, die bis zum Stichtag nicht geantwortet hatten. Von den kontaktierten Unternehmen sagten 1.479 die Teilnahme zu. Diesen wurde zur Erinnerung eine E-Mail mit dem Link zum Online-Fragebogen sowie eine PDF-Version des schriftlichen Fragenbogens zugesandt. Einem kleinen Teil der Unternehmen wurde auch der gedruckte Fragebogen per Post zugesandt. Bei 488 Unternehmen lag ein neutraler Ausfall vor, da diese nicht mehr existierten oder keine gültige Telefonnummer ermittelt werden konnte. 138 Unternehmen verweigerten die Teilnahme, weitere 132 Unternehmen konnten während der kurz bemessenen Feldzeit nicht erreicht werden.

Von den Unternehmen, die eine nachträgliche Teilnahme zugesagt hatten, beantworteten 175 bis zum 3. Juli den Fragebogen. Den restlichen Unternehmen wurde am 4. Juli eine Erinnerungsmail zugesendet. Daraufhin antworteten bis zum 23. Juli, dem Ende der Feldphase, weitere 74 Unternehmen. Somit betrug der Rücklauf an beantworteten Fragebögen insgesamt 709 (sog. „Nettostichprobe“). Rund 60 Prozent der Unternehmen beantworteten den Fragebogen schriftlich, 40 Prozent nutzten die Online-Antwortmöglichkeit.

Die Nettostichprobe entspricht einer Rücklaufquote bezogen auf die gesamte Bruttostichprobe von 18 Prozent. Da die Bruttostichprobe allerdings eine Reihe von nicht mehr erreichbaren Unternehmen enthielt, da diese Unternehmen zwischenzeitlich stillgelegt wurden oder aus anderen Gründen (zum Beispiel Übernahmen) nicht mehr exis-

tierten, liegt die tatsächliche Rücklaufquote höher. Legt man den Anteil der neutralen Ausfälle aus der telefonischen Erinnerung (23,2 Prozent) zugrunde, dann ergibt sich eine Anzahl von knapp 880 neutralen Ausfällen bezogen auf die Bruttostichprobe von 4.000 Unternehmen. Die bereinigte – d. h. die auf die Bruttostichprobe ohne neutrale Ausfälle bezogene – Rücklaufquote beträgt 22,7 Prozent. Diese Quote ist angesichts des umfangreichen Fragebogens und der Freiwilligkeit der Teilnahme als hoch einzustufen und belegt das Interesse der mittelständischen Wirtschaft im Land Bremen an Fragen der Wirtschaftspolitik.

Tabelle 2

Kennzahlen zur Mittelstandsbefragung Bremen 2013

Indikator	Anzahl Unternehmen	Anteil von Bruttostichproben %	Anteil von korrigierten Bruttostichproben	Anteil von Nettostichproben %
			%	
Bruttostichprobe	4.000	100,0		
Neutrale Ausfälle ¹	873	21,8		
korrigierte Bruttostichprobe ¹	3.127	82,2	100,0	
Nettostichprobe	709	17,7	22,7	100,0
schriftliche Antworten	421			59,4
Online-Antworten	288			40,6

¹ Neutrale Ausfälle sind zum Beispiel Adressirrtümer und nicht ermittelbare Adressen oder wenn die Zielperson kein Teil der Grundgesamtheit ist.

Quellen: Unternehmensbefragung Mittelstandsbericht Bremen 2013; HWWI / ZEW.

2.3.2 | Zusatzbefragung Bremen im Rahmen der Deutschen Innovationserhebung 2013

Die Deutsche Innovationserhebung, die jährlich vom ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung und dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft durchgeführt wird, erhebt wichtige Kennzahlen zur Innovationstätigkeit der Unternehmen. Alle zwei Jahre ist die Erhebung gleichzeitig der deutsche Beitrag zu den Community Innovation Surveys (CIS) der EU-Kommission. Im Erhebungsjahr 2013, das ein CIS-Jahr ist, enthielt der CIS-Fragebogen u.a. einen Fragenblock zu Strategien und Hemmnissen für die Erreichung von Unternehmenszielen. Da diese Fragestellungen in Kombination mit Fragen zur Innovationstätigkeit und den Wettbewerbsbedingungen von großer Relevanz für den Mittelstandsbericht Bremen 2013 ist, wurde die Stichprobe der Innovationserhebung 2013 um eine Zusatzstichprobe von Unternehmen aus dem Land Bremen erweitert. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass eine ausreichend große Anzahl von Antworten durch bremische Unternehmen für detaillierte Auswertungen vorliegt.

Zusätzlich zu den 394 Unternehmen aus dem Land Bremen, die in der Hauptstichprobe der Deutschen Innovationserhebung 2013 enthalten waren, wurden weitere 1.475 Unternehmen aus dem Bereich der produzierenden Industrie und der unternehmensnahen Dienstleistungen in die Stichprobe aufgenommen. Da sich die Deutsche Innovationserhebung nur an Unternehmen mit zumindest fünf Beschäftigten richtet, wurde die Zusatzstichprobe für Bremen ebenfalls auf diese Unternehmensgruppe eingeschränkt. Die Zusatzstichprobe umfasst dabei alle zum Zeitpunkt Mitte 2012 wirtschaftsaktiven Unternehmen mit dieser Größe in den entsprechenden Wirtschaftszweigen, die nicht bereits in der Hauptstichprobe der Innovationserhebung enthalten waren. Die Unternehmen der Zusatzstichprobe wurden in der Befragung genauso behandelt wie die Unternehmen der Hauptstichprobe, d. h. sie erhielten denselben Fragebogen und dasselbe Anschreiben.

Die Feldphase der Deutschen Innovationserhebung, die als schriftliche Befragung mit einer zusätzlichen Online-Antwortmöglichkeit konzipiert ist, startete Ende Februar und erstreckte sich einschließlich zweier telefonischer Erinnerungen mit gegebenenfalls erneuter Zusendung des Fragebogens bis Ende Juli 2013. Bis zum 31. Juli 2013 beantworteten insgesamt 246 Unternehmen einen Fragebogen, davon 82 aus der Hauptstichprobe und 164 aus der Zusatzstichprobe. Die Rücklaufquote aus der Hauptstichprobe für Unternehmen aus Bremen (korrigiert um neutrale Ausfälle der Bruttostichprobe) betrug 23 Prozent, was in etwa der durchschnittlichen Rücklaufquote der Deutschen Innovationserhebung entspricht. Die Rücklaufquote für die Zusatzstichprobe lag mit 13 Prozent deutlich niedriger. Hierin spiegelt sich in erster Linie der Umstand wider, dass die Beantwortung des 8-seitigen Fragebogens einen sehr hohen Aufwand für die Unternehmen darstellt. Die höhere Rücklaufquote für die Hauptstichprobe resultiert aus dem Panelcharakter der Erhebung, d. h. in der Hauptstichprobe sind größtenteils Unternehmen enthalten, die schon seit vielen Jahren an der Erhebung teilnehmen. In Anhang A2 befindet sich der zusätzliche Fragebogen zu Wachstumsstrategien und -hemmnissen in der Innovationserhebung 2013.

2.3.3 | Mannheimer Unternehmenspanel (MUP)

Ergänzend zu den amtlichen Statistiken wird das Mannheimer Unternehmenspanel (MUP) des ZEW genutzt. Das MUP ist eine Unternehmensdatenbank, die vom ZEW in Kooperation mit der Kreditauskunftei Creditreform aufgebaut wurde. Das MUP enthält faktisch alle Unternehmen, die im Zeitraum ab 1.1.2000 bis zum jeweils aktuellen Zeitpunkt wirtschaftlich aktiv sind oder waren (d. h. das MUP enthält auch aktuell nicht mehr wirtschaftsaktive Unternehmen). Für viele Unternehmen, darunter alle seit 1989 neu gegründeten Unternehmen, liegen außerdem Informationen vor, die bis in die frühen 1990er Jahre zurückreichen. Alle im MUP enthaltenen Informationen stammen von Creditreform und werden in einem halbjährlichen Rhythmus dem ZEW übermittelt. Das

ZEW bereinigt diese Daten um Mehrfacheinträge, führt verschiedene Datenaufbereitungsmaßnahmen durch und bringt die Daten in eine Panelstruktur. Das MUP umfasst Unternehmen aller Wirtschaftszweige mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. „Unternehmen“ sind alle rechtlich selbständigen organisatorischen Einheiten mit Sitz in Deutschland, die eine relevante wirtschaftliche Aktivität entfalten. Grundsätzlich sind alle im Handelsregister erfassten Organisationen auch im MUP enthalten. Selbstständig tätige Personen sind im MUP dann enthalten, wenn sie in einem gewissen Mindestumfang wirtschaftlich aktiv sind, d. h. zum Beispiel Bank- oder Lieferantenkredite nachfragen oder Aufträge von anderen Unternehmen erhalten. Mit Mitte 2013 umfasste das MUP ca. 7,4 Mio. Unternehmen, davon waren ca. 3,2 Mio. aktuell wirtschaftlich aktiv.

Das MUP wird für den Mittelstandsbericht Bremen 2013 für drei Fragestellungen genutzt:

- Das MUP dient als Ziehungsbasis für die HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung.
- Aus dem MUP werden Kennzahlen zu Unternehmensgründungen und Unternehmensschließungen gewonnen.
- Mit Hilfe des MUP wird die Beschäftigungsdynamik der Unternehmen im Bereich UDL analysiert, d. h. welchen Beitrag neu gegründete, wachsende, schrumpfende und stillgelegte Unternehmen zur Beschäftigungsentwicklung in den mittelständischen UDL leisten.

2.4 | Leitfadengestützte Interviews und Expertenworkshops

Aufbauend auf den Ergebnissen der quantitativen Analysen werden in einer ergänzenden qualitativen Analyse folgende Themen in Bezug auf das Schwerpunktthema der unternehmensnahen Dienstleistungen nochmals exemplarisch vertieft:

- Entwicklung/Wachstum/Potenziale
- Kundenstruktur/Nachfrage im Land Bremen
- Exportpotenziale und Funktion von Normung
- Potenzial für innovative Dienstleistungen, insbesondere für hybride Wertschöpfung als intelligente Verknüpfung von Industrien und Dienstleistungen
- Fachkräftebedarf
- Diskussion von Unterstützungsmöglichkeiten durch die öffentliche Hand

Hierzu wurden strukturierte, leitfadengestützte Interviews mit ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Organisationen im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen geführt.¹⁸ Die Interviews wurden dabei im September und Oktober mit in der Regel zwei Akteuren aus sieben unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen geführt.¹⁹

- Logistikdienstleistungen: Herr Ralph Sandstedt, Herr Svetlin Ivanov (GVZ Entwicklungsgesellschaft Bremen); Herr Lutz H. Peper (Bundesvereinigung Logistik, BVL)
- Finanzdienstleistungen: Herr Hans-Dieter Rahden (Bankenverband Bremen e.V.); Herr Michael Bruns (Immobilienverband Deutschland IVD Verband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen Region Nord e.V.)
- Beratungsdienstleistungen: Herr Kai Haake (Bundesverband Deutscher Unternehmensberater BDU e.V.); Frau Monika Will (Hanseatische Steuerberaterkammer Bremen e.V.)
- Kreativ-Dienstleistungen: Herr Christoph Backes (u-institut); Frau Lara Goldsworthy und Adrian Rudershausen (Klub Dialog)
- Technische Dienstleistungen: Herr Dr. Eberhard Karbe (Verein Deutscher Ingenieure VDI, Landesverband Bremen); Herr Martin Pampus und Herr Jürgen Keil (Bund Deutscher Architekten BDA, Landesverband Bremen)
- Informationsdienstleistungen: Herr Björn Portillo, Dr. Steffen Wiegmann (bremen digitalmedia)
- Büro- und Produzentendienstleistungen: Frau Bettina Schiller (Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen iGZ); Herr Dr. Harald Olschok (Bundesverband der Sicherheitswirtschaft)

Für die Datenanalyse und insbesondere die Ergebnisbewertung im Hinblick auf abzuleitende Handlungsempfehlungen wurde zudem die Expertise von internen und externen Fachleuten in Form von Expertenworkshops hinzugezogen.

Am 6. Mai 2013 fand ein interner Workshop mit Expertinnen und Experten beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (SWAH) statt. Hierzu geladen waren:

- Frau Bierwirt (SWAH),
- Herr Boye (SWAH),
- Herr Dr. Cors (Statistisches Landesamt Bremen),
- Herr Dr. Knogge (SWAH),
- Frau Dr. Schieferstein (SWAH),
- Herr Smets (SWAH).

¹⁸ Die Ergebnisse aller freigegebenen Interviews befinden sich im Anhang A4.

¹⁹ Im Bereich der Informationsdienstleistungen stand nur ein relevanter Interessensverband für das Land Bremen als Gesprächspartner zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde am 21. Oktober 2013 ein Workshop mit externen Expertinnen und Experten durchgeführt:

- Herr Christmann (Die Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V.),
- Herr Dr. Cors (Statistisches Landesamt Bremen),
- Herr Dietrich (DGB),
- Herr Limberg (BIS, Bremerhaven),
- Herr Köhler (Handelskammer Bremen),
- Herr Wurthmann (B.E.G.IN/RKW),
- Frau Neubauer (B.E.G.IN/RKW),
- Frau Pfeifer (Handwerkskammer Bremen),
- Frau Reimann (Freie Hansestadt Bremen, Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau),
- Herr Stapp (Bremer Aufbaubank, BAB),
- Herr Tendahl (WFB, Wirtschaftsförderung Bremen GmbH),
- Herr Dr. Thoss (Handelskammer Bremen).

3 | Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wettbewerbssituation der bremischen KMU wird zum einen durch die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland, zum anderen durch die spezifischen Standortbedingungen im Land Bremen bestimmt. Um ein realistisches Bild der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erhalten, erfolgt zunächst eine kurze Analyse der aktuellen konjunkturellen Lage des Mittelstands in Deutschland (Geschäftsklimaindex) sowie eine Einordnung des Mittelstandsstandorts Bremen anhand von Auftragslage und Erwartungen der bremischen Unternehmen. In einem zweiten Schritt werden für Bremen und Bremerhaven ausgewählte Standortfaktoren betrachtet.

3.1 | Aktuelles Geschäftsklima für den Mittelstand in Deutschland und in Bremen

Die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand in Deutschland werden regelmäßig im Rahmen des BDI-Mittelstandspanels oder des KfW-ifo-Mittelstandsbarometers erhoben. Während im BDI-Mittelstandspanel halbjährliche Befragungen zu den Rahmenbedingungen für mittelständische Industrieunternehmen durchgeführt werden, erfragen KfW und ifo monatliche Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage und den Geschäftserwartungen von Unternehmen in verschiedenen Branchen.

KfW-ifo-Mittelstandsbarometer

Gemäß KfW-ifo-Mittelstandsbarometer erreichten die Einschätzungen zum Geschäftsklima von KMU im November 2013 ein Jahreshoch, die Dezemberausgabe des Barometers dokumentiert, dass der Mittelstand zudem positiv ins neue Geschäftsjahr 2014 blickt.²⁰ Die befragten Unternehmen rechnen perspektivisch auch mit einer Erhöhung ihrer Beschäftigtenzahlen.

BDI-Mittelstandspanel

Laut BDI-Mittelstandspanel werden die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der mittelständischen Industrie in Deutschland seit dem Frühjahr 2011 überwiegend positiv beurteilt. Allerdings wird laut Befragung aus dem Frühjahr 2013 für das nächste Jahr mit einer Eintrübung der Lage gerechnet. Insbesondere exportierende Unternehmen befürchten negative Auswirkungen durch die europäische Staatsschuldenkrise. Auch die Entwicklung der eigenen Geschäftslage im nächsten Jahr wird, insbesondere von

²⁰ Vgl. Borger (2013).

Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten, eher skeptisch beurteilt. Bei größeren Unternehmen fällt die Einschätzung etwas positiver aus. Dies hängt vorrangig mit der allmählichen Belebung der Weltwirtschaft sowie mit Anzeichen einer Stabilisierung des Euroraums zusammen.

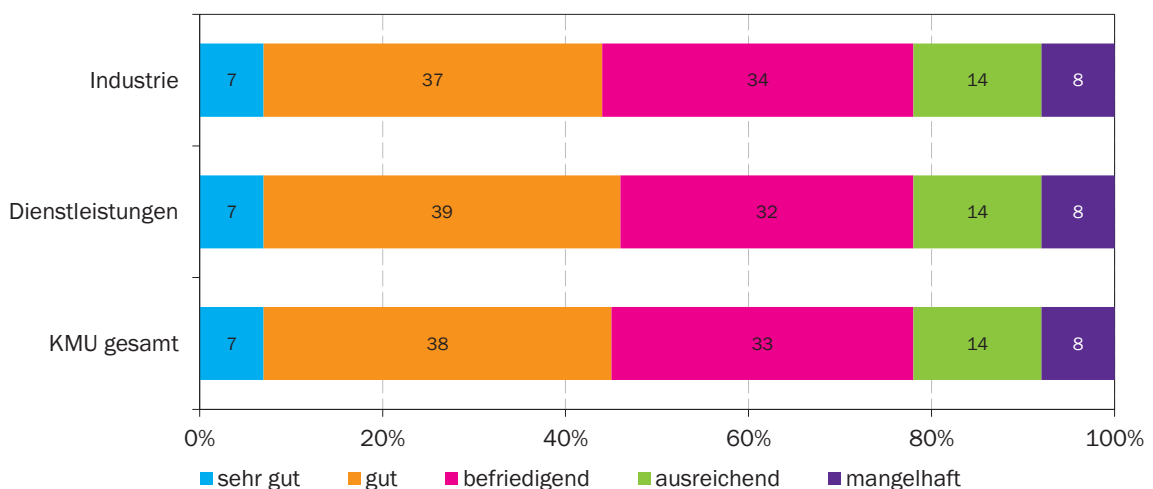
Im Rahmen des BDI-Mittelstandspanels werden zudem wesentliche Unternehmenskennzahlen wie Umsatz und Beschäftigungszahlen betrachtet. Im Jahr 2012 stiegen die Gesamtumsätze der KMU um +3 Prozent, was deutlich unter dem entsprechenden Vergleichswert aus dem Jahr 2011 lag (+7 Prozent). Nur knapp die Hälfte der Industrieunternehmen konnte ein Umsatzwachstum verzeichnen, wobei vor allem binnenmarktorientierte Unternehmen von dieser negativen Entwicklung betroffen waren. Die Umsatzrendite hingegen blieb auf ähnlich hohem Niveau wie 2011, fast die Hälfte der Unternehmen konnte eine Rendite von 5 Prozent oder mehr aufweisen.

Auftragslage in Bremen

Die Bewertung der Auftragslage der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen ist Abbildung 1 zu entnehmen. Dabei wird eine Differenzierung nach Sektoren vorgenommen. Sektorenübergreifend bewerten 45 Prozent der befragten Unternehmen die Auftragslage als gut oder sehr gut. Knapp die Hälfte bezeichnet ihre Situation als befriedigend oder ausreichend, nur für 8 Prozent stellt sich die Auslastung mangelhaft dar. Dabei ergeben sich kaum Unterschiede zwischen Industrie und Dienstleistungen.

Abbildung 1

Auftragslage



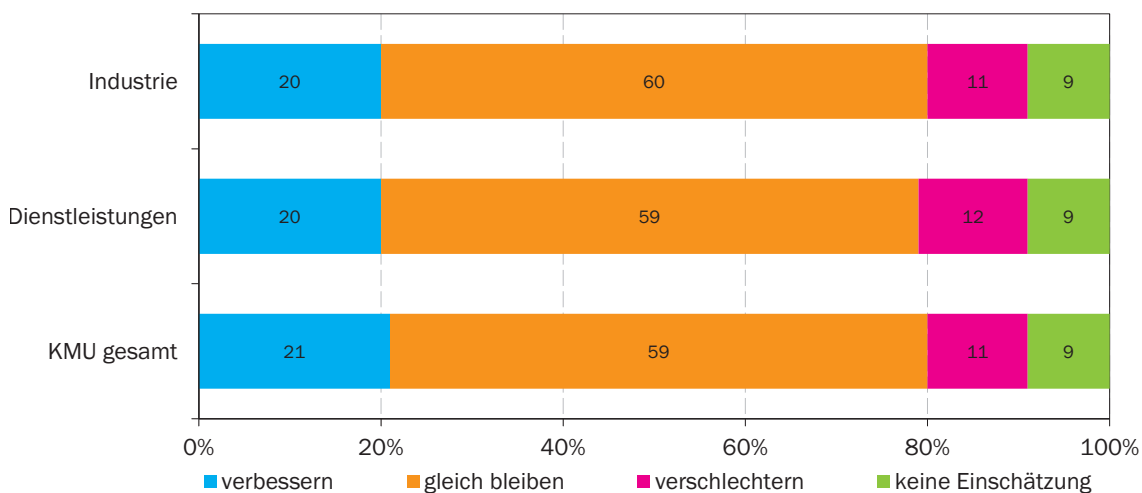
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Erwartungen zur Auftragsentwicklung

Der überwiegende Teil der befragten KMU geht davon aus, dass die Auftragsentwicklung im nächsten Geschäftsjahr konstant bleiben wird (Abbildung 2). Von einer Verbesserung der Auftragslage gehen rund 20 Prozent der Unternehmen aus, mit einer Verschlechterung rechnen nur 11 Prozent. Wiederum zeigen sich dabei nur geringfügige Unterschiede zwischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen.

Abbildung 2

Auftragsentwicklung



Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

3.2 | Ausgewählte Standortfaktoren für den Mittelstand im Land Bremen

Um das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial der kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen voll auszuschöpfen, bedarf es Rahmenbedingungen, die es diesen ermöglichen, anpassungsfähige betriebliche Strukturen zu entwickeln und aktiv auf Veränderungsprozesse am Markt zu reagieren. Regionaluntersuchungen²¹ belegen, dass die Wirtschaft in diesem Zusammenhang den im kommunalen Einflussbereich liegenden Standortfaktoren eine zentrale Bedeutung beimisst. Ebenso spielen diese Faktoren eine gewichtige Rolle bei der betrieblichen Standortfindung ansiedlungswilliger Unternehmen. Welchen Faktoren dabei die höchste Relevanz zukommt, lässt sich allerdings anhand vorliegender empirischer Studien nicht eindeutig ableiten.

²¹ Wie beispielweise Döring/Aigner (2010).

Unstrittig ist, dass die Verfügbarkeit und Qualifikation von Arbeitskräften eine wesentliche Rolle spielen. Auch ist die vorhandene Infrastruktur von hoher Bedeutung für die unternehmerische Standortwahl. Dazu zählt nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch die technische Infrastruktur, beispielsweise die Breitbandversorgung für leistungsstärkere Internetleitungen.

Die Standortfaktoren sind nicht nur aus einzelbetrieblicher Sicht von Belang, sondern beeinflussen auch die relative Wettbewerbsposition eines Standorts. Nachfolgend werden ausgewählte Standortfaktoren mit besonderer KMU-Relevanz für das Land Bremen analysiert:

- Demografie und Arbeitsmarkt,
- Standortkosten,
- Erreichbarkeit/Infrastruktur.

Dabei werden, soweit möglich, vergleichbare Wirtschaftsstandorte im Rahmen eines Benchmarks gegenübergestellt, um ein realistisches Bild der standortspezifischen Wettbewerbssituation der KMU im Land Bremen zu zeichnen. Sofern sinnvoll, erfolgt eine Differenzierung zwischen Bremen und Bremerhaven.

3.2.1 | Demografie und Arbeitsmarkt

Im Land Bremen lebten im Jahre 2012 mehr als 663.500 Menschen, davon fast 83 Prozent in der Stadt Bremen (Tabelle 3). Die Bevölkerungsentwicklung war dabei gegenüber dem Vorjahr leicht positiv (+0,28 Prozent), wobei für die Stadt Bremerhaven eine rückläufige Entwicklung (-0,78 Prozent) und für die Stadt Bremen eine etwas positivere Entwicklung (+0,5 Prozent) zu beobachten ist. Insgesamt profitiert das Land Bremen durch einen positiven Wanderungssaldo (Zuwanderung abzgl. Abwanderung) von 4.456 Personen, wobei etwa 86 Prozent oder 3.800 Personen auf die Stadt Bremen entfielen.

Das Produktivitätsniveau – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen – lag in der Hansestadt über dem Bundesdurchschnitt: Etwa 67.600 Euro wurden je Erwerbstätigem im Jahr 2012 erwirtschaftet und damit etwa 6 Prozent oder etwa 4.000 Euro mehr als in Deutschland. Umgekehrt lag das BIP je Erwerbstätigen in Bremerhaven um 6.600 Euro unter dem deutschen Durchschnitt beziehungsweise um 10.600 Euro unter dem Wert von Bremen.

Auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen sind insgesamt rund 414 Tsd. Personen erwerbstätig, davon der größte Teil in der Stadt Bremen. Die Arbeitslosenquote ist im Land Bremen im Bundesvergleich relativ hoch. In der Stadt Bremen lag die Arbeits-

losenquote mit 10,5 Prozent weit unter dem Niveau von Bremerhaven, aber ebenfalls immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In Bremerhaven fiel die Quote im Jahr 2012 mit fast 15 Prozent in etwa doppelt so hoch aus wie im Bundesdurchschnitt (7,6 Prozent). Die Arbeitslosenquote ist dabei im Land Bremen für Frauen und Männer relativ gleich hoch. Anders verhält es sich für die Bevölkerung mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft. Hier betrug die Arbeitslosenquote für das Land Bremen etwa 24 Prozent. Dagegen war die Quote für die jüngere Erwerbsbevölkerung (unter 25 Jahren) mit 9,4 Prozent relativ niedrig.

Tabelle 3

Demografischen Eckdaten

Indikator	Datum	Einheit	Variable	Land Bremen	Stadt Bremen	Bremerhaven
Bevölkerung	Ende 2012		insgesamt	663.543	550.406	113.137
			Frauen	338.941	282.279	56.662
			Männer	324.602	268.127	56.475
Bevölkerungsentwicklung	2009 – 2012	%		0,28	0,50	-0,78
Wanderungssaldo	2012			4.456	3.839	614
BIP zu Marktpreisen	2012	Mio. EUR		27.693	23.170 ¹	3.785 ¹
BIP je Erwerbstätigen	2012	EUR		66.881	67.591 ¹	56.924 ¹
Erwerbstätige	2012	Tsd.		414,1	346,6	67,4
Arbeitslose	2012		insgesamt	36.826	28.521	8.305
		%	Anteil Frauen	45,6	45,5	45,9
		%	Anteil Ausländer	22,4	24,3	15,8
		%	Anteil Jüngere ²	9,1	8,9	10,1
Arbeitslosenquote ³	2012	%	insgesamt	11,2	10,5	14,9
			Männer	11,6	10,0	14,9
			Frauen	10,8	10,9	14,8
			Ausländer	24,0	k. A.	k. A.
			Jüngere ²	9,4	k. A.	k. A.

1 Daten für 2011

2 Jüngere unter 25 Jahre

3 bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen (2013a); HWWI/ZEW.

3.2.2 | Standortkosten

Im Folgenden wird die relative Wettbewerbsposition Bremens beziehungsweise Bremerhavens auf dem überregionalen Standortmarkt anhand ausgewählter Standortkostenfaktoren bestimmt. Zu den Faktoren, die für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen von besonderer Bedeutung sind, zählen insbesondere: Immobilienpreise²²

²² Der Begriff der Immobilienpreise umfasst sowohl die Grundstückspreise als auch die Mietpreise für gewerbliche Immobilien. Auf einem funktionierenden Immobilienmarkt entspricht der Kaufpreis einer Immobilie dem Barwert aller zukünftig zu erwartenden Mietzahlungen. Preiswerte Industrie-, Gewerbe- und Büroflächen stellen einen zentralen Standortvorteil dar. Aus Unternehmenssicht kommt ihnen in vielen Fällen wohl ausschlaggebende Bedeutung bei der Wahl eines geeigneten Erweiterungsstandortes beziehungsweise eines neuen Betriebsstandortes zu.

(Bodenpreise, Büro- und Ladenmieten), Realsteuer-Hebesätze²³ (Gewerbesteuer und Grundsteuer B) sowie die verkehrstechnische Erreichbarkeit.

Als überregionale Vergleichsstädte für die Stadtgemeinde Bremen werden Berlin, Hamburg, Hannover, Nürnberg und Stuttgart herangezogen. Die Wahl der Vergleichsstandorte ergibt sich aus den Auswahlkriterien ähnliche Größenordnung (Einwohnerzahl rund 500.000), solitäre Zentrums- und Funktion als Landeshauptstadt. Zudem werden die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit in das Untersuchungssample einbezogen.

Für die Stadtgemeinde Bremerhaven werden bei der Auswahl der Vergleichsstädte insbesondere strukturelle Aspekte herangezogen. Es wird ein Untersuchungssample gebildet, das norddeutsche Küstenstädte im Rahmen einer größeren Einwohnerspanne (von 50.000 bis 200.000 Einwohner) betrachtet. Als Vergleichsstädte für Bremerhaven mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur und maritimer Prägung werden Cuxhaven, Wilhelmshaven, Emden und Rostock ausgewählt.

Häufig spielt bei der Standortwahl von Unternehmen weniger die Wahl zwischen alternativen Städten, sondern vielmehr die Entscheidung zwischen Stadt und Stadtumland eine Rolle. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn Unternehmen in der Region verwurzelt sind oder auch gezielt die Nähe zu Absatz- oder Beschaffungsmärkten in einer bestimmten Region suchen. In diesen Fällen konkurrieren die Städte direkt mit ihrem Umland. Aus diesem Grunde sollten sowohl Bremen als auch Bremerhaven beim Monitoring der kommunal beeinflussbaren Standortkosten, wie etwa im Bereich der Realsteuern, auch die Entwicklungen in benachbarten Kommunen im Blick behalten. Insbesondere mittelständische Unternehmen sind häufig stark in ihrer Region verwurzelt, sodass für sie bei der Standortwahl keine Verlagerung in eine andere Gegend in Frage kommt.

Methodisch wird in den nachfolgenden Abbildungen jeweils der absolute Wert für Bremen und Bremerhaven als Maßstab aufgezeigt (im Kasten). Die Balken verdeutlichen die prozentuale Abweichung der Vergleichsstandorte gegenüber Bremen beziehungsweise Bremerhaven bei den einzelnen Indikatoren für zwei Referenzjahre. Auf diese Weise werden Entwicklungstendenzen der zurückliegenden Jahre und ihre Auswirkung auf die relative Wettbewerbsposition Bremens und Bremerhavens deutlich.

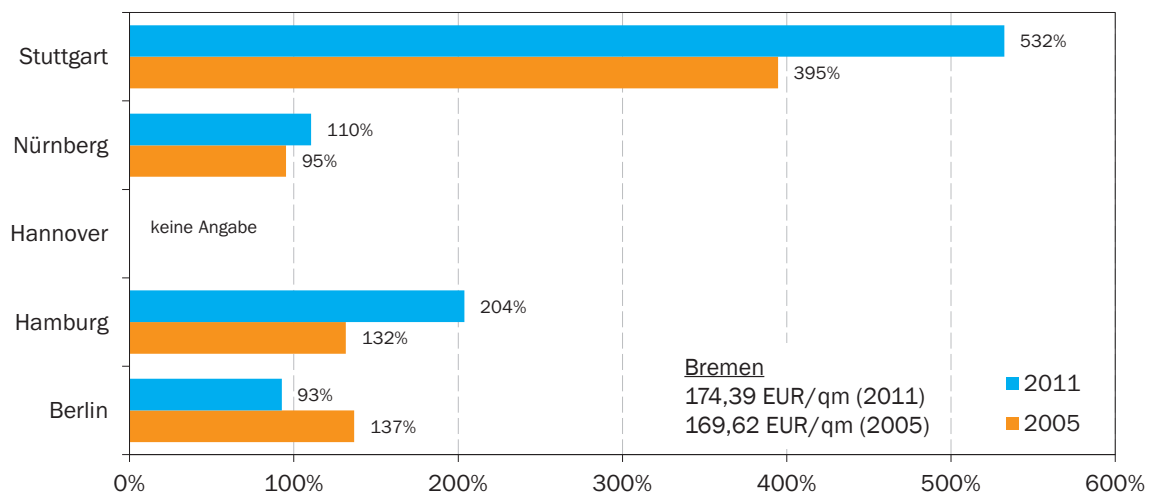
23 Die Realsteuern, die sich aus Gewerbesteuer sowie Grundsteuer A und Grundsteuer B zusammensetzen, bilden die aufkommensstärksten Gemeindesteuern. Die größte Bedeutung kommt der Gewerbesteuer zu, die zweitwichtigste Realsteuer ist die Grundsteuer B, deren Aufkommen etwa ein Drittel bis fast die Hälfte des Gewerbesteueraufkommens erreicht. Regionale Unterschiede in der Steuerbelastung von Unternehmen entstehen durch die Kompetenz der Gemeinden, die Hebesätze der Realsteuern selbst zu bestimmen. Betrachtet werden in der vorliegenden Studie Gewerbesteuer und Grundsteuer B, die auf inländisches Grundvermögen (ausgenommen land- und forstwirtschaftliches Vermögen) erhoben wird. Die Gewerbesteuerschuld eines Unternehmens ergibt sich aus dem Produkt des ertragsabhängigen Steuerbetrages und des gemeindespezifisch festgelegten Hebesatzes. In Abhängigkeit von der Hebesatzgestaltung der einzelnen Gemeinden kann es für Unternehmen zu einer steuerlichen Mehr- beziehungsweise Minderbelastung ihres Rohertrages kommen. Von der Hebesatzpolitik der einzelnen Gemeinden hängt aber nicht nur die Kostenbelastung des einzelnen Unternehmens ab. Eine moderate Hebesatzpolitik gilt auch als Indikator für ein insgesamt wirtschaftsfreundliches Klima.

Bodenpreise

Die Bodenpreise für baureifes Land in den Vergleichsstädten (als prozentuale Abweichung zum Kaufwert in Bremen) sind Abbildung 3 zu entnehmen. In Bremen lagen die absoluten Werte 2005 bei 169,6 Euro pro Quadratmeter und im Jahr 2011 bei 174,4 Euro je Quadratmeter. Auffällig ist, dass alle Vergleichsstandorte höhere Bodenpreise aufweisen als Bremen – und zwar sowohl in 2005 als auch am aktuellen Rand 2011. Besonders Stuttgart ist deutlich teurer als Bremen; dort war der Wert im Jahr 2005 rund 5mal so hoch wie in Bremen, im Jahr 2011 war er mehr als 6mal so hoch. Für Bremen bedeutet dies in Bezug auf die Neuansiedlung von Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil.

Abbildung 3

Kaufwert je qm baureifes Land gegenüber der Stadt Bremen

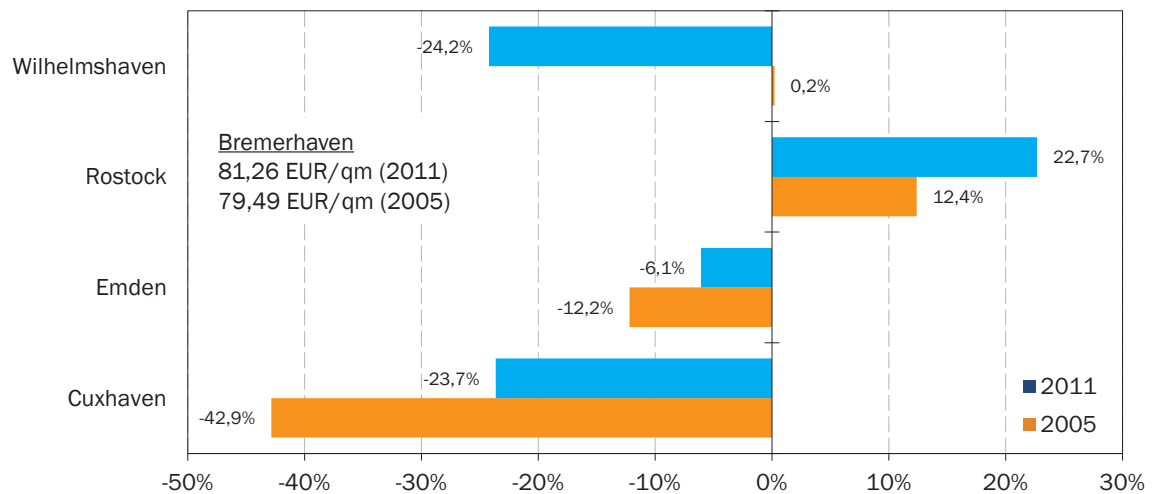


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013); HWWI.

Die Abweichung der Bodenpreise für baureifes Land im Standortvergleich für Bremerhaven wird in Abbildung 4 dargestellt. In Bremerhaven lagen die absoluten Werte 2005 bei 79,5 Euro pro Quadratmeter und im Jahr 2011 bei 81,3 Euro je Quadratmeter. 2005 waren Cuxhaven (-43 Prozent) und Emden (-12 Prozent) günstiger als Bremerhaven. Die Bodenpreise in Wilhelmshaven entsprachen in etwa denen Bremerhavens, Rostock war teurer. Für 2011 ergibt sich ein anderes Bild: So nähern sich die Werte von Cuxhaven und Emden denen Bremerhavens an, Wilhelmshaven ist am aktuellen Rand deutlich günstiger als Bremerhaven.

Abbildung 4

Kaufwert je qm baureifes Land gegenüber Bremerhaven



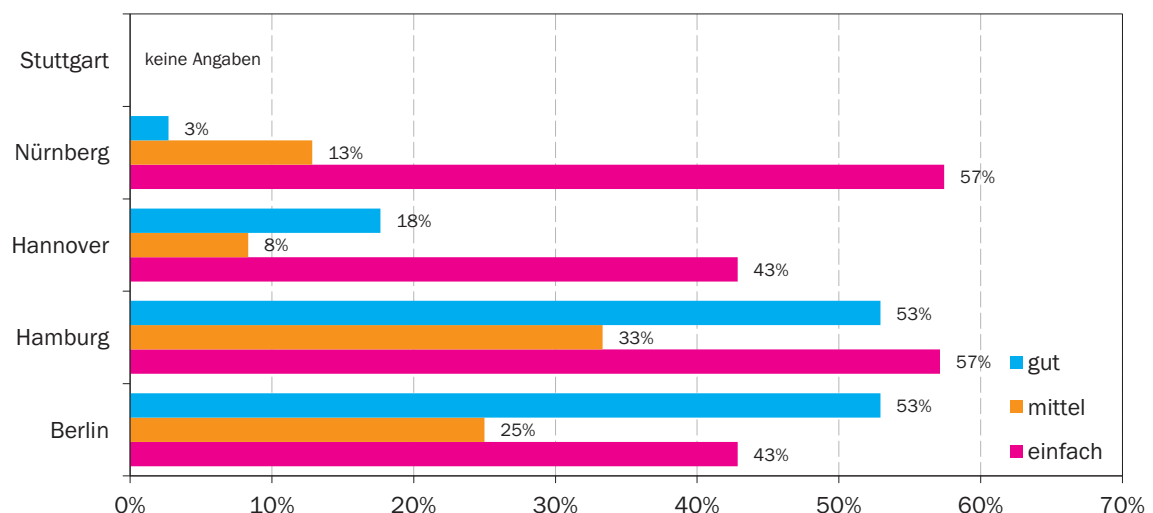
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013); HWWI.

Büro- und Ladenmieten

Die Büromieten in Bremen sind niedriger als in allen Vergleichsgrößstädten (Abbildung 5).²⁴ Bei einfachem Nutzungswert betrug der Quadratmeterpreis im Jahr 2012 in Bremen 3,50 Euro, bei mittlerem 6 Euro und bei gutem 8,50 Euro. Im Verhältnis zu Berlin

Abbildung 5

Abweichung der Büromieten nach Nutzungswert 2012 gegenüber der Stadt Bremen



Quellen: IVD Gewerbepreisspiegel 2012/2013 (2013); HWWI.

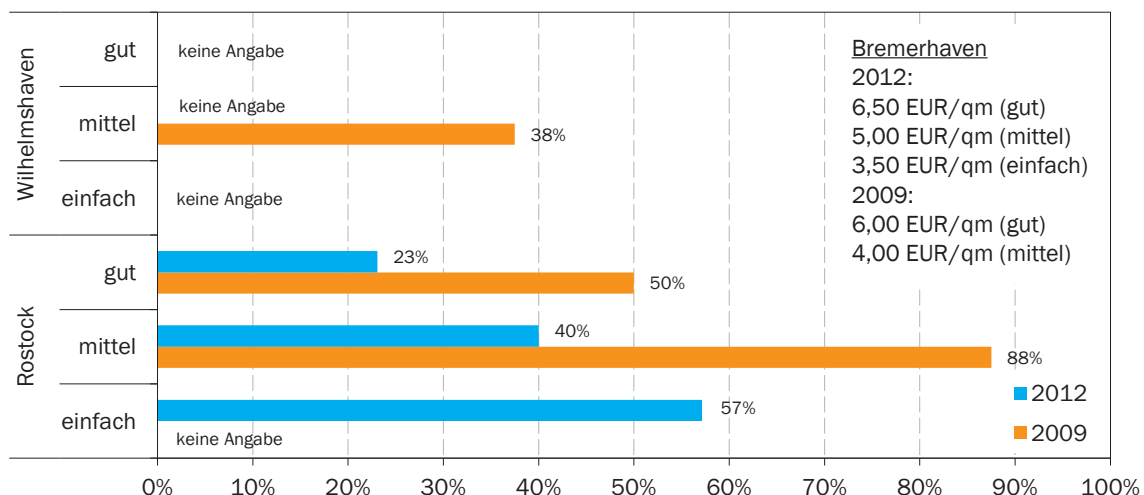
²⁴ Für diesen Städtevergleich wurden Daten vom Immobilienverband Deutschland (IVD) herangezogen. Die angegebenen Büro- und Ladenmieten können dabei aufgrund unterschiedlicher Objektdefinitionen (Größe, Lage) von anderen Datenquellen abweichen.

und Hamburg ist in 2012 der größte Preisunterschied bei Büros mit gutem Nutzungswert festzustellen, die Unterschiede zu Nürnberg (+3 Prozent) und Hannover (+18 Prozent) fallen bei diesem Indikator deutlich geringer aus. Zu Nürnberg und Hamburg besteht dagegen bei Büros mit einfachem Nutzungswert das größte Mietpreisgefälle (jeweils +57 Prozent gegenüber Bremen).

In Bremerhaven sind die Büromieten deutlich geringer als in Rostock oder Wilhelmshaven (Abbildung 6). Bei einfachem Nutzungswert betrug der Quadratmeterpreis im Jahr 2012 in Bremerhaven 3,50 Euro, bei mittlerem 5 Euro und bei gutem 6,50 Euro. Für die anderen beiden Vergleichsstädte Emden und Cuxhaven liegen hierzu keine Angaben vor. In Rostock zahlte man für ein Büro mit mittlerem Nutzungswert im Jahr 2009 88 Prozent mehr als in Bremerhaven, bei guten Lagen betrug die Differenz immerhin noch +50 Prozent. Am aktuellen Rand 2012 hat sich das Mietpreisgefälle halbiert.

Abbildung 6

Abweichung der Büromieten nach Nutzungswert gegenüber Bremerhaven¹



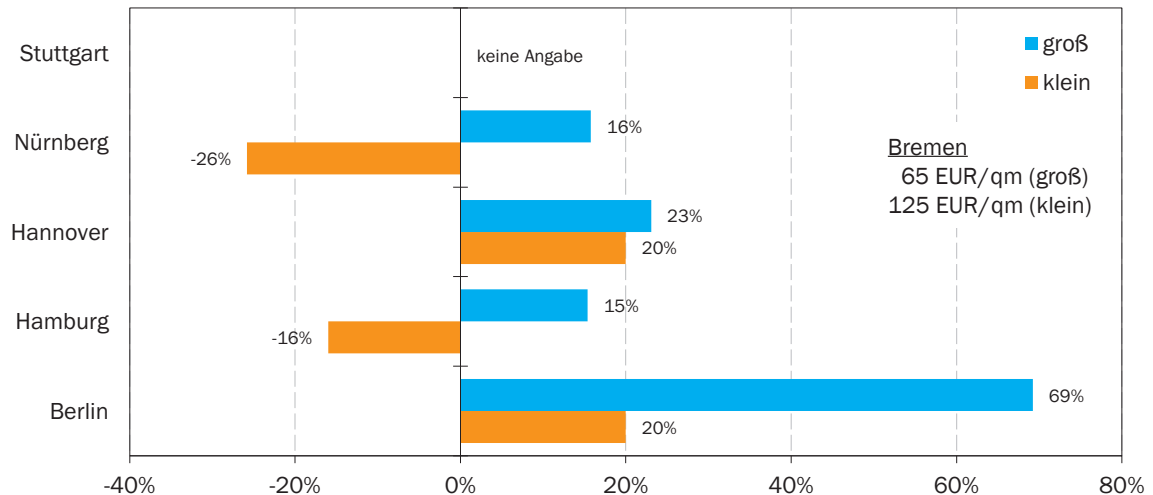
1 keine Angabe für Emden und Cuxhaven.

Quellen: IVD Gewerbepreissspiegel 2012/2013 (2013); HWWI.

Die Preise für Ladenmieten in 1A-Lagen im Geschäftskern sind Abbildung 7 zu entnehmen. Der Quadratmeterpreis für große Läden betrug in Bremen im Jahr 2012 65 Euro, für kleine Läden lag er bei 125 Euro. Weniger als in Bremen zahlten die Mieter für kleine Läden in 1A-Lagen im Geschäftskern in Hamburg (-16 Prozent) und Nürnberg (-26 Prozent). Hingegen sind große Läden dort um etwa 15 bis 20 Prozent teurer als in Bremen (2012). In Hannover und Berlin sind die Mietkosten in beiden Größenordnungen deutlich höher als in Bremen.

Abbildung 7

Abweichung der Ladenmieten im Geschäftskern in 1A-Lage 2012 gegenüber der Stadt Bremen

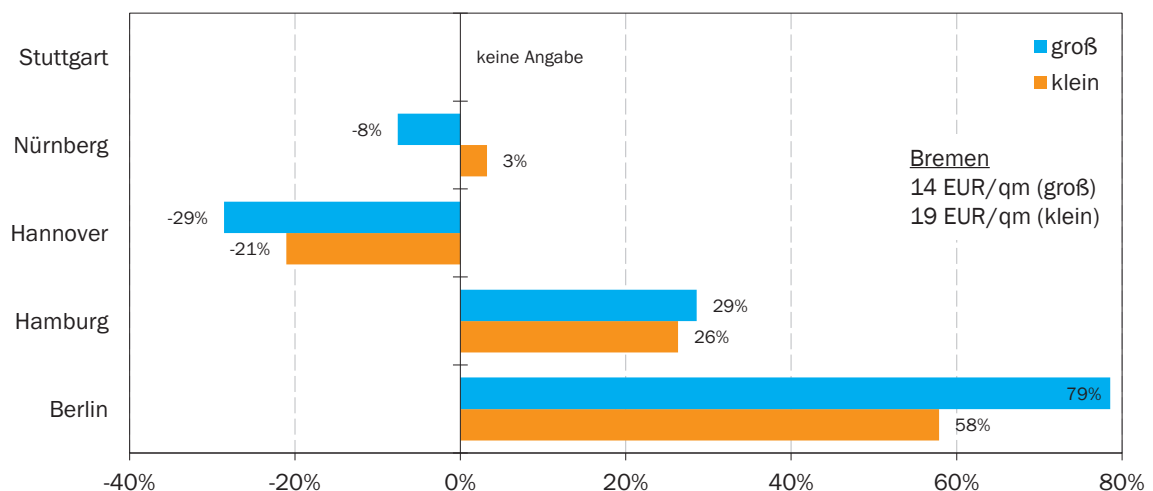


Quellen: IVD Gewerbepreisspiegel 2012/2013 (2013); HWWI.

Der Quadratmeterpreis für große Läden betrug in Bremen in 1A-Lage im Nebenkern im Jahr 2012 14 Euro, für kleine Läden lag er bei 19 Euro (Abbildung 8). Bei Läden in 1A-Lage im Nebenkern zahlt man im Jahr 2012 in Hamburg und besonders Berlin deutlich mehr Miete als in Bremen. Auffällig ist insbesondere der Unterschied zu Berlin, wo für große Ladenlokale fast 80 Prozent höhere Mieten fällig werden als in Bremen und für

Abbildung 8

Abweichung der Ladenmieten im Nebenkern in 1A-Lage 2012 gegenüber der Stadt Bremen



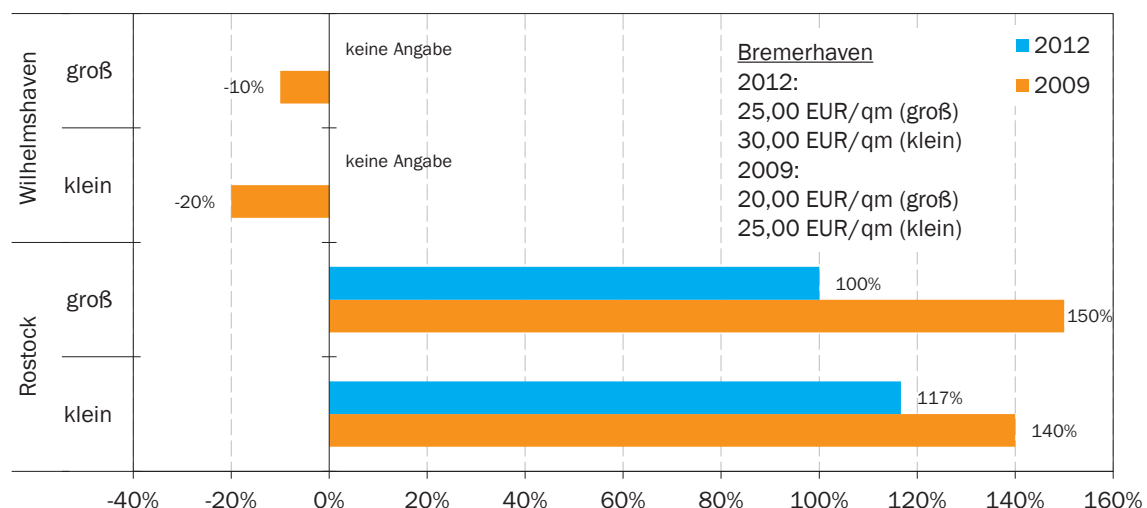
Quellen: IVD Gewerbepreisspiegel 2012/2013 (2013); HWWI.

kleine immerhin noch fast 60 Prozent. In Hannover liegen die Mietkosten je nach Größe der Läden um rund 20 bis 30 Prozent unter denen in Bremen, zu Nürnberg besteht dagegen nur ein geringfügiger Unterschied.

Im Jahr 2009 waren die Mieten für Läden in 1A-Lage im Geschäftskern in Rostock rund 1,5mal so hoch wie in Bremerhaven (Abbildung 9). Der Quadratmeterpreis für große Läden betrug in Bremerhaven im Jahr 2012 25 Euro, für kleine Läden lag er bei 30 Euro. In Wilhelmshaven musste man hingegen für einen Laden mit gleichem Standort 10 bis 20 Prozent weniger zahlen als in Bremerhaven. Für Cuxhaven und Emden liegen hierzu keine Angaben vor. Am aktuellen Rand 2012 hat sich die Diskrepanz zu Rostock etwas verringert, die Mieten liegen dort aber immer noch mindestens doppelt so hoch wie in Bremerhaven.

Abbildung 9

Abweichung der Ladenmieten im Geschäftskern in 1A-Lage gegenüber Bremerhaven¹



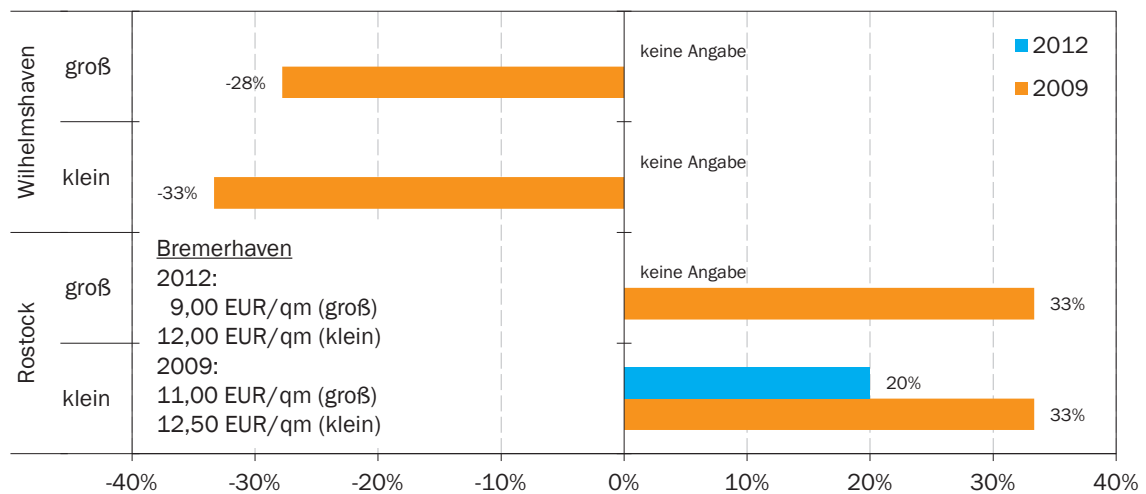
¹ keine Angabe für Emden und Cuxhaven.

Quellen: IVD Gewerbepreisspiegel 2012/2013 (2013); HWWI.

Der Quadratmeterpreis für große Läden betrug in Bremerhaven in 1A-Lage im Nebenkern im Jahr 2012 11 Euro, für kleine Läden lag er bei 12,50 Euro (Abbildung 10). Bei Läden im Nebenkern fällt das Mietpreisgefälle zwischen Bremerhaven und Rostock wesentlich geringer aus als bei Läden im Geschäftskern. Im Jahr 2009 waren die Ladenlokale in Rostock etwa um ein Drittel teurer als in Bremerhaven, im Jahr 2012 noch um ein Fünftel. Für die anderen Vergleichsstädte liegen hierzu keine belastbaren Angaben vor.

Abbildung 10

Abweichung der Ladenmieten im Nebenkern in 1A-Lage gegenüber Bremerhaven¹



1 keine Angabe für Emden und Cuxhaven.

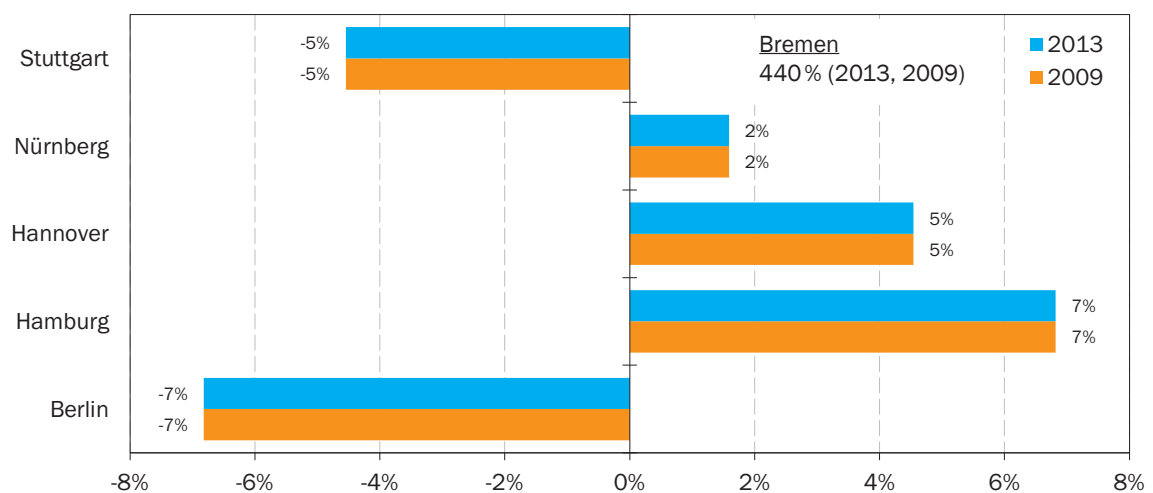
Quellen: IVD Gewerbepreisspiegel 2012/2013 (2013); HWWI.

Realsteuer-Hebesätze

Die Hebesätze von Gewerbesteuer und Grundsteuer B in den Jahren 2009 und 2013 für Bremen und Bremerhaven im überregionalen Standortvergleich ergeben sich aus den nachstehenden Abbildungen 11 bis 14. Die Höhe der Hebesätze beider Steuern stellt einen standortbezogenen Kostenfaktor dar und kann eine Rolle bei der Standortwahl von Unternehmen spielen.

Abbildung 11

Abweichung von den Hebesätzen der Gewerbesteuer gegenüber der Stadt Bremen



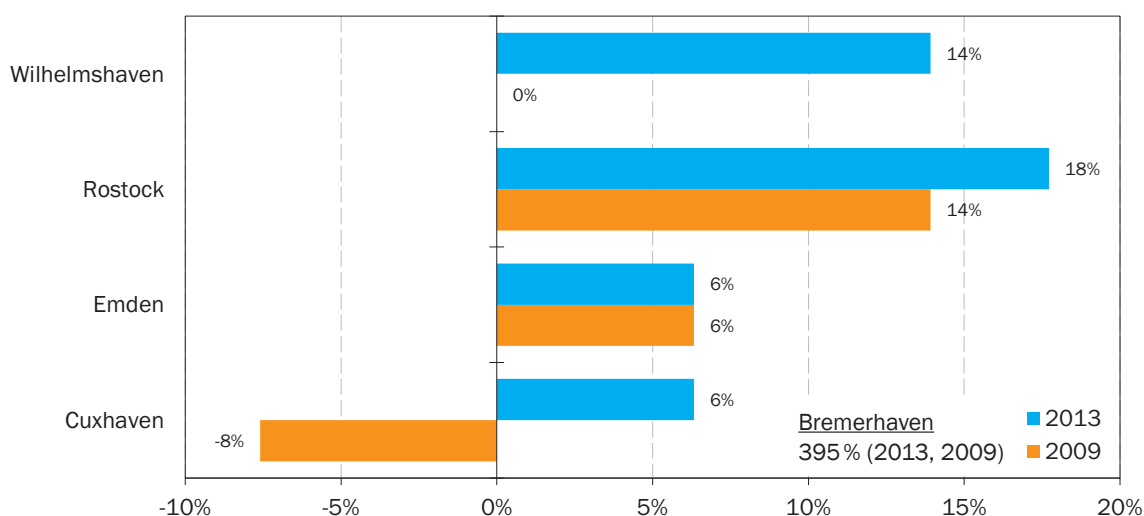
Quellen: DIHK (2013a, 2013b); HWWI.

Beim Vergleich der Gewerbesteuerhebesätze für Bremen zeigen sich am aktuellen Rand 2013 keine Veränderungen gegenüber der Vergleichssituation im Jahr 2009 (440 Prozent). In Berlin und Stuttgart sind die Hebesätze niedriger und in Hamburg, Hannover und Nürnberg jeweils höher als in der Stadt Bremen. Die Spannweite reicht hier von -7 Prozent (Berlin) bis +7 Prozent (Hamburg). Die relativen Abstände haben sich zwischen 2009 und 2013 nicht verändert (Abbildung 11).

In Bremerhaven ist der Gewerbesteuerhebesatz im Jahr 2013 relativ niedrig im Vergleich zu den anderen Städten, er liegt derzeit bei 395 Prozent (Abbildung 12). In Emden und Cuxhaven waren die Hebesätze jeweils 6 Prozent und in Wilhelmshaven und Rostock sogar 14 Prozent beziehungsweise 18 Prozent höher. Insgesamt hat Bremerhaven in diesem Punkt die relative Position im Standortwettbewerb verbessert. 2009 waren die Hebesätze in Wilhelmshaven noch identisch und Cuxhaven deutlich unter denen in Bremerhaven.

Abbildung 12

Abweichung von den Hebesätzen der Gewerbesteuer gegenüber Bremerhaven

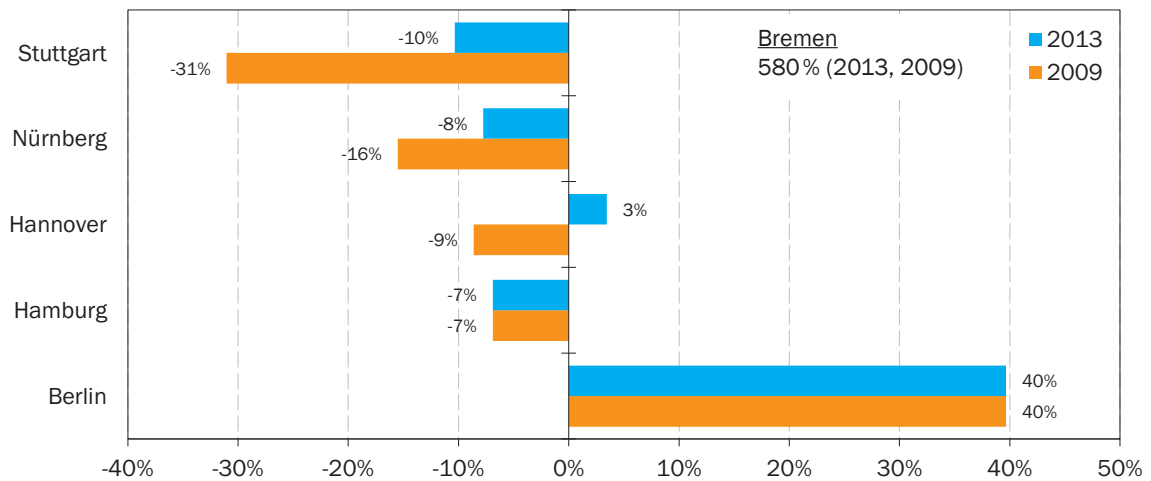


Quellen: DIHK (2013a, 2013b); HWWI.

Der Hebesatz der Grundsteuer B liegt in Bremen in beiden Vergleichsjahren konstant bei 580 Prozent (Abbildung 13). Der Hebesatz der Grundsteuer B lag im Jahr 2009 in allen Vergleichsstädten mit Ausnahme von Berlin unterhalb dem bremischen. Besonders groß fiel dabei die Differenz zu Stuttgart aus (-31 Prozent). Im Jahr 2013 haben sich die Werte angeglichen; so liegt Stuttgarts Hebesatz nur noch -10 Prozent unter dem Bremens. Zudem ist Hannover nun leicht teurer als Bremen (+3 Prozent in 2013, zuvor -9 Prozent in 2009).

Abbildung 13

Abweichung von den Hebesätzen der Grundsteuer B gegenüber der Stadt Bremen

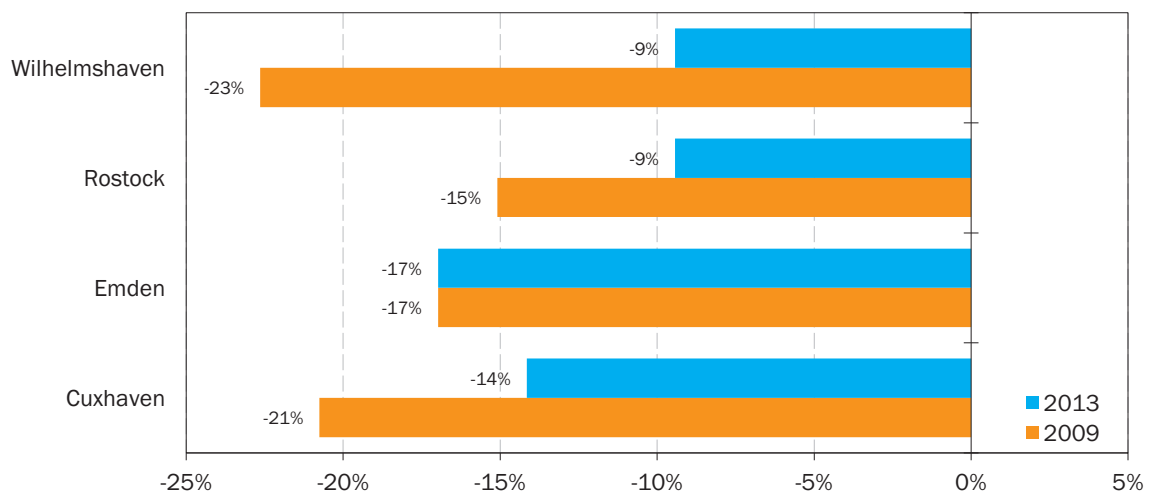


Quellen: DIHK (2013a, 2013b); HWWI.

Bremerhaven weist im Vergleich der Grundsteuer B Hebesätze sowohl im Jahr 2009 als auch 2013 mit 530 Prozent den höchsten Wert auf (Abbildung 14). Allerdings ist innerhalb des betrachteten Zeitraumes – bedingt durch Anpassungen an den Vergleichsstandorten bei gleichzeitiger Hebesatzkontinuität in Bremerhaven – eine leichte Verringerung des Gefälles zu erkennen. So hat sich etwa der prozentuale Abstand zu Wilhelmshaven zwischen 2009 und 2013 mehr als halbiert (von -23 Prozent auf -9 Prozent). Im selben Zeitraum hat sich auch das Gefälle zum Nachbarn Cuxhaven verringert, der Hebesatz dort liegt jedoch immer noch um fast -14 Prozent unter dem Bremerhavens.

Abbildung 14

Abweichung von den Hebesätzen der Grundsteuer B gegenüber Bremerhaven



Quellen: DIHK (2013a, 2013b); HWWI.

3.2.3 | Erreichbarkeit/Infrastruktur

Die Infrastruktur und die damit verbundene Erreichbarkeit einer Region sind entscheidend sowohl für den Güter- als auch für den Personenverkehr. Insbesondere für die Hafenhinterlandanbindung, aber auch für die Branchen der unternehmensnahen Dienstleistungen wie beispielsweise die Logistik, ist es von zentraler Bedeutung, die Verkehre effizient über die Infrastruktur abwickeln zu können.

Tabelle 4 zeigt die erreichbare Bevölkerung innerhalb einer Fahrzeit von zwei Stunden. Dabei wird deutlich, dass von der Stadt Bremen 8,7 Millionen Personen im intermodalen Güterverkehr zu erreichen sind. Dies sind etwa 400 Tsd. Personen mehr als von der Stadt Hamburg aus, aber etwa 1,3 Millionen Personen weniger als von der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover. Die verkehrliche Erreichbarkeit der Stadt Bremen unterscheidet sich dabei nicht wesentlich im intermodalen Verkehr und dem Straßenverkehr. Bremerhaven schneidet im Vergleich mit den vier Vergleichsstädten relativ gut ab. Nur von der Stadt Emden können beim Gütertransport innerhalb von zwei Stunden etwas mehr Menschen erreicht werden. Allerdings ist die Erreichbarkeit von Bremerhaven aufgrund der peripheren Küstenlage im Vergleich zur Stadt Bremen deutlich geringer.

Tabelle 4

Erreichbarkeit – Erreichbare Bevölkerung innerhalb von zwei Stunden Fahrzeit

Stadt	Güterverkehr		Personenverkehr	
	intermodal	Straße	Straße	Schiene
	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.
Stuttgart	10,1	10,1	25,2	28,0
Hannover	10,0	9,7	24,3	33,8
<i>Bremen</i>	8,7	8,5	22,4	21,5
Hamburg	8,3	8,2	14,3	20,7
Berlin	6,8	6,8	14,1	20,8
Nürnberg	6,1	5,8	23,8	20,6
Emden	3,8	3,5	12,7	5,7
<i>Bremerhaven</i>	3,2	3,2	13,9	10,9
Wilhelmshaven	2,9	2,4	5,4	6,3
Rostock	2,5	2,5	10,6	5,3
Cuxhaven	2,0	1,6	5,9	4,9

Quellen: RRG (2012); HWWI/ZEW.

Im Personenverkehr zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Im Straßenverkehr wird von Bremen eine relativ große Bevölkerung erreicht. Dabei macht sich bemerkbar, dass mit dem Pkw im gleichen Zeitraum größere Distanzen zurückgelegt werden können als mit dem Lkw. In Bezug auf den Schienenverkehr verfügt die Stadt Bremen zwar über

eine relativ zentrale Lage, allerdings ist die Anbindung Hannovers oder auch Hamburgs wesentlich effizienter: So lassen sich im Schienenverkehr beispielsweise für Hamburg in Relation zum Straßenpersonenverkehr mehr Menschen erreichen als von Bremen aus.

In einer Studie von Evangelinos et al. (2012) wurden die 80 größten deutschen Städte hinsichtlich ihrer verkehrlichen Erreichbarkeit untersucht. Neben der Reisezeit wurden auch das Marktpotenzial und die relative Netzwerkeffizienz berücksichtigt. Dabei positioniert sich Bremen im Schienenpersonenverkehr auf dem 34. Platz und schneidet damit deutlich schlechter als Hannover (Platz 3) und Hamburg (Platz 9) ab. Bremerhaven liegt in dem Vergleich auf Platz 71. Im Straßenverkehr ist die relative Position von Bremen noch weiter hinten (58. Platz), Bremerhaven liegt hier auf dem Platz 67. Allerdings belegen die Städte Hannover und Hamburg in diesem Vergleich auch nur die Plätze 45 beziehungsweise 69. So kommen Evangelinos et al. (2012) im Weiteren in der Studie zum Ergebnis, dass die Stadt Bremen eine relativ schlechte Erreichbarkeit im Luftverkehr aufweist (Platz 44), Hamburg und Hannover liegen dabei auf den Rängen 3 und 21.

Von zunehmender Relevanz für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ist neben der Verkehrsinfrastruktur auch die technische Infrastruktur. Eine Herausforderung besteht insbesondere im Breitbandausbau der Internetleitungen und der Umsetzung neuer Netzwerktechnologien. Die Zukunft wird dabei im so genannten „Next Generation Access“ (NGA) gesehen. Das NGA ist das Nachfolgenetz des existierenden Telekommunikationszugangsnetzes, das unbegrenzte Breitbanddienste unabhängig von Zeit und Distanz der Inanspruchnahme liefert. Von besonderer Wichtigkeit ist eine leistungsfähige Breitbandversorgung für Unternehmen aus dem Bereich der Kreativ- und Kulturwirtschaft, aber auch für die Logistikbranche und die Energiewirtschaft. Grundsätzlich wird die Bedeutung der technischen Infrastruktur im Land Bremen von Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor noch etwas höher eingeschätzt als von den Industrieunternehmen.

4 | Aktuelle Situation und Entwicklungen im bremischen Mittelstand

Dieses Kapitel schreibt im Wesentlichen die Datenbasis aus dem letzten Mittelstandsbericht 2009 fort, ergänzt um ausgewählte weitere Daten zum bremischen Mittelstand. Hierzu werden Kernindikatoren der kleinsten, kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land Bremen untersucht und ihre Entwicklung im Zeitverlauf dargestellt. Dabei werden sowohl bestehende Sekundärstatistiken als auch Auswertungen der für diesen Bericht durchgeführten HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung und die Ergebnisse der qualitativen Experteninterviews in die Analysen mit einbezogen. Insgesamt erlauben die Indikatoren einen guten Einblick in die folgenden, wesentlichen Bereiche mittelständischer Unternehmen:

- Anzahl, Umsatz und Struktur der Unternehmen
- Anzahl und Struktur der Beschäftigten
- Aus- und Weiterbildung sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Nachfrage nach Arbeitskräften
- Gründungsgeschehen
- Auslandsaktivitäten
- Förderpolitik
- Standortbewertung

Damit gibt dieses Kapitel einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation und Entwicklungen im bremischen Mittelstand.

4.1 | Anzahl, Umsatz und Struktur der Unternehmen

Die aktuelle Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2011 enthält Informationen über die Anzahl und die Umsätze aller im Land Bremen ansässigen Unternehmen. In der Statistik werden allerdings unter anderem Kleinstunternehmen mit 17.500 Euro Jahresumsatz und weniger nicht berücksichtigt.²⁵ Demnach gibt es im Land Bremen im Jahr 2011 insgesamt 22.598 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, die zusammen einen Gesamtumsatz von 64,9 Mrd. Euro erwirtschafteten. Im Mittelstandsbericht 2009 wurden für das Jahr 2007 22.581 Unternehmen gemeldet, dies entspricht einem Anstieg von 17 Unternehmen. Damit ist die Anzahl zwischen den beiden betrachteten Berichten nahezu konstant.

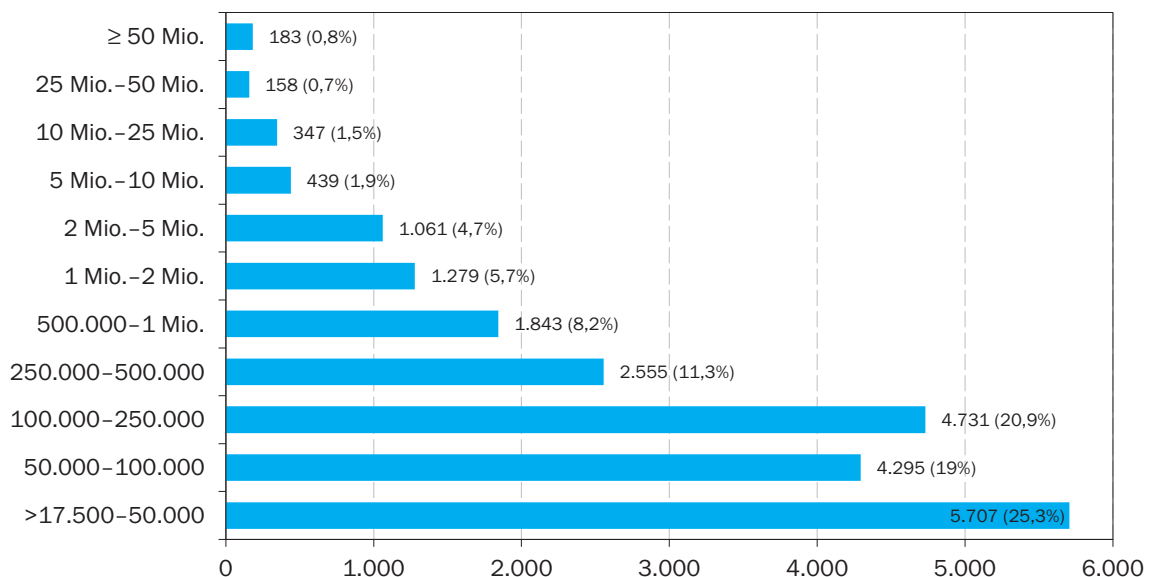
²⁵ Siehe hierzu auch Kapitel 2 „Methodik“.

Anzahl nach Umsatzgrößenklassen

Legt man die für diesen Bericht gewählte Mittelstandsdefinition²⁶ zugrunde, so gehören 84,7 Prozent der Unternehmen im Land Bremen zu den kleinen Unternehmen (weniger als 1 Mio. Euro Jahresumsatz), 14,5 Prozent der Unternehmen zu den mittelgroßen Unternehmen (Jahresumsatz zwischen 1 Mio. und 50 Mio. Euro) und nur 0,8 Prozent aller Unternehmen zu den Großunternehmen (mehr als 50 Mio. Euro Jahresumsatz) (Abbildung 15). Nach dem Kriterium der Umsatzhöhe zählen somit 99,2 Prozent der bremischen Unternehmen zum Mittelstand. Bundesweit liegt der Durchschnitt bei 99,7 Prozent.²⁷

Abbildung 15

Anzahl der Unternehmen im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen 2011



Quellen: Statistisches Bundesamt (2013b); HWWI.

Umsatz nach Umsatzgrößenklassen

Im Land Bremen erwirtschafteten die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen im Jahr 2011 zusammen einen Umsatz von 64,9 Mrd. Euro. Bei der Betrachtung der Umsätze der Unternehmen nach Umsatzgrößenklassen zeigt sich eine hohe Konzentration der Umsätze in den Großunternehmen (Abbildung 16). So zählen zwar nur 0,8 Prozent oder absolut 183 bremische Unternehmen zu den Großunternehmen, sie vereinten im Jahr 2011 aber 65,0 Prozent aller Umsätze, also 42,2 Mrd. Euro, auf sich. Demgegenüber erwirtschafteten die Kleinunternehmen im Land Bremen nur 5,3 Prozent (3,5 Mrd. Euro) der Umsätze und die mittelgroßen Unternehmen 29,7 Prozent (19,2 Mrd. Euro) aller Umsätze. Wäh-

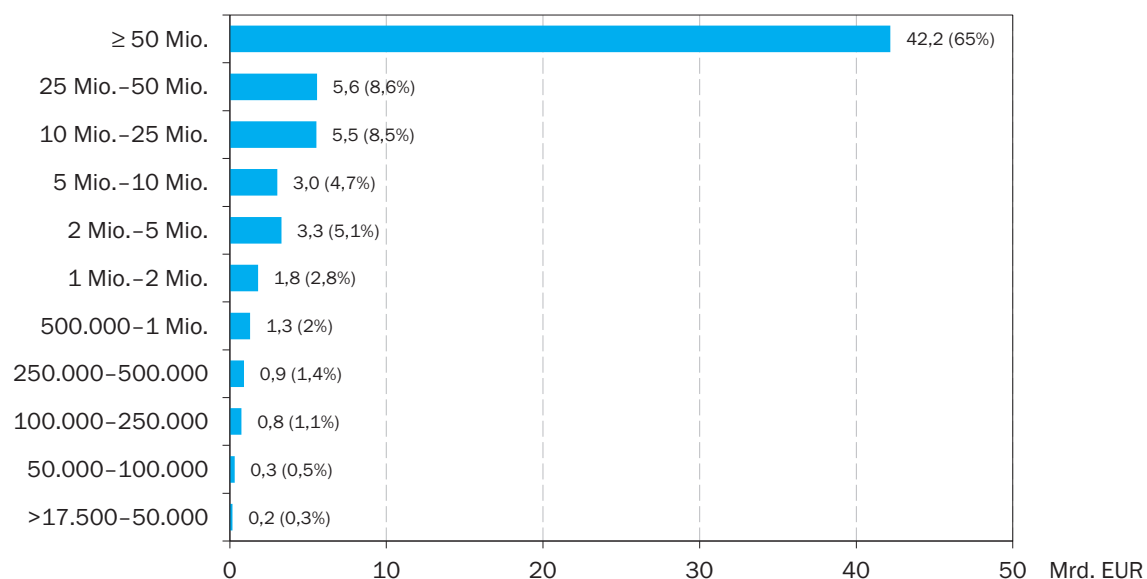
²⁶ Siehe Kapitel 2 „Methodik“.

²⁷ Vgl. IfM Bonn (2013).

rend der Mittelstand somit 35 Prozent der Umsätze im Land Bremen erwirtschaftet, liegt der Umsatzanteil der mittelständischen Unternehmen im Bundesdurchschnitt mit 36,8 Prozent etwas höher.²⁸ Durchschnittlich hat ein mittelständisches Unternehmen im Jahr 2011 im Land Bremen einen Umsatz von etwa 1,01 Mio. Euro erwirtschaftet. Dieser Wert liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 653 Tsd. Euro je mittelständisches Unternehmen.²⁹ Insgesamt ist die bremische Wirtschaft durch überdurchschnittlich große beziehungsweise umsatzstarke Unternehmen gekennzeichnet.

Abbildung 16

Umsatz¹ Unternehmen im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen 2011



1 Umsätze der Unternehmen ohne Umsatzsteuer

Quellen: Statistisches Bundesamt (2013b); HWWI.

Anzahl und Umsatz nach Wirtschaftszweigen

Den höchsten Anteil an allen mittelständischen Unternehmen der Privatwirtschaft hat mit 21,3 Prozent der Sektor Handel und Instandhaltung sowie Reparatur von Kraftfahrzeugen. An zweiter Stelle folgt die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen mit einem Anteil von 16,7 Prozent und an dritter Stelle schließlich das Baugewerbe mit 8,2 Prozent (Abbildung 18). Bei der Berücksichtigung aller Unternehmen, einschließlich der Großunternehmen, bleibt der Sektor Handel und Instandhaltung sowie Reparatur von Kraftfahrzeugen der größte Sektor. Gleiches gilt für die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (Abbildung 17).³⁰

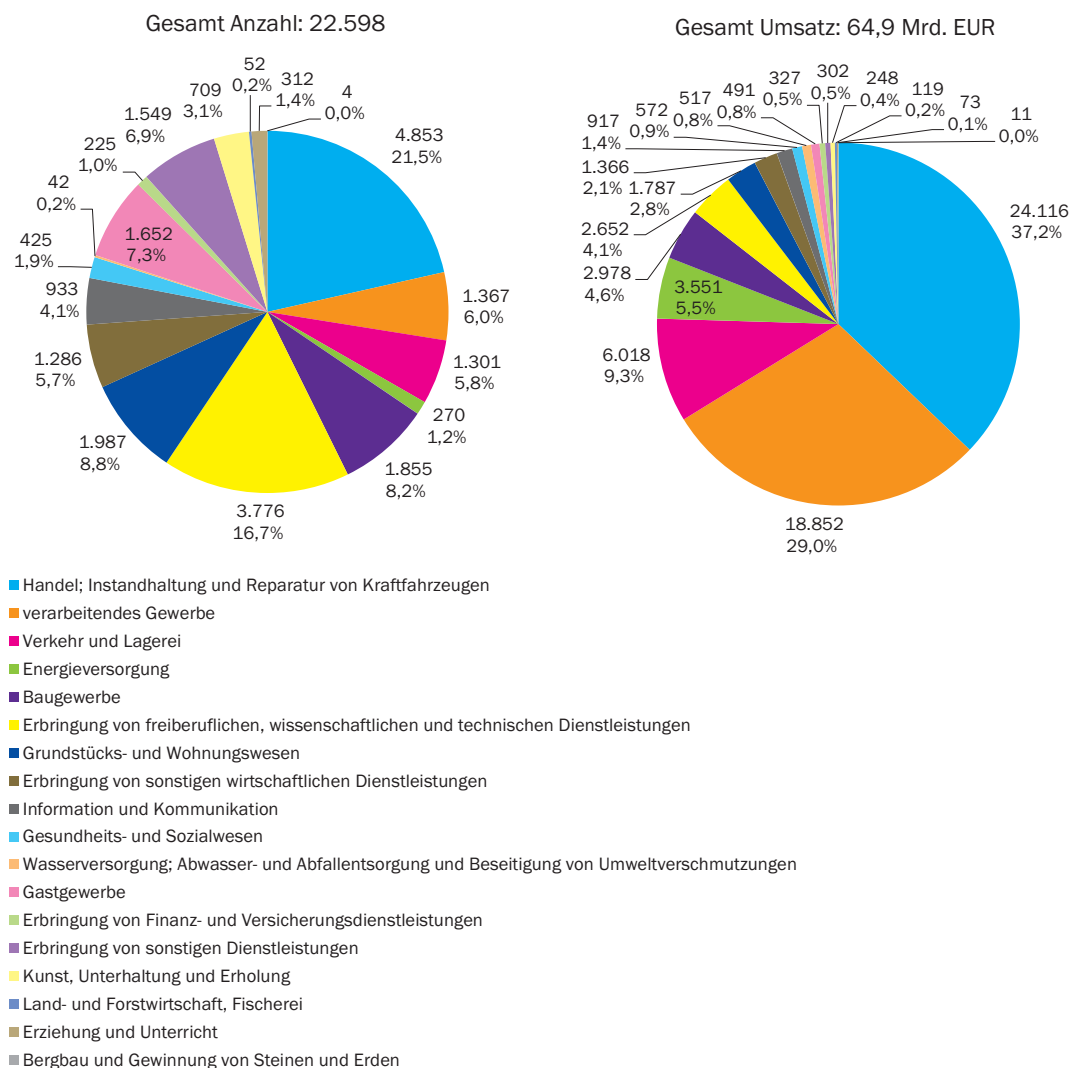
²⁸ Vgl. IfM Bonn (2013).

²⁹ Vgl. ebd.

³⁰ Im Anhang A5 wird im Einzelnen die Anzahl von Betrieben und SV-Beschäftigten nach Wirtschaftszweig aufgelistet.

Abbildung 17

Anzahl und Umsatz von allen Unternehmen¹



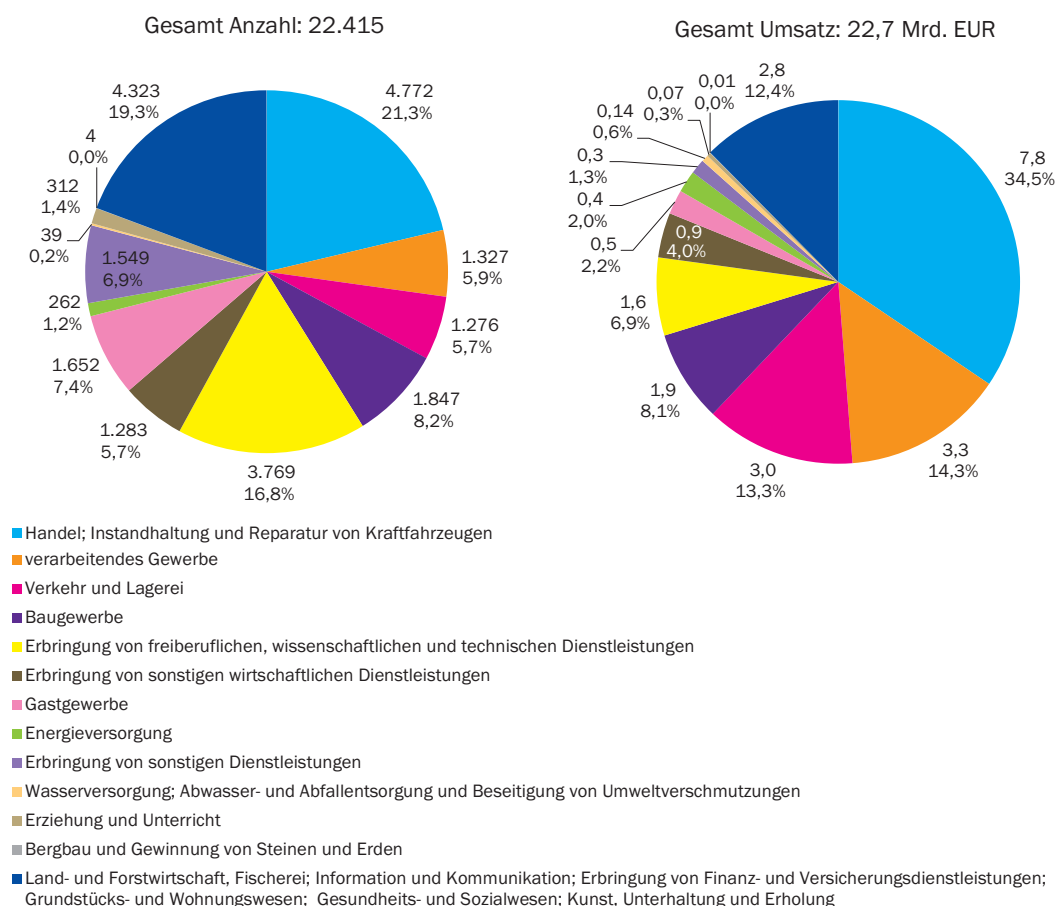
¹ ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, private Haushalte und extraterritoriale Organisationen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen (2013a); HWWI.

Schlüsselt man jedoch den Umsatz nach Branchen auf, dann liegt der Handel und Instandhaltung sowie Reparatur von Kraftfahrzeugen mit einem Anteil am Umsatz aller KMU von 34,5 Prozent an erster Stelle, gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe (14,3 Prozent), Verkehr und Lagerei (13,3 Prozent) und Baugewerbe (8,1 Prozent) (Abbildung 18). Die KMU-Anteile beim Unternehmensbestand variieren zwischen 92,9 Prozent im Wirtschaftszweig Wasserversorgung, 97,1 Prozent im verarbeitenden Gewerbe und 100 Prozent im Gastgewerbe und Erziehung und Unterricht. Bezogen auf den Umsatz liegt der KMU-Anteil bei der Energieversorgung bei 12,5 Prozent, im verarbeitenden Gewerbe bei 17,2 Prozent und im Handel und Instandhaltung sowie Reparatur von Kraftfahrzeugen, bei 32,5 Prozent und somit unter dem bremer Durchschnitt von 35 Prozent (Tabelle im Anhang A5).

Abbildung 18

Anzahl und Umsatz von KMU¹



¹ Aufgrund der datenschutzrechtlichen Geheimhaltung konnten einige Wirtschaftszweige nur zusammengefasst dargestellt werden; ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, private Haushalte und extraterritoriale Organisationen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen (2013a); HWWI.

Umsatzentwicklung nach Wirtschaftszweigen

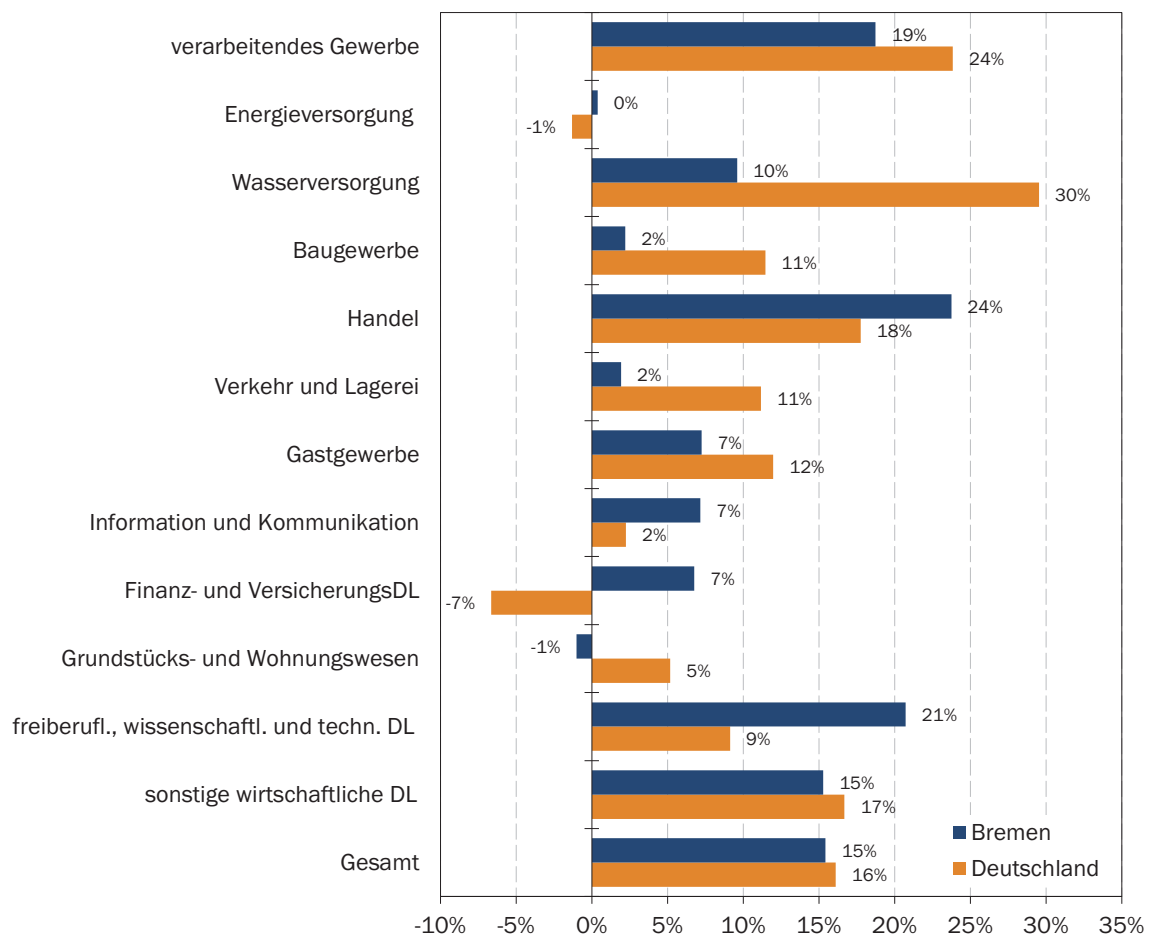
Aufgrund von Datenrestriktionen wird die Entwicklung des branchenspezifischen Umsatzes nicht gesondert für den Mittelstand, sondern für alle Unternehmen ausgewiesen.³¹ Der Umsatz der Unternehmen insgesamt stieg im betrachteten Zeitraum von 2009 und 2011 um 15 Prozent in Bremen, ähnlich hoch fiel auch das Wachstum für Deutschland insgesamt aus (Abbildung 19). In Bremen erzielte man dagegen das größte Umsatzwachstum im Handel (+24 Prozent) und in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (+21 Prozent). Nach Branchen wuchs der Umsatz deutschlandweit am stärksten in der Wasserversorgung (+30 Prozent) und dem verarbeitenden

³¹ KMU wurden erst nach 2009 statistisch-differenziert in der Umsatzsteuerstatistik erfasst. Davor wurde lediglich die zwei Kategorien ≤5 Mio. Euro Umsatz und >5 Mio. Euro Umsatz geführt, womit sich keine weitere Differenzierung vornehmen lässt (siehe auch Abschnitt 2.2.2 im Kapitel „Methodik“).

Gewerbe (+24 Prozent). In Bezug auf die unterschiedliche Entwicklung von Bremen und Deutschland kann festgehalten werden, dass Bremen insgesamt einen geringeren Umsatzzuwachs aufzuweisen hat als Deutschland. In zehn von 16 Wirtschaftsbereichen stieg der Umsatz schwächer an als in Deutschland. Jedoch konnte vor allem im Handel, im Bereich Information und Kommunikation, in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie in den sonstigen Dienstleistungen ein größeres Umsatzwachstum erzielt werden als in Deutschland.

Abbildung 19

Wachstumsrate des Umsatzes¹ der Unternehmen² im Land Bremen und in Deutschland zwischen 2009 und 2011



1 Umsätze der Unternehmen ohne Umsatzsteuer

2 steuerpflichtige Unternehmen mit jährlichen Lieferungen und Leistungen über 17.500 Euro

Quellen: Statistisches Bundesamt: Umsatzsteuerstatistik (2013b); HWWI.

Die Anzahl der Unternehmen stieg zwischen 2009 und 2011 im Land Bremen insgesamt um 0,55 Prozent oder von 22.474 auf 22.598 Unternehmen. Den größten Unternehmenszuwachs hatte dabei der Wirtschaftszweig Energieversorgung zu verzeichnen

(+13 Prozent), zum Vergleich wuchs dieser Wirtschaftszweig auf Bundesebene um fast 79 Prozent. Daneben wuchs in Bremen insbesondere die Zahl der Unternehmen im Finanz- und Versicherungsgewerbe (ein Plus von 16 Unternehmen oder 7,66 Prozent), in Deutschland schrumpfte die Zahl der Unternehmen hingegen um -1,43 Prozent beziehungsweise fast 380 Unternehmen.

4.2 | Anzahl und Struktur der Beschäftigten

Im Folgenden werden die Anzahl und die Struktur der Beschäftigten aufgezeigt. Dabei wird auf eine Sonderauswertung der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Da sich das für den Mittelstand bedeutsame Handwerk und die Freien Berufe nicht auf Basis der Beschäftigungsstatistik abbilden lassen, wird die Beschäftigung in diesen Bereichen anschließend anhand der Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Institut für Freie Berufe erfasst und dargestellt.³²

4.2.1 | Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Mittelstands zeigt sich vor allem in der Anzahl der Beschäftigten. Nachfolgend wird die Anzahl, Struktur und Entwicklung der Beschäftigung im bremischen Mittelstand anhand von Daten aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit aufgezeigt. Selbständige und Ein-Personen-Unternehmen sowie Unternehmen ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte werden hier allerdings nicht erfasst.³³ Aus diesem Grund ist die hier berücksichtigte Anzahl an Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen mit 16.088 auch deutlich geringer als die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (22.598) aus der Umsatzsteuerstatistik. Der Anteil der Unternehmen gezählt in der Sonderauswertung der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur an der Umsatzsteuerstatistik beträgt dabei für das Land Bremen 71 Prozent, bundesweit hingegen 66 Prozent.

Anzahl der Betriebe nach Betriebsgrößenklassen

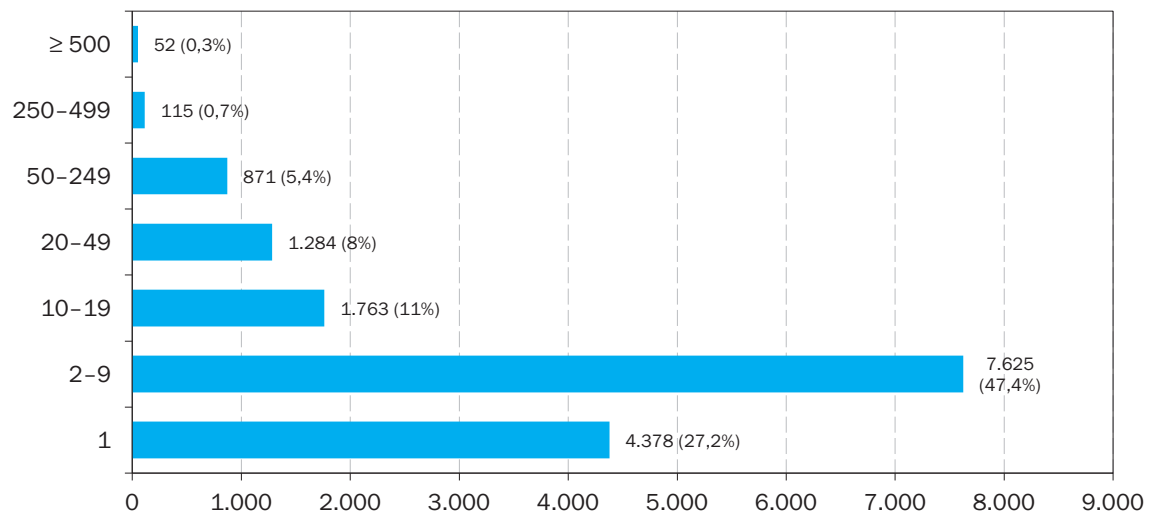
In diesen 16.088 Betrieben sind 296.579 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Stichtag: 30. Juni 2012). Es zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Betriebe bezogen auf das Kriterium der Betriebsgrößenklasse Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten sind (74,6 Prozent). Zusammen mit den mittleren Unternehmen machen die KMU insgesamt 99,7 Prozent der Betriebe im Land Bremen aus (Abbildung 20). Der Anteil ist hier folglich leicht höher als nach dem Umsatzkriterium.

³² Vgl. Kapitel 2 „Methodik“.

³³ Nähere Angaben zur Beschäftigungsstatistik finden sich in Kapitel 2 „Methodik“.

Abbildung 20

Anzahl von Betrieben im Land Bremen nach Beschäftigungsgrößenklassen 2012



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013a); HWWI.

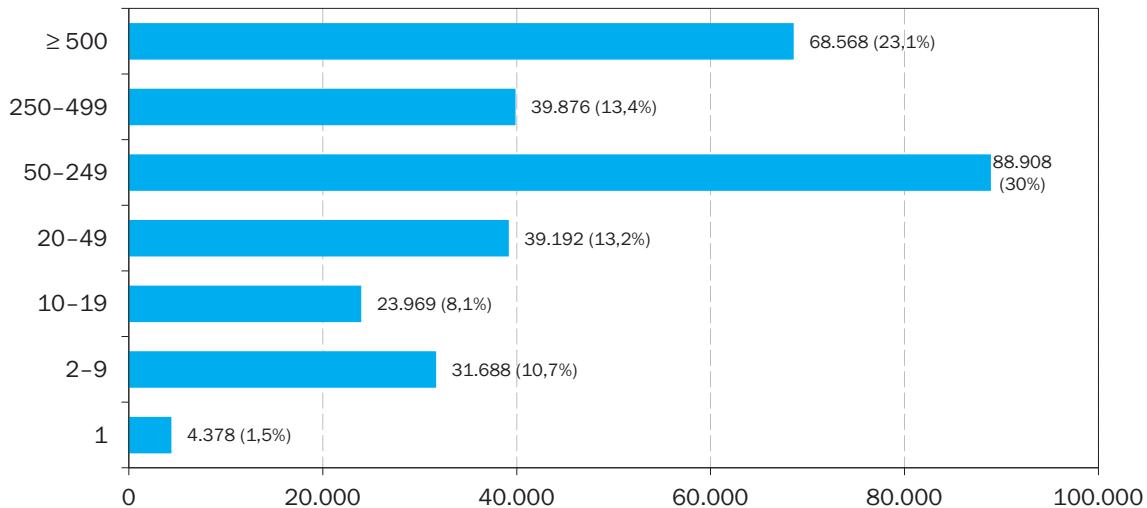
In der Stadt Bremen gab es im Jahr 2012 insgesamt 13.459 Betriebe. Davon zählen gemäß der gewählten Mittelstandsdefinition und nach dem Kriterium der Beschäftigtenanzahl 99,7 Prozent zum Mittelstand, 42 Betriebe sind hingegen als groß einzustufen. Für die Stadt Bremerhaven sind in der Beschäftigungsstatistik 2.629 Betriebe im Jahr 2012 ausgewiesen, wovon 99,6 Prozent zum Mittelstand zählen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen

Die bremischen KMU vereinen insgesamt 76,9 Prozent der Beschäftigten in Bremen auf sich (davon 12,2 Prozent in Kleinbetrieben) (Abbildung 21). Die restlichen 23,1 Prozent der Beschäftigten verteilen sich auf 52 Großunternehmen, also rund 0,3 Prozent aller Betriebe (Abbildung 20 und 21). Damit spielen die KMU im Bereich der Beschäftigung eine deutlich gewichtigere Rolle als bei den Umsatzzahlen, wo die KMU nur auf einen Anteil von 35 Prozent am Gesamtumsatz kommen. Deutschlandweit ist die relative Bedeutung des Mittelstands für die Beschäftigung mit einem Anteil 79,2 Prozent sogar noch etwas größer als im Land Bremen.

Abbildung 21

Anzahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen nach Beschäftigungsgrößenklassen 2012



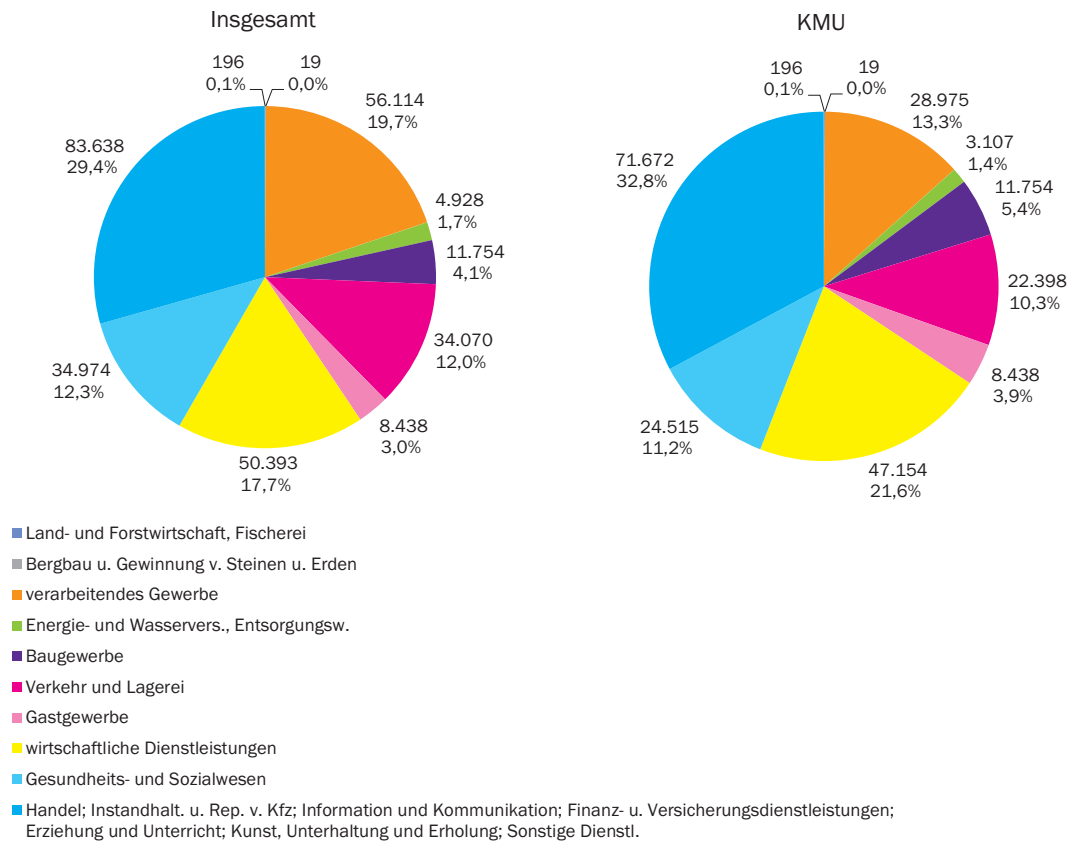
Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013a); HWWI.

Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen

Es zeigt sich für das Land Bremen, dass insgesamt das verarbeitende Gewerbe mit 56.114 Beschäftigten (19,7 Prozent aller Beschäftigten) die Branche mit den meisten Arbeitsplätzen darstellt (Abbildung 22). Fast jeder sechste sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Bremen arbeitet in diesem Wirtschaftszweig. An zweiter Stelle stehen die wirtschaftlichen Dienstleistungen mit 50.393 Beschäftigten (17,7 Prozent), gefolgt vom Handelsgewerbe mit 39.844 Beschäftigten (11,3 Prozent) und dem Wirtschaftszweig Verkehr und Lagerei mit 34.070 Beschäftigten (12,0 Prozent). Aufgrund der relativen Größe wird die dargestellte Branchenstruktur von den Betrieben in der Stadt Bremen dominiert. Bei einem Vergleich der Städte Bremen und Bremerhaven zeigt sich ein signifikanter Unterschied in der Branchenstruktur. Während der Wirtschaftszweig Verkehr und Lagerei in der Stadt Bremen in etwa 10 Prozent der Beschäftigung ausmacht, arbeiteten in der Seestadt Bremerhaven mehr als 17 Prozent, also 8.346 von insgesamt 48.688 Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig.

Bei den KMU sieht die sektorale Struktur wie folgt aus: Die meisten Beschäftigten sind im Bereich Wirtschaftliche Dienstleistungen zu finden. Etwa 47.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oder fast 94 Prozent dieses Wirtschaftsabschnitts sind Beschäftigte eines kleinen und mittleren Betriebes. Danach folgt das verarbeitende Gewerbe mit 28.975 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, was einen Anteil der KMU von 51,6 Prozent ausmacht. In der Energie- und Wasserversorgung liegt dieser Durchschnittswert bei den Unternehmen bei 63,1 Prozent. Im Baugewerbe sind hingegen alle 11.754 Beschäftigten in einem kleineren oder mittleren Betriebe tätig.

Abbildung 22

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen 2012¹

1 Aufgrund der datenschutzrechtlichen Geheimhaltung konnten einige Wirtschaftszweige nur zusammengefasst dargestellt werden; ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Private Haushalte und Exterritoriale Organisationen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen (2013a); HWWI.

Beschäftigungsentwicklung

Hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung für den Zeitraum 2009 bis 2012 lässt sich feststellen, dass die Anzahl der Beschäftigten im Land Bremen insgesamt von rund 283.000 Personen im Jahr 2009 um rund 4,9 Prozent auf rund 297.000 im Jahr 2012 zugenommen hat. Diese Entwicklung lag im Durchschnitt Deutschlands und entspricht einer Zunahme von rund 13.500 Personen. Betrachtet man ausschließlich die KMU, lässt sich feststellen, dass das Wachstum mit 5,0 Prozent leicht höher war als bei der Betrachtung aller Unternehmen. Allerdings war das Wachstum leicht unter dem Bundesdurchschnitt (5,3 Prozent).³⁴

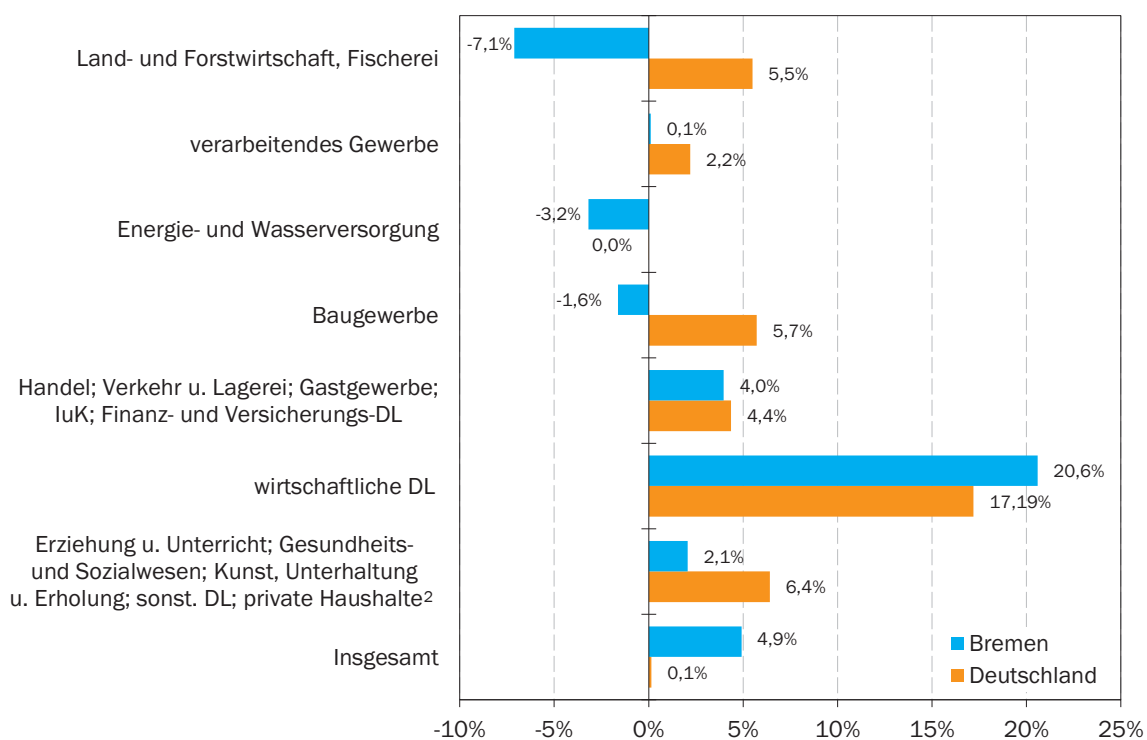
³⁴ Ähnlich wie bei der Umsatzentwicklung lässt auch die zu beobachtende Beschäftigungsentwicklung keine verlässliche Aussage darüber zu, welchen Beitrag der Mittelstand im Vergleich zu den großen Betrieben im Zeitverlauf im Hinblick auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen geleistet hat. Dies ist auf den Bestandscharakter der Beschäftigungsstatistik sowie die vorzunehmende Abgrenzung des Mittelstands anhand der Betriebsgrößenklassen zurückzuführen. Zum einen können vormals mittelständische Betriebe aufgrund eines Beschäftigungswachstums im Folgejahr in der Statistik zu den Großbetrieben zählen, so dass das Beschäftigungswachstum nicht in der Größenklasse des Mittelstands aufgeführt wird. Zum anderen können infolge einer Aufspaltung großer Betriebe auch zusätzliche, kleinere Betriebe entstehen, die sich in der Statistik niederschlagen, jedoch nicht mit einem Zuwachs der Gesamtbeschäftigung einhergehen (Problem der Klassenwechsler).

Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftszweigen

Insbesondere die Entwicklung der wirtschaftlichen Dienstleistungen war zwischen den Jahren 2009 und 2012 sehr positiv: Die Beschäftigung wuchs hier um 21 Prozent beziehungsweise um etwa 8.600 Personen an. Auch deutschlandweit wurden in 2012 in diesem Bereich 17,2 Prozent an Mehrbeschäftigung gegenüber 2009 verbucht. Diese besonders hohe Dynamik dürfte zu einem nicht unbedeutenden Teil auf starken Beschäftigungsanstieg in dem dazugehörigen Bereich der Arbeitnehmerüberlassung zurückzuführen sein.³⁵ Auch in den zusammengefassten Wirtschaftszweigen Handel und

Abbildung 23

Veränderung der SV-Beschäftigten 2012 gegenüber 2009 nach Wirtschaftszweigen¹



¹ Aufgrund der datenschutzrechtlichen Geheimhaltung können einige Wirtschaftszweige nur zusammengefasst dargestellt werden.

² private Haushalte nur für Deutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013a, 2013d, 2010); HWWI.

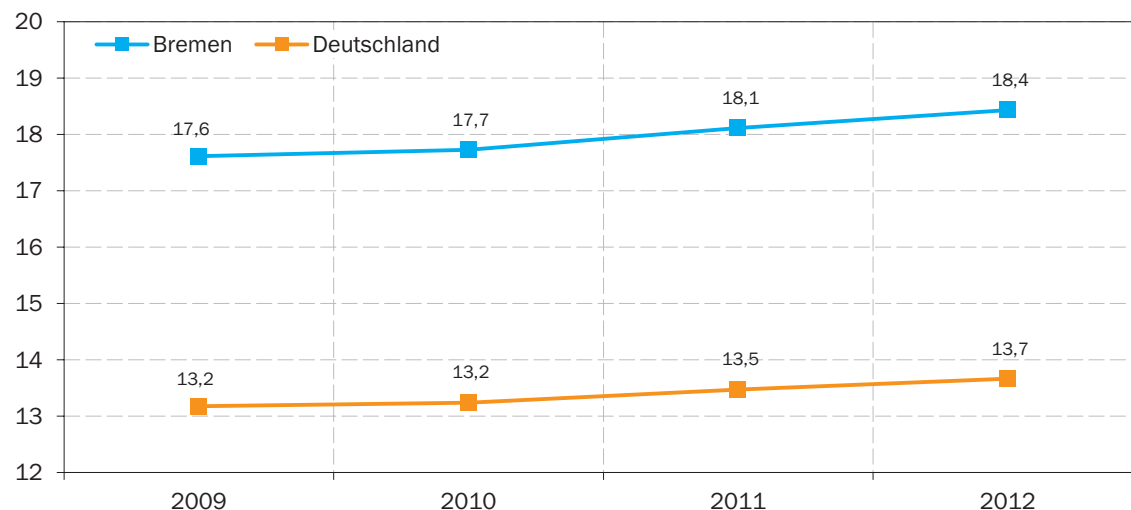
Verkehr sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ist die Beschäftigung relativ stark gestiegen, die aber zum Teil unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei wurde prozentuell am meisten Beschäftigung abgebaut (-7,1 Prozent), dies betraf jedoch nur 15 Personen. Umgekehrt wurde in Deutschland insgesamt die Beschäftigung im Primärsektor aufgebaut (12.025 Personen).

³⁵ Siehe hierzu auch Kapitel 5.

Im Land Bremen stieg im Zeitraum 2009 bis 2012 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Abbildung 23), ähnlich verhielt es sich mit der Anzahl der Unternehmen, die von 16.070 auf 16.088 Unternehmen leicht anstieg. Interessant ist in diesem Zusammenhang die durchschnittliche Betriebsgrößenstruktur (Abbildung 24). So ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pro Betrieb im Land Bremen (18,4 Personen je Unternehmen) im Durchschnitt höher als in Deutschland (13,7 Personen je Unternehmen) insgesamt. Zudem ist die durchschnittliche Betriebsgröße in Bremen im Zeitraum von 2009 bis 2012 stärker angewachsen (0,8 Personen) als im Bundesdurchschnitt (0,5 Personen).

Abbildung 24

Durchschnittliche Anzahl der SV-Beschäftigten in Betrieben 2009 bis 2012



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013a); HWWI.

4.2.2 | Handwerk und freie Berufe

Sowohl das Handwerk als auch die freien Berufe können anhand der in den beiden vorangestellten Abschnitten zugrunde gelegten amtlichen Statistik nicht gesondert betrachtet werden (siehe auch Kapitel 2). Beide Bereiche werden daher nachfolgend im Hinblick auf ihre aktuelle Situation und ihre Entwicklung im Land Bremen anhand weiterer, zielgruppenspezifischer Statistiken aufgezeigt.

Aktuelle Situation im Handwerk

Im Land Bremen waren im Jahr 2012 nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) insgesamt 5.332 Handwerksbetriebe registriert. Nach der Handwerksordnung werden alle Betriebe in das zulassungspflichtige Handwerk (Anlage A), das zulassungsfreie Handwerk (Anlage B1) und in das zulassungsfreie handwerksähnliche Handwerk (Anlage B2) unterteilt. Mit 57 Prozent entfällt dabei der größte Teil der Handwerksbetriebe auf die zulassungspflichtigen Unternehmen. Zum zulassungsfreien zählen 24 Prozent und zum handwerksähnlichen 19 Prozent aller Handwerksbetriebe im Land Bremen. Diese Struktur ist vergleichbar mit der im gesamten Bundesgebiet.

Insgesamt erwirtschafteten die Handwerksbetriebe im Land Bremen 2012 im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk (Anlagen A und B1) etwa 2,6 Mrd. Euro Umsatz und beschäftigten über 30.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für das handwerksähnliche Handwerk liegen keine Länderdaten vor.

Tabelle 5

Handwerksbetriebe, ihre Beschäftigten und ihr Umsatz

Indikator	Betriebsbestand	Vertikalstruktur	Betriebsbesatz	Umsatz	Beschäftigt
2012					
		%	pro Tsd. Einw.	Mio. EUR	Tsd.
Land Bremen					
zulassungspflichtig	3.065	57,5	4,6	2.420	22,6
zulassungsfrei	1.275	23,9	1,9	208	8,0
handwerksähnlich	990	18,6	1,5	k. A.	k. A.
<i>nachrichtlich:</i>					
einfache Tätigkeiten	2	0,0	0,0	k. A.	k. A.
Handwerk insgesamt	5.332	100,0	8,1	2.627	30,6
Deutschland					
zulassungspflichtig	597.389	59,5	7,3	434.808	4.040,3
zulassungsfrei	218.818	21,8	^{2,7}	40.835	938,4
handwerksähnlich	187.565	18,7	2,3	k. A.	k. A.
<i>nachrichtlich:</i>					
einfache Tätigkeiten	460	0,0	0,0	k. A.	k. A.
Handwerk insgesamt	1.004.232	100,0	12,3	475.642	4.978,7

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen (2013b, 2012); ZDH (2013); HWWI/ZEW.

Entwicklung im Handwerk

Die Anzahl der zulassungspflichtigen Unternehmen im Land Bremen betrug im Jahr 2012 3.065, dies war ein Rückgang von 13 zulassungspflichtigen Unternehmen (Anlage A). Insgesamt ist aber der Betriebsbestand im betrachteten Zeitraum von 4.958 auf 5.332 Betriebe gestiegen. Deutschlandweit ging die Zahl der Gründungen im Handwerk in den letzten Jahren stark zurück. Im Jahr 2005 lag der Anteil der Gründungen eines Handwerksbetriebes an den Gründungen insgesamt bei etwa 20 Prozent, im Jahr 2012 waren es hingegen nur etwas mehr als 10 Prozent (Tabelle 6). Dies könnte u. a. auf die vergleichsweise gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Zeitraum zurückzuführen sein, da Handwerksgründungen zu etwa 43 Prozent aus Notgründungen heraus vorgenommen werden.³⁶

Tabelle 6

Betriebsbestand, Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im Land Bremen

Jahr	zulassungspflichtig	einfache Tätigk.	zulassungsfrei	handwerksähnlich	insgesamt	Beschäftigte	Umsatz
2009	3.078	2	892	986	4.958	32.105	2.648
2010	3.078	2	1.024	988	5.092	30.583	2.627
2011	3.072	1	1.139	988	5.200	k. A.	k. A.
2012	3.065	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen (2013b, 2012); ZDH (2013); HWWI/ZEW.

Aktuelle Situation bei den freien Berufen

Im Jahr 2009 gab es im Land Bremen 8.500 Selbständige in den freien Berufen.³⁷ Den größten Anteil hiervon bilden die Versicherten der Künstlersozialkasse mit 21 Prozent oder etwa 1.800 Personen, gefolgt von den Ärztinnen und Ärzten mit 16 Prozent oder etwa 1.300 Personen und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten mit 13 Prozent oder 1.100 Personen (Abbildung 25). Insgesamt stellen diese drei Gruppen fast 50 Prozent der freien Berufe. Unter den freien Berufen sind weiterhin wichtige Bereiche der unternehmensnahen Dienstleistungen zu finden.

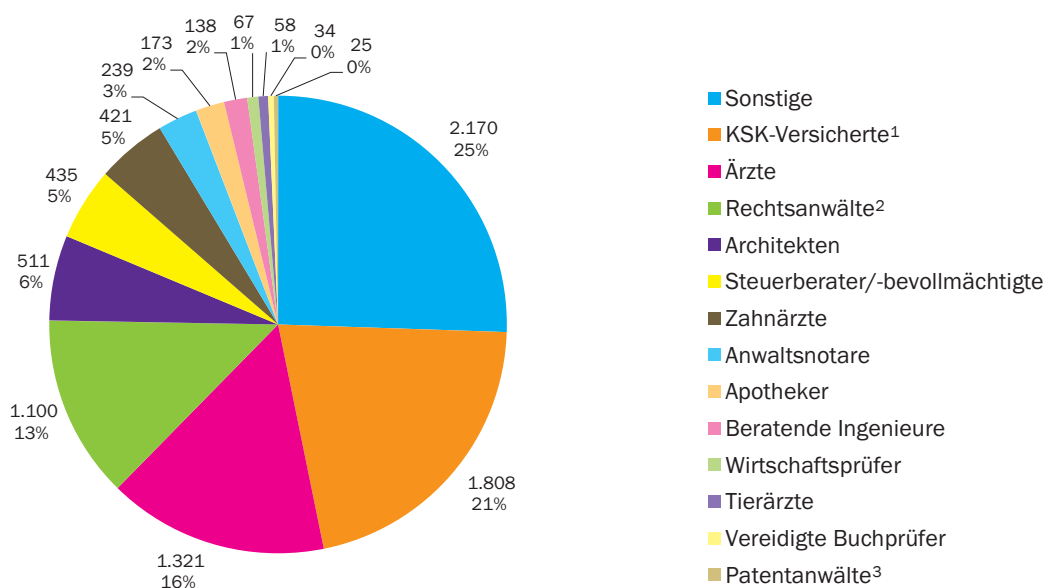
Die Zahl der selbständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler in Deutschland wächst kontinuierlich und hat Anfang 2012 mit knapp 1,2 Mio. Selbständigen einen neuen Höchststand erreicht. Auch als Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber und Ausbilder spielen die freien Berufe eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland. Sie erwirtschaften rund 10,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und beschäftigen fast 3 Mio. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter knapp 112.000 Auszubildende.³⁸

³⁶ Vgl. Metzger (2013).

³⁷ Siehe hierzu auch Kapitel 2 „Methodik“.

³⁸ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2013).

Abbildung 25

Selbständige in freien Berufen im Land Bremen 2009

1 Angaben der Künstlersozialkasse zum Versichertenbestand

2 Ohne Anwaltsnotare

3 Stand: 29.04.2009

Quellen: IfM (2013), basierend auf Daten vom Institut für Freie Berufe; HWWI.

Entwicklung bei den freien Berufen

Die Entwicklung der Zahl der Freiberuflerinnen und Freiberufler lässt sich aufgrund der Datenverfügbarkeit nur anhand der neu angemeldeten freiberuflich tätigen Personen darstellen.³⁹ Die wichtige Größe der aus dem Markt ausscheidenden Freiberuflerinnen und Freiberufler wird hingegen nicht erfasst. Somit lässt sich die Entwicklung des Bestands nach 2009 nicht feststellen. Von 2009 bis 2011 konnte ein Zugang von rund 3.200 Freiberuflerinnen und Freiberuflern im Land Bremen verbucht werden (Abbildung 26).⁴⁰ Im Vergleich der Gründungsintensität nach Bundesländern liegt die Anzahl der freiberuflichen Gründerinnen und Gründer je 10.000 erwerbsfähigen Einwohnern im Land Bremen bei 27, was nach Berlin (71) und Hamburg (65) den sechsten Platz bedeutet. Im Deutschen Durchschnitt lag die Gründungsintensität bei 21 Gründern je 10.000 Einwohner. Im Land Bremen wurde im Jahr 2011 ein Rückgang der neu angemeldeten Freiberuflerinnen und Freiberufler gegenüber den Werten der beiden Vorjahre beobachtet. Dies korrespondiert auch mit der Entwicklung auf Bundesebene, wo die Zahl der Gründungsintensitäten von 30 auf 21 je 10.000 Einwohner zurückging.⁴¹

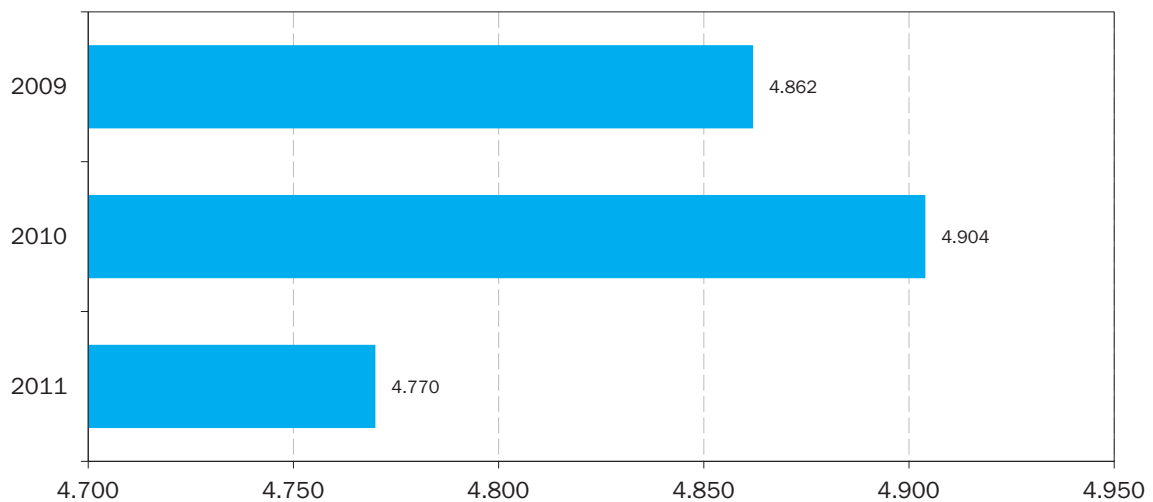
³⁹ Siehe hierzu auch Kapitel 2 „Methodik“.

⁴⁰ Vgl. Kranzusch (2012).

⁴¹ Vgl. Kranzusch (2012).

Abbildung 26

Zugänge von Freiberuflern im Land Bremen zwischen 2009 und 2011



Quellen: IfM (2012); HWWI.

4.2.3 | Beschäftigtenstruktur

Im folgenden Abschnitt werden Strukturdaten zu Beschäftigten nach Alter, Bildung und weiteren Merkmalen aufgezeigt. Dabei handelt es sich um die Strukturdaten für die Gesamtwirtschaft, einschließlich Großunternehmen.⁴²

Insgesamt ist die Mehrzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen männlich (56 Prozent oder 168.728), im Alter zwischen 25 und 50 Jahren (59 Prozent oder 178.403), deutscher Herkunft (93 Prozent oder 279.357) und mit anerkanntem Berufsabschluss (55 Prozent oder 166.494). Die hier jeweils betrachteten Anteile entsprechen wesentlich den Strukturdaten für Deutschland. Ausnahmen bilden allerdings der niedrigere Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (0,7 Prozentpunkte) und der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einem anerkannten Berufsabschluss (4,1 Prozentpunkte) (Tabelle 7).

Weitere nennenswerte Unterschiede zwischen dem Land Bremen und Deutschland gibt es beim Anteil der Jüngeren zwischen 15 bis unter 20 Jahre und in der Altersgruppe der Älteren zwischen 55 bis unter 65 Jahre. So ist in Bremen die Gruppe der Jüngeren kleiner und die der Älteren größer.

⁴² Siehe hierzu auch Kapitel 2 „Methodik“.

Tabelle 7

Strukturdaten zu Beschäftigung

Beschäftigte	Land Bremen		Deutschland	
	2012			
	%	SV-Beschäftigte	%	SV-Beschäftigte
Männer	56,1	168.728	53,7	15.644.739
Frauen	43,9	131.923	46,3	13.497.922
15 bis unter 20 Jahre	2,0	6.160	2,8	812.147
20 bis unter 25 Jahre	8,3	24.953	8,5	2.482.950
25 bis unter 50 Jahre	59,3	178.403	59,4	17.317.469
50 bis unter 55 Jahre	13,6	40.803	13,3	3.887.124
55 bis unter 65 Jahre	16,0	48.086	15,3	4.467.983
Deutsche	93,0	279.357	92,3	26.877.073
Ausländer	7,0	21.190	7,7	2.254.330
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	11,4	34.260	12,0	3.498.293
mit anerkanntem Berufsabschluss	55,4	166.494	59,5	17.335.553
mit akademischem Abschluss	13,3	39.951	12,4	3.611.872
Ausbildung unbekannt	19,9	59.946	16,1	4.696.943

Hinweis: Die Summen der jeweiligen Strukturdaten können aufgrund der unterschiedlichen Erfassung voneinander abweichen.

Quellen: RRG (2012); HWWI.

Die Ergebnisse der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung des Mittelstandsberichts 2013 für das Land Bremen zeigen, dass der Anteil der Personen mit Berufsabschluss in Bremen in der Industrie mit 63 Prozent relativ hoch ist. Im Vergleich zur gleichen Gruppe im Dienstleistungssektor (Tabelle 8) dagegen ist die Qualifikationsstruktur im Dienstleistungsbereich sowohl durch vergleichsweise viele Personen mit Hochschulabschluss als auch einem relativ hohen Anteil von ungelernten Arbeitskräften gekennzeichnet.⁴³ Insgesamt kommen die KMU bei den Berufsabschlüssen auf 55,6 Prozent, was in etwa den Strukturdaten der Tabelle 7 entspricht. Bei den Altersgruppen fällt insbesondere auf, dass in der Industrie der Anteil der 26 bis 39-Jährigen überwiegt und um fast 8 Prozentpunkte vom Dienstleistungssektor abweicht. Umgekehrt ist der Anteil der Personen ohne Berufsabschluss im Dienstleistungsbereich höher.

Der Frauenanteil in der Geschäftsführerposition ist in der Industrie höher als im Dienstleistungssektor. Insgesamt ist der Anteil der Männer die eine Geschäftsführung innehaben unter den KMU relativ groß (86,2 Prozent). Auffällig ist zudem, dass der Anteil der Personen, die ein Unternehmen führen und keine deutsche Staatsbürgerschaft aufweisen, in den Dienstleistungsunternehmen (6,5 Prozent) im Vergleich zum Industriesektor (3,1 Prozent) verhältnismäßig groß ist (Tabelle 8).

⁴³ Zu berücksichtigen ist hier, dass anstatt der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wie in den bisherigen Darstellungen die Erwerbstätigen erfasst worden sind, welche u. a. die Selbständigen mit erfassen.

Tabelle 8

Strukturdaten zu Beschäftigung und Geschäftsführung im Land Bremen nach Sektoren

Indikator	Variable	Industrie	Dienstleistungen	KMU insgesamt
		%	%	%
Anteil der Beschäftigten				
Qualifikation	Hochschulabschluss	15,2	17,8	16,6
	Berufsabschluss	63,0	49,4	55,6
	Ohne Berufsabschluss	6,8	9,3	8,2
	Auszubildende	4,1	4,5	4,3
	k. A.	10,9	19,0	15,3
Alter	bis 25 Jahre	14,3	10,4	12,2
	26–39 Jahre	32,4	24,8	28,2
	40–49 Jahre	24,2	21,5	22,7
	50–59 Jahre	15,5	13,4	14,3
	ab 60 Jahre	5,8	5,5	5,6
	k. A.	7,8	24,4	17,0
Anteil an Geschäftsführung				
Geschlecht	Frauen	15,4	13,1	13,8
Bevölkerungsgruppe	Migranten	3,1	6,5	5,4

Quellen: ZEW (2013); HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung Mittelstandsbericht Bremen 2013.

4.3 | Aus- und Weiterbildung sowie Familienfreundlichkeit

Im Zuge des demografischen Wandels auf der einen Seite bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an die Fähigkeit der Arbeitskräfte mit neuen Verfahren und Technologien umzugehen, ist zukünftig in zunehmenden Maße mit Fachkräfteengpässen zu rechnen. Dabei werden sich die mittelständischen Unternehmen nicht nur einem verstärkten Wettbewerb um Hochschulabsolventen, sondern auch um gut ausgebildete, gegebenenfalls spezialisierte Fachkräfte stellen müssen. Die betriebliche Ausbildung sowie die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bieten Möglichkeiten, Fachkräfteengpässen entgegenzuwirken. Weitere Maßnahmen, qualifizierte Arbeitskräfte für sich zu gewinnen, können darauf abzielen, das Potenzial von Personengruppen auszuschöpfen, bei denen die Erwerbsbeteiligung derzeit noch relativ gering ist. Häufig nehmen beispielsweise gut ausgebildete Eltern, insbesondere Mütter, nicht oder nur eingeschränkt am Erwerbsleben teil. Hier könnten auch KMU die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen durch beispielsweise flexible Arbeitszeiten oder die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit und somit weitere Potenziale für sich nutzen.

4.3.1 | Ausbildung

Aktuelle Ausbildungssituation in Deutschland

Der aktuelle Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zeigt, dass Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber relativ gute Chancen haben.⁴⁴ Zum 30. September 2012 sind rund 33.300 Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben. Diese gute Ausgangslage für Schulabgängerinnen und -abgänger kommt auch durch das hohe Engagement der mittelständischen Unternehmen zustande.

Insgesamt ist die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge 2012 um 3,2 Prozent zurückgegangen. Gegen diesen Trend steht allerdings die Entwicklung bei den Mittelständlern: Mehr als 54.000 mittelgroße Betriebe mit 50 bis 249 Beschäftigten bildeten laut einer Befragung im Jahr 2011 aus – knapp 2 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Vergleich zu 1999 ist das sogar ein Plus von 10,5 Prozent. Damit bieten mehr als zwei Drittel der mittelgroßen Betriebe Ausbildungsplätze an. Die Zahl der Auszubildenden ist 2011 im Vergleich zum Vorjahr dagegen um 1,2 Prozent gestiegen. Angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen ist jedoch zu erwarten, dass auch der Mittelstand zunehmend Schwierigkeiten haben wird, Ausbildungsstellen zu besetzen. 58 von 111 Berufen, bei denen es im Dezember 2012 Engpässe gab, gehören zu den Ausbildungsberufen.⁴⁵

Ausbildungssituation in Bremen

Nachfolgend wird die Situation und Entwicklung der Ausbildungszahlen im bremischen Mittelstand im Vergleich zu Deutschland anhand einer Sonderauswertung der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit dargestellt. Im Jahr 2012 waren im Land Bremen insgesamt 13.638 Personen in einem Ausbildungsverhältnis.⁴⁶ Rund 83 Prozent (knapp 11.300 Personen) davon wurden von mittelständischen Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten ausgebildet. Damit nimmt der Mittelstand in der bremischen Wirtschaft bei der Ausbildung eine noch gewichtigere Rolle als bei der Beschäftigung insgesamt ein (Beschäftigungsanteil der KMU von 76,9 Prozent).

Im Gegensatz zur rückläufigen Entwicklung bei den Ausbildungsverhältnissen in Deutschland blieb die Zahl der Auszubildenden im Land Bremen zwischen 2009 und 2012 in den KMU in etwa konstant und nahm insgesamt sogar leicht zu (Abbildung 27).

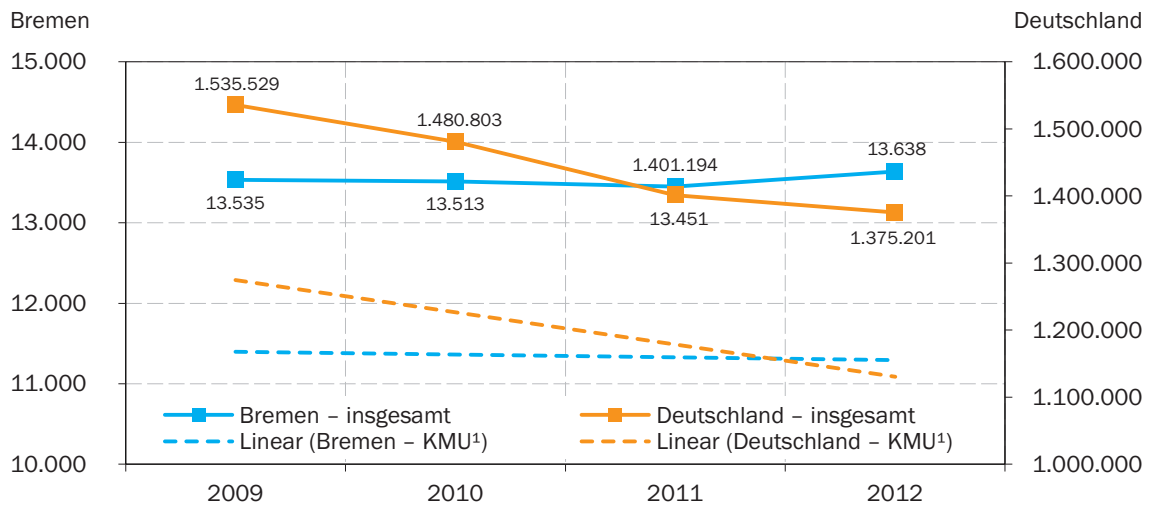
⁴⁴ Vgl. BMBF (2013a).

⁴⁵ Vgl. IW Köln (2013).

⁴⁶ Dabei handelt es sich um bestehende Ausbildungsverhältnisse unabhängig vom Ausbildungsjahr.

Abbildung 27

Anzahl der Auszubildenden¹



¹ Die Sonderauswertung für KMU wurde nur für die Jahre 2009 und 2012 durchgeführt.

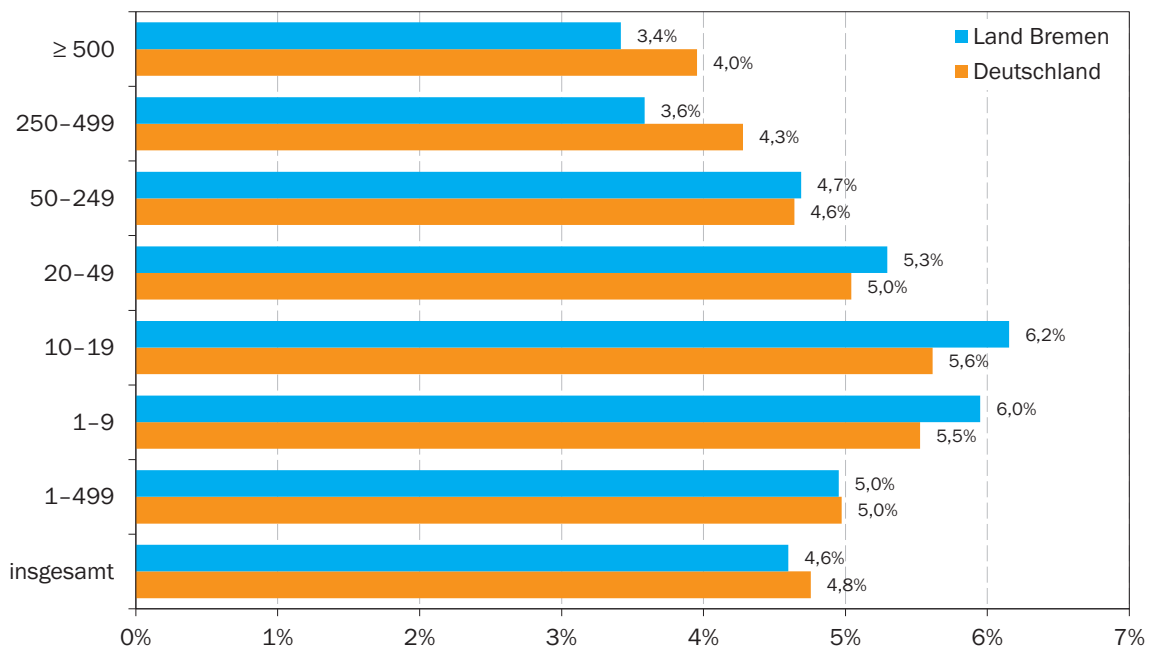
Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013a); HWWI.

Ausbildungsintensität nach Betriebsgrößenklasse

Es zeigt sich, dass KMU sowohl in Deutschland insgesamt als auch im Land Bremen eine höhere Ausbildungsintensität als große Unternehmen aufweisen. Sowohl im Land Bremen als auch im Bundeschnitt kommen die KMU auf eine Quote von rund 5 Prozent. Innerhalb der KMU weisen insbesondere die kleineren Betriebe eine hohe Ausbildungsintensität aus. Mit etwas über 6 Prozent ist die Intensität in den Betrieben mit 10 bis 19 Beschäftigten am höchsten. An zweiter Stelle folgen die Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten. Bei den Größenklassen mit 20 und mehr Beschäftigten nimmt die Ausbildungsintensität ab. Die bremischen KMU zeigen im Bundesvergleich zudem eine überdurchschnittliche Ausbildungsintensität in relativ kleinen Betrieben und entsprechend unterdurchschnittliche Quoten in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten (Abbildung 28).

Abbildung 28

Ausbildungsintensität¹ nach Betriebsgrößenklasse



¹ Ausbildungsintensität = Anzahl der Auszubildenden/Gesamtzahl der Beschäftigten.

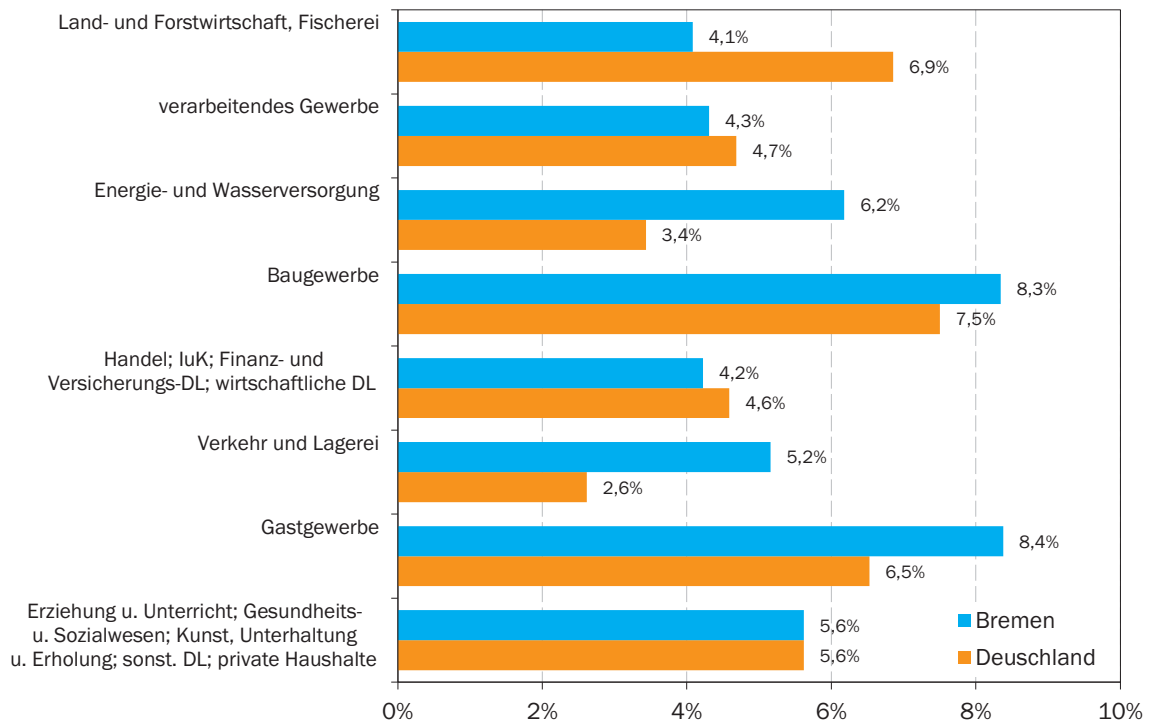
Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013b; 2013c); HWI.

Ausbildungsintensität nach Wirtschaftszweig

Im Land Bremen ist eine vergleichsweise hohe Ausbildungsintensität im Baugewerbe und der Gastgewerbe vorzufinden (Abbildung 29). Vor allem in Bremen ist in diesen Wirtschaftsbereichen der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der Beschäftigten überdurchschnittlich groß. Die kleinste Ausbildungsintensität herrscht in den sonstigen Dienstleistungen vor, wobei die Auszubildenden nur circa 1 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Ein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hoher Anteil an Auszubildenden findet sich in den Bereichen Verkehr und Lagerei sowie in der Energie- und Wasserversorgung und Abfallentsorgung.

Abbildung 29

Ausbildungsintensität¹ je Wirtschaftszweig



¹ Ausbildungsintensität = Anzahl der Auszubildenden/Gesamtzahl der Beschäftigten

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013b; 2013c); HWI.

4.3.2 | Weiterbildung

Aktuelle Weiterbildungssituation in Deutschland

Der Anteil von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Weiterbildungsmaßnahmen ist im Jahr 2012 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen. Nach Angaben des Weiterbildungsberichts des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde mit einer Teilnehmerquote von 49 Prozent der höchste Wert seit 1979 erreicht.⁴⁷ Hiermit zeigt sich erstmalig wieder eine positive Entwicklung, nachdem in den Jahren 2007 bis 2010 rückläufige Zahlen zu beobachten waren. Gegenüber den Vorjahren ist in 2012 der Anteil der betrieblichen Weiterbildung stark angestiegen und liegt mit 58 Prozent deutlich höher als der Anteil der selbst-initiierten Weiterbildungen (42 Prozent). Hierbei setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort, dass mit zunehmender Betriebsgröße der relative Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Weiterbildungsmaßnahmen steigt. So lag der Anteil in Kleinbetrieben (bis zu zehn Beschäftigte) bei 36 Prozent, wohingegen der

⁴⁷ Vgl. BMBF (2013b).

Anteil in Großunternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) mit 63 Prozent fast doppelt so hoch lag.⁴⁸

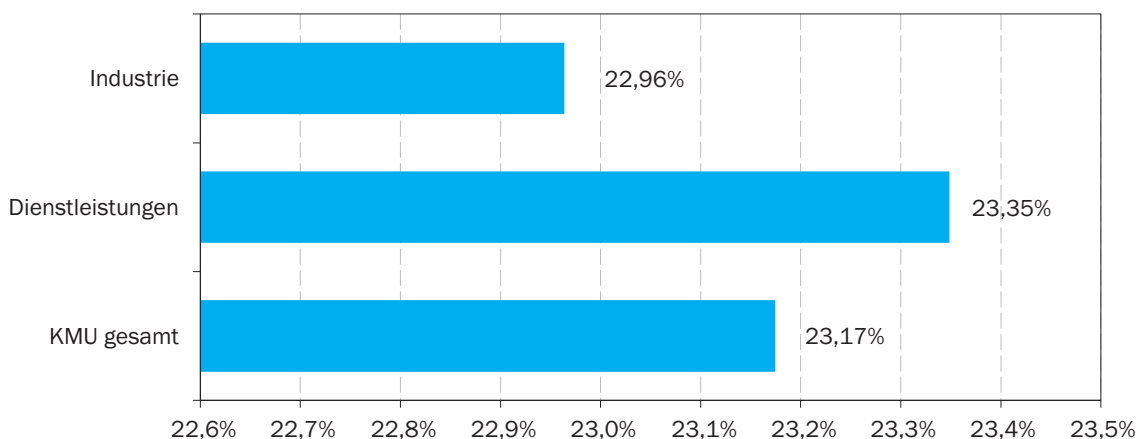
Weiterbildung im Land Bremen

Laut der Auswertung des IAB-Betriebspanels von Dahms et al. (2012) hat die Weiterbildungsbeteiligung der bremischen Betriebe und deren Beschäftigten seit 2000 deutlich zugenommen. Der Anteil der Betriebe mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist demnach von 40 auf 52 Prozent im Jahr 2011 gestiegen. Der Anteil der Teilnehmenden an allen Beschäftigten wuchs zwischen 2001 und 2011 sogar von 16 auf 37 Prozent. Damit lag der Anteil von Beschäftigten mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Jahr 2011 deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt insgesamt und dem Durchschnitt in westdeutschen Großstädten von jeweils 30 Prozent. Des Weiteren zeigen die Auswertungen, dass die Quote der Beschäftigten mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen mit zunehmender Betriebsgröße steigt. Während in Kleinstbetrieben (1 bis 9 Beschäftigte) 27 Prozent der Beschäftigten an entsprechenden Maßnahmen teilgenommen haben, betrugen die jeweiligen Anteile in Kleinbetrieben (10 bis 49 Beschäftigte) 35 Prozent, in Mittelbetrieben (50 bis 249 Beschäftigte) 37 Prozent und Großbetrieben (250 und mehr Beschäftigten) 41 Prozent.⁴⁹

Die für den vorliegenden Bericht durchgeführte Befragung hat ergeben, dass rund 23 Prozent aller Beschäftigten in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen (Abbildung 30). Dies stellt im Vergleich zur Auswertung des IAB-Betriebspanels 2011 einen geringen Wert dar. Zwar unterliegt die Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten im Land Bremen laut Auswertung des

Abbildung 30

Anteil Beschäftigter, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen



Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

⁴⁸ Vgl. BMBF (2013b).

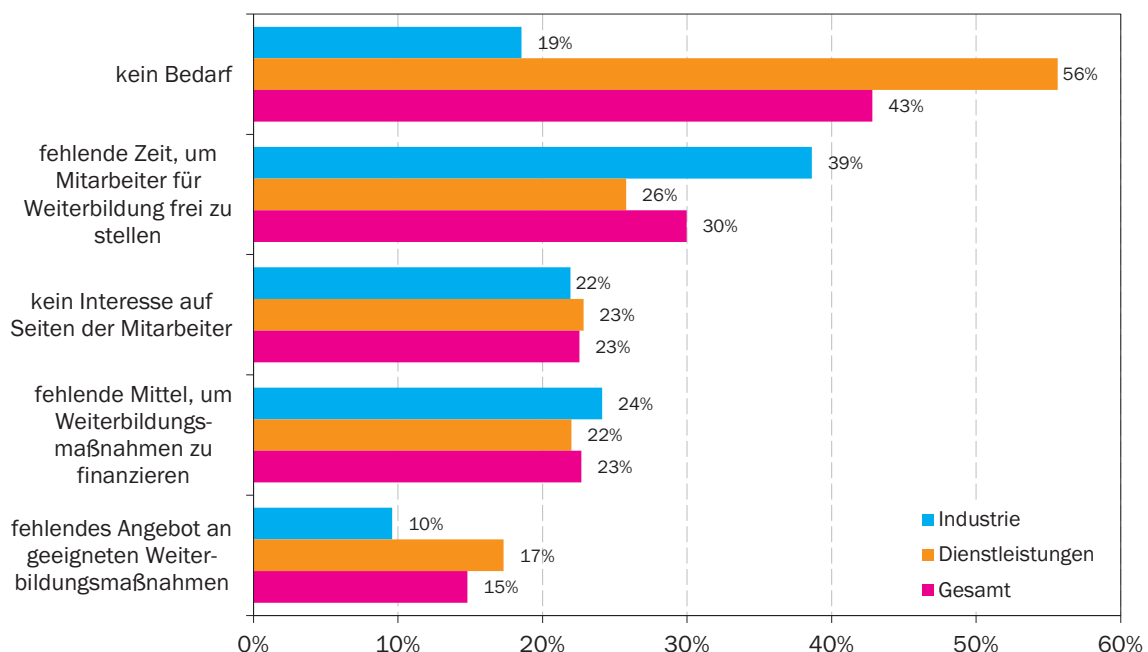
⁴⁹ Hier wurde eine vom vorliegenden Bericht abweichende Definition der Betriebsgrößenklassen verwendet.

IAB-Betriebspanels von Jahr zu Jahr teilweise starken Schwankungen. So wird beispielsweise eine Steigerungsrate von 55 Prozent zwischen den Jahren 2007 und 2008 festgestellt. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass die Beteiligung an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in der aktuell durchgeführten Befragung unterschätzt wird.

Die Mehrheit der Dienstleistungsunternehmen (56 Prozent), die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keine Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen anbietet, sieht hierfür keinen Bedarf (Abbildung 31). Von den nicht an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligten Industrieunternehmen sehen hingegen nur 19 Prozent keinen Bedarf. Als Grund für die unterbliebene Weiterbildung wird hier dagegen verstärkt (39 Prozent der Industrieunternehmen) die fehlende Zeit genannt, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für entsprechende Maßnahmen freizustellen. Mangelndes Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder fehlende Mittel wurden branchenübergreifend von etwas mehr als 20 Prozent der Befragten als Grund genannt. Insgesamt gaben nur 15 Prozent der befragten Unternehmen ein mangelndes Angebot an geeigneten Maßnahmen an. Der Unterschied von 17 Prozent bei den Dienstleistungen und nur 10 Prozent bei den Industrieunternehmen, die ein mangelndes Angebot als Grund angaben, zeigt jedoch, dass im industriellen Bereich möglicherweise ein passgenaues Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen die Inanspruchnahme erhöhen könnte.

Abbildung 31

Gründe für den Verzicht auf Weiterbildung in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil der Unternehmen, die auf die Frage „Warum verzichtet Ihr Unternehmen auf Weiterbildungsmaßnahmen?“ mit „hohe Bedeutung“ geantwortet haben.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

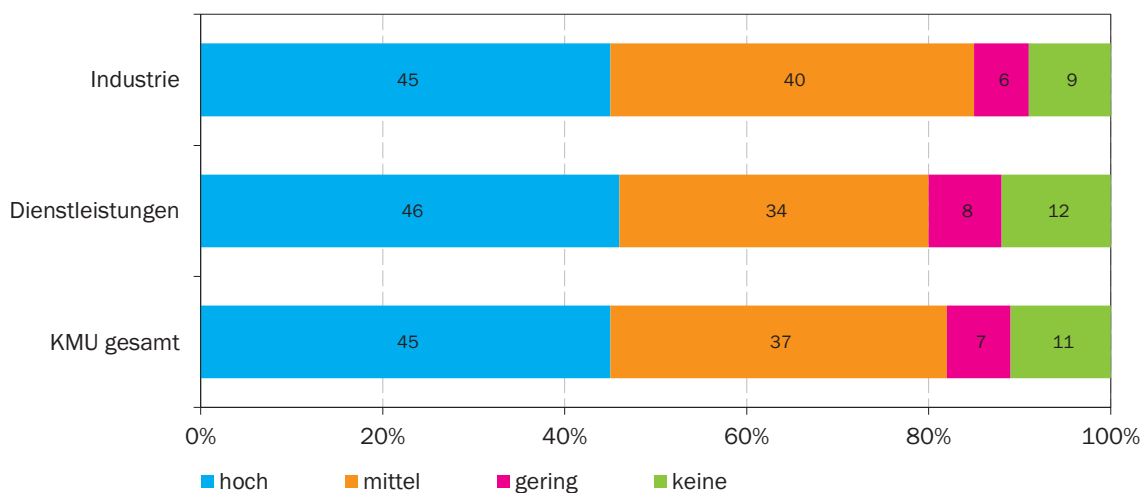
4.3.3 | Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde in der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung nach den Maßnahmen flexible Arbeitszeit, Arbeitsorganisation und betriebliche Kinderbetreuung differenziert gefragt. Dabei konnte gewichtet werden, ob die Maßnahme einen hohen, mittleren, geringeren oder keinen Stellenwert im Unternehmen einnimmt.

Über alle Branchen hinweg würden jeweils etwa 45 Prozent der befragten KMU der Möglichkeit einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung eine hohe, 37 Prozent eine mittlere, 7 Prozent eine geringe und 11 Prozent keine Bedeutung einräumen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen (Abbildung 32). Dabei unterscheiden sich die Einschätzungen der Unternehmen aus Industrie und Dienstleistungen nur geringfügig. Während flexible Arbeitszeiten in der Industrie für 85 Prozent der befragten Unternehmen von mittlerer oder hoher Bedeutung sind, liegt der Vergleichswert bei den Dienstleistungsunternehmen bei 80 Prozent.

Abbildung 32

Familie und Beruf – flexible Arbeitszeit¹



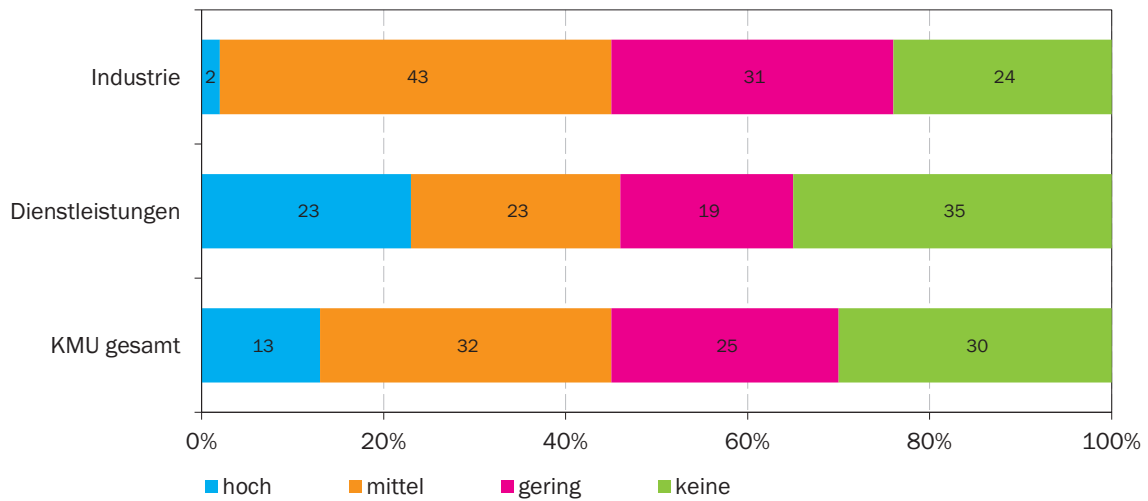
¹ Gewichtet mit der Anzahl von Beschäftigten.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Es zeigt sich zudem ein deutlicher Unterschied zwischen den Antworten von Unternehmen aus der Industrie und den Dienstleistungsbranchen auf die Frage der Bedeutung einer familienfreundlichen Arbeitsorganisation (Abbildung 33). Während die Bedeutung einer familienfreundlichen Arbeitsorganisation von 23 Prozent der Dienstleistungsunternehmen als hoch eingestuft wurde, entsprachen dem nur 2 Prozent der Industrieunternehmen. In beiden Sektoren gab allerdings die leicht überwiegende Zahl der Unternehmen eine geringe oder keine Bedeutung an.

Abbildung 33

Familie und Beruf – familienfreundliche Arbeitsorganisation¹



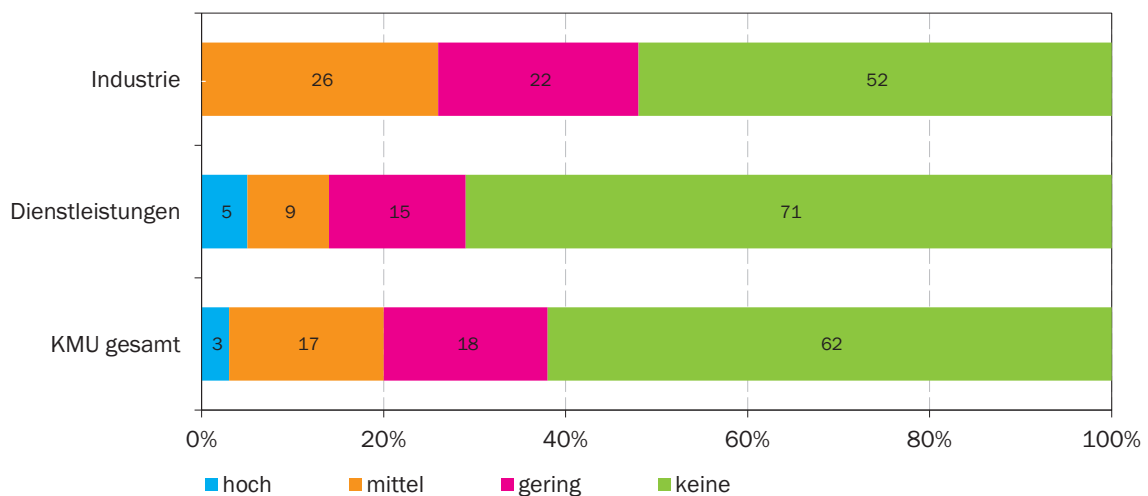
¹ Gewichtet mit der Anzahl von Beschäftigten.

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die geringste Bedeutung von den drei abgefragten Maßnahmen – flexible Arbeitszeit, familienfreundliche Arbeitsorganisation und betriebliche Kinderbetreuung – wurde der betrieblichen Kinderbetreuung beigemessen: Etwa 3 Prozent der befragten KMU (insgesamt) räumen der Maßnahme eine hohe, 17 Prozent eine mittlere, 18 Prozent eine geringe und 62 Prozent keine Bedeutung ein (Abbildung 34).

Abbildung 34

Familie und Beruf – betriebliche Kinderbetreuung¹



¹ Gewichtet mit der Anzahl von Beschäftigten.

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

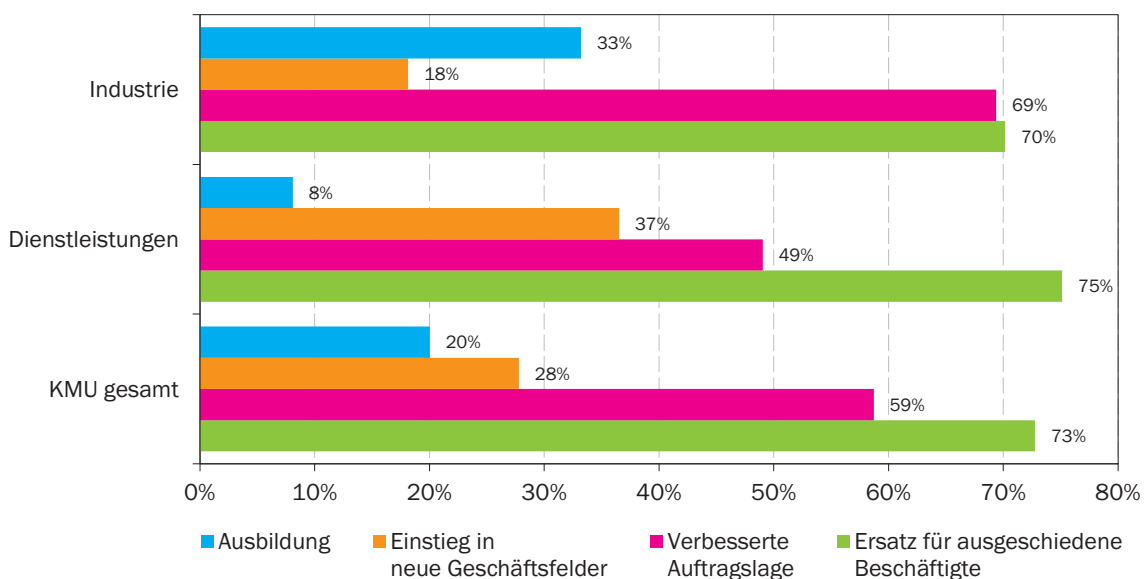
Insgesamt wird von den befragten Unternehmen nur der flexiblen Arbeitszeit eine hohe Bedeutung beigemessen. Dagegen wird insbesondere die Maßnahme einer betrieblichen Kinderbetreuung als weniger wichtig betrachtet. Letzteres könnte allerdings auch mit möglichen organisatorischen und formellen Schwierigkeiten bei der Umsetzung eines betrieblichen Betreuungsangebots in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen zusammenhängen.

4.4 | Nachfrage nach Arbeitskräften

Neueinstellungen von Arbeitskräften werden aus verschiedenen Gründen durchgeführt: Gründe können der Ersatz für ausgeschiedene Beschäftigte, die verbesserte Auftragslage, der Einstieg in neue Geschäftsfelder sowie die Ausbildung in einem Betrieb sein. Die KMU stellen überwiegend neues Personal für ausgeschiedene Arbeitskräfte ein. 73 Prozent der Unternehmen äußerten, dass der Ersatz von Arbeitskräften die wichtigste Rolle gespielt habe (Abbildung 35). Damit ist die Nachfrage von Arbeitskräften in erster Linie dafür notwendig, um den Status-quo der Unternehmung aufrechtzuerhalten. Häufig wurde jedoch insbesondere von den befragten Industrieunternehmen auch die Ausweitung der Beschäftigung aufgrund einer verbesserten Auftragslage angeführt. Der Einstieg in neue Geschäftsfelder wurde vor allem von den kleinsten, kleinen und mittleren Dienstleistungsunternehmen als Grund angegeben. Eine untergeordnete Rolle nimmt die Ausbildung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein.

Abbildung 35

Grund für Neueinstellung¹



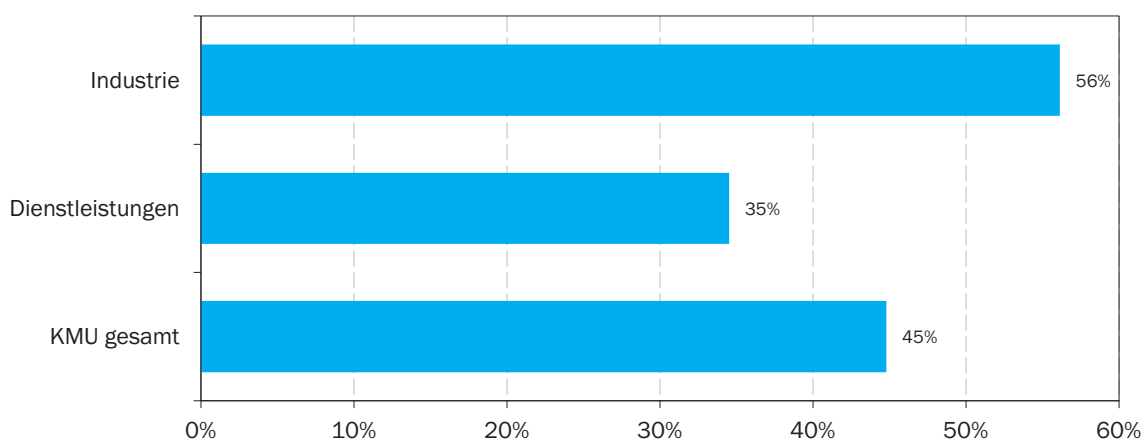
¹ Gewichtet mit der Anzahl von Beschäftigten.

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Allerdings konnten nicht alle Unternehmen ihren gewünschten Bedarf an neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern voll decken. Abbildung 36 zeigt, wie viel Prozent der Unternehmen gerne mehr Beschäftigte eingestellt hätten. Mehr als die Hälfte der kleinsten, kleinen und mittleren Industrieunternehmen äußern, dass sie gerne Neueinstellungen vorgenommen hätten, von den Dienstleistungsunternehmen geben dies hingegen 35 Prozent an. Die Auswertung der Befragung zeigt, dass die Beschäftigung in den letzten eineinhalb Jahren im Idealfall hätte größer ausfallen können.

Abbildung 36

Anteil der KMU, die gerne mehr Beschäftigte eingestellt hätten¹



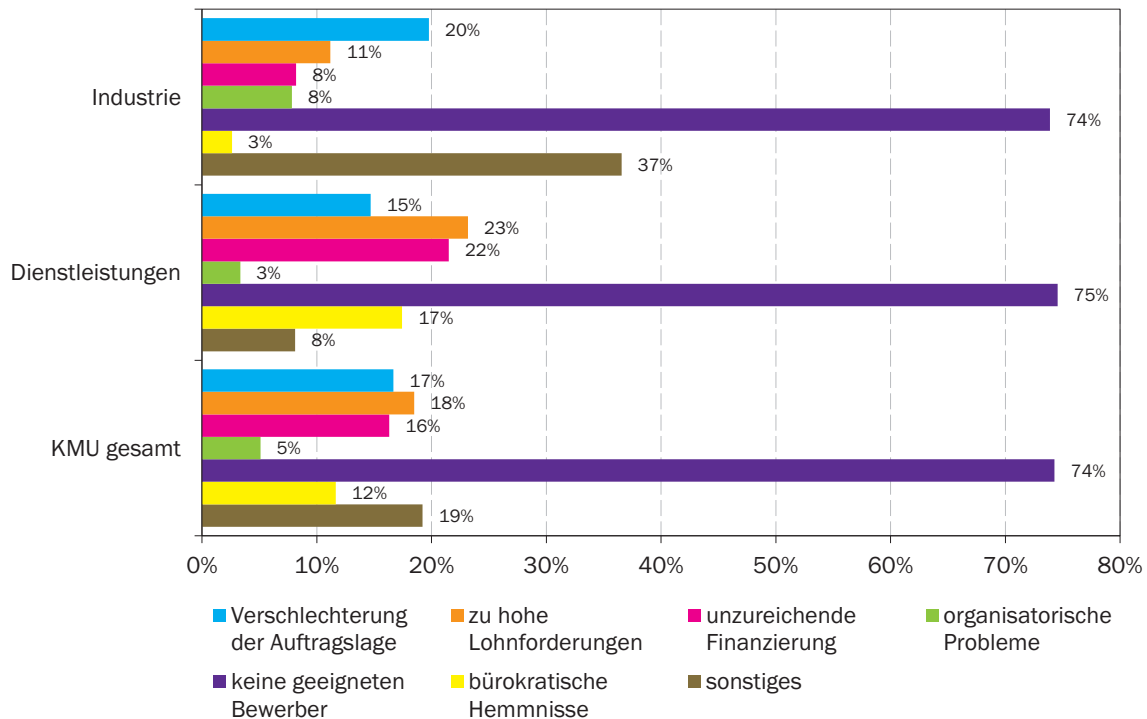
¹ Gewichtet mit der Anzahl von Beschäftigten.

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Drei Viertel der KMU nennen die mangelnde Qualifikation der Bewerber als Grund für die unterlassene Einstellung, obwohl der Wunsch nach Neueinstellungen gegeben war. Für die KMU insgesamt ließen die Auftragslage (17 Prozent) und Lohnforderungen (18 Prozent) eine Einstellung nicht zu. Finanzierung und bürokratische Hemmnisse sind weitere bedeutende Hemmnisse für eine Neueinstellung von Personal durch die befragten Unternehmen (Abbildung 37).

Abbildung 37

Grund für unterlassene Einstellung¹



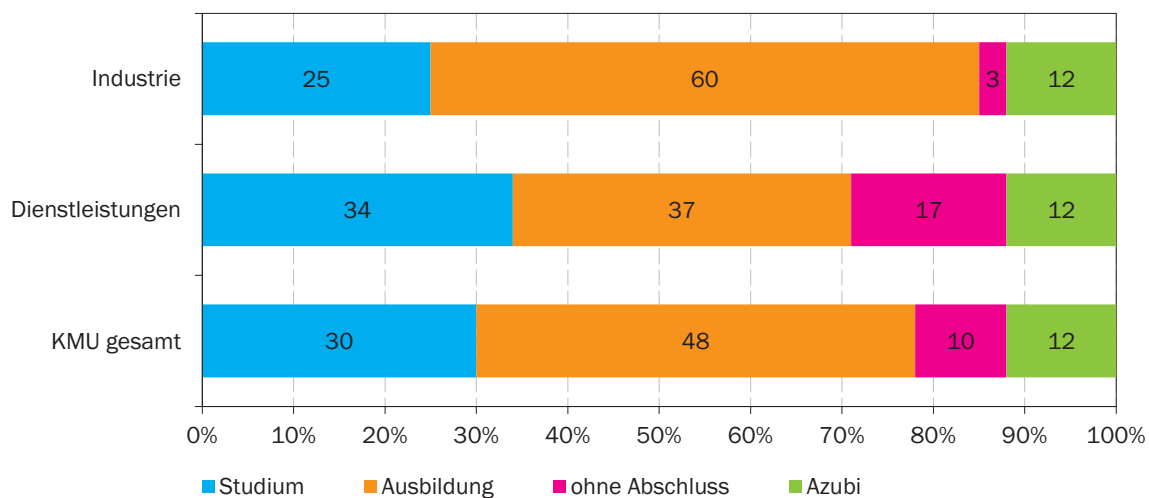
¹ Gewichtet mit der Anzahl von Beschäftigten.

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Ungelernte Kräfte ohne Berufsabschluss werden in der Industrie weniger gesucht als im Dienstleistungsbereich. Dies zeigen die Ergebnisse der Umfrage auf die Frage, welche (Basis-)Qualifikation die neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter idealerweise haben sollten (Abbildung 38). Je nach Sektor gibt es jedoch starke Unterschiede nach der Art des Abschlusses. Bei der Industrie werden vermehrt Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung eingestellt, während im Dienstleistungsbereich relativ mehr Personen mit einem Hochschulabschluss gesucht werden. Über alle befragten KMU hinweg ist das Verhältnis etwa 30 Prozent Akademikerinnen und Akademiker, 48 Prozent Personen mit Berufsausbildung und jeweils rund 10 Prozent Auszubildende und Personen ohne Ausbildung.

Abbildung 38

Abschluss Neueinstellungen

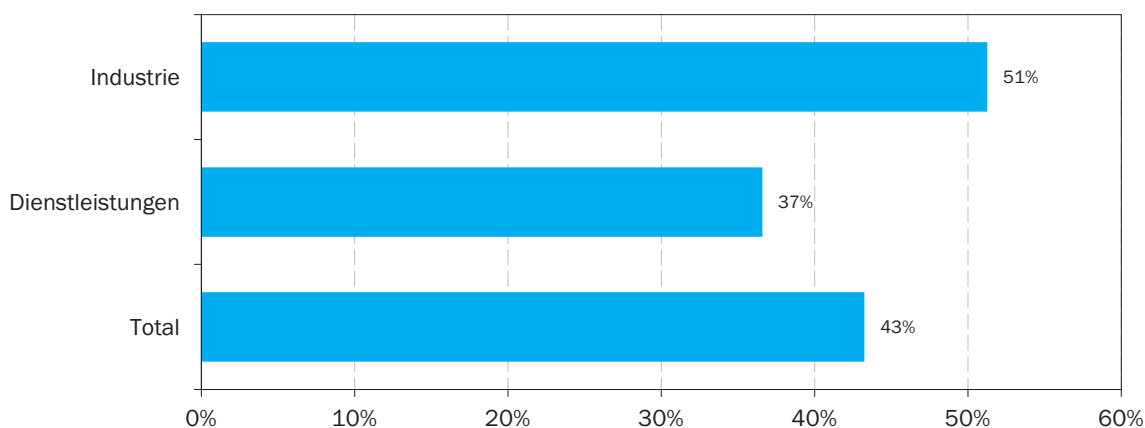


Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Ein Großteil der Unternehmen hat Schwierigkeiten offene Stellen zu besetzen: Von den kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen hatten insgesamt 43 Prozent der Unternehmen Probleme eine offene Stelle neu zu besetzen. Weniger Probleme gab es dabei im Dienstleistungsbereich (37 Prozent) als in der Industrie (51 Prozent) (Abbildung 39).

Abbildung 39

Anteil der KMU, die Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen hatten¹



¹ Gewichtet mit der Anzahl der geplanten Neueinstellungen.

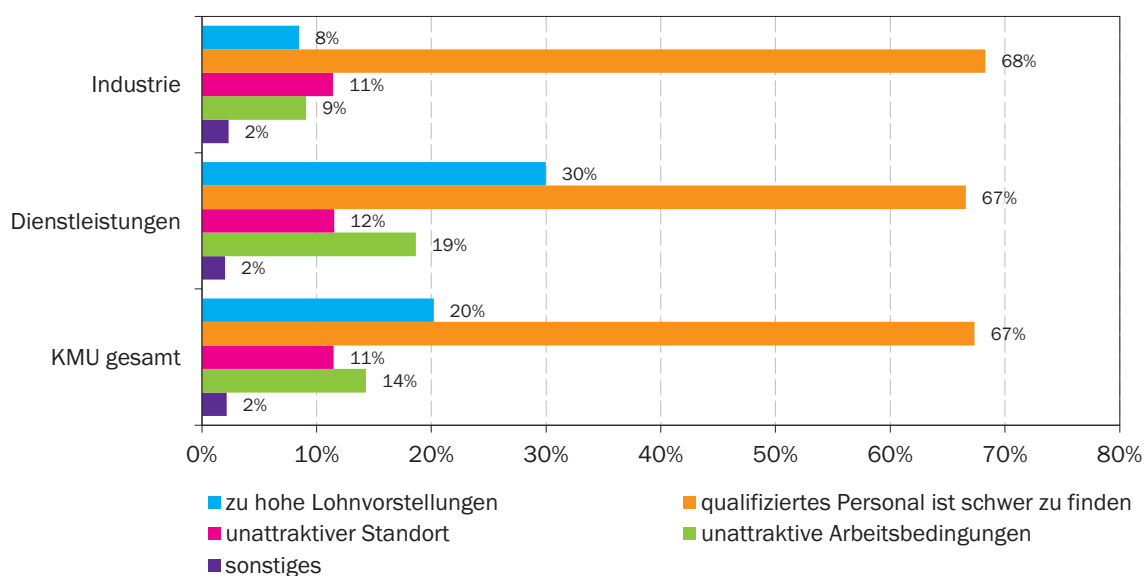
Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

In erster Linie wird bei der Schwierigkeit bei der Besetzung offener Stellen die Qualifizierung der Bewerberinnen und Bewerber als Grund angeführt (67 Prozent). Rund 20 Prozent der Unternehmen sahen die Lohnforderungen als problematisch an. Mit 30 Pro-

zent sind die KMU des Dienstleistungssektors häufiger als die KMU des Industriesektors (8 Prozent) von überzogenen Lohnforderungen betroffen. 19 Prozent der Dienstleistungs-KMU nannten unattraktive Arbeitsbedingungen als einen Schwierigkeitsfaktor bei der Einstellung (Abbildung 40). Insgesamt passt dieses Ergebnis zu der Einschätzung, dass im Durchschnitt 74 Prozent der befragten kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen keine geeigneten Bewerber für die Neueinstellung von Personal finden können und damit eine offene Stelle unbesetzt lassen (Abbildung 37).

Abbildung 40

Schwierigkeiten bei der Einstellung¹



¹ Gewichtet mit der Anzahl der geplanten Neueinstellungen.

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Betrachtung wird durch die Ergebnisse aus den qualitativen Interviews mit Akteuren aus dem Bereich der UDL zum Thema Beschäftigung/Nachfrage nach Arbeitskräften ergänzt. Die Basis hierfür liefert die Auswertung der Fragen zu Beschäftigung und Innovation der befragten Akteure.⁵⁰

- Im Bereich der Büro- und Produzentendienste wird die Technisierung weiter zunehmen, dadurch werden die Anforderungen an die Beschäftigten generell weiter steigen. In der Zeitarbeitsbranche ist bereits der Fachkräftemangel spürbar bei Pflegefachkräften, Lkw-Fahrern, Maschinenbauern, Schlossern, Fräsern, Drehern und Ingenieuren.
- Im Bereich der technischen Dienstleistungen spielt der Fachkräftemangel bislang

⁵⁰ Vgl. hierzu Dokumentation der qualitativen Interviews zu den UDL in Anhang A4.

hauptsächlich bei den Ingenieuren eine Rolle, hier wird das Angebot an Absolventinnen und Absolventen voraussichtlich trotz steigender Nachfrage weiter sinken. Ausnahme bildet hingegen beispielsweise der technische Dienstleistungsberuf Architektur, da Architektur immer noch ein stark nachgefragter Studiengang ist. Eine Beschäftigungslücke wird vor allem im Bereich der Kunststofftechnik für die Automobil- und die Luftfahrtbranche gesehen.

- Im Bereich der Beratungsdienstleistungen zeigt sich bei Unternehmensberatungen ein wachsender Wettbewerb mit der Industrie um qualifizierte Mitarbeiter. Dadurch bestehen auch für nicht Nicht-Ökonomen und Quereinsteiger derzeit gute Einstiegsmöglichkeiten. Ein erheblicher Mangel an Fachkräften wird zwar noch nicht festgestellt, die Rekrutierungsanstrengungen nehmen aber zu.
- Im Bereich der Finanzdienstleistungen zeigte sich bei den Großbanken im vergangenen Jahrzehnt ein Trend zur stärkeren Konzentration und ein damit einhergehender Personalabbau. Ein Fachkräftemangel ist in dieser Branche nicht absehbar.
- Informationstechnologien und -dienstleistungen sind einem steten Wechsel unterworfen; dies führt auch zu Spezialberufen, die teilweise nach ein paar Jahren nicht mehr nachgefragt werden. Daher sind die Kosten für die Weiterbildung in der Branche relativ hoch, um mit der Schnelligkeit der Branche Schritt halten zu können.
- Bei den Kreativdienstleistungen gibt es insbesondere in den Bereichen IT und Social Media eine wachsende Nachfrage nach Fachkräften. Ein Mangel besteht heute bereits in den Teilmärkten Design- und IT-Dienstleistungen, insbesondere an Auszubildenden. Im Hinblick auf den Fachkräftebedarf besteht ein grundsätzliches Problem im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft, da zumeist Mehrfachqualifikationen fehlen. Hieraus ergeben sich neue Anforderungen an das deutsche Bildungssystem, insbesondere an den Hochschulen, um neben den kreativ-schöpferischen auch ökonomische Studieninhalte zu vermitteln.
- Im Bereich der Logistikdienstleistungen besteht ein Fachkräftemangel im Bereich der Berufskraftfahrer, zudem ist eine Knappheit beim Führungskräftenachwuchs zu verzeichnen. Dies wird durch die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung des Berufsfeldes begründet. Dennoch gibt es allgemein in der Logistikbranche mehr Bewerbungen auf einen Ausbildungsplatz als Angebote. Die Ausbildungssituation ist im Land Bremen insgesamt als gut zu bewerten (u. a. duale Studiengänge, Deutsche Außenhandels- und Verkehrs-Akademie, Studienschwerpunkte in Logistik an den bremischen Hochschulen).

4.5 | Gründungsgeschehen

Existenzgründungen spielen eine wichtige Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit einer Region. Neue Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze und setzen neue, innovative Ideen um. Allerdings spiegelt die Gründungsintensität nicht per se die wirtschaftliche

Entwicklung wider, da die Motive für die Gründungen und die Verweildauer auf dem Markt höchst unterschiedlich sein können. Auch können die Definitionen von Existenzgründungen unterschiedlich ausfallen, ebenso sind die Ergebnisse abhängig vom Stichprobendesign und der Qualität der Stichprobe.⁵¹

In Deutschland haben im Jahr 2012 knapp 775.000 Personen eine selbständige Tätigkeit begonnen.⁵² Das sind 60.000 Personen weniger als im Jahr zuvor und es ist der niedrigste Wert, der seit der Einrichtung des KfW-Gründungsmonitors im Jahr 2000 gemessen wurde. Insbesondere die Anzahl von Gründern aus der Arbeitslosigkeit ging stark zurück. Ein Lichtblick war die größere Anzahl so genannter Chancengründerinnen und -gründer. Eine spürbare Belebung der Gründungsaktivität ist jedoch nicht in Sicht. Ein Hauptgrund für den Negativrekord ist u. a. die gute Arbeitsmarktlage. In Deutschland gibt es derzeit eine Vielzahl von attraktiven Beschäftigungsmöglichkeiten in bereits etablierten Unternehmen. Dies macht die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit vergleichsweise unattraktiv, da mit der Errichtung eines Unternehmens eine Reihe von Risiken und Kosten verbunden sind. In einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft stehen der Gründung von Unternehmen stets Schließungen von Unternehmen gegenüber. Etwa ein Drittel der Existenzgründungen sind nach drei Jahren nicht mehr auf dem Markt zu finden. Dabei haben in den vergangenen Jahren nach dem KfW-Gründungsmonitor die Anzahl der Gründungshemmnisse, hierzu gehören u. a. bürokratische Hürden und finanzielle Risiken, zugenommen.⁵³

Eine Datenbasis, auf der das Gründungs- und Schließungsgeschehen in Deutschland und im Land Bremen im Detail analysiert werden kann, ist das Mannheimer Unternehmenspanel (MUP). Das MUP basiert auf einer Zusammenarbeit des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) mit dem Verband der Vereine Creditreform und umfasst so gut wie alle Unternehmen, die in Deutschland tätig sind.⁵⁴ Im Vergleich zur Gründungs- und Schließungsstatistik des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM Bonn), die für den letzten Mittelstandsbericht verwendet wurden, liefert das MUP geringere Werte sowohl für Gründungen und Schließungen. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die Gründungs- und Schließungsstatistik des IfM auf den Gewerbeanzeigen basieren, bei denen Mehrfacherfassungen und Erfassungen von Scheinunternehmen eine bedeutende Rolle spielen. Im Vergleich zum Mikrozensus, der sich als amtliche Statistik als Referenz anbietet, liegt die Zahl der Gründungen, die das IfM ausweist, deutlich höher. Die Gründungszahlen des MUP liegen zwar unter den Zahlen des Mikrozensus, aber die Ergebnisse liegen dichter am Mikrozensus als die des IfM. Es kann

51 Vgl. Müller et al. (2013).

52 Dabei werden im Folgenden einige Kernergebnisse des KfW herangezogen, da sie den aktuellsten Rand (2012) enthalten. Dabei gilt jedoch darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse, berechnet mit dem KfW-Gründungsmonitor und dem Mikrozensus, trotz ähnlichem Stichprobendesign der Befragung teils erheblich abweichen (vgl. Müller et al. 2013).

53 Vgl. Metzger und Ulrich (2013).

54 Für eine genauere Beschreibung des MUPs siehe Anhang A2.

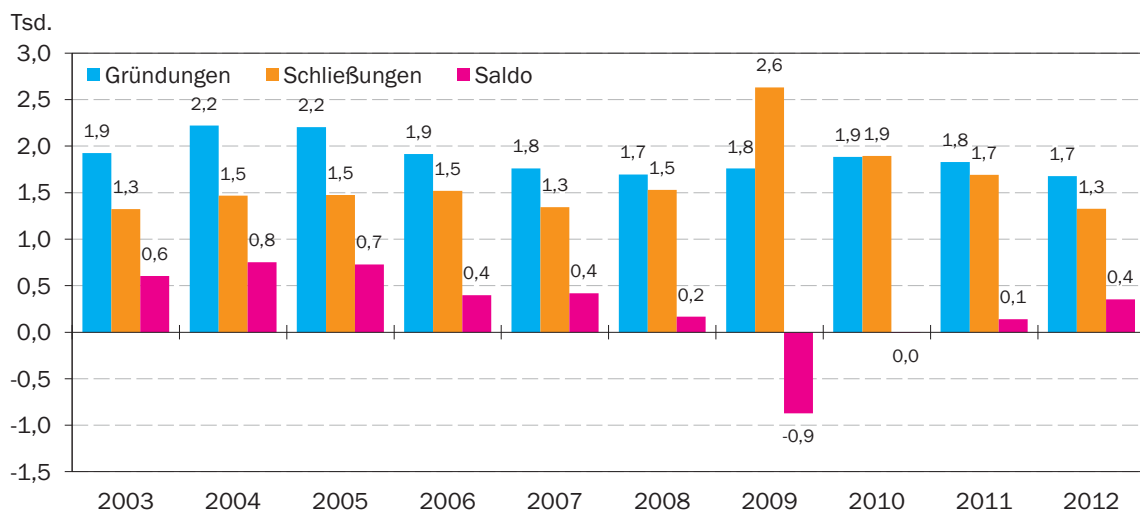
somit davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Gründungen und Schließungen, die sich aus dem MUP ergeben, die Realität genauer abbilden.⁵⁵

Im Mittel wurden im Land Bremen zwischen 2003 und 2012 knapp 1.900 Unternehmen pro Jahr gegründet und 1.600 Unternehmen pro Jahr geschlossen (Abbildung 41). Die Zahl der Gründungen schwankt dabei zwischen 1.700 Unternehmen und 2.200 Unternehmen. Jahre mit besonders hoher Anzahl an Gründungen sind die Jahre 2004 und 2005. Dieser Ausschlag nach oben steht vermutlich im Zusammenhang mit der Ich-AG, mit der zwischen Januar 2003 und Juni 2006 Gründungen aus der Arbeitslosigkeit gefördert wurden.

Die Anzahl der Schließungen ist volatiler als die Anzahl der Gründungen. Dies ist im Wesentlichen auf die vergleichsweise hohe Zahl von Schließungen im Jahr 2009 zurück zu führen. In diesem Jahr wurden 2.600 Unternehmen geschlossen, während es in den anderen Jahren im Durchschnitt 1.500 Unternehmen waren. Auslöser für diese Abweichung nach oben dürfte die Finanz- und Wirtschaftskrise in Folge des Zusammenbruchs von Lehman Brothers sein. In den Jahren ab 2010 ist die Zahl der Schließungen dann wieder zurückgegangen und hat sich wieder auf dem Vorkrisenniveau eingependelt.

Abbildung 41

Gründungen und Schließungen 2003 bis 2012¹ im Land Bremen



¹ Zahlen für 2012 sind vorläufig.

Quellen: ZEW (2013); HWWI.

Insgesamt wurden im Land Bremen zwischen 2003 und 2012 mehr Unternehmen gegründet als geschlossen, so dass sich ein positiver Saldo aus Unternehmensgründungen und Unternehmensschließungen ergibt. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2009, in dem

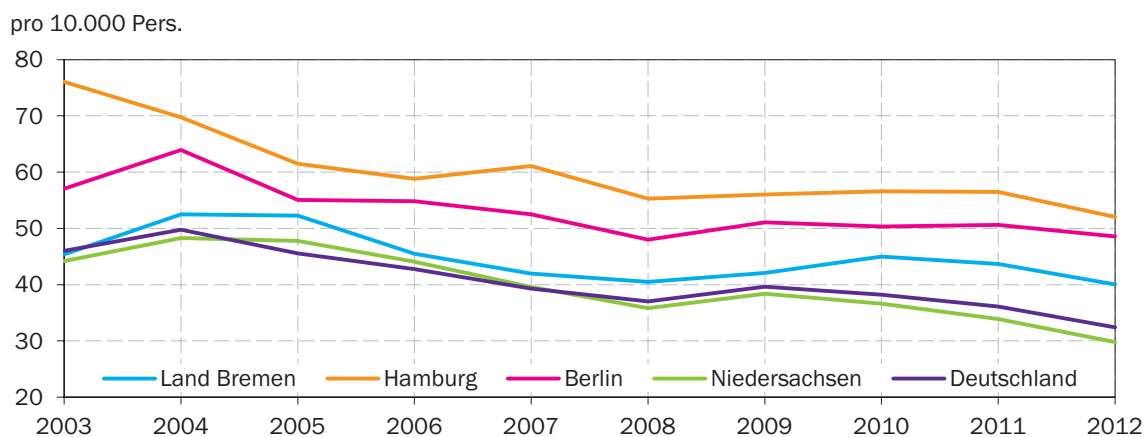
⁵⁵ Für die Diskussion zu verschiedener Datensätze zu Gründungen siehe auch Müller et al. (2013).

die Schließungen die Gründungen deutlich überstiegen und das Jahr 2010, in dem sich Gründungen und Schließungen die Waage gehalten haben.

Die Gründungsintensitäten sind definiert als Anzahl der Unternehmensgründungen pro 10.000 Erwerbsfähige, d. h. Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren. Die Gründungsaktivitäten im Land Bremen lagen zwischen 2003 und 2012 über denen von Deutschland insgesamt, aber unterhalb der Gründungsaktivitäten von Hamburg und Berlin (Abbildung 42). Es zeigt sich, dass die Gründungsintensitäten im gesamten betrachteten Zeitraum in allen betrachteten Bundesländern und in Deutschland insgesamt gesunken sind.

Abbildung 42

Gründungsintensitäten 2003 bis 2012¹ im Bundesländervergleich



¹ Zahlen für 2012 sind vorläufig.

Quellen: ZEW (2013); HWWI.

4.6 | Auslandsaktivitäten und Export

Deutschland insgesamt verzeichnet seit Jahren Exportüberschüsse, d. h. dass mehr Waren aus- als eingeführt werden und so Forderungen gegenüber dem Ausland aufgebaut werden. Bremen als maritimer Wirtschaftsstandort ist klassischerweise von einem hohen Internationalisierungsgrad geprägt. Deshalb wird im Folgenden die internationale Verzahnung des bremischen Mittelstands anhand von Exportindikatoren untersucht. Die Auslandsaktivitäten der Unternehmen werden mit Hilfe einer Sonderauswertung aus der Umsatzsteuerstatistik sowie Daten aus der Außenhandelsstatistik abgebildet.⁵⁶

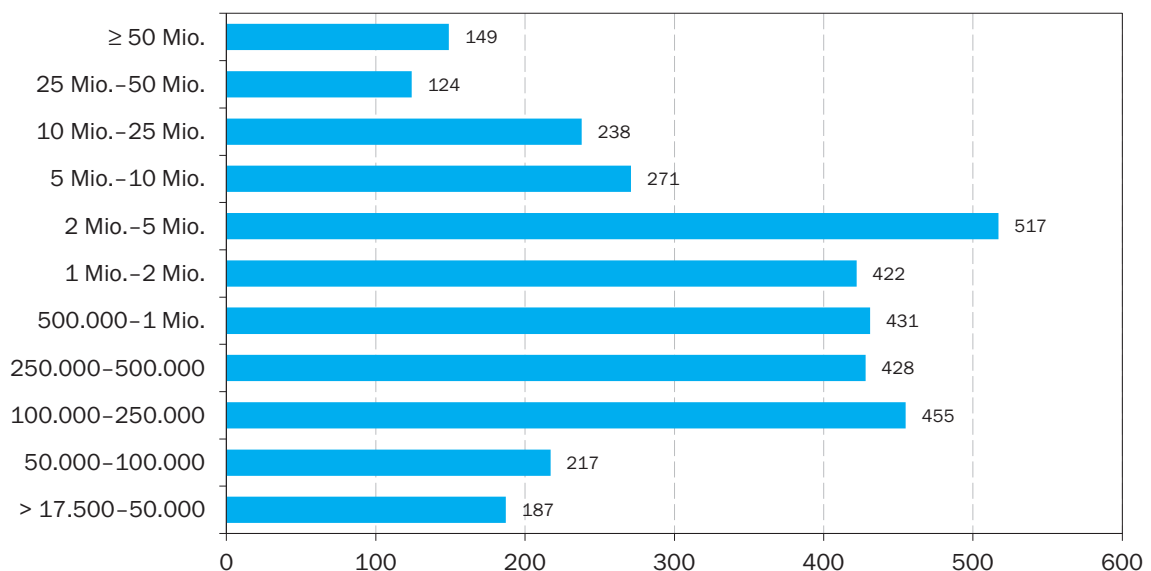
⁵⁶ Mit Hilfe der Umsatzsteuerstatistik können Exporte nur annäherungsweise anhand der steuerfreien Lieferungen und Leistungen mit Vorsteuerabzug ermittelt werden. Die Außenhandelsstatistik liefert zwar aktuellere und genauere Werte beinhaltet jedoch keine Unternehmensdaten, welche zur Abgrenzung des Mittelstands erforderlich wären; siehe hierzu auch Kapitel 2 „Methodik“.

Die Exporteurquote bezeichnet den Anteil der Exportunternehmen an allen angesiedelten Unternehmen. Als Exportunternehmen gilt dabei jedes Unternehmen mit Exportumsätzen, welche mit den steuerfreien Umsätzen mit Vorsteuerabzug approximiert werden. Bremen verzeichnet hier mit 14,7 (KMU), 81,4 (Großunternehmen) beziehungsweise 15,2 Prozent (insgesamt) einen stark überdurchschnittlichen Wert. In Deutschland beträgt die Exporteurquote sowohl bei den KMU als auch bei den Großunternehmen hingegen rund 11 Prozent. Damit sind im Land Bremen 3.290 kleinere und mittlere Unternehmen von insgesamt 22.415 KMU im Auslandsgeschäft tätig. Die Ansiedlung von Exportunternehmen ergibt sich aufgrund der räumlichen Nähe zu den bremischen Häfen sowie den Häfen der Region.

Abbildung 43 zeigt die Anzahl der Exportunternehmen nach Umsatzgrößenklassen. Die Hälfte der Exportunternehmen sind kleine Betriebe (Umsatz kleiner als 1 Mio. Euro). Rund 46 Prozent der Unternehmen sind mittelgroße (Umsatz 1 bis 50 Mio. Euro) und etwas mehr als 4 Prozent oder 149 Unternehmen von insgesamt 3.439 Unternehmen sind Großunternehmen (Umsatz größer als 50 Mio. Euro). Damit gehört ein Großteil der Exportunternehmen den kleineren und mittleren Unternehmen an.

Abbildung 43

Exportunternehmen¹ 2011 im Land Bremen nach Umsatzgrößenklassen



¹ Steuerpflichtige Unternehmen mit jährlichen Lieferungen und Leistungen über 17.500 Euro.

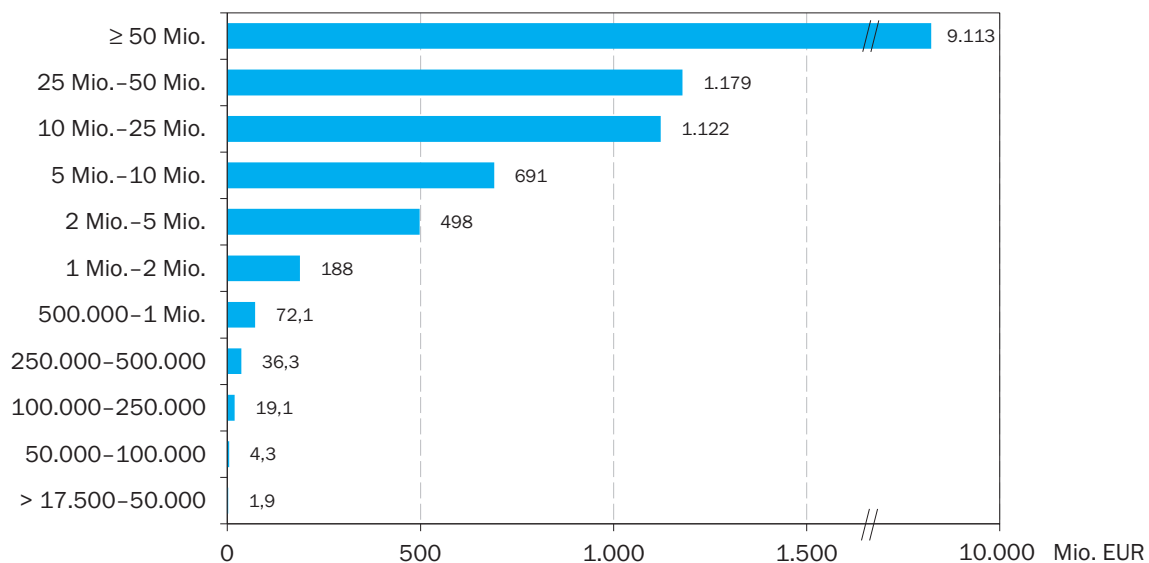
Quellen: Statistisches Bundesamt (2013b); HWWI.

Der Exportumsatz aller bremischen Unternehmen betrug im Jahr 2011 insgesamt 12,92 Mrd. Euro. Die Exportquote, also der Anteil der Exportumsätze am Gesamtumsatz, liegt bezogen auf alle Unternehmen im Land Bremen bei 20,0 Prozent und damit deutlich unter dem Wert von 2007 (26,0 Prozent). Damit hat die Exportwirtschaft noch

nicht das hohe Niveau vor der Finanz- und Bankenkrise wieder erreichen können. Die überwiegende Mehrheit der Exportumsätze (70,5 Prozent) wird von Großunternehmen erwirtschaftet. Kleine Betriebe haben hier einen Anteil von 1 Prozent und mittlere Betriebe von 28,5 Prozent (Abbildung 44). Damit werden bei den kleineren Unternehmen im Durchschnitt 77.785 Euro, bei den mittleren Unternehmen 2,339 Mio. Euro und bei den Großunternehmen 61,163 Mio. Euro je Unternehmen erwirtschaftet.

Abbildung 44

Exportumsatz¹ nach Umsatzgrößenklassen 2011 im Land Bremen



Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde die Abszisse gebrochen und eine uneinheitliche Skalierung gewählt.

¹ ohne Umsatzsteuer

Quellen: Statistisches Bundesamt (2013b); HWWI.

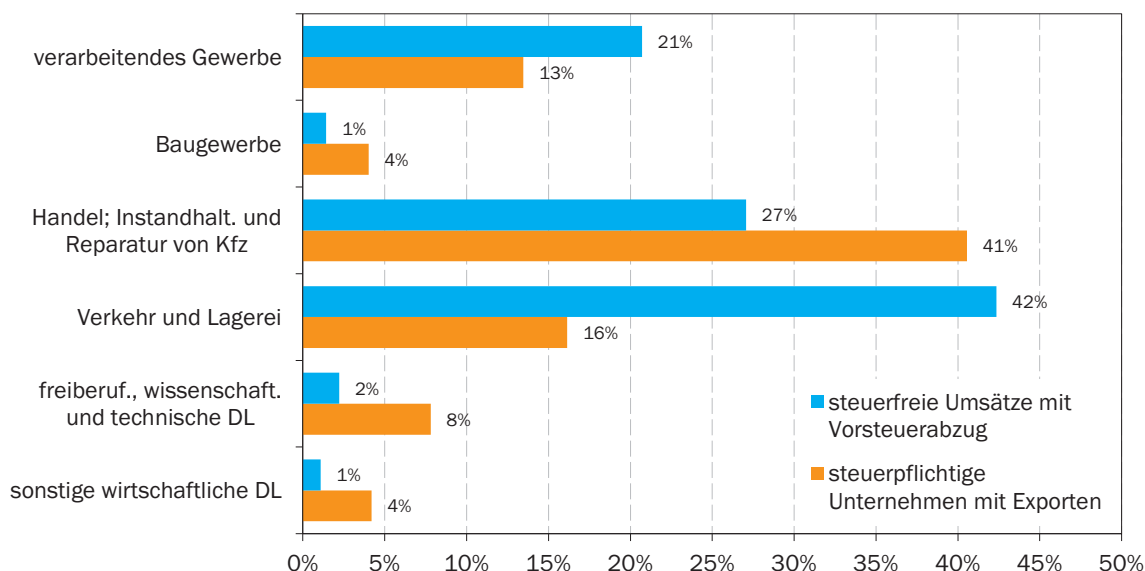
Für das verarbeitende Gewerbe, Handelsgewerbe⁵⁷ und weitere ausgewählte Wirtschaftszweige lassen sich einzelne Aussagen hinsichtlich des Exports auch für die KMU betreffend feststellen (Abbildung 45).⁵⁸ Von den kleinsten, kleinen und mittleren Exportunternehmen sind die meisten dem Handelsgewerbe (41 Prozent) zuzurechnen. Bezüglich des Umsatzes kommt das Handelsgewerbe jedoch nur an zweiter Stelle hinter Verkehr und Lagerei. Die Unternehmen im Bereich Verkehr und Lagerei setzen mit einem Anteil von 16 Prozent an den gesamten Exportunternehmen knapp 42 Prozent aller Exportumsätze um. Auch im verarbeitenden Gewerbe ist der Exportumsatzanteil von 21 Prozent an allen bremischen Exportumsätzen überproportional, insbesondere beim Vergleich des Anteils des verarbeitenden Gewerbes an den Exportunternehmen insgesamt (13 Prozent).

⁵⁷ Die genaue Bezeichnung des Wirtschaftszweiges lautet: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

⁵⁸ Aufgrund von Anonymisierungen der Umsatzsteuerstatistik lassen sich viele Werte für die einzelnen Wirtschaftszweige nach einzelnen KMU-Klassen im Einzelnen nicht auswerten; siehe hierzu auch Kapitel 2 „Methodik“.

Abbildung 45

Anteil¹ kleinere und mittlere Exportunternehmen und -umsätze ausgewählter Branchen im Land Bremen 2011²



1 als Anteil an den Exportunternehmen und -umsätzen insgesamt

2 Daten für freiberufliche, wissenschaftliche und technischen Dienstleistungen und Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen teilweise geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Umsatzsteuerstatistik (2013b); HWWI.

Der Außenhandel ist dabei überwiegend auf den europäischen Binnenmarkt ausgerichtet. So werden von allen Unternehmen einschließlich der Großunternehmen 55,9 Prozent aller Ausfuhren innerhalb der Europäischen Union (EU) exportiert, insbesondere innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) (38,1 Prozent). Besonders hervorzuheben im bremischen Außenhandel ist Frankreich. Der direkte Nachbar Deutschlands importiert 19,3 Prozent der bremischen Ausfuhren und liegt somit noch vor den USA (16,4 Prozent). Auch für die bremischen KMU dürfte das europäische Ausland der Hauptexportmarkt darstellen. Dies bestätigen Ergebnisse von Brutscher u. a. (2012) für Deutschland: 92 Prozent aller aktiven Exportunternehmen der bremischen KMU haben mindestens in einem westeuropäischen Land einen Partner, danach folgt Mittel- und Osteuropa (55 Prozent) und dann mit 28 Prozent Nordamerika. Gründe für diese Konzentration des Außenhandels auf Europa werden in der räumlichen und kulturellen Nähe gesehen. Unter letzteren sind u. a. Sprache, Kundenpräferenzen oder auch Geschäftspraktiken zu verstehen.⁵⁹

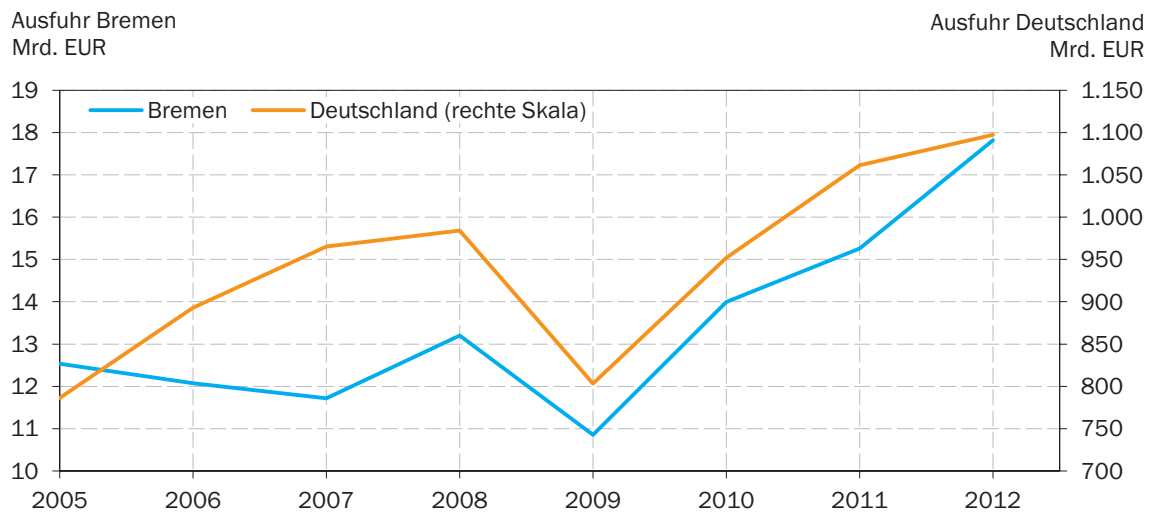
Die Ausfuhren des Landes Bremen sind dabei in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Zwischen 2005 und 2012 stieg die Ausfuhr aller bremischen Unternehmen insgesamt um 42 Prozent. Im Jahr 2005 wurden noch Güter im Wert von 12,5 Mrd. Euro

⁵⁹ Vgl. Brutscher et al. (2012).

exportiert, im Jahr 2012 lag der Güterwert bei bereits 17,8 Mrd. Euro. Der deutsche Export verlief ähnlich stark, allerdings hatte Bremen zwischen 2005 und 2007 im Gegensatz dazu eine rückläufige Entwicklung, die erst ab 2007 synchron zum deutschen Export verlief.⁶⁰ Der starke Aufschwung der bremischen KMU und Großunternehmen ist zudem vor allem erst nach dem Abflauen der Finanz- und Wirtschaftskrise in 2009 zu verzeichnen gewesen.

Abbildung 46

Ausfuhr insgesamt



Quellen: Statistisches Bundesamt (2013c); HWWI.

Die statistischen Auswertungen und Befragungsergebnisse werden durch Ergebnisse aus den qualitativen Interviews mit Akteuren aus dem Bereich der UDL zum Thema Internationalisierung ergänzt. Die Basis hierfür liefert die Auswertung der Kundenstruktur sowie der überregionalen Kooperationsbeziehungen und Netzwerke der befragten Akteure:⁶¹

- Im Bereich der Büro- und Produzentendienste gehen von den Unternehmen im Land Bremen nur sehr wenige Auslandsaktivitäten aus.
- Im Bereich der technischen Dienstleistungen bildet die räumliche Nähe zum Kunden (Austausch und Rückkopplungsprozesse) eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung eines Projektes. Auslandsmärkte sind nur von sehr geringer Bedeutung. Es gibt einige Ausnahmen bei großen Architekturbüros, die jedoch in Bremen bislang keine Rolle spielen. Die Internationalisierung des Personals der Büros nimmt

⁶⁰ Die Ergebnisse der Abbildung 44 weichen aufgrund der Anonymisierung der Umsatzsteuerstatistik von den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik der Abbildung 46 ab. Aufgrund von Anonymisierungen der Umsatzsteuerstatistik lassen sich viele Werte der Abbildung 44 nach einzelnen KMU-Klassen im Einzelnen nicht auswerten. Im Weiteren kann mit Hilfe der Umsatzsteuerstatistik die Exporte nur annäherungsweise ermittelt werden (siehe Kapitel 2 und Abschnitt 4.6 oben).

⁶¹ Vgl. ebd.

- allerdings merklich zu (zum Beispiel aus Polen und Portugal).
- Im Bereich der Beratungsdienstleistungen liegt der Fokus auf überregionalen Kundinnen und Kunden. Auslandstätigkeit in größerem Umfang entfalten vor allem die großen, international tätigen Steuerberatungsgesellschaften. Bei den Unternehmensberatungen sind vor allem die führenden Unternehmen auch im Ausland tätig. Kleinste, kleine und mittlere Unternehmen sind im Ausland hingegen nur zu finden, wenn sie eine besondere Spezialisierung aufweisen. Eine strategische Grundfrage für Consultingunternehmen besteht darin, ob eine Internationalisierungsstrategie über den Aufbau eigener Büros oder mittels Kooperationen mit lokalen Beratungsanbietern vor Ort implementiert werden kann. In beiden Fällen sind die Anforderungen an Planung, Finanzierung und Rekrutierung sehr hoch.
 - Im Bereich der Finanzdienstleistungen kommt ein Großteil (93 Prozent) der Kundinnen und Kunden aus dem Land Bremen, ein kleiner Teil aus Niedersachsen (4 Prozent) beziehungsweise anderen Bundesländern (3 Prozent). Internationale Kundinnen und Kunden spielen demnach keine Rolle. Auch das Geschäft der zur Finanzdienstleistung zählenden Immobilienberatung ist weitestgehend auf den regionalen Markt ausgerichtet.
 - Die Informationstechnologie und -dienstleistung ist ein internationaler Markt, dies gilt auch für die Unternehmen im Lande Bremen. Die Globalisierung ist von wachsender Bedeutung für die Branche. So werden zum Beispiel aus den europäischen Nachbarländern und der Türkei verstärkt Leistungen nachgefragt. Umgekehrt gibt es in Afrika und Asien aufstrebende Konkurrenz im Bereich der Informationsdienstleistungen, auf die sich die Branche durch Innovation und Qualitätssteigerung einstellen muss. Für viele internationale Projekte braucht es jedoch eine kritische Masse an Beschäftigten. Die steigende Komplexität führt dazu, dass vermehrt kleinere Aufgaben an Freitätige abgegeben werden, dies auch international (beispielsweise nach Indien als verlängerte Werkbank).
 - Die bremischen Unternehmen aus dem Bereich der Kreativdienstleistungen sind vorrangig auf nationale und regionale Kunden ausgerichtet. Die Erschließung von Absatzmärkten im Ausland erweist sich als schwierig, da die zumeist kleinen Unternehmen dazu aus eigener Kraft oft nicht in der Lage sind. Hinzu kommt eine starke, bereits etablierte ausländische Konkurrenz, auch auf europäischer Ebene, zum Beispiel aus Dänemark und den Niederlanden. Ein Internationalisierungshemmnis liegt auch in der Komplexität von Auslandsgeschäften, so etwa aufgrund von unterschiedlichen Steuergesetzgebungen, Zahlungsverkehre und kulturellen Barrieren.
 - Im Bereich der Logistikdienstleistungen gibt es einen bedeutenden Anteil an ausländischen Kundinnen und Kunden (40 Prozent gemäß den Ergebnissen der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung). Eine besondere Bedeutung kommt Bremerhaven als internationales Drehkreuz für die Abwicklung von Hafenverkehren im internationalen und europäischen Seeverkehr zu.

4.7 | Förderpolitik

Mit dem Strukturkonzept Land Bremen 2015, dem Masterplan Industrie sowie dem Innovationsprogramm 2020 hat der Bremer Senat den programmatischen Rahmen für die Innovationsförderung im Land Bremen mittelfristig abgesteckt. Dabei hat sich Bremen vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie förderpolitisch insbesondere die Stärkung der Innovationsfähigkeit des Mittelstands zum Ziel gesetzt.

Das *Strukturkonzept 2015* benennt Ziele und zentrale Aktivitäten des Landes Bremen in den Handlungsfeldern Wirtschaftspolitik, Strukturentwicklung, Innovationspolitik, Bremerhaven und Finanzierung. Dazu zählt neben Technologieentwicklung und Technologietransfer als Basis bremischer Innovationspolitik ausdrücklich auch die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Flächenpolitik, Hafen- und Verkehrsinfrastruktur, Standortkosten, Bürokratieabbau, Standortqualität, Demografie etc.).

Der *Masterplan Industrie* macht Aussagen zur KMU-Förderung und zur Innovationspolitik in mehreren Zielfeldern:⁶²

- Zielfeld Stabilisierung der Industrie durch Diversifizierung und KMU-Förderung: Einrichtung eines „Servicecenters“ u. a. für die Erstberatung zur Gründungs- und Innovationsförderung; Umsetzung der Empfehlungen des ersten Mittelstandsberichts: Transparenz der Förderangebote und -institutionen, KMU-Zugang, Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, Dialoge zu aktuellen Themen des Mittelstands.
- Zielfeld Innovation, Technologie, Forschung: Fokussierung der Förderung auf die Innovationscluster Luft- und Raumfahrt, Maritime Wirtschaft und Logistik, Windenergie; Steigerung des Anteils forschungsintensiver KMU-Zulieferer; Ausbau der Technologiezentren.

Mit der Neugestaltung der FuE-Förderung und dem Vorrang der Darlehens- gegenüber der Zuschussförderung wurde die KMU-bezogene Innovationsförderung in den vergangenen Jahren neu geordnet:

- Die Darlehensförderung wird von den Akteuren recht gut angenommen; der Fördereffekt entsteht durch Zinsvorteile und Verzicht auf Sicherheiten, dadurch Liquiditätsbereitstellung unabhängig vom Nachweis von Eigenmitteln. So war in 2011 nach Berechnungen des Wirtschaftsressorts ein deutlicher Anstieg der bewilligten Darlehen zu verzeichnen (Bewilligungssumme 2011: 1,3 Mio. Euro). Allerdings sank die Teilhabe von KMU am Landesinvestitionsförderungsprogramm gemessen

⁶² Vgl. Lutzky et al. (2012), S. 59f.

an den Förderfällen seit der Umstellung auf die Darlehensförderung im Jahre 2008 recht deutlich (in der Förderperiode 2008 bis 2011 um -62 Prozent verglichen mit der Förderperiode 2004 bis 2007).⁶³

- Zuschussförderung wird vor allem für die bremischen Cluster – Luft- und Raumfahrt, Maritime Wirtschaft und Logistik, Windenergie – sowie für Kooperationsprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft eingesetzt.

Parallel dazu wurden die Beratungsangebote unternehmensnah ausgebaut. Sie dienen sowohl der Qualifizierung in übergeordneten Managementkompetenzen als auch Aufgaben des Innovationsmanagements. In der laufenden Legislaturperiode wurden zudem die Zuständigkeiten für die Qualifizierungs- und die Innovationsförderung beim SWAH zusammengeführt.⁶⁴ Daraus ergeben sich gute Voraussetzungen für die weitere Verzahnung der beiden Förderbereiche.

Ergebnisse der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung

Nachfolgend werden die Ergebnisse der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung hinsichtlich der Inanspruchnahme der von der öffentlichen Hand bereit gestellten Unterstützungsangebote vorgestellt. Die Auswertung der Befragungsergebnisse erlaubt auch Aussagen zur Branchenzugehörigkeit der Nachfrager von Unterstützungsleistungen sowie – daraus abgeleitet – eine differenzierte Beurteilung der Qualität dieser Leistungen.

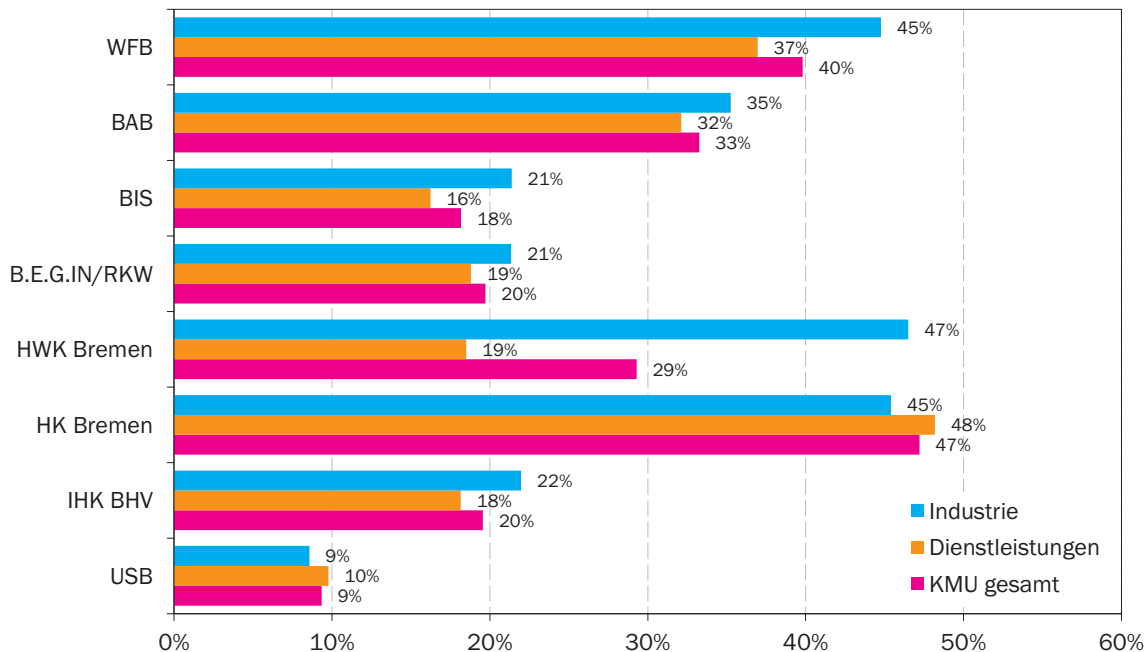
Bei der Auswertung der Ergebnisse im Bereich der Förderpolitik wird eine ungewichtete Betrachtung vorgenommen, d. h. eingeflossen in die Analyse ist allein die Anzahl der Unternehmen ohne Bezugnahme auf deren Beschäftigtenzahl. Mit dieser Vorgehensweise wird sichergestellt, dass die förderpolitischen Belange gerade auch kleinere Unternehmen bei der Ableitung möglicher Konsequenzen hinreichende Berücksichtigung finden. Abbildung 47 beschreibt zunächst, inwieweit Unternehmen überhaupt Unterstützung der öffentlichen Hand in Anspruch genommen haben. Dabei wird deutlich, dass der überwiegende Teil der Unternehmen im fraglichen Zeitraum nicht darauf zurückgegriffen hat.

⁶³ Vgl. GEFRA und MR (2012).

⁶⁴ Die vielfältigen Transferangebote, die Universitäten und Hochschulen, die WFB und BIS sowie Kammern vor allem an mittelständische Unternehmen herantragen, bewirken vielfach erst über eine verbesserte (technologische und unternehmerische) Qualifikation eine erhöhte Innovationsbereitschaft. Nach Zusammenfassung der senatorischen Zuständigkeiten für die Qualifizierungs- und die Innovationsförderung im Hause SWAH in der laufenden Legislaturperiode bestehen nunmehr bessere Voraussetzungen für die Verzahnung der beiden Förderbereiche (vgl. Lutzky et al. 2012).

Abbildung 47

Nutzung der Angebote von Unterstützungseinrichtungen durch mittelständische Unternehmen im Land Bremen



Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die insgesamt am stärksten in Anspruch genommene Unterstützung sind die Angebote der Handelskammer Bremen. Knapp die Hälfte der Unternehmen (47 Prozent) gab an, diese Möglichkeit zu nutzen. Das Angebot der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) wird von knapp 40 Prozent der Unternehmen in Anspruch genommen. Das Angebot der Bremer Aufbaubank wurde von ca. einem Drittel der Unternehmen genutzt, das der Handwerkskammer Bremen von rund einem Viertel. Die anderen Anbieter (IHK Bremerhaven, BIS, B.E.G.IN/RKW) wurden von jeweils nur etwa einem Fünftel der Unternehmen in Anspruch genommen, was mit dem spezifischen Fokus von B.E.G.I.N. auf Gründungen und junge Unternehmen und der regionalen Zuständigkeit von BIS und IHK für Bremerhaven zusammenhängt.

Die KMU im Land Bremen, die Unterstützungsangebote in Anspruch genommen haben, sind mit den Unterstützungsleistungen der Einrichtungen überwiegend zufrieden. Verbesserungsbedarf sehen die Unternehmen in absteigender Reihenfolge:

1. bei der Übersichtlichkeit des Förderangebots,
2. bei der Qualität der Beratung, sowie
3. (nur in sehr geringem Umfang) bei Erreichbarkeit der Informationsstellen.

Die Unterschiede zwischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sind dabei marginal.

In der Detailbetrachtung nach Institutionen fiel die Beurteilung der Beratungsqualität der BIS am positivsten aus. Mehr als die Hälfte der Unternehmen, die das entsprechende Angebot in Anspruch genommen haben (56 Prozent), beurteilen es als gut oder sehr gut. Im Durchschnitt wurden die Förderangebote der anderen Institutionen als befriedigend eingestuft.

Die Unterstützungsangebote der Handelskammer Bremen werden am häufigsten von der Handelsbranche genutzt, dies ergeben die Ergebnisse der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung für den Mittelstandsbericht Bremen. Es folgen die Bereiche Hochtechnologie und Logistik. Die IUK-Dienstleistungsbranche (Software, Datenverarbeitung, Web-Hosting, Telekommunikation, Informationsdienste) bewerten die Angebote der HK Bremen am besten – 60 Prozent der Unternehmen gaben entweder gut oder sehr gut an. In der Logistikbranche, bei den Technischen Dienstleistungen und den Finanzdienstleistungen ist es immerhin noch die Hälfte der befragten Unternehmen.

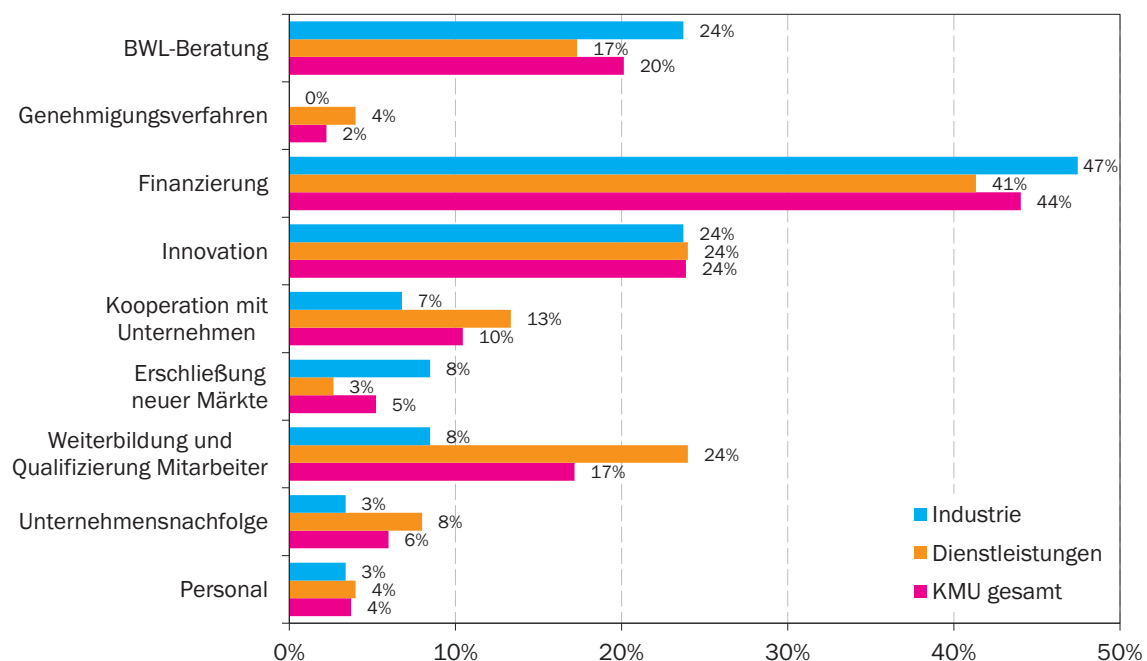
Die Angebote der WFB werden am stärksten von den Hochtechnologiebranchen des verarbeitenden Gewerbes genutzt. 20 Prozent dieser Nachfrager beurteilen dabei die Leistungen als gut oder sehr gut. Die positivste Beurteilung erhält die WFB von den IUK-Dienstleistungen, von denen mehr als 77 Prozent der Unternehmen das Angebot als gut oder sehr gut einstufen. Die Handelsbranche gab dagegen die negativste Bewertung ab.

Das Angebot der Bremer Aufbaubank wurde am meisten von den Hochtechnologiebranchen des verarbeitenden Gewerbes genutzt. Die Ergebnisse der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen 2013 zeigen weiter, dass das Förderungsangebot der Handwerkskammer Bremen (HWK) am stärksten von der Baubranche (60 Prozent) in Anspruch genommen wurde. Allerdings bekam es dabei eine relativ schlechte Bewertung – über 40 Prozent der befragten Unternehmen beurteilten das Angebot als mangelhaft oder ausreichend.

Falls Leistungen in Anspruch genommen wurden, dann in den meisten Fällen in den Bereichen Finanzierung, betriebswirtschaftliche Beratung sowie Unterstützung bei der Suche nach Kooperationspartnern (Abbildung 48). Nennenswerte Unterschiede zwischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ergeben sich insbesondere bei der Finanzierungsberatung, die fast doppelt so häufig von Industrieunternehmen in Anspruch genommen wird als von Dienstleistern.

Abbildung 48

Inanspruchnahme von Unterstützung der öffentlichen Hand nach Bereichen

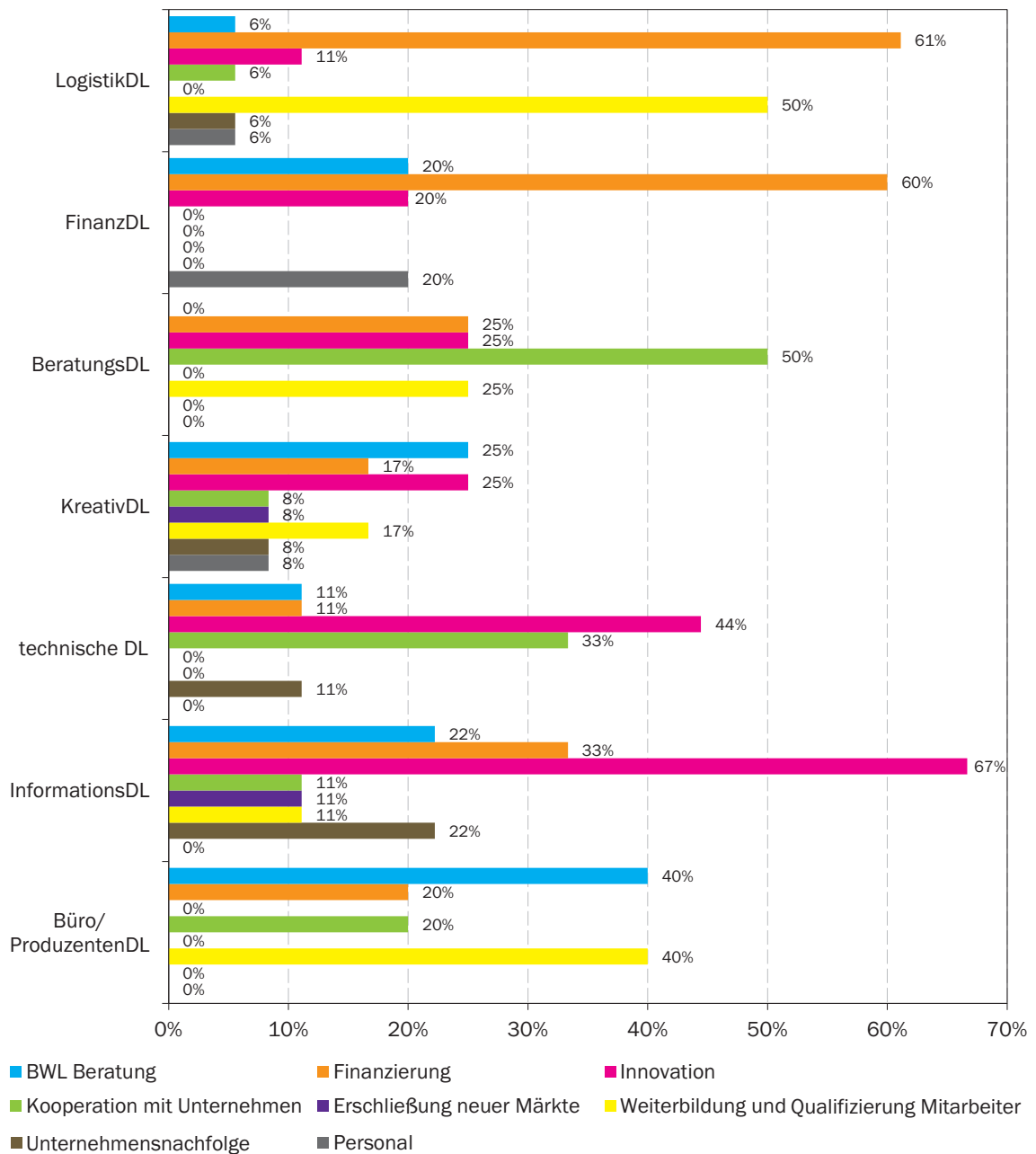


Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Es fällt auf, dass die Unternehmen der Kreativwirtschaft sowie die Informationsdienstleister überdurchschnittlich häufig Beratung nachfragen (Abbildung 49). Dabei ist für die Informationsdienstleister, ebenso wie für technische Dienstleister, der Bereich der Innovationsförderung von größter Bedeutung. Die Kreativdienstleister fragen dagegen ein recht breites Spektrum verschiedener Leistungen nach. Zudem sticht die relativ starke Inanspruchnahme der Finanzierungsberatung und der Beratung zur Erschließung neuer Märkte durch Logistikdienstleister heraus. Beratungsangebote in den Bereichen Personal und Unternehmensnachfolge werden über alle Teilbereiche der UDL nur relativ selten genutzt, Ausnahmen bilden die InformationDL und TechnischDL bei den Beratungsangeboten für Unternehmensfolge sowie die FinanzDL bei den Beratungsangeboten für Personal.

Abbildung 49

Unterstützung durch die öffentliche Hand in unternehmensnahen Dienstleistungen



Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

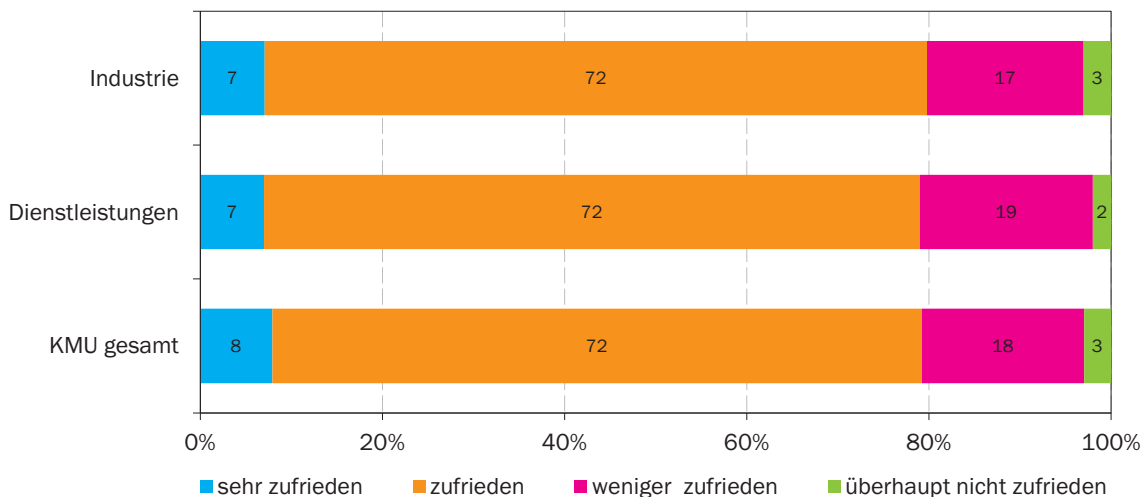
4.8 | Standortbewertung

Nachfolgend werden die Ergebnisse der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung hinsichtlich der Beurteilung des Wirtschaftsstandorts Land Bremen präsentiert. Die Auswertung der Befragung erlaubt dabei auch Aussagen zu einzelnen Determinanten der Standortqualität sowie Dif-

ferenzierungen in Abhängigkeit von der sektoralen Zugehörigkeit der befragten Unternehmen (Industrie/Dienstleister). Die Betrachtung wird durch Erkenntnisse aus den qualitativen Interviews mit Unternehmen aus dem Bereich der UDL ergänzt. Insgesamt zeigt sich dabei die große Mehrheit der Unternehmen (rund 80 Prozent) sektorenübergreifend zufrieden (Abbildung 50).

Abbildung 50

Wirtschaftsstandort Land Bremen

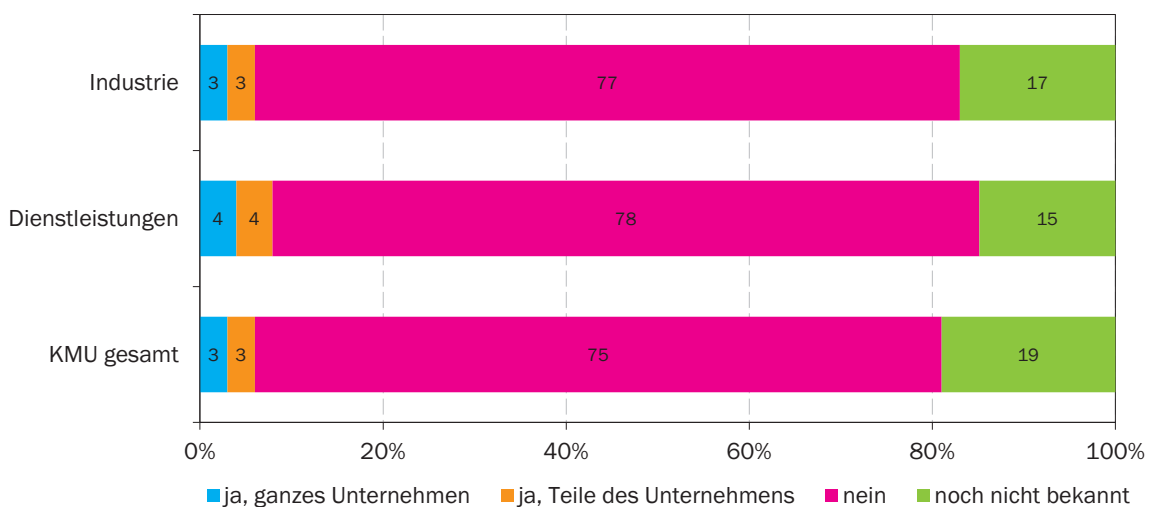


Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Fast 80 Prozent der Unternehmen sehen sich zudem nicht veranlasst den Standort aus Bremen hin zu einem anderen Standort zu verlagern (Abbildung 51). Hingegen sehen

Abbildung 51

Standortveränderungen



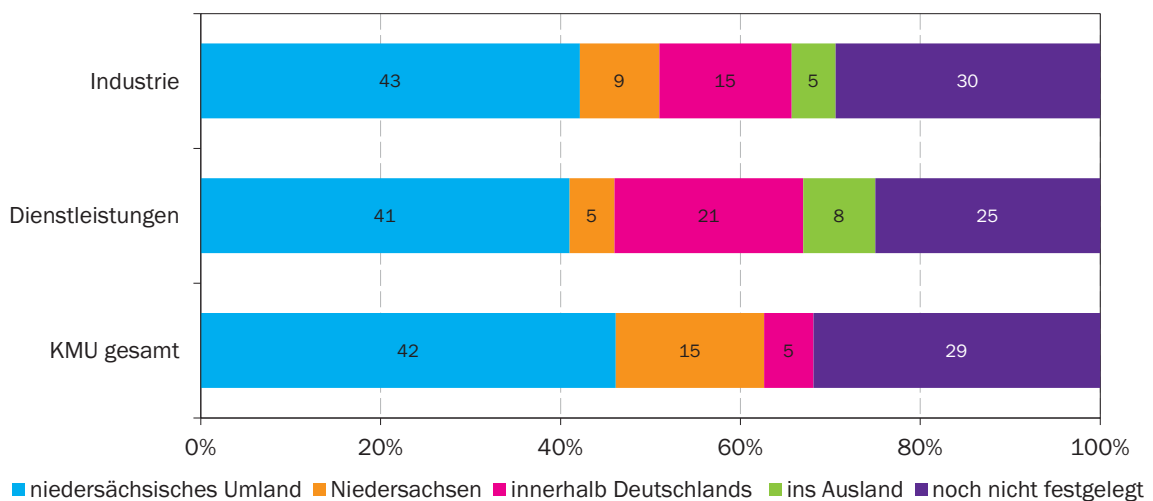
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

sich etwa 6 Prozent der Unternehmen veranlasst, mittelfristig eine vollständige oder teilweise Verlagerung des Standortes aus dem Land Bremen hin zu einem anderen Standort vorzunehmen. Etwas höher (8 Prozent) ist der entsprechende Anteil bei den Dienstleistungsunternehmen.

Von den Unternehmen, die mittelfristig einen Standortwechsel in Betracht ziehen, planen 42 Prozent eine Verlagerung in das niedersächsische Umland (Abbildung 52). Rund 10 Prozent der KMU ziehen hingegen Niedersachsen, 15 Prozent Deutschland und 5 Prozent das Ausland für eine Verlagerung in Betracht. Dabei spielen bei den Dienstleistern Verlagerungen innerhalb Deutschlands eine größere Rolle als bei den befragten Industrieunternehmen.

Abbildung 52

Zielgebiete



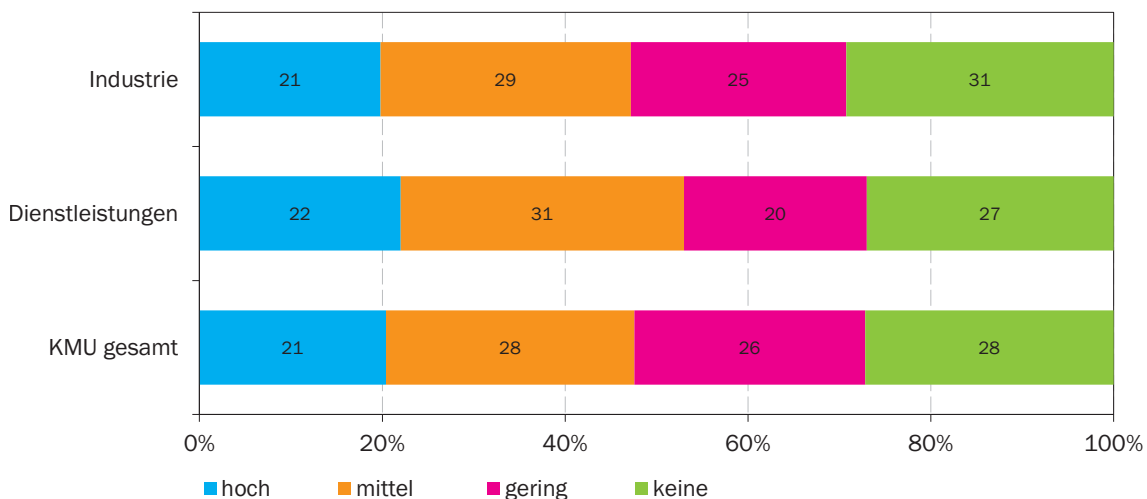
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die folgenden Abbildungen zeigen die Einschätzung der Unternehmen hinsichtlich der Bedeutung einzelner Standortfaktoren. Eine besonders hohe Bedeutung kommt demnach einer guten Verkehrsanbindung zu. Rund die Hälfte aller befragten Akteure misst der „Verkehrsanbindung“ eine hohe Bedeutung zu. Mit 39 Prozent zeigt das „Fachkräfteangebot“ als wichtiger Standortfaktor den zweithöchsten Wert (Abbildung 58), gefolgt von der „räumlichen Nähe zu Kunden“ (34 Prozent) (Abbildung 57), der „Kosten für Fläche und Büroräume“ (33 Prozent) (Abbildung 54) und der „technischen Infrastruktur“ (31 Prozent) (Abbildung 56). Das „Angebot von Flächen und Büroräumen“ wird von jedem fünften Unternehmen als bedeutsam eingeschätzt (Abbildung 53). Bei letztgenanntem Faktor fallen die Unterschiede in der Bewertung zwischen Dienstleistungs- und Industrieunternehmen relativ gering aus. Auffällig ist allerdings, dass der Faktor Immobilienangebot von den – oft flächenintensiven – Industrieunternehmen als weniger wichtig eingeschätzt wird als von den Dienstleistungsunternehmen. Dies lässt aus

Sicht der Wirtschaftsförderung zukünftig auf die besondere Relevanz eines differenzierten und qualitativ hochwertigen Angebots an Büroflächen für Dienstleistungsunternehmen schließen. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen der qualitativen Interviews.

Abbildung 53

Standortfaktor – Angebot von Flächen und Büroräumen

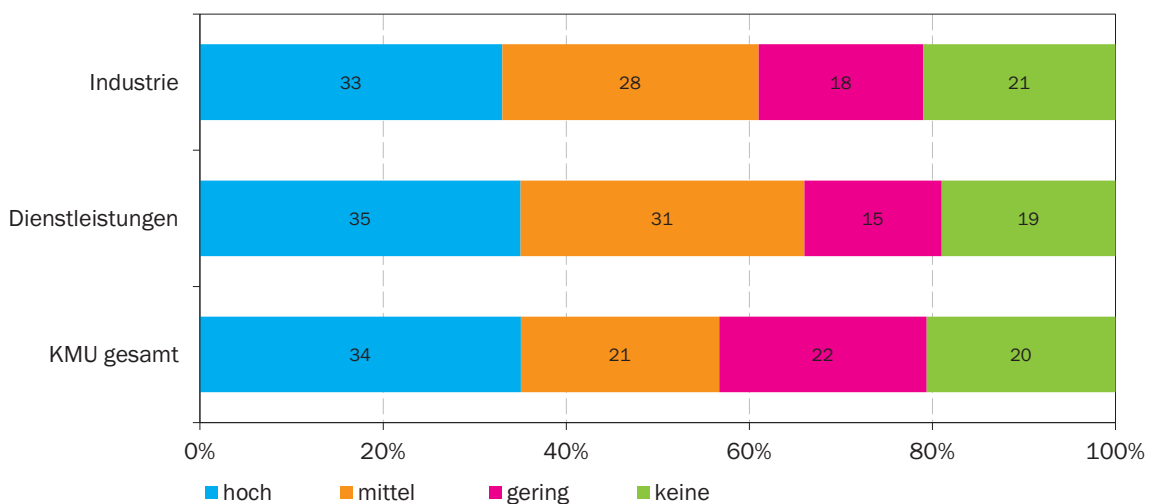


Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Immobilienpreise sind sektorenübergreifend für mehr als ein Drittel der Unternehmen von hoher Bedeutung. Ein Drittel der Dienstleister und 45 Prozent der Industrieunternehmen messen diesem Standortfaktor dagegen keine oder eine eher geringe Bedeutung bei (Abbildung 54).

Abbildung 54

Standortfaktor – Kosten für Fläche und Büroräume

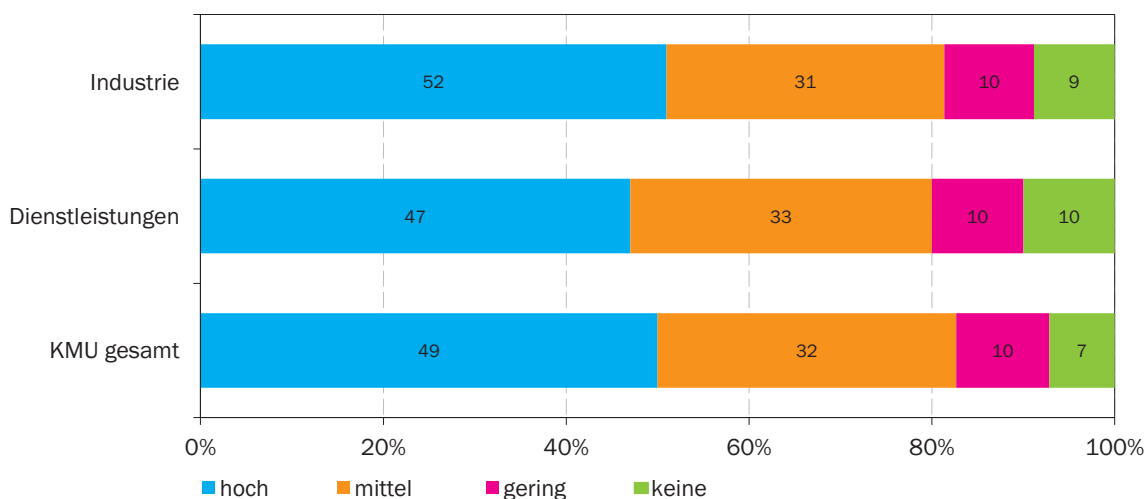


Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Verkehrsanbindung ist für die Hälfte aller befragten Unternehmen ein zentraler Standortfaktor, knapp 20 Prozent halten sie für wenig oder nicht bedeutsam. Unterschiede zwischen den beiden Sektoren ergeben sich dabei kaum (Abbildung 55).

Abbildung 55

Standortfaktor – Verkehrsanbindung

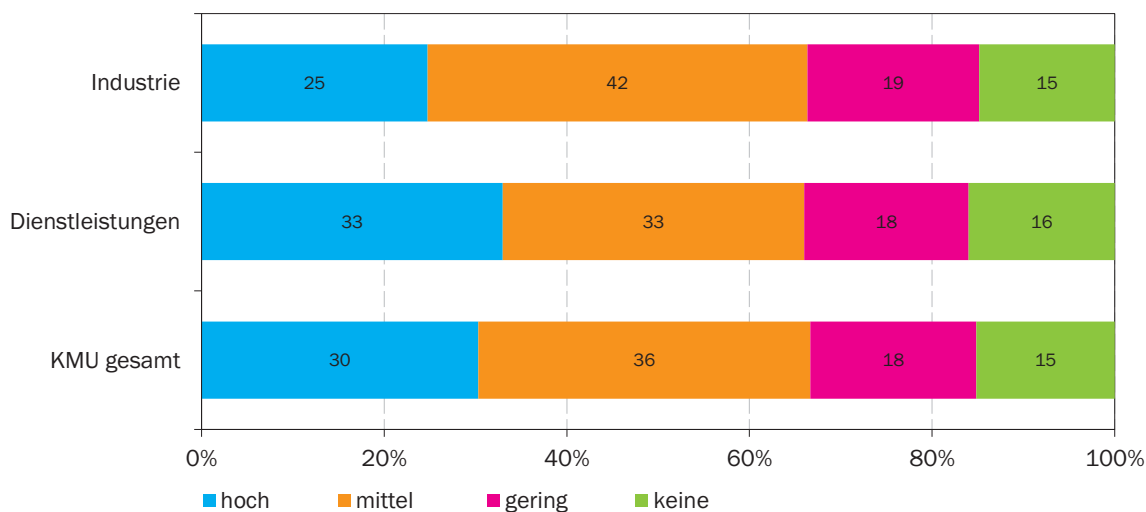


Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Bei der Bewertung der technischen Infrastruktur zeigt sich dagegen, dass diese von Dienstleistungsunternehmen als wichtigerer Faktor eingeschätzt wird als von Industrieunternehmen. Immerhin ein Drittel der Dienstleistungs-, aber nur 25 Prozent der Industrieunternehmen hält sie für bedeutsam (Abbildung 56). Der räumlichen Nähe zu Kunden weisen

Abbildung 56

Standortfaktor – technische Infrastruktur

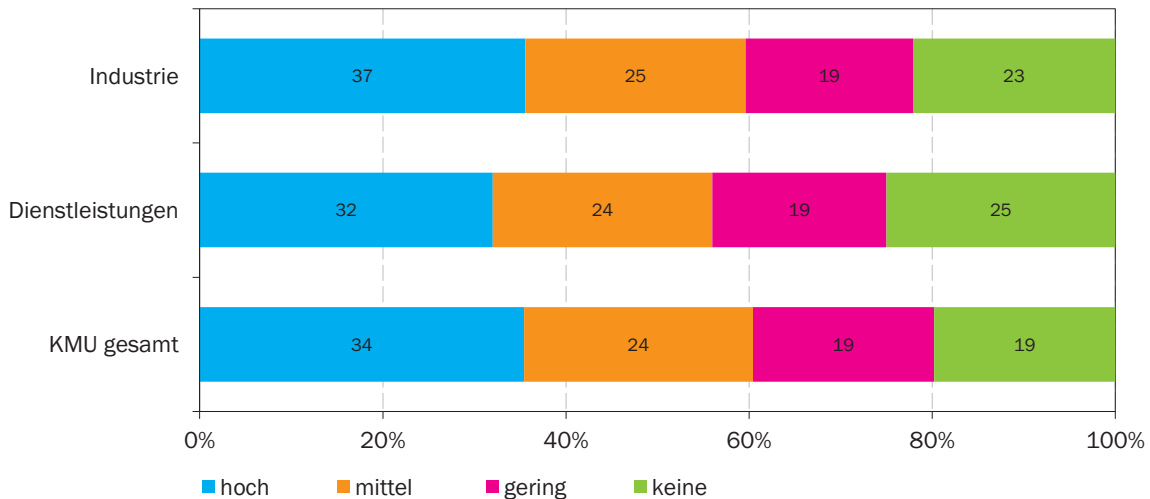


Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

wiederum beide Sektoren eine sehr hohe Bedeutung bei (rund ein Drittel), von der Industrie wird dieser Faktor noch etwas höher bewertet als von den Dienstleistungsunternehmen: Jedes fünfte Industrieunternehmen und jedes vierte Dienstleistungsunternehmen misst der Marktnähe keine Bedeutung bei (Abbildung 57).

Abbildung 57

Standortfaktor – räumliche Nähe zu Kunden

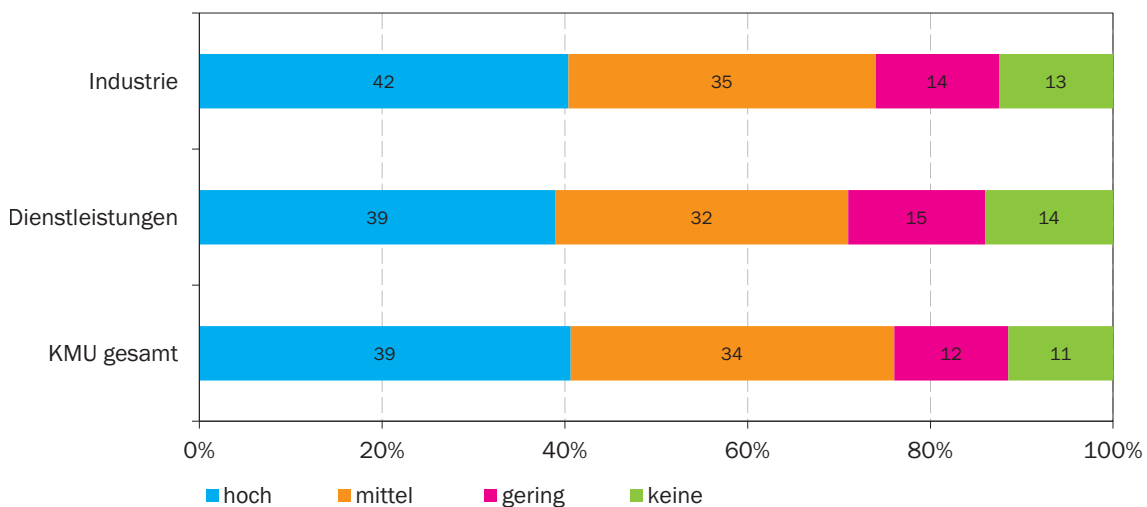


Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Das Vorhandensein eines ausreichenden Fachkräfteangebots wird von 40 Prozent der Unternehmen als wesentlicher Standortfaktor angesehen. Unterschiede in Abhängigkeit von der sektoralen Zugehörigkeit ergeben sich dabei kaum (Abbildung 58).

Abbildung 58

Standortfaktor – Fachkräfteangebot



Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Tatsache, dass ein weiteres Drittel diesem Standortfaktor immerhin noch eine mittlere Bedeutung beimisst, untermauert seine Relevanz zusätzlich.

Unter Hinzuziehung der Ergebnisse der qualitativen Interviews lässt sich die Standortbewertung zu folgender Gesamtbeurteilung verdichten:⁶⁵

- Insgesamt wird der Wirtschaftsstandort Bremen Land von Unternehmen verschiedener Dienstleistungsbranchen als attraktiv und zukunftssträftig bewertet. Die Hafennähe und die Logistikwirtschaft spielen zudem eine erhebliche Rolle für die Bewertung des Standortes durch Unternehmen des produzierenden Gewerbes.
- Als wesentlicher Vorteil werden branchenübergreifend die kurzen Wege sowie die gute Vernetzung zwischen den regionalen Akteuren genannt. Diese und andere Standortvorteile, wie etwa die hohe Lebensqualität bei relativ geringen Lebenshaltungskosten, sollten in der Außendarstellung jedoch künftig stärker herausgestellt werden.
- Zu den zentralen Verbesserungsvorschlägen aus den qualitativen Interviews zählt es, die Familienfreundlichkeit des Standorts zu erhöhen, zum Beispiel durch flexible Betreuungsangebote (24-Stunden). Ein solcher Standortvorteil könnte zum Kern einer Anwerbestrategie gemacht werden, die sich gezielt an Gründungswillige und Wiederkehrer wendet.
- Verbesserungsbedarf sehen viele Unternehmen auch im Bereich der schulischen Bildung. Hier wird fächerübergreifend Kritik geübt, insbesondere sollte auch die frühzeitige Vermittlung von Medienkompetenz an den Schulen gestärkt werden. Hingegen wird die bremischen Hochschullandschaft ausschließlich positiv beurteilt. Einen besonderen Standortvorteil sehen Unternehmen in der Leistungsstärke der technischen Disziplinen.

4.9 | Zusammenfassung

Der Mittelstand stellt einen wesentlichen Bestandteil in der bremischen Wirtschaft dar. Im Jahr 2011 gab es in Bremen 22.415 mittelständische Unternehmen. Diese machten einen Anteil von 99,2 Prozent aller Unternehmen aus und erwirtschafteten rund 35 Prozent aller Umsätze der bremischen Wirtschaft. Eine besondere Eigenschaft der bremischen Wirtschaft insgesamt und des bremischen Mittelstands ist die ausgeprägte Bedeutung des Außenhandels. Während rund 15 Prozent der KMU Umsätze im Ausland erzielten, lag der entsprechende Vergleichswert für Deutschland bei 11 Prozent. Besonders wichtig zeigen sich die mittelständischen Unternehmen als Arbeitgeberin und Arbeitgeber im Land Bremen. Rund 77 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen im Land Bremen sind in einem kleinen oder mittelgroßen Betrieb tätig. Allerdings ist die relative Bedeutung der mittelständischen Betriebe bei der Beschäftigung etwas unter dem Bundesdurchschnitt, wo über 79 Prozent der Beschäftigten in KMU arbeiten.

⁶⁵ Vgl. hierzu Dokumentation der qualitativen Interviews zu den UDL in Anhang A4.

Einen wichtigen Bestandteil des Mittelstands bilden das Handwerk und die Freien Berufe. Beide Gruppen lassen sich nicht mit Hilfe der Beschäftigungsstatistik oder der Umsatzsteuerstatistik erfassen. Laut Handwerkszählung gingen im Land Bremen im Jahr 2010 rund 30.000 Personen einer handwerklichen Tätigkeit nach. Die Zahl der Handwerksbetriebe wird vom Zentralverband des deutschen Handwerks im Jahr 2011 für das Land Bremen auf 5.200 beziffert. Dies stellt einen leichten Anstieg gegenüber 2009 dar, der allerdings vornehmlich auf das zulassungsfreie Handwerk zurückzuführen ist, wo die Beschäftigungszahlen je Betrieb tendenziell geringer als im zulassungspflichtigen Bereich sind. Die Zahl der Selbständigen in den Freien Berufen wird vom Institut für Freie Berufe für das Jahr 2009 im Land Bremen auf 8.500 Personen geschätzt. Die größte Gruppe der Freien Berufe sind im künstlerisch, kreativen Bereich tätig (21 Prozent), gefolgt von Ärzten (16 Prozent) und Rechtsanwälten (13 Prozent).

Laut den Ergebnissen der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung wurden in der jüngeren Vergangenheit überwiegend neue Mitarbeiter eingestellt, um ausscheidende Mitarbeiter zu ersetzen. Allerdings gaben auch viele Unternehmen an eine expansive Beschäftigungspolitik zu betreiben. Dabei wurden insbesondere sowohl Akademiker als auch Personen mit einer Berufsausbildung in hohem Maße gesucht. Die Auswertung der Befragung ergibt allerdings, dass geplante Neueinstellungen nicht immer realisiert werden konnten. Die Beschäftigung hätte demnach im optimalen Fall insgesamt um 4 Prozent mehr ausgeweitet werden können. In den meisten Fällen wurde das Nichtzustandekommen einer Einstellung damit begründet, dass qualifiziertes Personal schwer zu finden sei.

Im Zuge des demografischen Wandels könnten sich Engpässe bei Fachkräften, die sich in bestimmten Berufen bereits heute andeuten, weiter verschärfen. Dies betrifft nicht nur Akademiker, sondern auch andere Berufsausbildungen. Im Bereich der betrieblichen Ausbildung leistet der Mittelstand einen ganz entscheidenden Beitrag zur Qualifizierung des Arbeitskräftepotenzials. Rund 83 Prozent aller betrieblichen Ausbildungsverhältnisse bestehen im Mittelstand. Damit nehmen die KMU bei der Ausbildung in der bremischen Wirtschaft eine noch gewichtigere Rolle ein als bei der Beschäftigung insgesamt. Dabei ist die Zahl der Ausbildungsverhältnisse entgegen dem deutschen Trend im Land Bremen zwischen 2009 und 2012 nicht rückläufig. Dies gilt sowohl für die KMU als auch für die großen Unternehmen. Eine weitere Möglichkeit, Fachkräfteengpässen entgegenzuwirken, besteht in der Weiterbildung oder der Aktivierung von Personengruppen, wie beispielsweise Eltern, die bisher nur in geringerem Maße am Erwerbsleben teilnehmen. Bei Weiterbildungsmaßnahmen wird laut Befragung der mittelständischen Unternehmen im Dienstleistungsbereich mehrheitlich kein Bedarf gesehen. In der Industrie werden entsprechende Maßnahmen hingegen als bedeutsamer erachtet und auch entsprechend häufiger genutzt. Um Eltern verstärkt in das Berufsleben einbinden zu können, messen die Unternehmen vor allen einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten eine höhere Bedeutung bei.

5 | Mittelstand und unternehmensnahe Dienstleistungen

5.1 | Bedeutung und Abgrenzung der UDL im Land Bremen

5.1.1 | Fragestellung

Unternehmensnahe Dienstleistungen (UDL) sind ein wichtiger Teilbereich der mittelständischen Wirtschaft im Land Bremen. Sie stellen rund 40 Prozent der Unternehmen und über ein Drittel des Umsatzes und der Beschäftigten. UDL zeichnen sich durch eine überdurchschnittlich hohe Dynamik aus. Ein Großteil der neu geschaffenen und qualitativ höherwertigen Arbeitsplätze entsteht in diesem Wirtschaftszweig. Damit leisten unternehmensnahe Dienstleistungen einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Neben der quantitativen Bedeutung kommt den unternehmensnahen Dienstleistungen auch eine hohe qualitative Bedeutung als Standortfaktor für die Industrie zu. Da sich Industrieunternehmen zunehmend auf ihre Kernkompetenzen (Entwicklung, Herstellung und Vermarktung ihrer Produkte) konzentrieren, werden andere, diese Kernkompetenzen unterstützende Tätigkeiten zunehmend von außen zugekauft. Dabei handelt es sich um einen breiten Kranz von Dienstleistungen, der von Ingenieurleistungen (Konstruktion, Testen und Prüfen) über die Informationsverarbeitung (Software, Datenverarbeitung), Finanz-, Rechts-, Steuer- und Buchhaltungsdienste, Design, Werbung und Marketing sowie Unternehmensberatung bis zu Transport und Logistik, Reinigung und Sicherheitsdienstleistungen sowie anderen produktionsunterstützenden Arbeiten (zum Beispiel Abfüllung, Verpackung, Personaldienstleistungen) reicht.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich eine wachsende Zahl von Unternehmen auf die Erbringung unternehmensnaher Dienstleistungen spezialisiert. Dabei wurde erhebliches Spezialwissen aufgebaut, das die Kundinnen und Kunden der unternehmensnahen Dienstleistungen zur Verbesserung ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit nutzen können. Denn mit dem Rückgriff auf spezialisierte Dienstleistungsangebote können die Kundinnen und Kunden von innovativen und in der Praxis bereits bewährten Lösungen profitieren. Außerdem helfen unternehmensnahe Dienstleistungen, Kosten zu senken, indem Fixkostenbelastungen gesenkt und gleichzeitig die Skalenvorteile und dadurch günstigen Preise der Dienstleistungsanbieter genutzt werden können.

Ein innovativer unternehmensnaher Dienstleistungssektor mit einem diversifizierten Angebot ist heute daher ein wichtiger Standortfaktor für die Industrie. Dies gilt ganz besonders für das Land Bremen mit seinem stark ausgeprägten Industriesektor. Die bremische Industrie bildet mit ihrer überregionalen Bedeutung eine wesentliche Basis für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region. Die tragenden Säulen bilden hierbei

die industriellen Kernbereiche Straßenfahrzeugbau, Luft- und Raumfahrzeugbau, Stahlerzeugung, Elektroindustrie, Maschinenbau inkl. Windenergieanlagen, Schiffbau sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Leistungsfähige unternehmensnahe Dienstleistungen sind deshalb insbesondere für die Zukunft der industriellen Innovationscluster des Landes – Automobilbau, Luft- und Raumfahrt, maritime Wirtschaft, Windenergie, Maschinenbau und Robotik, Materialtechnologien – unverzichtbar. Unternehmensnahe Dienstleistungen können aber auch für andere Dienstleistungsbranchen, wie dem Handel und dem Gastgewerbe, wichtige Beiträge liefern.

5.1.2 | Abgrenzung

Für den Mittelstandsbericht Bremen 2013 wird die Situation, die Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit der UDL im Land Bremen differenziert nach folgenden sieben Teilbranchen untersucht. Die Abgrenzung erfolgt anhand der amtlichen Wirtschaftszweigklassifikation (Abgrenzung nach der Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008):

- Logistikdienstleistungen (LogistikDL) (WZ 49 bis 53): Land-, Wasser- und Lufttransport, Lagerei, Spedition, Post- und Kurierdienste
- Finanzdienstleistungen (FinanzDL) (WZ 64 bis 68): Banken, Versicherungen, Finanzvermittlungsdienste, Immobiliendienstleistungen
- Beratungsdienstleistungen (BeratungsDL) (WZ 69, 70): Rechts-, Steuer-, Wirtschafts-, Unternehmens-, PR-Beratung
- Kreativdienstleistungen (KreativDL) (WZ 58, 59, 60, 73, 74):⁶⁶ Werbung, Design, Fotografie, Printmedien, Filmherstellung, Rundfunk
- technische Dienstleistungen (technische DL) (WZ 71, 72): Ingenieurbüros, technische Labore, FuE-Dienstleistungen
- Informationsdienstleistungen (InformationsDL) (WZ 61 bis 63): Softwareherstellung, EDV-Beratung, Telekommunikation, Informationsdienste
- Büro- und Produzentendienste (Büro-/ProduzentenDL) (77 bis 82): Vermietung von Geräten und Ausrüstungen, Reinigung, Bewachung, Arbeitskräftevermittlung und -überlassung, Reisevermittlung, Messedienste, Schreib-, Versand- und Verpackungsdienste, Call-Center, Inkassodienste etc.

Zu beachten ist, dass die Unternehmen in den UDL nicht ausschließlich auf gewerbliche Kunden ausgerichtet sind, sondern dass viele Unternehmen ihre Dienstleistungsangebote sowohl an andere Unternehmen als auch an öffentliche Einrichtungen und

⁶⁶ Der hier verwendete Begriff „Kreativdienstleistungen“ ist nicht synonym zu dem Begriff Kreativwirtschaft, sondern umfasst ein enger abgegrenztes Branchenspektrum. So zählt zur Kreativwirtschaft (inkl. Kulturwirtschaft) in der Abgrenzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (vgl. BMWi 2012) u. a. auch die Architektur, die Softwarebranche sowie die produzierende und darstellende Kunst. Die hier verwendete Abgrenzung „Kreativdienstleistungen“ deckt etwa zwei Drittel der Unternehmen im Bereich Kreativ- und Kulturwirtschaft (ohne selbständige Künstlerinnen und Künstler) ab.

Privathaushalte richten. Kennzeichnend für alle Teilbranchen ist jedoch, dass Unternehmen die wichtigste Kundengruppe darstellen.

5.1.3 | Gesamtwirtschaftliche Bedeutung

Im Jahr 2012 waren in den UDL im Land Bremen über 101.000 Personen als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig.⁶⁷ Dies entspricht einem Anteil von 34,2 Prozent an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen (Tabelle 9). In Deutschland insgesamt liegt der Beschäftigtenanteil der UDL mit 25,3 Prozent erheblich niedriger. Dies belegt die besondere Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs für das Land Bremen. Der hohe Anteil der UDL spiegelt gleichzeitig die zentralörtliche

Tabelle 9

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den UDL 2012

Indikator	2009	2012	Anteil 2012		Wachstum 2009–2012
			an allen	an UDL	
			%	%	%
Land Bremen					
insgesamt	283.071	296.579	100,0	–	4,8
UDL insgesamt	90.782	101.457	34,2	100,0	11,8
UDL ohne Arbeitskräfteüberlassung	81.290	88.546	29,9	87,3	8,9
Logistikdienstleistungen	31.755	34.025	11,5	33,5	7,1
Kreativdienstleistungen	4.619	4.651	1,6	4,6	0,7
Informationsdienstleistungen	5.846	6.023	2,0	5,9	3,0
Finanzdienstleistungen	11.439	12.162	4,1	12,0	6,3
Beratungsdienstleistungen	9.324	10.732	3,6	10,6	15,1
technische Dienstleistungen	6.150	7.904	2,7	7,8	28,5
Büro-/Produzentendienstleistungen	21.649	25.960	8,8	25,6	19,9
davon Arbeitskräfteüberlassung	9.492	12.911	4,4	12,7	36,0
Deutschland					
insgesamt	27.380.096	28.920.588	100,0	–	5,6
UDL insgesamt	6.589.584	7.307.197	25,3	100,0	10,9
UDL ohne Arbeitskräfteüberlassung	6.020.281	6.483.365	22,4	88,7	7,7
Logistikdienstleistungen	1.399.775	1.485.268	5,1	20,3	6,1
Kreativdienstleistungen	404.018	414.609	1,4	5,7	2,6
Informationsdienstleistungen	588.929	643.189	2,2	8,8	9,2
Finanzdienstleistungen	1.211.287	1.225.173	4,2	16,8	1,1
Beratungsdienstleistungen	781.696	872.636	3,0	11,9	11,6
technische Dienstleistungen	578.720	653.243	2,3	8,9	12,9
Büro-/Produzentendienstleistungen	1.625.159	2.013.079	7,0	27,5	23,9
davon Arbeitskräfteüberlassung	569.303	823.832	2,8	11,3	44,7

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen (2013b, 2012); ZDH (2013); HWWI/ZEW.

67 Die Gesamtbeschäftigtenzahl in den UDL ist allerdings aufgrund der hohen Zahl von selbständig Beschäftigten und Freiberuflern merklich höher.

Funktion und urbane Struktur Bremens wider. Denn UDL sind generell in urbanen Zentren besonders stark vertreten, da sie hier günstige Standortvoraussetzungen finden.

Die größte Teilbranche innerhalb der UDL im Land Bremen ist die Logistik. Hier sind 11,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen tätig beziehungsweise 33,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den UDL insgesamt. In Deutschland insgesamt ist das Gewicht dieser Teilbranche nur halb so hoch. Die zweitgrößte Teilbranche sind die Büro- und Produzentendienstleistungen (8,8 Prozent aller beziehungsweise 25,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den UDL insgesamt). Die Hälfte der Beschäftigten in den Büro- und Produzentendienstleistungen ist im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung beschäftigt. Auf die Finanzdienstleistungen entfallen 12,0 Prozent und auf die Beratungsdienstleistungen 10,6 Prozent der in den UDL im Land Bremen Beschäftigten. Die technischen Dienstleistungen (7,8 Prozent), die Informationsdienstleistungen (5,9 Prozent) und die Kreativdienstleistungen (4,6 Prozent) stellen kleinere Teilbereiche dieses Wirtschaftsbereichs dar.

In den vergangenen drei Jahren war das Beschäftigungswachstum (in Bezug auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) in den UDL im Land Bremen mit 11,8 Prozent mehr als doppelt so hoch wie für die bremische Wirtschaft insgesamt (4,8 Prozent). Der Beschäftigtenaufbau in den UDL nach der Wirtschaftskrise 2008/09 war im Land Bremen etwas dynamischer als in Deutschland insgesamt (+10,9 Prozent zwischen 2009 und 2012). Sowohl hier wie in Deutschland war die am stärksten wachsende Teilbranche die Arbeitskräfteüberlassung. Lässt man diesen spezifischen Bereich außer Acht, so war das Beschäftigungswachstum in den UDL im Land Bremen mit +8,9 Prozent zwar etwas niedriger, aber dafür signifikant höher als in Deutschland insgesamt (+7,7 Prozent).

Besonders stark expandierte die Beschäftigung im Land Bremen im Bereich technische Dienstleistungen (+28,5 Prozent), Büro- und Produzentendienstleistungen (+19,9 Prozent), Beratungsdienstleistungen (+15,1 Prozent) und Logistik (+7,1 Prozent). Die Wachstumsraten liegen jeweils über dem bundesweiten Durchschnitt. Eine geringe Beschäftigtendynamik seit 2009 verzeichneten dagegen die Kreativdienstleistungen (+0,7 Prozent) und die Informationsdienstleistungen (+3,0 Prozent), sie wuchsen im Land Bremen deutlich langsamer als in Deutschland insgesamt.

5.1.4 | Unternehmensstrukturen

Die Unternehmen im Bereich der UDL im Land Bremen gehören fast ausschließlich der Gruppe der Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen an. Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten sind nur vereinzelt im Bereich der Logistik, der Finanzdienstleistungen und der Büro- und Produzentendienstleistungen anzutreffen. Fast die Hälfte der

UDL-Unternehmen ist als Ein-Personen-Unternehmen tätig (Tabelle 10), d. h. die/der Inhaber/in führt das Unternehmen ohne weitere Beschäftigte. Die mittlere Beschäftigtenzahl (Medianwert) der UDL-Unternehmen (ohne Ein-Personen-Unternehmen) liegt bei lediglich 4, d. h. die meisten Unternehmen gehören der Gruppe der Kleinstunternehmen an. Der niedrige Mittelwert der Beschäftigtenzahl (ohne Ein-Personen-Unternehmen) von 17,5 weist auf die insgesamt geringe Bedeutung der mittleren Unternehmen in diesem Wirtschaftszweig hin. Die geringen Unternehmensgrößen und hohen Anteile von Ein-Personen-Unternehmen in den UDL sind kein für Bremen spezifisches Phänomen, sondern sind generell für diese Branche charakteristisch.

Tabelle 10

Größenstruktur der mittelständischen Unternehmen in den UDL im Land Bremen 2012

Indikator	Anzahl Mitarbeiter/innen ¹		Anteil der Ein-Personen-Unternehmen
	Mittelwert	Median	%
Logistikdienstleistungen	33,9	7	43,6
Kreativdienstleistungen	17,1	4	47,7
Informationsdienstleistungen	12,2	4	46,1
Finanzdienstleistungen	10,9	3	53,6
Beratungsdienstleistungen	7,0	3	45,4
technische Dienstleistungen	11,0	5	32,6
Büro-/Produzentendienstleistungen	33,6	5	47,2
UDL insgesamt	17,5	4	46,1
ohne Arbeitskräfteüberlassung	16,7	4	46,3

¹ ohne Ein-Personen-Unternehmen.

Quellen: Mannheimer Unternehmenspanel (ZEW); HWWI.

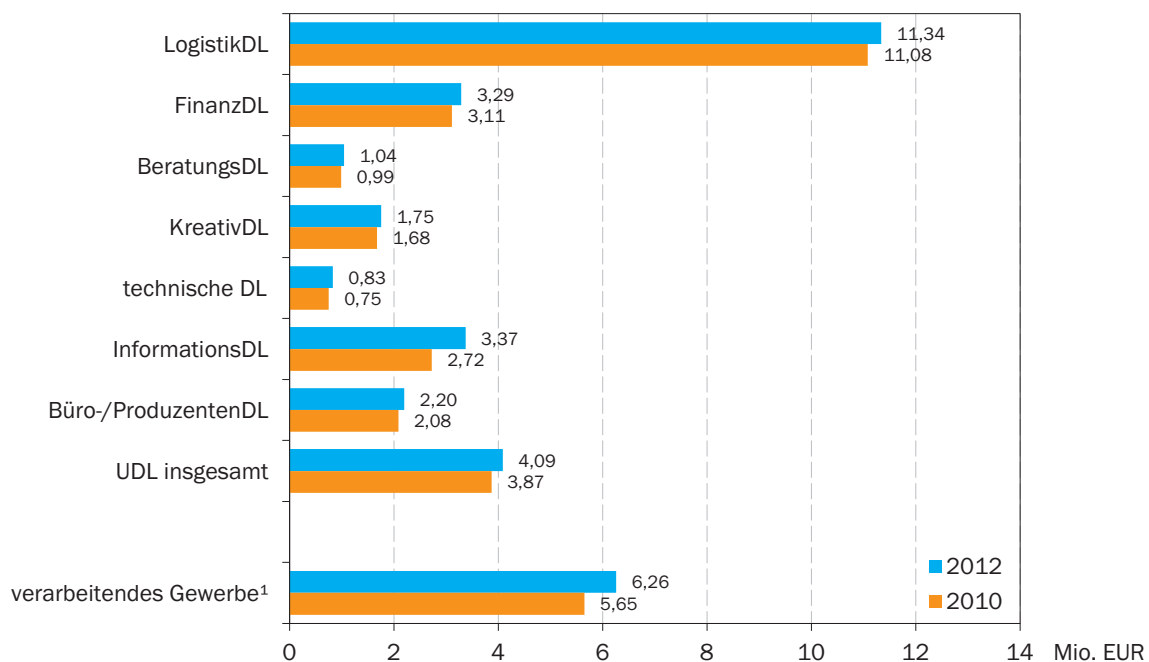
Um die Strukturen, Geschäftsstrategien und Wachstumspotenziale der mittelständischen UDL im Land Bremen zu untersuchen und Handlungsempfehlungen für diesen Bereich des bremischen Mittelstands abzuleiten, wurde im Rahmen der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung für den Mittelstandsbericht Bremen 2013 auch eine repräsentative Stichprobe von Unternehmen der UDL befragt. Ein-Personen-Unternehmen sowie sehr junge Unternehmen (jünger als 3 Jahre) wurden dabei nicht berücksichtigt, da eine Reihe von Fragestellungen (etwa zu Personal oder Wachstum) für diese beiden Gruppen nicht zutrifft. Großunternehmen ab 500 Beschäftigten gehörten ebenfalls nicht zur Zielgruppe der Befragung. Die folgenden Darstellungen stützen sich ganz wesentlich auf die Ergebnisse dieser Befragung.

Abbildung 59 zeigt den durchschnittlichen Umsatz, den die mittelständischen Unternehmen in den UDL in den Jahren 2010 und 2012 erzielt haben. Die Logistikbranche verzeichnet mit 11,1 beziehungsweise 11,3 Mio. Euro für beide Jahre den höchsten Umsatz je Unternehmen, d. h. die Unternehmensstruktur innerhalb des Mittelstands ist großbetrieblicher als in den anderen UDL. Auf dem zweiten Rang, mit einem deutlichen Ab-

stand folgen die Finanzdienstleistungen und die Informationsdienstleistungen mit rund 3,3 Mio. Euro Umsatz je Unternehmen. Sehr niedrig ist der durchschnittliche Umsatz je Unternehmen in den Beratungs- und den technischen Dienstleistungen. Zwischen 2010 und 2012 stiegen die Umsätze je Unternehmen in allen Teilbranchen leicht an, was auf einer besseren Geschäftslage und ein Wachstum der Unternehmen hinweist. Die stärksten Zugewinne verzeichneten die Informationsdienstleistungen, die geringsten die Beratungsdienstleistungen.

Abbildung 59

Umsatz je Unternehmen 2010 und 2012 in den UDL im Land Bremen



1 nur mittelständische Unternehmen

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

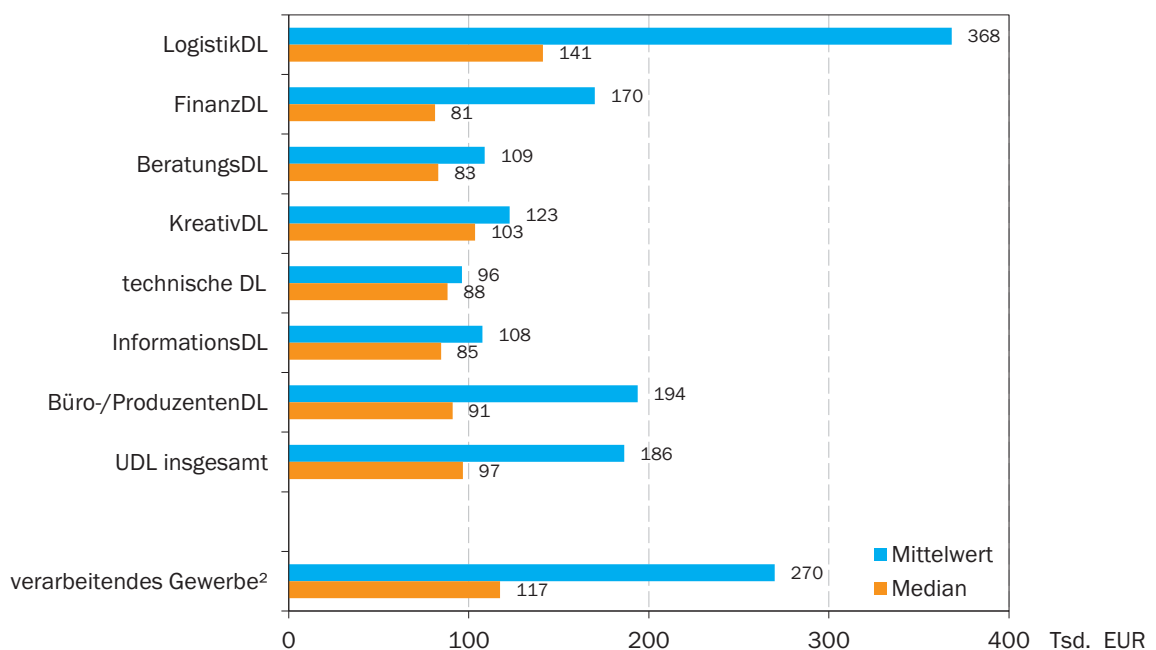
Die Produktivität der UDL-Unternehmen ist insgesamt niedriger als im verarbeitenden Gewerbe. Im Durchschnitt erreichten die mittelständischen Unternehmen in den UDL einen Umsatz je Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2012 von 186 Tsd. Euro (Mittelstand im verarbeitenden Gewerbe: 270 Tsd. Euro). Dies liegt jedoch nicht an einer geringeren Effizienz der UDL, sondern am hohen Wertschöpfungsanteil des verarbeitenden Gewerbes. Einzig in den Logistikdienstleistungen wird eine sehr hohe Produktivität erreicht (368 Tsd. Euro), was primär den höheren Vorleistungsanteil in dieser Teilbranche widerspiegelt (Abbildung 60).

In einigen Teilbranchen zeigen sich große Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen Unternehmen, wie an der Differenz zwischen der durchschnittlichen Produktivität (Mittelwert) und dem Medianwert zu sehen ist. Dies gilt vor allem für die Logistik-, die Kreativ- sowie die Büro- und Produzentendienstleistungen. Dabei spielt auch die Heterogenität dieser Teilbranchen eine große Rolle, die sehr unterschiedliche Dienstleis-

tungen umfassen. Relativ gering sind die Produktivitätsunterschiede zwischen einzelnen Unternehmen in den Informationsdienstleistungen, den Finanzdienstleistungen, den Beratungsdienstleistungen und den technischen Dienstleistungen. Die Mehrheit der UDL-Unternehmen in diesen Branchen erreicht einen Umsatz je Vollzeitbeschäftigten von knapp unter 100 Tsd. Euro.

Abbildung 60

Umsatz je Beschäftigten¹ 2012 in den UDL im Land Bremen



¹ Beschäftigte zu Vollzeitstellen gerechnet.

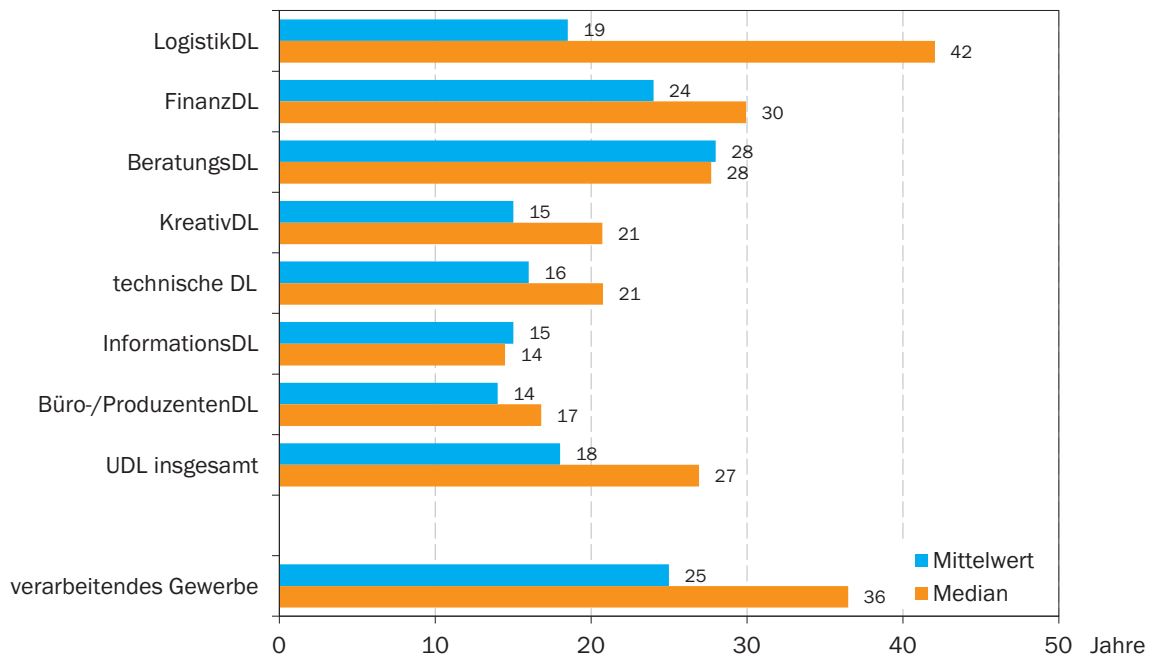
² verarbeitendes Gewerbe: nur mittelständische Unternehmen

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Mit der Kleinheit der Unternehmen geht ein relativ junges Alter der UDL-Unternehmen einher. Das mittlere Alter der Unternehmen (ohne Ein-Personen-Unternehmen und Unternehmen unter 3 Jahren) liegt bei 18 Jahren (Medianwert), das Durchschnittsalter ist aufgrund einzelner sehr alter Unternehmen mit 27 Jahren höher (Abbildung 61). Junge Unternehmen sind besonders häufig in den Kreativdienstleistungen, Informationsdienstleistungen, technischen Dienstleistungen sowie Büro- und Produzentendienstleistungen anzutreffen (Medianalter jeweils 15 Jahre). Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen im Bereich der Beratungsdienstleistungen und der Finanzdienstleistungen sind deutlich älter (Medianalter von 28 beziehungsweise 24 Jahren). Im Logistikbereich sind besonders viele Unternehmen schon sehr lange im Markt anzutreffen, sodass das Durchschnittsalter hier bei über 30 Jahre liegt, obwohl mehr als die Hälfte der Logistikunternehmen jünger als 20 Jahre sind.

Abbildung 61

Alter der Unternehmen in den UDL im Land Bremen



Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

5.2 | Geschäftsstrategien der unternehmensnahen Dienstleister

Zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der mittelständischen UDL im Land Bremen werden die Geschäftsstrategien der Unternehmen näher beleuchtet. Vier Aspekte stehen dabei im Zentrum der Unternehmensstrategien:

- Sicherung und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere im Hinblick auf innovationsorientierte Strategien;
- Verbesserung der Marktausrichtung, d. h. die sektorale und regionale Zusammensetzung der Kundinnen und Kunden;
- die Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern, um gemeinsam Leistungen zu erbringen und damit möglichen Kleinheitsnachteilen (Kosten der Kleinheit) zu begegnen;
- der Humankapitaleinsatz im Unternehmen im Hinblick auf die Qualifikation der Mitarbeiter/innen und Weiterbildungsaktivitäten im Unternehmen.

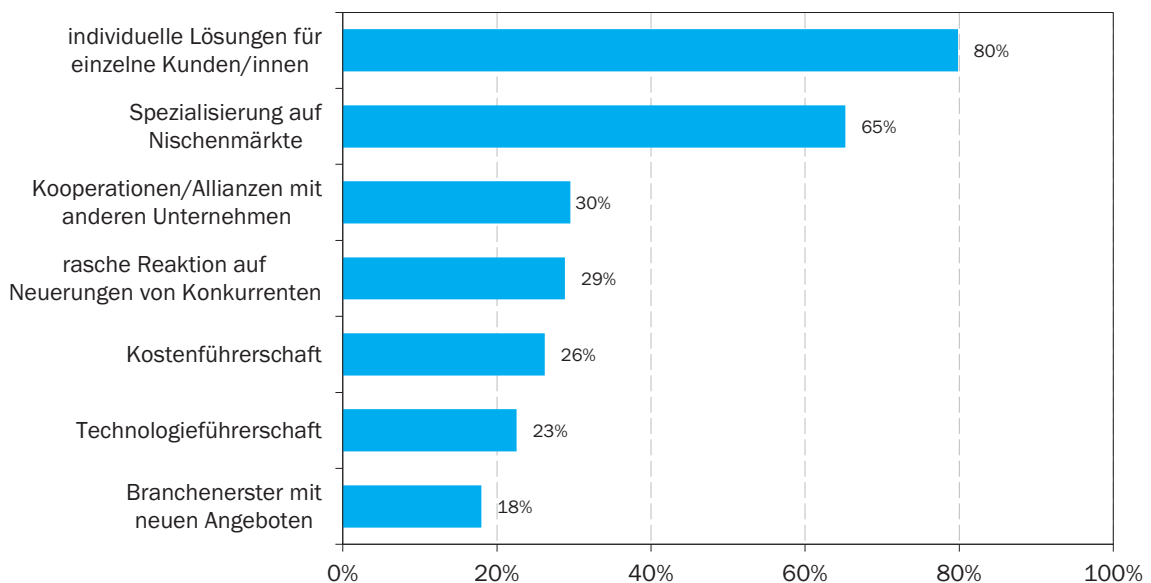
Eine Datenbasis bildet die HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen. Alle im Folgenden dargestellten Ergebnisse sind mit der wirtschaftlichen Bedeutung der Unternehmen gewichtet (je nach Indikator gemessen am Umsatz oder an der Beschäftigtenzahl). Auf diesem Weg wird sichergestellt, dass die dargestellten Kennzahlen ein repräsentatives Bild der bremischen mittelständischen Wirtschaft zeichnen.

5.2.1 | Wettbewerbsstrategien

Zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit setzen die KMU im Land Bremen in erster Linie auf kundenspezifische Lösungen und Spezialisierung auf Nischenmärkte (Abbildung 62). Gewichtet nach dem Umsatz der Unternehmen haben individuelle Lösungen für einzelne Kundinnen und Kunden für vier Fünftel der Unternehmen eine hohe Bedeutung. Für fast zwei Drittel (65 Prozent) ist die Spezialisierung auf Nischenmärkte von hoher Bedeutung. Eine auf Kundenlösungen abzielende Strategie hat insofern innovativen Charakter, als immer wieder neue, auf die Kundenbedürfnisse zugeschnittene Angebote entwickelt werden müssen. Allerdings ist das Wachstumspotenzial solcher Angebote oft begrenzt, wenn sie nicht auf andere Kundinnen und Kunden transferierbar sind. Eine Nischenmarktstrategie hilft gerade den vielen Kleinst- und Kleinunternehmen in den UDL, dem direkten Wettbewerb mit größeren Anbietern zu entgehen, allerdings ebenfalls zum Preis geringer Wachstumsmöglichkeiten, sofern nicht der Nischenmarkt selbst wächst.

Abbildung 62

Strategien zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil der Unternehmen an allen, die auf die Frage „Welche Bedeutung haben die folgenden Strategien zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“ mit „hohe Bedeutung“ geantwortet haben (gewichtet mit dem Umsatz der Unternehmen).

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Explizit innovationsorientierte Strategien spielen gegenüber der Kunden- und Nischenmarktorientierung eine erheblich geringere Rolle. Strategien, die auf Effizienzvorsprünge gegenüber Mitbewerbern abzielen („Kostenführerschaft“), werden von 26 Prozent der Unternehmen verfolgt. Eine solche Strategie kann dann hohe Wachstumspotenziale bergen, wenn der Markt durch einen starken Preiswettbewerb gekennzeichnet ist

und kostengünstigere Unternehmen Marktanteile gewinnen können. Auf einen Technologievorsprung („Technologieführerschaft“) beziehungsweise auf Marktneuheiten („Branchenerster mit neuen Angeboten“) setzen 23 beziehungsweise 18 Prozent der Unternehmen. Beide Strategien versprechen deutliche Wettbewerbsvorsprünge, sind aber auch mit hohen Investitionen und hohem Risiko verbunden. Rund ein Viertel der Unternehmen verfolgt eine „passive“ Innovationsstrategie, indem sie versuchen, rasch auf Neuerungen von Konkurrenten zu reagieren. Kooperationen und Allianzen mit anderen Unternehmen werden ebenfalls von rund einem Viertel der Unternehmen als eine bedeutende Wettbewerbsstrategie gesehen (Tabelle 11).

Die Ausrichtung auf kundenspezifische Lösungen als dominante Wettbewerbsstrategie findet sich in allen Teilbranchen der UDL. Besonders stark ausgeprägt ist diese Strategie in den Informationsdienstleistungen (88 Prozent), vergleichsweise gering in den Finanzdienstleistungen (48 Prozent). In den Informationsdienstleistungen kombiniert die Mehrzahl der Unternehmen die starke Kundenorientierung mit einer Technologieführerschaft, da für 83 Prozent der Unternehmen diese Strategie eine hohe Bedeutung hat. Dies bedeutet, dass die individuellen Lösungen für Kundinnen und Kunden mit neuen technologischen Anwendungen kombiniert werden. Dabei dürfte es sich in der Regel um neue Softwareentwicklungen handeln. Außerdem ist in den Informationsdienstleistungen der Anteil der Unternehmen, die Branchenerster bei Innovationen sein wollen, mit 46 Prozent am höchsten (Tabelle 11).

Tabelle 11

Bedeutung von Strategien zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit in den UDL im Land Bremen

	Anteil an allen Unternehmen ¹ (gewichtet mit dem Umsatz der Unternehmen)						
	Kunden ²	Nische ³	Kooperation ⁴	Reaktion ⁵	Kosten ⁶	Technologie ⁷	Erster ⁸
	%	%	%	%	%	%	%
Logistikdienstleistungen	82	72	39	28	31	18	15
Finanzdienstleistungen	48	41	3	1	5	0	2
Beratungsdienstleistungen	83	44	23	22	12	13	21
Kreativdienstleistungen	76	48	6	14	7	25	22
technische Dienstleistungen	82	48	28	37	27	49	25
Informationsdienstleistungen	88	52	2	51	7	83	46
Büro-/Produzentendienstleist.	82	66	16	52	40	23	29
UDL insgesamt	80	65	30	29	26	23	18

1 Anteil der Unternehmen, die auf die Frage „Welche Bedeutung haben die folgenden Strategien zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“ mit „hohe Bedeutung“ geantwortet haben.

2 Individuelle Lösungen für einzelne Kunden

3 Spezialisierung auf Nischenmärkte

4 Kostenführerschaft

5 Technologieführerschaft

6 Rasche Reaktion auf Neuerungen von Konkurrenten

7 Kooperationen/Allianzen mit anderen Unternehmen

8 Branchenerster mit neuen Angeboten

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013); ZDH (2013).

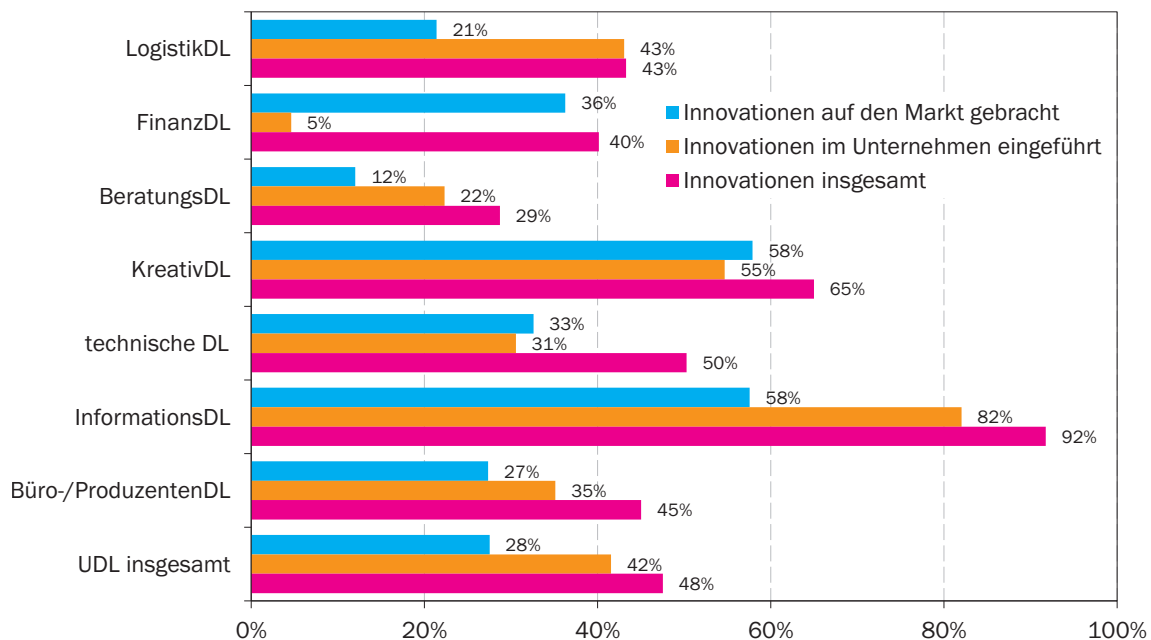
Die Strategie der Technologieführerschaft hat außerdem in den technischen Dienstleistungen (49 Prozent) eine größere Bedeutung. Hierbei ist zu beachten, dass ein Teil der Unternehmen in den technischen Dienstleistungen Konstruktions- und Entwicklungsleistungen für andere Unternehmen erbringt und die Weiterentwicklung von Technologien den Kern ihres Geschäftsmodells bildet. Branchenerster bei Innovationen zu sein, wird in den Büro- und Produzentendienstleistungen von einem nicht unbeträchtlichen Teil der Unternehmen (29 Prozent) angestrebt (Tabelle 11).

In den Finanzdienstleistungen fokussieren sich die Unternehmen entweder auf kundenspezifische Lösungen oder auf Nischenmarktstrategien, allen anderen Strategien kommt keine hohe Bedeutung zu. In den Logistikdienstleistungen sowie in den Büro- und Produzentendienstleistungen wird eine starke Kundenorientierung häufig mit einer Nischenmarktstrategie kombiniert. Während in den Logistikdienstleistungen außerdem ein bedeutender Teil der Unternehmen eine Kooperationsstrategie verfolgt (39 Prozent), kommt in den Büro- und Produzentendienstleistungen einer raschen Reaktion auf Neuerungen der Wettbewerber sowie einer Kostenführerschaft eine vergleichsweise hohe Bedeutung zu. Kostenführerschaft hat bei knapp einem Drittel der Logistikunternehmen eine hohe Bedeutung. Kooperationen sind auch in den technischen und den Beratungsdienstleistungen eine häufiger anzutreffende Strategie (28 beziehungsweise 23 Prozent). Die Kreativdienstleistungen verfolgen neben einer kundenorientierten Strategie (76 Prozent) außerdem recht häufig Nischenmarktstrategien (48 Prozent) sowie eine Technologieführerschaft (25 Prozent) (Tabelle 11).

Die unterschiedliche Bedeutung von direkt oder indirekt innovationsorientierten Wettbewerbsstrategien in den einzelnen Teilbranchen der UDL spiegelt sich auch in der Verbreitung von Innovationen wider. In den drei Jahren 2010 bis 2012 hat knapp die Hälfte (48 Prozent) der Unternehmen (gewichtet mit dem Umsatz der Unternehmen) in den UDL im Land Bremen Innovationen eingeführt (Abbildung 63). 28 Prozent haben dabei eine Innovation auf den Markt gebracht, 42 Prozent haben im Unternehmen eine Innovation eingeführt. Der höchste Anteil von Unternehmen mit Innovationen findet sich in den Informationsdienstleistungen (92 Prozent), gefolgt von den Kreativdienstleistungen (65 Prozent) und den technischen Dienstleistungen (50 Prozent). Dies sind die drei Teilbranchen, in denen die Strategie der Technologieführerschaft die größte Bedeutung hat. In den Büro- und Produzentendienstleistungen liegt der umsatzgewichtete Innovatorenanteil bei 45 Prozent, in der Logistik bei 43 Prozent und in den Finanzdienstleistungen bei 40 Prozent. Die niedrigste Quote zeigen die Beratungsdienstleistungen (29 Prozent).

Abbildung 63

Verbreitung von Innovationen in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz), die 2010–2012 Innovationen eingeführt haben.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

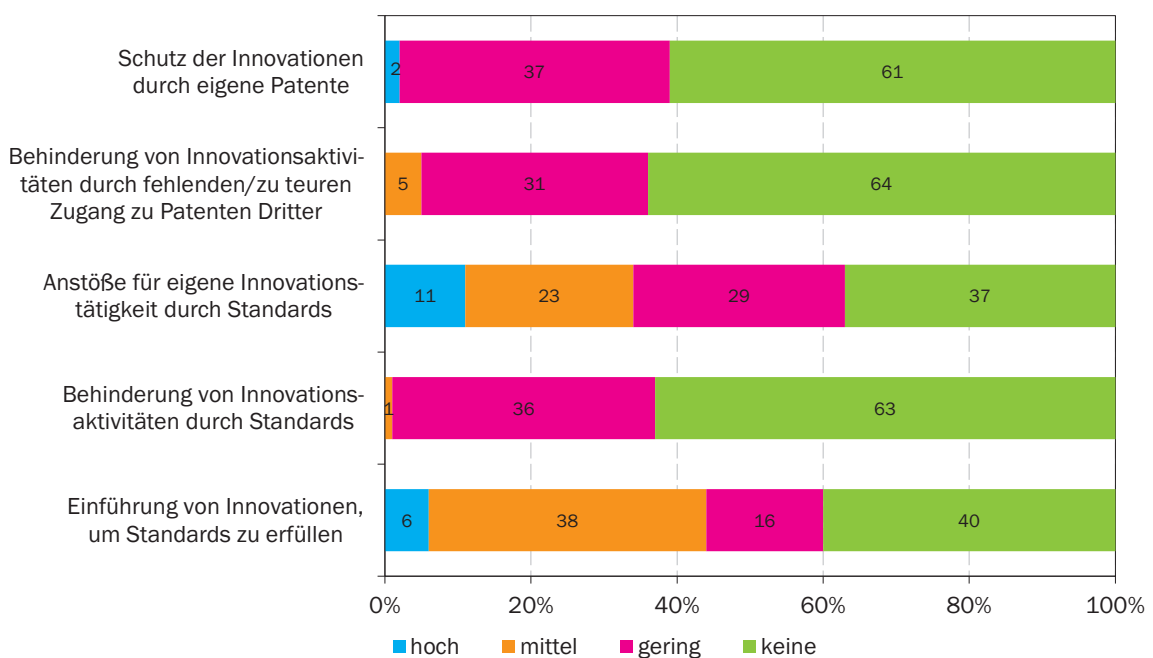
In den meisten Teilbranchen überwiegen Innovationen, die im Unternehmen eingeführt wurden. Dabei kann es sich um Verbesserungen in der Dienstleistungserbringung (zum Beispiel Qualitätssicherung), bei internen Abläufen, der Unternehmensorganisation oder des Marketings handeln. Interne Innovationen dominieren vor allem in den Logistikdienstleistungen, den Büro- und Produzentendienstleistungen, den Beratungsdienstleistungen und den Informationsdienstleistungen. In den Kreativ- und technischen Dienstleistungen ist der Anteil der internen und der marktbezogenen Innovationen in etwa gleich hoch. Die Finanzdienstleistungen sind die einzige Teilbranche, in denen marktbezogene Innovationen klar überwiegen. Insgesamt erweist sich die Innovationstätigkeit der UDL im Land Bremen stärker prozessorientiert. Allerdings ist zu beachten, dass in den Dienstleistungen Prozessverbesserungen oft auch Verbesserungen für die am Kunden erbrachte Dienstleistung darstellen und dadurch auch das Marktangebot der Unternehmen verändern.

Im Zusammenhang mit innovationsorientierten Geschäftsstrategien stellt sich für die Unternehmen auch die Frage des Schutzes von Innovationen beziehungsweise Innovationsideen vor der Nachahmung durch Dritte sowie der Etablierung von Neuerungen im Markt. Hierfür wurden u. a. zwei Instrumente entwickelt, nämlich der Patentschutz sowie Standards und Normen. Von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes werden

beide Instrumente häufig genutzt und als effektiv angesehen.⁶⁸ Für Dienstleistungsunternehmen sind sie jedoch von unterschiedlicher Bedeutung, wie sich auch für die UDL im Land Bremen zeigt.⁶⁹ 98 Prozent der innovativen UDL-Unternehmen (d. h. der Unternehmen, die zwischen 2010 und 2012 zumindest eine Innovation eingeführt haben) geben an, dass Patente für den Schutz ihrer Innovationen keine oder nur eine geringe Bedeutung haben (Abbildung 64). Dies stimmt auch mit anderen Untersuchungen zur Bedeutung von Schutzmaßnahmen für Innovationen in den Dienstleistungen überein.⁷⁰

Abbildung 64

Bedeutung von Patenten und Standards für die Innovationstätigkeit in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen mit Innovationen (gewichtet mit deren Umsatz)

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die wenigen Unternehmen, die eine hohe Bedeutung von Patenten angeben, kommen fast ausschließlich aus dem Bereich der technischen Dienstleistungen. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die die Entwicklung neuer Technologie als einen wesentlichen Geschäftsgegenstand haben und diese Neuentwicklungen über Patente schützen. Gleichzeitig spielen Patente auch keine Rolle als ein Hemmnisfaktor für Innovationen. 96 Prozent der innovativen UDL-Unternehmen geben an, dass ein fehlender oder zu teurer Zugang zu Patenten Dritter die eigenen Innovationsaktivitäten gar nicht oder nur in geringem Umfang behindert. Auch hier sind es wiederum vorrangig die technischen Dienstleistungen

⁶⁸ Vgl. Blind (2004); Arundel (2001).

⁶⁹ Vgl. Blind und Hipp (2003).

⁷⁰ Vgl. Schmoch und Gauch (2009).

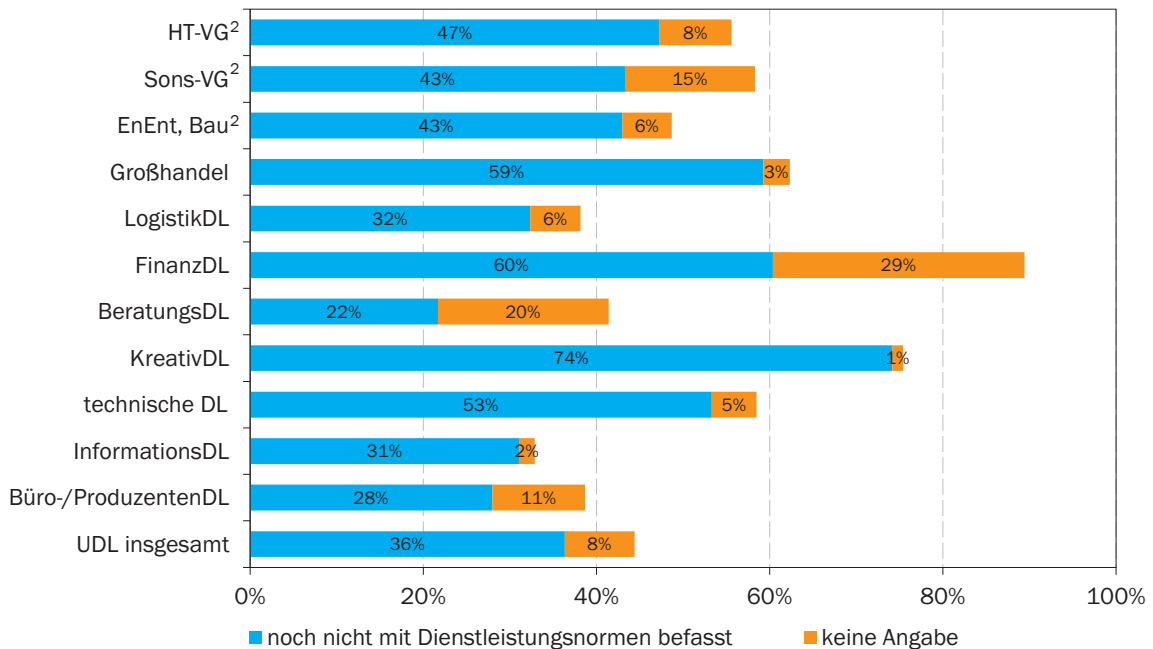
(sowie zusätzlich einzelne Unternehmen aus den Informations- und Kreativdienstleistungen), für die dieses Hindernis eine hohe Bedeutung hat.

Standards dienen der Vereinheitlichung von Produkten, Schnittstellen und Herstellungsverfahren und können die Verbreitung von Innovationen fördern. Sie spielen für die Innovationstätigkeit in den UDL eine erheblich größere Rolle als Patente (Abbildung 64). 34 Prozent der UDL-Unternehmen haben durch Standards Anstöße für die eigene Innovationstätigkeit erhalten und diese als von hoher oder mittlerer Bedeutung bewertet. Dabei kann es sich zum Beispiel um Qualitätsstandards handeln, die als Impuls für eine Verbesserung der internen Abläufe und der Qualität der Dienstleistungserbringung genutzt werden. Am häufigsten werden solche Anstöße in den Informationsdienstleistungen (85 Prozent der innovativen Unternehmen geben eine große oder mittlere Bedeutung an), gefolgt von den technischen Dienstleistungen (46 Prozent) und den Kreativdienstleistungen (38 Prozent). Aber auch in der Logistik ist der Anteil der durch Standards bei ihren Innovationsaktivitäten inspirierten Unternehmen mit 28 Prozent recht hoch. Gleichzeitig gaben 44 Prozent der innovativen Unternehmen an, dass sie Innovationen eingeführt haben, um Standards zu erfüllen. Dabei kann es sich zum Beispiel um Anforderungen der Kunden handeln, bestimmte Standards einzuhalten. Besonders häufig sind solche Innovationen in den Informations- und Beratungsdienstleistungen (84 beziehungsweise 73 Prozent gaben eine mittlere oder hohe Bedeutung an), aber auch in den Büro- und Produzentendienstleistungen (62 Prozent) und in den technischen Dienstleistungen (56 Prozent) ist der Anteil der innovativen Unternehmen, die zur Erfüllung von Standards Innovationen eingeführt haben, hoch.

Standards können im Rahmen von Normierungsverfahren oder durch die Geschäftspraxis innerhalb einer Branche entwickelt werden. Während im Industriebereich die Etablierung von Standards über Normierungsverfahren sehr weit verbreitet ist, sind die Ansätze zur Einführung von Dienstleistungsnormen, d. h. um die Entwicklung von einheitlichen Anforderungen, die bei der Erbringung einer Dienstleistung erfüllt werden müssen, noch recht neu. Als Konsequenz hat sich ein bedeutender Teil der Dienstleistungsunternehmen bislang mit diesem Thema nicht befasst. Von den mittelständischen Unternehmen in den UDL im Land Bremen betrifft dies aktuell über ein Drittel (36 Prozent). Weitere 8 Prozent haben zu dem Thema keine Antwort abgegeben, was ebenfalls auf eine fehlende Auseinandersetzung hindeutet (Abbildung 65). Besonders hoch ist der Anteil der Unternehmen, die sich mit dem Thema Dienstleistungsnormen noch nicht auseinandergesetzt haben, in den Finanz-, Kreativ- und technischen Dienstleistungen, während sich der überwiegende Teil der Unternehmen in den Beratungs-, Logistik- und Informationsdienstleistungen sowie in den Büro- und Produzentendienstleistungen mit diesem Thema befasst haben.

Abbildung 65

Unternehmen in den UDL im Land Bremen, die sich noch nicht mit Dienstleistungsnormen befasst haben¹



¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz)

² HT-VG: Hochtechnologiebranchen des verarbeitenden Gewerbes (nach Gehrke et al. 2013); Sons-VG: sonstige (nicht forschungsintensive) Branchen des verarbeitenden Gewerbes; EnEnt, Bau: Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Baugewerbe.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

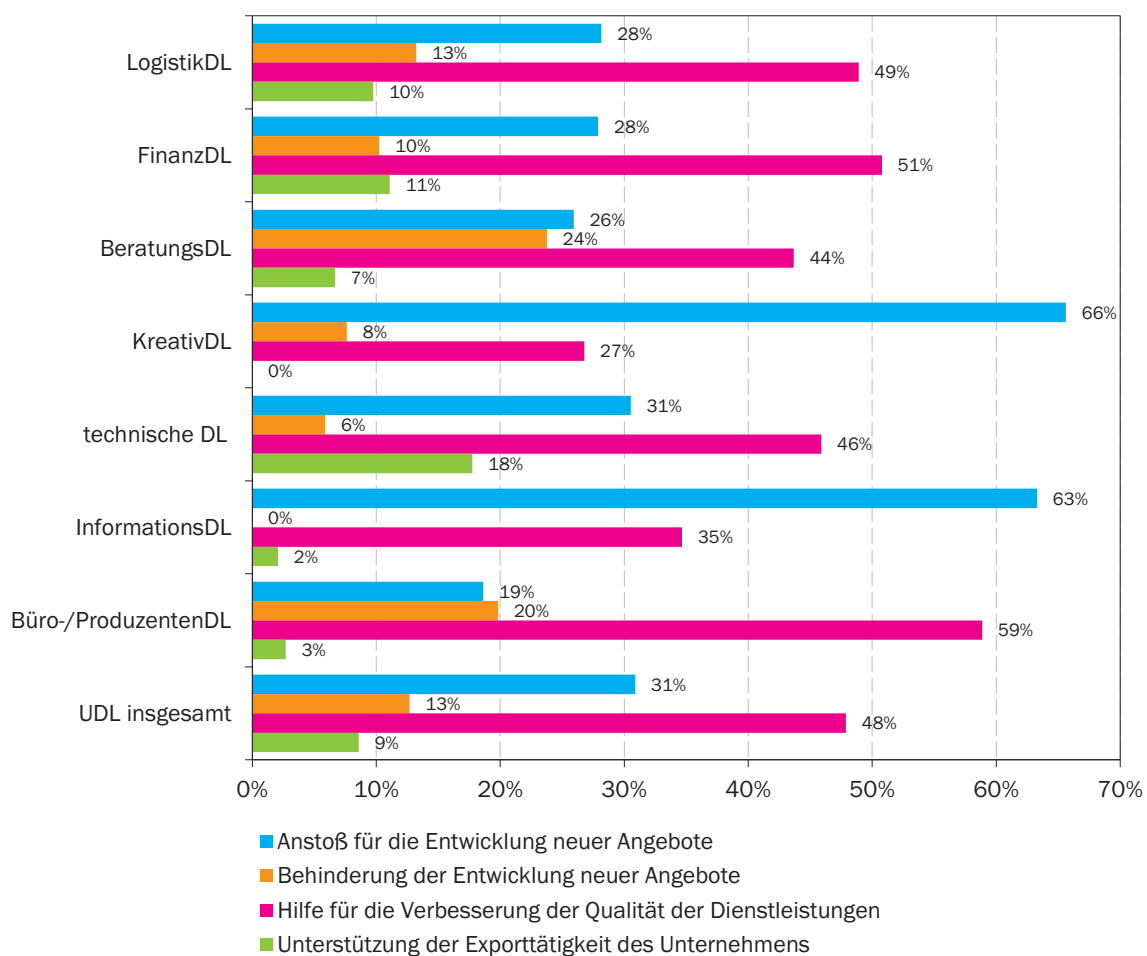
Die UDL-Unternehmen, die sich bereits mit dem Thema Dienstleistungsnormen befasst haben, verzeichnen überwiegend positive Effekte. Rund die Hälfte dieser Unternehmen (48 Prozent) sehen Dienstleistungsnormen als Hilfe für die Verbesserung der Qualität der angebotenen Dienstleistungen (Abbildung 66). Die Unterschiede zwischen einzelnen Teilbranchen sind dabei gering. Am höchsten ist der Anteil in den Büro- und Produzentendienstleistungen (59 Prozent), am niedrigsten in den Informationsdienstleistungen (35 Prozent).

Für fast ein Drittel (31 Prozent) dienen Dienstleistungsnormen als Anstoß für die Entwicklung neuer Angebote. Besonders hoch ist dieser Anteil in den Kreativ- und InformationsDL. In diesen beiden Teilbranchen ist gleichzeitig die Bedeutung des individuellen (kreativen) Potenzials der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Dienstleistungserbringung besonders groß. Dienstleistungsnormen können hier dazu genutzt werden, Prozesse besser zu strukturieren, sodass die Angebote weniger stark von den individuellen Eigenschaften der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geprägt werden.

Nur eine untergeordnete Rolle spielen Dienstleistungsnormen bei der Unterstützung der Exporttätigkeit. Lediglich 9 Prozent der Unternehmen, die sich mit Dienstleistungsnormen befasst haben, geben an, Normen seien förderlich für ihre Exporttätigkeit. Ein möglicher Grund dafür ist, dass die Mehrheit der UDL-Unternehmen, die sich mit Dienstleistungsnormen befasst haben, gar nicht exportiert. 13 Prozent der Unternehmen berichten, dass Dienstleistungsnormen die Entwicklung neuer Angebote behindern. Am häufigsten führen die Beratungsdienstleistungen (24 Prozent) und die Büro- und Produzentendienstleistungen (20 Prozent) Normen als ein Hemmnis an.

Abbildung 66

Rolle von Dienstleistungsnormen in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil der Unternehmen gewichtet mit deren Umsatz, die sich bereits mit Dienstleistungsnormen befasst haben.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

5.2.2 | Kundenorientierung

Die Kundinnen und Kunden der UDL im Land Bremen kommen aus einer Vielzahl von Branchen. Industrieunternehmen (inkl. Energie, Entsorgung, Baugewerbe) waren im Jahr 2012 für 30 Prozent des Umsatzes der UDL verantwortlich, auf den Handel entfielen 10 Prozent, auf Privathaushalte 7 Prozent und auf den Staat 5 Prozent (Tabelle 12). Unternehmen aus den UDL selbst fragten 27 Prozent der Leistungen der UDL nach. 20 Prozent des Umsatzes konnten nicht eindeutig einer Kundenbranche zugeordnet werden.⁷¹

Der hohe Anteil des Absatzes an andere UDL liegt zum einen an Wertschöpfungsnetzwerken innerhalb der Logistik (zum Beispiel zwischen Speditionen, Lagerbetrieben und Transportunternehmen), den Kreativdienstleistungen (zum Beispiel zwischen Grafikbüros, Filmherstellung und Werbeagenturen) und den Büro- und Produzentendienstleistungen (zum Beispiel über Subaufträge zwischen Reinigungs- oder Bewachungsunternehmen). Zum anderen erbringen Beratungs-, Finanz-, Informations- sowie Büro- und Produzentendienstleistungen auch Leistungen für andere Teilbranchen.

Die stärkste Industrieorientierung innerhalb der UDL weisen die Informationsdienstleistungen auf. Sie setzen über 50 Prozent ihrer Angebote an Industrieunternehmen ab, und zwar hauptsächlich an Unternehmen aus der forschungsintensiven Industrie. Die Logistikdienstleistungen erzielen rund 30 Prozent ihres Umsatzes mit Industrieunternehmen, wobei hier die nicht forschungsintensive Industrie dominiert. Während die Kreativdienstleistungen ihre Kunden primär im Handel und bei anderen Kreativen haben, sind die Beratungsdienstleistungen in Bremen sehr breit aufgestellt; wichtigste Kundenbranche mit 19 Prozent sind öffentliche Einrichtungen. Die technischen Dienstleistungen im Land Bremen erzielten 2012 über ein Drittel ihres Umsatzes mit öffentlichen Kunden und 10 Prozent mit Privathaushalten, während auf Industriekunden (inkl. Energie und Bau) knapp ein Drittel entfiel.

Eine Sonderstellung nehmen die mittelständischen Finanzdienstleistungen ein, die überwiegend auf Dienstleistungen für Privatkunden ausgerichtet sind. Dies liegt daran, dass der mittelständische Sektor hier fast ausschließlich Finanzintermediäre (Versicherungsmakler, Vermögensberater etc.) umfasst. Finanzdienstleistungen für Unternehmen werden in der Regel direkt über Kreditinstitute und Versicherungen erbracht, die aufgrund ihrer Größe nicht zur mittelständischen Wirtschaft zählen.

⁷¹ Für die Ermittlung der Kundenstruktur wurden die Unternehmen gefragt, welche ihre drei wichtigsten Kundenbranchen sind und welcher Umsatzanteil 2012 auf diese Branchen entfiel. Einige Unternehmen machten Angaben, die nicht zu Branchen zugeordnet werden konnten, zum Beispiel „Handwerk“, „Gewerbe“, „Industrie“, „Dienstleistungen“ und „Unternehmen“.

Tabelle 12

Anteil der einzelnen Kundenbranchen am gesamten Umsatz der jeweiligen Teilbranche im Land Bremen 2012¹

Kundenbranche	UDL ²							
	Logistik	Finanzen	Beratung	Kreativität	Technik	Information	Büro/Produzenten	insgesamt
	%	%	%	%	%	%	%	%
Hochtechnologiebranchen des verarbeitenden Gewerbes	13	0	4	7	7	40	7	13
sonstige (nicht forschungsintensive) Branchen des verarbeitenden Gewerbes	15	0	11	8	20	14	19	14
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Baugewerbe	3	1	6	1	7	0	1	3
Einzel- und Großhandel, Kfz-Handel und -Reparatur	9	10	6	34	3	19	1	10
Land-, Wasser-, Lufttransport, Verkehrsdienstleistungen, Post	28	4	6	6	7	2	1	21
Banken, Versicherungen, sonstige Finanzdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen	1	9	9	9	5	1	3	2
Unternehmens-, Rechts-, Wirtschafts-, Steuerberatung	0	0	1	0	0	1	0	0
Verlage, Film-/Tonstudios, Rundfunk, Werbung, Design, Fotografie	0	0	10	18	0	0	2	1
Architektur- und Ingenieurbüros, technische Labore, FuE-Dienstleistungen	0	0	3	1	3	1	0	0
Software, Datenverarbeitung, Web-Hosting, Telekommunikation, Informationsdienste	0	0	0	0	1	5	0	0
Vermietung von beweglichen Gütern, Arbeitnehmerüberlassung, Wach- und Sicherheitsdienste, Reinigung, Gebäudedienste, Büro- und Produzentendienste	0	0	0	1	0	0	21	2
Gastgewerbe, persönliche/künstlerische Dienstleistungen, Interessenvertretungen, Sport/Unterhaltung	0	0	6	1	0	2	5	1
Privatpersonen, Privathaushalte	2	73	5	1	10	0	12	7
öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen	2	0	19	7	32	10	8	5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau sowie unspezifische Angaben (z.B. „diverse Branchen“, „alle Branchen“, „Unternehmen“, „Gewerbe“)	25	1	12	6	5	3	19	20
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
UDL	30	13	30	35	17	11	28	27

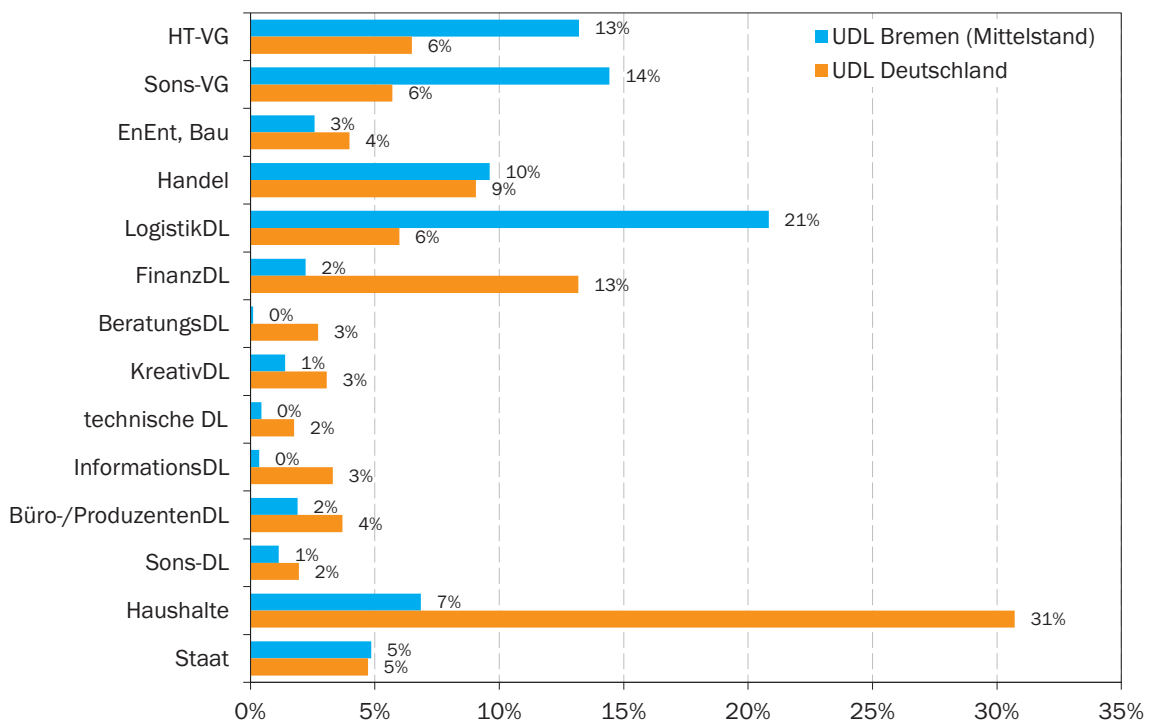
1. Werte sind mit dem Umsatz der befragten mittelständischen Unternehmen gewichtete Mittelwerte auf Basis der Angaben zu den drei wichtigsten Kundenbranchen und den Anteilen dieser Kundenbranchen am Umsatz der Unternehmen.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Kundenstruktur der mittelständischen UDL im Land Bremen unterscheidet sich deutlich von der UDL in Deutschland insgesamt, wie sie aus der Input-Output-Rechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden kann (Abbildung 67).⁷² Die UDL in Bremen und Bremerhaven sind erheblich stärker auf Kunden in der Industrie und im Logistiksektor ausgerichtet, während die privaten Haushalte sowie der Absatz an andere UDL (insbesondere die Finanzdienstleistungen) eine merklich geringere Bedeutung haben.

Abbildung 67

Vergleich der Kundenstruktur der mittelständischen UDL im Land Bremen mit der Absatzstruktur der UDL in Deutschland



Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013); Statistisches Bundesamt, Input-Output-Rechnung (Fachserie 18, Reihe 2).

Teilweise sind die Unterschiede in der Absatzstruktur den verschiedenen methodischen Ansätzen (Befragungs- vs. Input-Output-Daten, Befragungsdaten erfassen nur die drei wichtigsten Kundenbranchen, Input-Output-Daten erfassen nur den inländischen Absatz ohne Investitionsgüterabsatz) geschuldet sowie dem Umstand, dass im

⁷² Die Angaben aus der Input-Output-Rechnung sind nur näherungsweise mit den in der Unternehmensbefragung erhobenen Angaben zur Kundenstruktur vergleichbar, da sich die Input-Output-Rechnung auf die Absatzstruktur des Produktionswerts bezieht und nur den Absatz von Vorprodukten und Konsumgütern, nicht aber von Investitionsgütern den Abnehmerbranchen zuordnet. Außerdem gliedert die Input-Output-Rechnung nur den Absatz an inländische Abnehmer nach Branchen, während der Exportabsatz nicht sektoral nach Abnehmerbranchen differenziert wird. Des Weiteren können die Angaben der Input-Output-Rechnung nicht nach der Unternehmensgröße differenziert werden, sodass die Absatzstruktur aus der Input-Output-Rechnung wesentlich durch Großunternehmen bestimmt wird. Schließlich beziehen sich die zum Zeitpunkt der Berichtslegung aktuellsten Angaben der Input-Output-Rechnung auf das Jahr 2009.

Land Bremen nur der Mittelstand betrachtet wird, während die Daten im Bund auch die Großunternehmen in den UDL einschließen. Gleichwohl können angesichts der deutlichen Strukturunterschiede die folgenden Schlüsse gezogen werden:

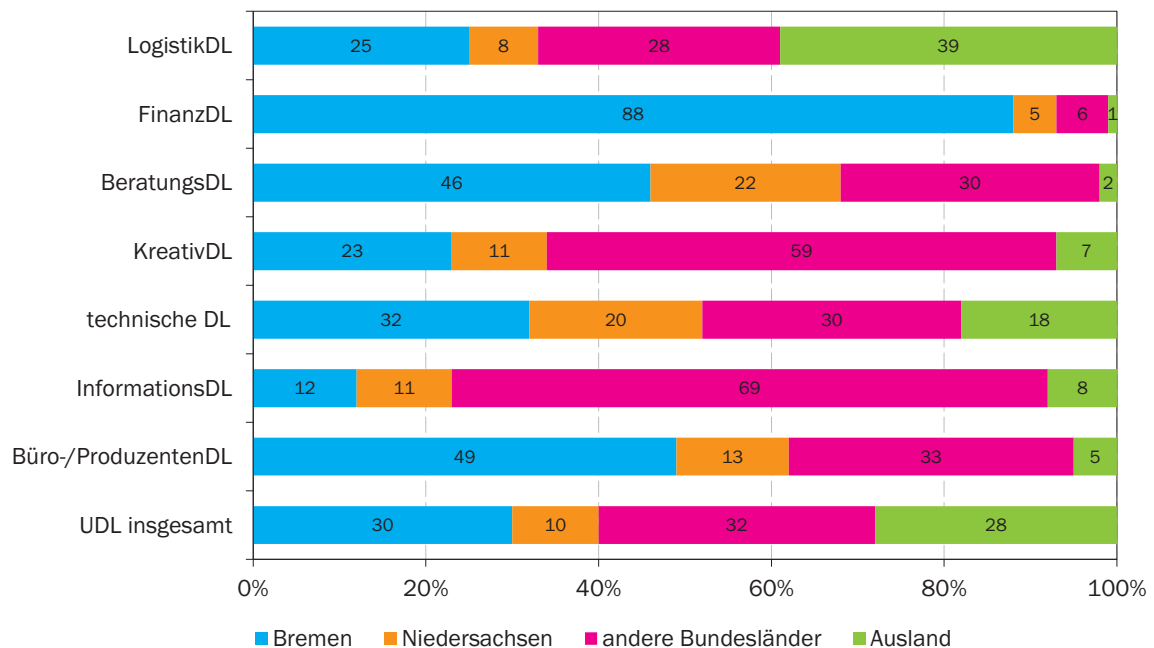
- Erstens führt der starke Industriebesatz im Land Bremen zu einer stärkeren Industrieorientierung der UDL. Dabei spielt das große Gewicht der Logistik innerhalb der UDL und die starke Ausrichtung der bremischen Logistikwirtschaft auf das exportierende verarbeitende Gewerbe eine wesentliche Rolle.
- Zweitens werden die mittelständischen UDL im Land Bremen mehr als in Deutschland insgesamt ihrem Namen gerecht, da sie ihre Leistungen primär an Unternehmen richten und nur in geringem Umfang an Privathaushalte. So weisen die mittelständischen Kreativ-, Informations- und Logistikdienstleistungen in Bremen kaum Privatpersonen unter ihren wichtigsten Kundengruppen auf, während für diese Teilbranchen der UDL in Deutschland insgesamt Privathaushalte zwischen 20 und 30 Prozent des Umsatzes ausmachen.
- Drittens sind die Absatzbeziehungen innerhalb der UDL im Land Bremen schwächer ausgeprägt als in Deutschland insgesamt. Während in Deutschland die Finanzdienstleistungen ein wesentliches Nachfragesegment für UDL sind, spielt diese Kundenbranche für die bremischen UDL nur eine untergeordnete Rolle. Dies spiegelt das geringe Gewicht der Finanzwirtschaft im Land Bremen wider.

30 Prozent des Umsatzes der mittelständischen UDL im Land Bremen im Jahr 2012 wurde mit Kunden aus dem Land Bremen erzielt, weitere 10 Prozent entfielen auf Kunden aus dem benachbarten Niedersachsen und 32 Prozent auf Kunden aus anderen deutschen Bundesländern. Der Exportanteil lag bei 28 Prozent (Abbildung 68). Eine besonders hohe Exportorientierung weisen die Logistikdienstleistungen auf, ihr Exportanteil von 39 Prozent übertrifft sogar den des mittelständischen verarbeitenden Gewerbes in Bremen (34 Prozent) und weist auf die hohe Bedeutung des Import-Export-Geschäfts hin. Stark international orientiert sind außerdem die technischen Dienstleistungen (Exportanteil von 18 Prozent), während die Finanzdienstleistungen fast ausschließlich auf den lokalen Markt ausgerichtet sind (Anteil Land Bremen: 88 Prozent). In den Büro- und Produzentendienstleistungen liegt der Lokalkmarktanteil bei 49 Prozent, in den Beratungsdienstleistungen bei 46 Prozent. Relativ hohe Anteile von Kundinnen und Kunden in Niedersachsen weisen die Beratungsdienstleistungen (22 Prozent) und die technischen Dienstleistungen (20 Prozent) auf, d. h., in diesen Teilbranchen fungiert das Land Bremen wohl als ein überregionales Zentrum für die niedersächsischen Umlandgebiete. Ähnliches gilt auch für die Informations- und die Kreativdienstleistungen. In beiden Teilbranchen haben die Umsätze mit niedersächsischen Kundinnen und Kunden im Vergleich zum Umsatz mit Kundinnen und Kunden aus dem Land Bremen ein ebenso hohes (Informationsdienstleistungen) oder etwa halb so hohes (Kreativdienstleistungen) Gewicht. Hauptabsatzgebiet für beide Teilbranchen sind aber die anderen Bundesländer,

auf die Umsatzanteile von 69 Prozent (Informationsdienstleistungen) beziehungsweise 59 Prozent (Kreativdienstleistungen) entfallen. Diese beiden Branchen sind somit stark überregional orientiert, allerdings kaum exportaktiv (Exportanteil 7 bis 8 Prozent).

Abbildung 68

Regionale Absatzstruktur der mittelständischen UDL im Land Bremen 2012¹



¹ Anteil am gesamten Umsatz der Unternehmen im Jahr 2012

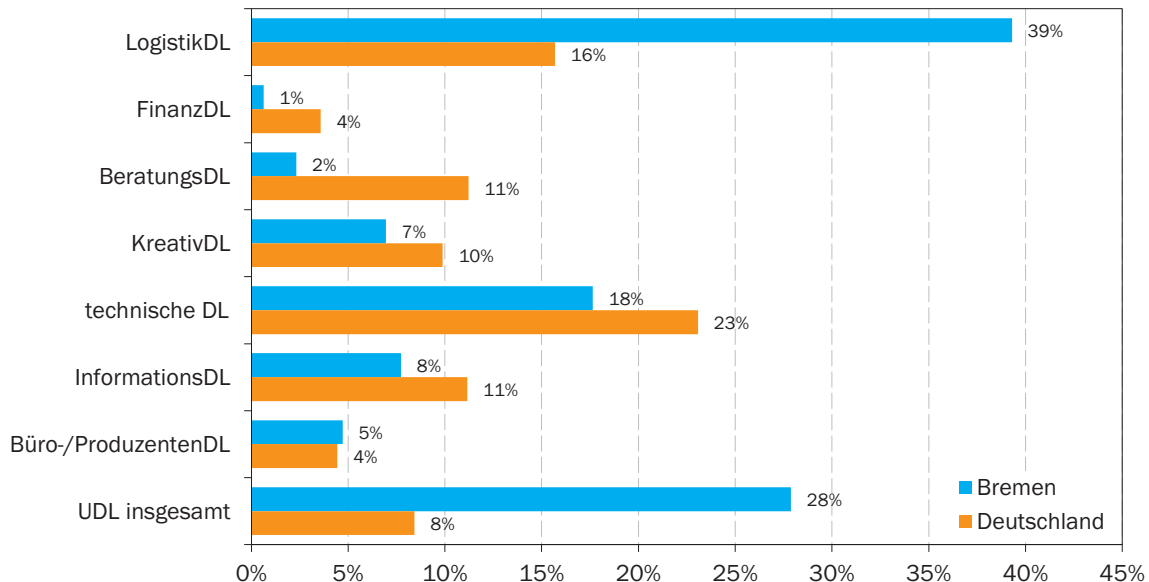
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Mit einer Exportquote von 28 Prozent sind die mittelständischen UDL-Unternehmen im Land Bremen wesentlich stärker auf Auslandsmärkten aktiv als die UDL in Deutschland insgesamt, die nur auf eine Quote von 8 Prozent kommen (Abbildung 69).⁷³ Die höhere Exportorientierung der unternehmensnahen Dienstleistungswirtschaft im Land Bremen ist in erster Linie strukturell bedingt, da die besonders exportintensive Logistikbranche in Bremen ein deutlich höheres Gewicht am Gesamtumsatz der mittelständischen UDL besitzt als im Bund. Gleichzeitig spielen die Finanzdienstleistungen in Bremen kaum eine Rolle. Diese Teilbranche weist auch für Deutschland insgesamt eine sehr geringe Exportquote auf und drückt aufgrund ihres hohen Anteils von 42 Prozent am Umsatz der UDL insgesamt die bundesweite Quote stark nach unten.

⁷³ Die hier angegebene Exportquote für die UDL in Deutschland insgesamt wurde der Input-Output-Rechnung entnommen und bezieht sich auf das Jahr 2009. Werte für 2011 aus der Dienstleistungsstatistik zeigen für die meisten Teilbranchen sehr ähnliche, insgesamt etwas niedrigere Werte. Allerdings beziehen sich die Angaben in der Dienstleistungsstatistik nur auf Unternehmen mit einem Umsatz mit mindestens 250 Tsd. Euro und enthalten keine Angaben zu den Finanzdienstleistungen.

Abbildung 69

Exportquote der mittelständischen UDL im Land Bremen (2012) und der UDL in Deutschland insgesamt (2009)¹



¹ Anteil der Umsatzerlöse mit Kundinnen und Kunden mit Sitz im Ausland am gesamten Umsatz

Quellen: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Von den anderen Teilbranchen der UDL im Land Bremen zeigen nur die Büro- und Produzentendienstleistungen eine höhere Exportquote als im bundesweiten Mittel. In allen anderen Teilbranchen ist die Exportquote Bremens niedriger als die für Deutschland insgesamt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die bundesweiten Werte auch die Exportaktivitäten der Großunternehmen in den jeweiligen Teilbranchen einschließen, und Großunternehmen i. d. R. Vorteile bei der Erschließung von Auslandsmärkten im Vergleich zu KMU besitzen. Insofern sind die etwas niedrigeren Exportquoten im Bereich der Kreativ-, Informations- und technischen Dienstleistungen in erster Linie den unterschiedlichen methodischen Messansätzen geschuldet. Im Bereich der Beratungsdienstleistungen fällt allerdings die sehr geringe Exportquote von zwei Prozent auf, die sich vom bundesweiten Mittelwert (11 Prozent) deutlich absetzt.

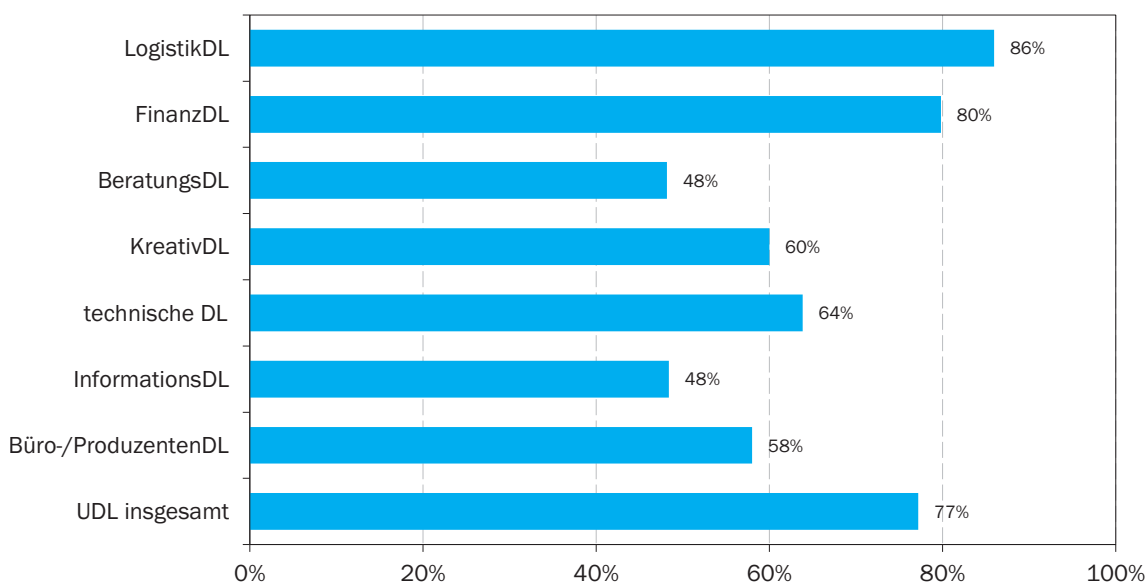
5.2.3 | Geschäftspartnerschaften

Die kleinbetriebliche Struktur der UDL kann für viele Unternehmen eine Herausforderung darstellen, wenn es darum geht, ihren Kundinnen und Kunden umfassende und zuverlässige Leistungen kontinuierlich anzubieten. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen können diese Kleinheitsnachteile abgeschwächt werden. Solche Geschäftspartnerschaften mit anderen Unternehmen, um gemeinsam Leistungen für Dritte

zu erbringen, sind in den UDL im Land Bremen weit verbreitet. Gewichtet mit dem Umsatz der Unternehmen unterhalten 77 Prozent der mittelständischen UDL-Unternehmen solche Geschäftspartnerschaften (Abbildung 70). In den Logistik- und Finanzdienstleistungen sind es mehr als 80 Prozent. In den Beratungs- und Informationsdienstleistungen liegt der umsatzgewichtete Anteil der Unternehmen mit Geschäftspartnerschaften unter 50 Prozent.

Abbildung 70

Verbreitung von Geschäftspartnerschaften in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz), die mit anderen Unternehmen zusammenarbeiten, um gemeinsam Leistungen für Dritte zu erbringen; verarbeitendes Gewerbe: nur mittelständische Unternehmen.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Rund 80 Prozent der UDL-Partnerinnen und -Partner kommen ebenfalls aus den UDL (Tabelle 13).⁷⁴ In den Informations-, Beratungs- und Finanzdienstleistungen wird fast ausschließlich mit anderen UDL-Unternehmen zusammengearbeitet, und zwar im Wesentlichen mit Unternehmen aus derselben Teilbranche. Hier haben Geschäftspartnerschaften vorrangig die Aufgabe, die Kapazitäten für die Erfüllung bestimmter Kundenaufträge zu erhöhen oder spezielle Kompetenzen hinzuzuziehen, die im eigenen Unternehmen nicht verfügbar sind, vom Kundinnen und Kunden aber gefordert werden.

In den Büro- und Produzentendienstleistungen kommen (umsatzgewichtet) 80 Prozent der Partnerinnen und Partner aus dem Bereich der UDL, wobei neben der eigenen Teilbranche auch Informations- und Logistikdienstleistungen eine größere Bedeutung haben (Tabelle 13). Außerdem spielen Unternehmen aus dem Handel als Geschäftspartnerinnen und -partner eine gewisse Rolle. In den Logistikdienstleistungen finden 80 Pro-

⁷⁴ Die im folgenden dargestellten Angaben zur sektoralen und regionalen Herkunft der Geschäftspartnerinnen und -partner sind mit dem Umsatz der befragten Unternehmen sowie der Bedeutung der Geschäftspartnerinnen und -partner (wichtigster bis drittichtigster) gewichtet.

zent innerhalb der UDL statt, und zwar ganz überwiegend mit anderen Unternehmen der Logistikbranche. Des Weiteren wird mit Industrieunternehmen zusammengearbeitet.

Tabelle 13

Bedeutung der Geschäftspartner gewichtet am Umsatz der Unternehmen mit Geschäftspartnern im Land Bremen 2012

Kundenbranche	UDL ¹							
	Logistik	Finanzen	Beratung	Kreativität	Technik	Information	Büro/Produzenten	insgesamt
	%	%	%	%	%	%	%	%
Hochtechnologiebranchen des verarbeitenden Gewerbes	10	0	0	3	5	4	4	8
sonstige (nicht forschungsintensive) Branchen des verarbeitenden Gewerbes	4	0	4	12	7	1	0	4
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Baugewerbe	4	0	0	2	8	0	2	3
Einzel- und Großhandel, Kfz-Handel und -Reparatur	0	0	0	31	0	0	12	2
Land-, Wasser-, Lufttransport, Verkehrsdienstleistungen, Post	80	1	1	0	11	0	9	59
Banken, Versicherungen, sonstige Finanzdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen	0	96	0	0	1	0	0	8
Unternehmens-, Rechts-, Wirtschafts-, Steuerberatung	0	0	83	0	0	3	0	2
Verlage, Film-/Tonstudios, Rundfunk, Werbung, Design, Fotografie	0	0	0	34	3	2	0	1
Architektur- und Ingenieurbüros, technische Labore, FuE-Dienstleistungen	1	0	0	2	43	0	0	2
Software, Datenverarbeitung, Web-Hosting, Telekommunikation, Informationsdienste	0	0	6	5	0	89	14	5
Vermietung von beweglichen Gütern, Arbeitnehmerüberlassung, Wach- und Sicherheitsdienste, Reinigung, Gebäudedienste, Büro- und Produzentendienste	0	0	2	2	0	0	58	4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau sowie unspezifische Angaben (z.B. „diverse Branchen“, „alle Branchen“, „Unternehmen“, „Gewerbe“)	1	3	4	10	21	1	1	2
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
UDL	81	97	92	44	58	95	80	81

1 Angaben sind mit dem Umsatz der befragten Unternehmen gewichtete Mittelwerte. Bei Angabe von zwei Geschäftspartnern wurde der wichtigste Geschäftspartner mit 0,65 und der zweitwichtigste mit 0,35 gewichtet; bei Angabe von drei Geschäftspartnern wurde der wichtigste Geschäftspartner mit 0,5 und der zweitwichtigste mit 0,3 und der dritt wichtigste mit 0,2 gewichtet.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

In den technischen Dienstleistungen kommen die Geschäftspartner fast zur Hälfte aus derselben Teilbranche, darüber hinaus wird mit Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (12 Prozent), mit Logistikunternehmen (11 Prozent) sowie mit Unternehmen der Bau-, Entsorgungs- und Energiebranche (8 Prozent) zusammengearbeitet, wobei ein recht hoher Anteil der Unternehmen mit Geschäftspartnerschaften (21 Prozent) angab, mit Partnern aus diversen Branchen zu kooperieren. Den niedrigsten Anteil von Geschäfts-

partnerschaften mit Unternehmen aus der eigenen Teilbranche melden die Kreativdienstleistungen (34 Prozent).⁷⁵ Dies ist insofern erstaunlich, als Kooperationen zwischen Kreativunternehmen ansonsten ein typisches Merkmal dieser Branche sind.⁷⁶ In Bremen wird häufig mit Partnerinnen und Partnern aus den Kundenbranchen kooperiert (Handel, Industrie, zum geringeren Teil auch mit technischen und Informationsdienstleistungen). Ein Grund für dieses Kooperationsmuster könnte darin liegen, dass für viele Kooperationsbedarfe keine geeigneten Partnerinnen und Partner im regionalen Umfeld vorhanden sind. Im Rahmen der programmatischen Neuordnung der Innovationsförderung die der Bremer Senat vorgenommen hat,⁷⁷ werden bereits neuartige Ansätze zur Intensivierung der Kooperationen innerhalb der Kreativbranche sowie mit Industrieunternehmen getestet. Die qualitativen Interviews haben zudem ergeben, dass es in Teilen der Kreativwirtschaft bereits ausgeprägte Kooperationsstrukturen gibt.⁷⁸

Der überwiegende Teil der Zusammenarbeit mit Geschäftspartnerinnen und -partnern durch UDL-Unternehmen im Land Bremen erfolgt überregional, sofern man die Geschäftspartnerschaften anhand des Umsatzes der Unternehmen und der Bedeutung der einzelnen Geschäftspartner gewichtet. 35 Prozent der Partnerinnen und Partner kommen aus anderen Bundesländern als Bremen und Niedersachsen, ebenfalls 35 Prozent sind im Ausland angesiedelt (Abbildung 71). Geschäftspartnerschaften mit Partnern aus Bremen machen einen Anteil von 24 Prozent aus, niedersächsische Partner tragen 7 Prozent bei. Die starke überregionale Orientierung wird von zwei Branchen getrieben, nämlich der Logistik und der Beratung.

In der Logistik spiegelt sich die starke internationale Orientierung der Absatzmärkte wider. 44 Prozent der Kooperationen erfolgen mit Partnerinnen und Partnern aus dem Ausland, 37 Prozent mit weiter entfernt liegenden Partnerinnen und Partnern in Deutschland. In den Beratungsdienstleistungen sind es einige wenige größere mittelständische Unternehmen, die die hohe internationale Orientierung bestimmen, während die meisten kleinen Beratungsunternehmen lokal kooperieren. Internationale Geschäftspartnerschaften sind außerdem häufiger in den Informationsdienstleistungen (29 Prozent) sowie in den Büro- und Produzentendienstleistungen (19 Prozent) anzutreffen.

Während die Informationsdienstleistungen viele überregionale Geschäftspartnerschaften unterhalten – 58 Prozent kooperieren bundesweit beziehungsweise mit weiter entfernt angesiedelten Partnerinnen und Partnern in Deutschland – sind die Büro- und Produzentendienstleistungen überwiegend lokal und regional ausgerichtet. In den Finanz-

75 Im Weiteren unterscheidet sich die hier verwendete Definition der Kreativdienstleistung von der gängigen Definition der Kultur- und Kreativwirtschaft (vgl. BMWi 2013). Die hier verwendete Abgrenzung „Kreativdienstleistungen“ deckt etwa zwei Drittel der Unternehmen im Bereich Kreativ- und Kulturwirtschaft (ohne selbständige Künstlerinnen und Künstler) ab. Vgl. hierzu Abschnitt 5.1.2 Abgrenzung.

76 Vgl. Georgieff et al. (2008); Voithofer et al. (2010).

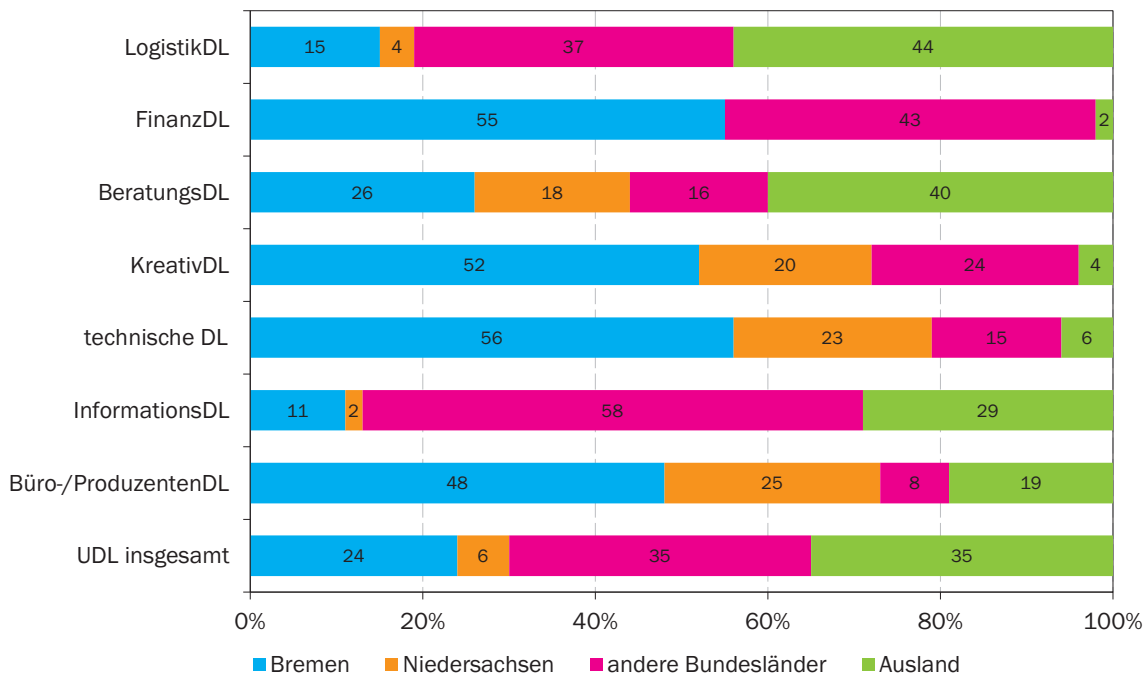
77 Vgl. hierzu Abschnitt 4.7 Förderpolitik.

78 Vgl. Anhang A4.

dienstleistungen wird einerseits lokal, andererseits bundesweit mit Geschäftspartnerinnen und -partnern zusammengearbeitet. Stark lokal orientierte Geschäftspartnerschaften dominieren in den Kreativdienstleistungen und in den technischen Dienstleistungen.

Abbildung 71

Standort der Geschäftspartner von UDL-Unternehmen im Land Bremen¹



¹ Angaben sind mit dem Umsatz der befragten Unternehmen gewichtete Mittelwerte. Bei Angabe von zwei Geschäftspartnern wurde der wichtigste Geschäftspartner mit 0,65 und der zweitwichtigste mit 0,35 gewichtet; bei Angabe von drei Geschäftspartnern wurde der wichtigste Geschäftspartner mit 0,5 und der zweitwichtigste mit 0,3 und der dritt wichtigste mit 0,2 gewichtet.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Der häufigste Grund, mit Partnerinnen und Partnern gemeinsam Leistungen zu erbringen, ist die Sicherstellung einer ausreichenden Kapazität zur Umsetzung von Kundenaufträgen (Tabelle 14). Umsatzgewichtet entfallen 72 Prozent der Geschäftspartnerschaften auf diese Art der Zusammenarbeit. Dabei sind es insbesondere die Logistikdienstleister sowie die Büro- und Produzentendienstleistungen, die besonders häufig aus Kapazitätsgründen kooperieren. In den Finanzdienstleistungen spielt diese Kooperationsform dagegen keine Rolle.

62 Prozent der UDL streben Geschäftspartnerschaften an, um auf Leistungen zurückgreifen zu können, für die sie keine geeigneten eigenen fachlichen oder technischen Voraussetzungen verfügen. Besonders hoch ist dieser Anteil in den Informationsdienstleistungen (78 Prozent) und in den Beratungsdienstleistungen (74 Prozent). Diese Zahlen spiegeln die kleinbetrieblichen Strukturen in den beiden Teilbranchen wider, die häufig das Hinzuziehen anderer Unternehmen notwendig machen, um bestimmte Kundenprojekte bearbeiten zu können.

Tabelle 14

Art der Zusammenarbeit zwischen UDL im Land Bremen und ihren Geschäftspartnern

Unternehmensdienstleister ¹ mit Geschäftspartnerschaften (Mehrfachnennungen möglich)	Leistungen für GP, der nicht über die notw. fachl. oder techn. Voraus- setzungen verfügt	Zurückgreifen auf Leistungen des GPs, für die eigene fachl. oder techn. Voraussetzungen nicht ausreichen	gemeinsame Arbeit mit GP, um notw. Kapazitäten zur Verfügung zu haben	gemeinsame Entwicklung von Dienstleistungen oder Angeboten
	%	%	%	%
Logistikdienstleistungen	48	63	87	45
Finanzdienstleistungen	9	41	4	57
Beratungsdienstleistungen	60	74	39	11
Kreativdienstleistungen	80	58	48	19
technische Dienstleistungen	62	50	54	38
Informationsdienstleistungen	33	78	26	7
Büro-/Produzentendienstleist.	75	65	66	36
UDL insgesamt	47	62	72	42

¹ gewichtet mit deren Umsatz

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Knapp die Hälfte der Kooperationen (47 Prozent) haben zum Ziel, ergänzende Leistungen für die Geschäftspartnerinnen und -partner zu erbringen, für die diese nicht über die notwendigen fachlichen oder technischen Voraussetzungen verfügen. Eine solche Zusammenarbeit ist besonders häufig in den Kreativdienstleistungen (80 Prozent) und in den Büro- und Produzentendienstleistungen (75 Prozent) anzutreffen. In den Informationsdienstleistungen ist eine solche „komplementäre Kooperation“ vergleichsweise selten und in den Finanzdienstleistungen kaum anzutreffen. 42 Prozent der UDL-Unternehmen streben Geschäftspartnerschaften an, um gemeinsam Dienstleistungen oder Angebote zu entwickeln. Diese Kooperationsform ist die häufigste in den Finanzdienstleistungen. Außerdem nutzen auch die Logistikdienstleistungen Geschäftspartnerschaften überdurchschnittlich häufig, um neue Angebote zu erstellen. Die Zusammenarbeit mit Geschäftspartnerinnen und -partnern erstreckt sich über verschiedene Funktionsbereiche, wenngleich der Schwerpunkt eindeutig im Bereich Dienstleistungserbringung liegt. 80 Prozent der Unternehmen mit Geschäftspartnerschaften erbringen gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern Dienstleistungen für ihre Kundinnen und Kunden (Tabelle 15). In den Finanz- und Informationsdienstleistungen ist dieser Anteil mit über 90 Prozent besonders hoch, während er in den Kreativ- und technischen Dienstleistungen vergleichsweise niedrig ist. 28 Prozent der UDL-Unternehmen kooperieren im Bereich Marketing (Informationsdienstleistungen sowie Büro- und Produzentendienstleistungen: 63 Prozent) und 26 Prozent im Bereich Kundenbetreuung (Informationsdienstleistungen: 59 Prozent).

Eine Zusammenarbeit im Bereich Logistik trifft auf 46 Prozent der Geschäftspartnerschaften zu, dies ist ausschließlich auf den hohen Anteil von Kooperationen in diesem Funktionsbereich in den Logistikdienstleistungen zurückzuführen (62 Prozent). Koope-

rationen im Bereich Einkauf (16 Prozent) und FuE (6 Prozent) sind eher selten. FuE-Kooperationen mit Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern sind am häufigsten in den Informationsdienstleistungen (55 Prozent) und den technischen Dienstleistungen (37 Prozent) anzutreffen. Dies spiegelt in erster Linie den Umstand wider, dass FuE innerhalb der UDL im Wesentlichen in diesen beiden Branchen stattfindet.

Tabelle 15

Funktionsbereiche der Zusammenarbeit zwischen UDL im Land Bremen und ihren Geschäftspartnern

Unternehmensdienstleister ¹ mit Geschäftspartnerschaften (Mehrfachnennungen möglich)	Dienstleistungs-		Kunden-		FuE	Logistik	Sonstiges
	Einkauf	erbringung	Marketing	betreuung			
	%	%	%	%	%	%	%
Logistikdienstleistungen	14	79	25	29	3	62	0
Finanzdienstleistungen	54	92	6	5	0	0	0
Beratungsdienstleistungen	3	86	9	18	2	0	5
Kreativdienstleistungen	13	59	53	10	10	7	0
technische Dienstleistungen	0	76	9	9	37	2	0
Informationsdienstleistungen	2	94	63	59	55	0	1
Büro-/Produzentendienstleist.	14	80	63	20	0	8	2
UDL insgesamt	16	80	28	26	6	46	0

¹ gewichtet mit deren Umsatz

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

5.2.4 | Humankapital

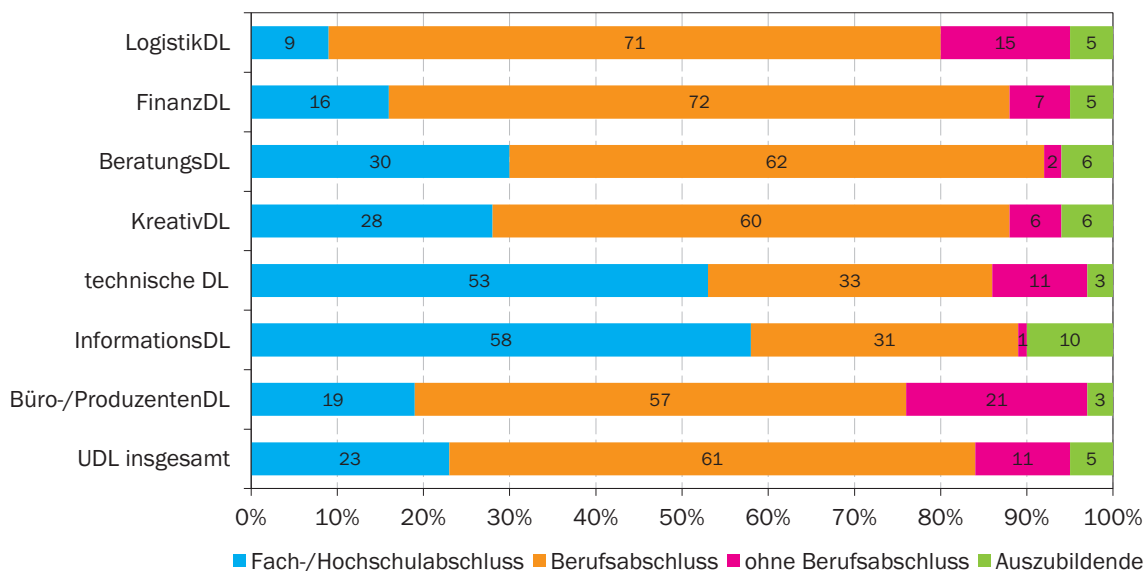
Das Humankapital, also das Wissen, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Beschäftigten, ist eine wichtige Ressource von Unternehmen. Ein relevanter Teil des Humankapitals lässt sich über die Qualifikation, also die Art des Berufsabschlusses, erfassen. Im Jahresdurchschnitt 2012 hatten die meisten Beschäftigten (60 Prozent) in den UDL im Land Bremen eine Berufsausbildung als höchsten Berufsabschluss (Ausbildung 72). 23 Prozent hatten einen Abschluss einer Universität oder Fachhochschule. Vergleichsweise selten wurden Personen ohne Berufsabschluss beschäftigt. Lediglich 11 Prozent der Beschäftigten in den UDL in Bremen hatten keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Dieser Anteil entspricht dem Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss unter den Unternehmen der in der Befragung betrachteten Branchen insgesamt und reflektiert die Bedeutung von Qualifikation für die Leistungserstellung der Unternehmen. 5 Prozent der Beschäftigten in den UDL waren Auszubildende. Auch dieser Anteil korrespondiert mit dem entsprechenden Anteil für alle Unternehmen der betrachteten Branchen.

In den Unternehmen der technischen und Informationsdienstleistungen hatte im Jahresdurchschnitt 2012 mehr als die Hälfte der Beschäftigten einen Hochschulabschluss (technische Dienstleistungen: 53 Prozent, Informationsdienstleistungen: 58 Prozent). In den anderen Teilbranchen der UDL wurden hauptsächlich Personen mit Berufsabschluss beschäftigt. Die Anteile der Beschäftigten mit Berufsabschluss variieren dabei zwischen 60 Prozent in den Kreativunternehmen und jeweils etwa 72 Prozent in den Unternehmen der Logistikbranche und der Finanzbranche.

Auch die Anteile der Beschäftigten ohne Berufsabschluss schwanken zwischen den Teilbranchen der UDL deutlich. In den Unternehmen der Büro- und Produzentendienstleistungen hatten über ein Fünftel (21 Prozent) der Beschäftigten keinen Berufsabschluss. In den Logistikdienstleistungen waren es mit 15 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich viele Beschäftigte. In den Beratungsunternehmen und Informationsdienstleistungen hatten dagegen so gut wie alle Beschäftigte mindestens eine Berufsausbildung oder waren als Auszubildende auf dem Weg dorthin. Der Anteil der Personen ohne Berufsabschluss betrug in diesen Teilbranchen lediglich 2 Prozent (Beratungsdienstleistungen) und 1 Prozent (Informationsdienstleistungen).

Abbildung 72

Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in den mittelständischen UDL im Land Bremen 2012



Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

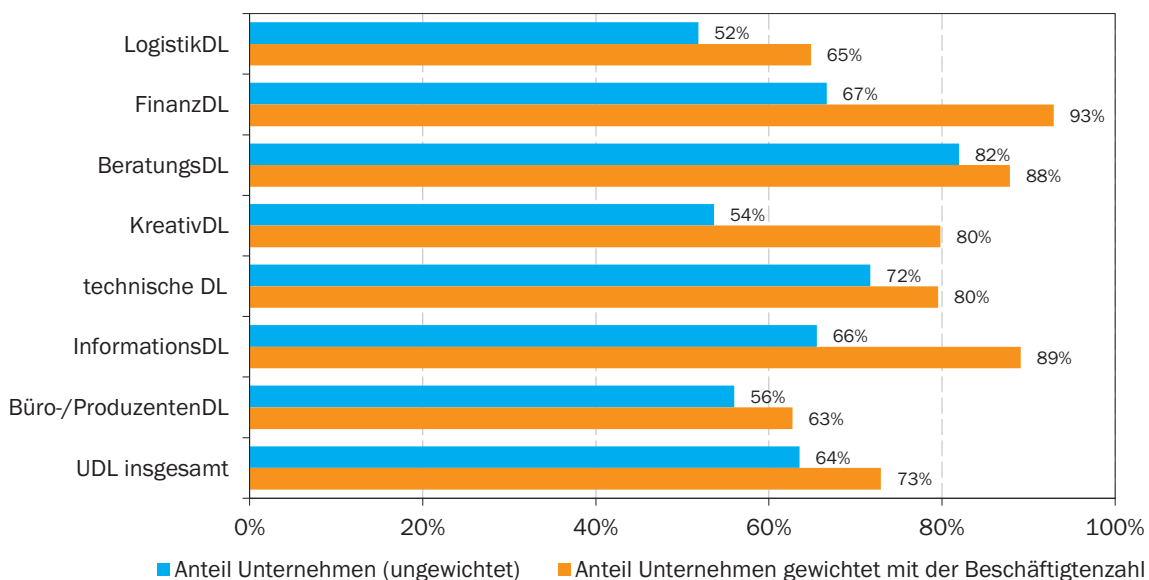
Unternehmen können in den Erhalt und den Ausbau des Humankapitals ihrer Belegschaft investieren, indem sie ihren Beschäftigten ermöglichen, an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Weiterbildung, wie Abbildung 73 zeigt, ist in den UDL im Land Bremen weit verbreitet. Knapp zwei Drittel der Unternehmen (64 Prozent) bilden ihre Beschäftigten entweder selber oder durch die Inanspruchnahme eines externen Anbieters für berufliche

Weiterbildung fort. Gewichtet man die Unternehmen mit der Anzahl ihrer Beschäftigten, so sind 73 Prozent der in den mittelständischen UDL Bremens Beschäftigten in Unternehmen tätig, die Weiterbildungsaktivitäten durchführen. Zwischen den einzelnen Branchen gibt es deutliche Unterschiede im Anteil der Unternehmen mit Weiterbildungsaktivitäten.

Der höchste Anteil der Unternehmen (ungewichtet) ist in den Beratungsdienstleistungen zu finden. In dieser Branche bieten 82 Prozent der Unternehmen Weiterbildungsmaßnahmen an. Gemessen an den in weiterbildungsaktiven Unternehmen Beschäftigten weisen die Finanzdienstleistungen den höchsten Wert auf (93 Prozent). Ebenfalls überdurchschnittlich häufig engagieren sich die Unternehmen in den technischen Dienstleistungen (72 Prozent der Unternehmen beziehungsweise 80 Prozent gemessen an den dort Beschäftigten) und den Informationsdienstleistungen (66 beziehungsweise 89 Prozent) im Bereich Weiterbildung. Vergleichsweise selten sind Weiterbildungsaktivitäten in der Logistikbranche (52 Prozent der Unternehmen, 65 Prozent beschäftigungsgewichtet) und in den Büro- und Produzentendienstleistungen (56 beziehungsweise 63 Prozent) anzutreffen. In den Kreativdienstleistungen sind vor allem die sehr kleinen Unternehmen wenig im Weiterbildungsbereich aktiv, da nur 54 Prozent der Unternehmen Weiterbildungsaktivitäten aufweisen, allerdings 80 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen arbeiten, die Weiterbildung für ihre Mitarbeiter/innen anbieten.

Abbildung 73

Verbreitung von Weiterbildungsaktivitäten in den UDL im Land Bremen im Jahr 2012



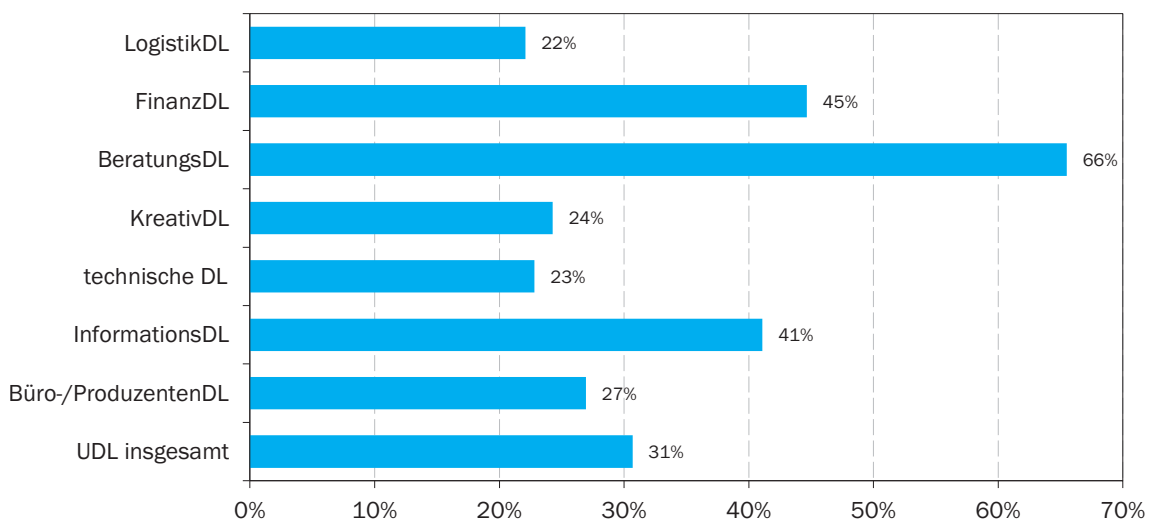
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Viele Unternehmen der UDL im Land Bremen bieten zwar Weiterbildung an, die Weiterbildungsmaßnahmen kommen aber nur einem Teil der Beschäftigten zugute (Abbildung 74). Weniger als ein Drittel der Beschäftigten in den UDL im Land Bremen (inklusive der Beschäf-

tigten in Unternehmen, die keine Weiterbildungsaktivitäten aufweisen) hat im Jahr 2012 an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen. Auch gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Teilbranchen der UDL. In den Beratungsunternehmen sind 2012 zwei Drittel der Beschäftigten (66 Prozent) in den Genuss von Weiterbildung gekommen. In den Finanzdienstleistungen und in den Informationsdienstleistungen waren es gut zwei Fünftel (45 und 41 Prozent). In den anderen Teilbranchen liegt diese Quote bei nur rund einem Viertel.

Abbildung 74

Anteil der Beschäftigten in den UDL im Land Bremen, die 2012 an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben

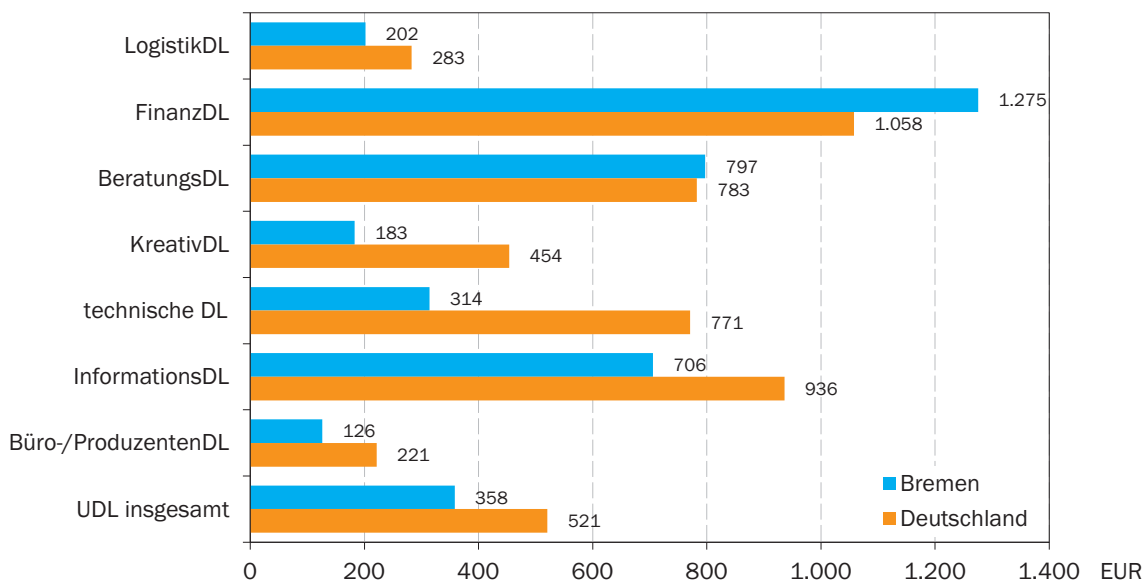


Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die UDL-Unternehmen im Land Bremen wendeten im Jahr 2012 insgesamt 358 Euro pro Beschäftigtem für Weiterbildung auf (Abbildung 75). Dabei sind auch die Beschäftigten, die nicht an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben, sowie die Beschäftigten in Unternehmen ohne Weiterbildungsaktivitäten mitgezählt. Wieder lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen beobachten. Die mit Abstand höchsten Aufwendungen für Weiterbildung wurden in der Finanzdienstleistungsbranche getätigt. Die Unternehmen in diesem Teilsektor gaben rund 1.270 Euro pro Beschäftigtem für Weiterbildung aus. Mit 797 Euro und 706 Euro pro Beschäftigtem kamen die Beratungsdienstleistungen und die Informationsdienstleistungen an zweiter Stelle. Nur geringe Aufwendungen für Weiterbildung wurden in den Logistikdienstleistungen (rund 200 Euro pro Beschäftigtem), den Kreativdienstleistungen (183 Euro pro Beschäftigtem) und den Büro- und Produzentendienstleistungen (126 Euro pro Beschäftigtem) getätigt. Zwischen dem Anteil der Beschäftigten, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnahmen, und der Höhe der Weiterbildungsaufwendungen pro Beschäftigtem besteht eine leichte positive Korrelation: In den Branchen, in denen vergleichsweise viele Beschäftigte überhaupt Weiterbildung erhalten, sind auch die Aufwendungen für Weiterbildung pro Beschäftigtem meist überdurchschnittlich hoch.

Abbildung 75

Weiterbildungsaufwendungen pro Beschäftigtem in den UDL im Land Bremen (2012) im Vergleich zu Deutschland (2010)



Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Insgesamt wenden die bremischen UDL-Unternehmen etwa ein Drittel weniger als die Unternehmen der UDL in Deutschland (rund 520 Euro pro Beschäftigtem) für Weiterbildung auf.⁷⁹ Das entspricht ca. 160 Euro pro Beschäftigten. Auch in den meisten Teilbranchen der UDL liegen die Weiterbildungsaufwendungen im Land Bremen unter denen für die Unternehmen in Deutschland insgesamt. Ausnahmen sind die Finanzdienstleistungen, die ca. 200 Euro mehr pro Beschäftigtem für Weiterbildung ausgeben, sowie die Beratungsdienstleistungen, bei denen die Weiterbildungsaufwendungen pro Beschäftigtem im Land Bremen fast dem Deutschland-Wert entsprechen. Am deutlichsten ist der Unterschied bei den technischen Dienstleistungen. In diesem Teilsektor werden im Land Bremen je Beschäftigten ca. 450 Euro weniger für Weiterbildung ausgegeben als im bundesweiten Durchschnitt.

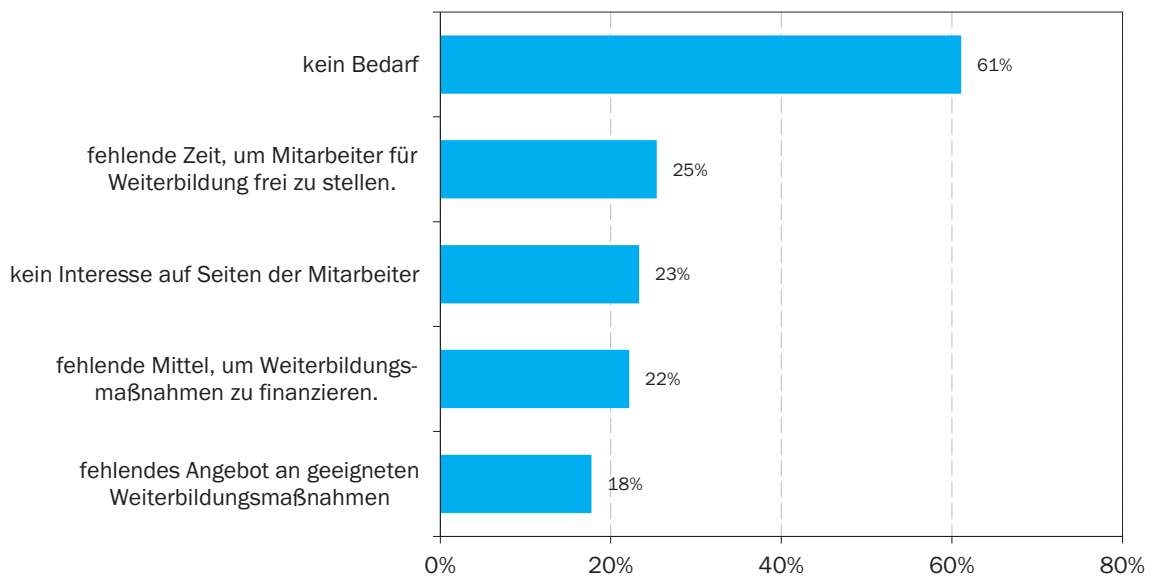
Der Hauptgrund, warum Unternehmen ihren Beschäftigten keine Weiterbildung zuteil werden lassen, liegt darin, dass sie offenbar keinen Bedarf für Weiterbildung sehen (61 Prozent) (Abbildung 76). Andere mögliche Gründe erscheinen demgegenüber vernachlässigbar. Ungefähr nur jeweils ein Viertel der Unternehmen in den UDL ohne

⁷⁹ In Ermangelung einer amtlichen Statistik zu den Weiterbildungsaufwendungen der Unternehmen in Deutschland wurden die Ergebnisse verwendet, die im Rahmen der Deutschen Innovationserhebung ermittelt wurden (vgl. Aschhoff et al. 2013). Diese beziehen sich für die mittelständische Wirtschaft allerdings nur auf Unternehmen mit 5 bis 499 Beschäftigten, d. h., Kleinunternehmen mit weniger als 5 Beschäftigten sind nicht einbezogen. Außerdem liegen in zwei Teilbranchen nicht zu allen WZ Vergleichszahlen für Deutschland vor (Finanzdienstleistungen: nicht für WZ 68, Büro- und Produzentendienstleistungen: nicht für WZ 77). Für den Vergleich mit Deutschland wurden die Werte für die UDL im Land Bremen für die entsprechend eingegrenzte Größen- und Branchenabgrenzung berechnet. Die aktuellsten Werte für Deutschland beziehen sich auf das Jahr 2010.

Weiterbildung gibt an, dass fehlende Zeit, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Weiterbildung freizustellen, fehlendes Interesse auf Seiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie fehlende Mittel, um Weiterbildungsmaßnahmen zu finanzieren, bedeutende Gründe waren, um auf Weiterbildung zu verzichten. Für lediglich 18 Prozent ist ein mangelndes Angebot an geeigneten Weiterbildungsmaßnahmen der Hauptgrund für den Verzicht auf Weiterbildung.

Abbildung 76

Gründe für den Verzicht auf Weiterbildung in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen ohne Weiterbildungsmaßnahmen, die auf die Frage „Warum verzichtet Ihr Unternehmen auf Weiterbildungsmaßnahmen?“ mit „hohe Bedeutung“ geantwortet haben in 2012 (gewichtet mit der Zahl der Beschäftigten der Unternehmen).

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

5.3 | Perspektiven der unternehmensnahen Dienstleistungen im Land Bremen

Zur Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten der UDL im Land Bremen werden mehrere Indikatoren betrachtet:

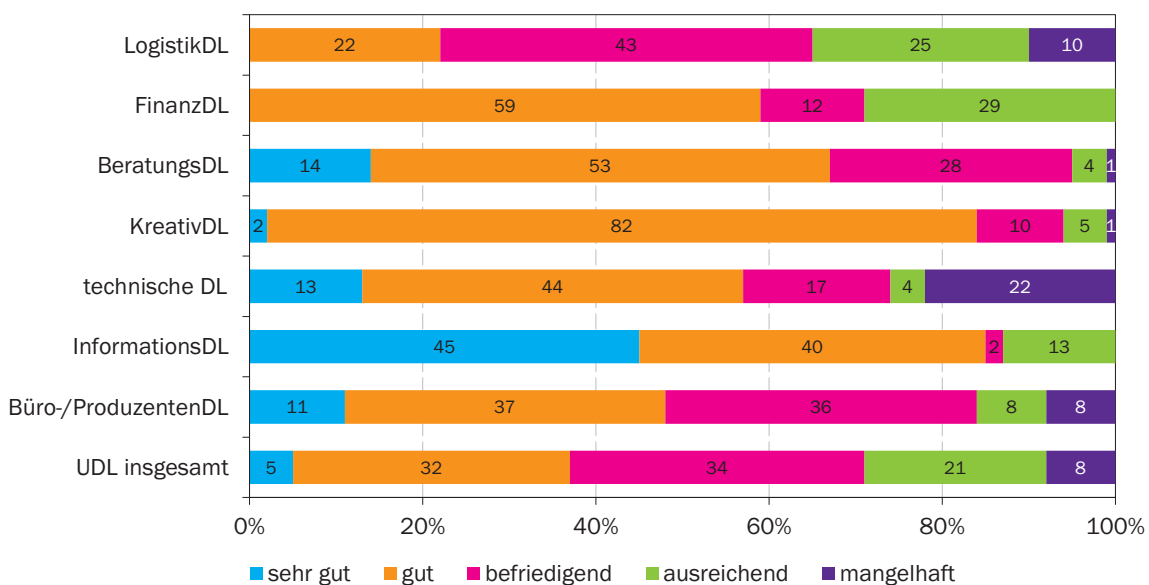
- Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage in der ersten Jahreshälfte 2013 sowie die erwartete Geschäftsentwicklung bis zum Jahresende;
- die Gründe für die Neueinstellung von Personal und die bis 2014 geplanten Neueinstellungen;
- die Strategien, die die Unternehmen zur Erreichung ihrer Unternehmensziele verfolgen und welche Faktoren dabei als Hindernisse erwartet werden;
- die Beurteilung des Standorts, die Bedeutung verschiedener Standortfaktoren für die künftige Entwicklung des Unternehmens sowie die weitere Standortplanung.

5.3.1 | Geschäftslage und -erwartungen

Die UDL im Land Bremen waren zur Jahresmitte 2013 mit ihrer Auftragslage überwiegend zufrieden: Jeweils ein Drittel der mittelständischen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz) bezeichnet die Auftragslage als gut oder befriedigend (Abbildung 77). Ein Fünftel beurteilte die Auftragslage als ausreichend, 8 Prozent als mangelhaft und 5 Prozent als sehr gut. In den meisten Teilbranchen fällt die Konjunktureinschätzung sogar erheblich besser aus, mit Anteilen von Unternehmen, deren Auftragslage gut oder sehr gut ist, zwischen 48 Prozent (Büro- und Produzentendienstleistungen) bis zu 85 Prozent (Informations- und Kreativdienstleistungen). In den Informationsdienstleistungen ist der Anteil der Unternehmen, die eine sehr gute Auftragslage aufweisen, mit 45 Prozent außerordentlich hoch.

Abbildung 77

Beurteilung der Auftragslage Mitte 2013 in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz)

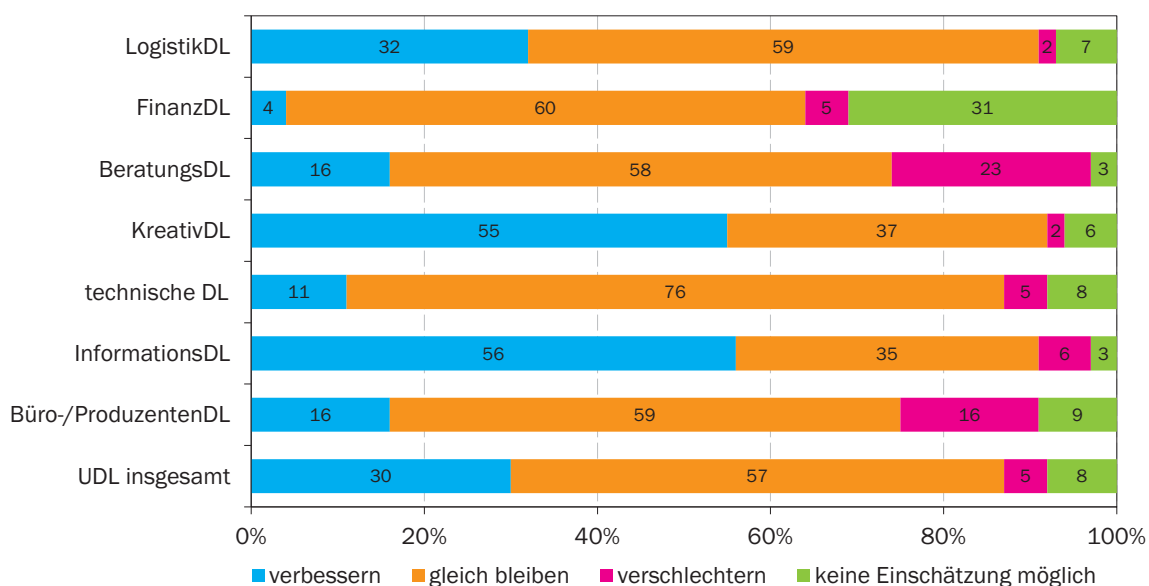
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die kurzfristigen Konjunkturerwartungen sind unter den mittelständischen UDL-Unternehmen im Land Bremen ebenfalls überwiegend positiv. 57 Prozent der Unternehmen (gewichtet mit ihrem Umsatz) gaben an, dass sich die Auftragslage bis Ende 2013 voraussichtlich gegenüber dem Stand von Mitte 2013 nicht ändern wird (Abbildung 78). 30 Prozent erwarteten eine Verbesserung und nur 5 Prozent eine Verschlechterung. Weitere 8 Prozent konnten keine Einschätzung abgeben. Dies bedeutet, dass selbst unter der Annahme, dass die Unternehmen, die keine Einschätzung abgeben konnte, mit einer verschlechterten Auftragslage rechnen müssen, sich ein positiver Saldo zwischen

verbesserter und verschlechterter Auftragslage ergibt. Dieser positive Saldo ist besonders hoch in den Kreativ- und Informationsdienstleistungen. Die Logistikbranche meldet ebenfalls einen klar positiven Saldo. Eine negative Konjunkturerwartung zeigt sich lediglich für die Beratungsdienstleistungen (16 Prozent Verbesserung gegenüber 23 Prozent Verschlechterung).

Abbildung 78

Erwartete Entwicklung der Auftragslage bis Ende 2013 in den UDL im Land Bremen¹



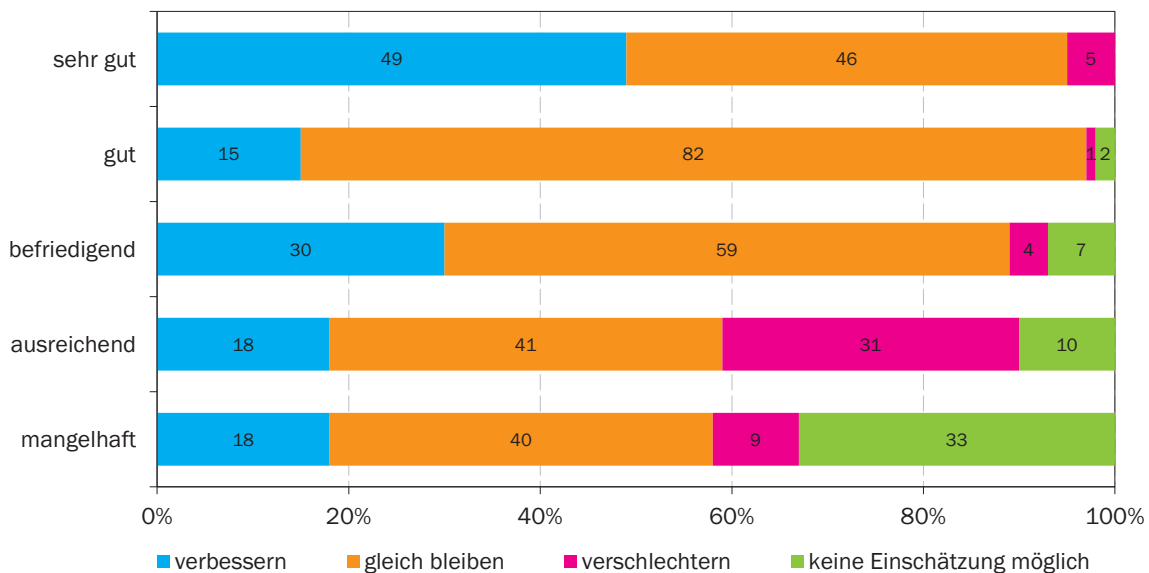
¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz)

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die konjunkturelle Lage Mitte 2013 und die Einschätzung zur erwarteten Auftragslage Ende 2013 sind hoch korreliert (Abbildung 79). Von den UDL-Unternehmen, die Mitte 2013 eine sehr gute Auftragslage vorzuweisen hatten, erwarten 49 Prozent eine weitere Verbesserung bis Ende 2013. Unter den Unternehmen mit guter Auftragslage sind dies nur 15 Prozent, hier erwarten die allermeisten eine unveränderte Auftragssituation. Unternehmen, die Mitte 2013 die Auftragslage als befriedigend beurteilt haben, erwarten mehrheitlich (59 Prozent) keine Veränderung bis zum Jahresende und 30 Prozent gehen von einer Verbesserung aus. Von den Unternehmen mit nur ausreichender Auftragslage erwarten 18 Prozent eine Verbesserung, 41 Prozent keine Veränderung, 31 Prozent eine Verschlechterung und weitere 10 Prozent konnten keine Einschätzung abgeben. Besonders hoch ist der Anteil der Unternehmen, die keine Einschätzung der Auftragsentwicklung bis Ende 2013 abgeben konnten, unter den Unternehmen mit mangelhafter Auftragslage (33 Prozent). 18 Prozent dieser Unternehmen hoffen auf eine verbesserte Auftragslage, 40 erwarten keine Verbesserung bis zum Jahresende und 9 Prozent sogar eine weitere Verschlechterung.

Abbildung 79

Aktuelle und erwartete Auftragslage in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz)

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

5.3.2 | Beschäftigungsdynamik und Expansionspläne

Die insgesamt günstige Geschäftssituation der mittelständischen UDL im Land Bremen Mitte 2013 spiegelt sich auch in der Veränderung der Beschäftigtenanzahl wider. Zwischen 2010 und 2012 nahm die Beschäftigung in den mittelständischen Unternehmen der UDL um 5 Prozent zu (Abbildung 80).⁸⁰ Mit Ausnahme der Finanzdienstleistungen stieg in allen Teilbranchen die Beschäftigung, besonders stark in den Informationsdienstleistungen. Die starke Expansion der Beschäftigtenzahl um 21 Prozent korrespondiert mit der überwiegend guten bis sehr guten Auftragslage der Unternehmen. Überdurchschnittlich hohe Beschäftigungszuwächse weisen außerdem die technischen und Kreativdienstleistungen auf.

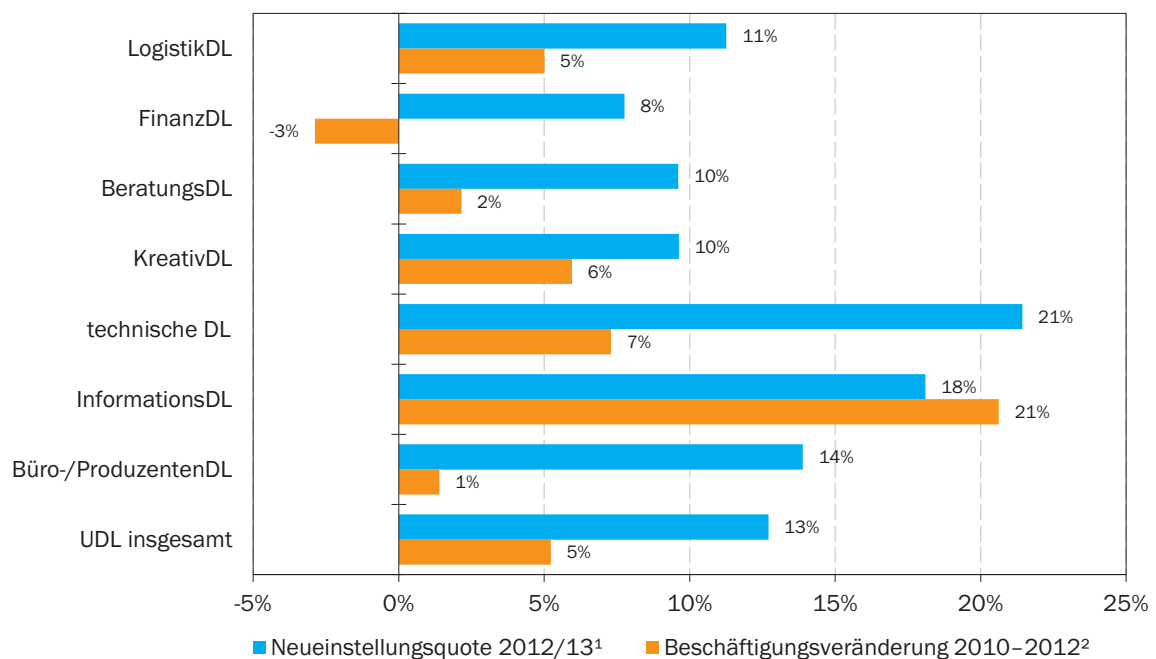
Der Anteil der seit Anfang 2012 neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lag, gemessen an der Beschäftigung in den UDL im Jahresdurchschnitt 2012, bei 13 Prozent (Abbildung 80). Eine überdurchschnittliche Neueinstellungsquote zeigen die technischen und die Informationsdienstleistungen (21 beziehungsweise 18 Prozent) sowie die Büro- und Produzentendienstleistungen (14 Prozent). In den Finanz- und Beratungs-

⁸⁰ Die angegebenen Zahlen beziehen sich nur auf die befragten Unternehmen und sind mit der Beschäftigtenzahl der Unternehmen gewichtet. Sie können von den Zahlen aus der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus mehreren Gründen abweichen. So sind hier nur Unternehmen berücksichtigt, die sowohl 2010 als auch 2012 aktiv waren, d. h. zwischenzeitlich neu gegründete und geschlossene Unternehmen bleiben unberücksichtigt. Außerdem umfassen die Beschäftigtenangaben in der Befragung auch selbständig und geringfügig Beschäftigte. Schließlich bleiben Unternehmen, die zwischen 2010 und 2012 die Beschäftigtenschwelle von 500 über- oder unterschritten haben, hier unberücksichtigt.

dienstleistungen war die Neueinstellungsquote 2012/13 mit 8 beziehungsweise 10 Prozent am niedrigsten. In den Kreativdienstleistungen stieg die Beschäftigung in den mittelständischen Unternehmen zwischen 2010 und 2012 um 6 Prozent an und lag damit leicht über den Durchschnitt der UDL insgesamt.

Abbildung 80

Beschäftigungsveränderung zwischen 2010 und 2012 sowie Neueinstellungsquote 2012/13 in den UDL im Land Bremen



¹ Anzahl der zwischen Anfang 2012 und Mitte 2013 neu eingestellten Beschäftigten an den Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2012.

² Anzahl Beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2012 minus Anzahl Beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2010 als Anteil der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2010; nur Unternehmen, die vor 2010 gegründet wurden.

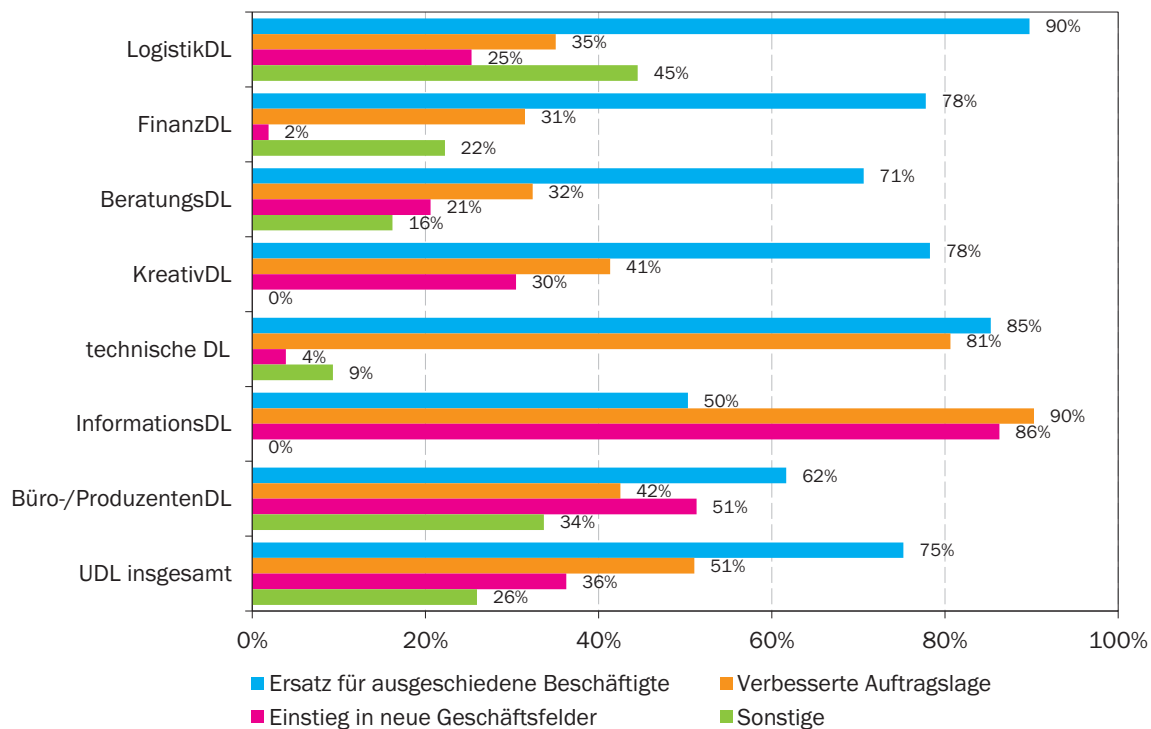
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die meisten Unternehmen stellten neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, um ausgeschiedene Beschäftigte zu ersetzen. Dieser Neueinstellungsgrund traf auf 75 Prozent der Unternehmen zu (Abbildung 81). 51 Prozent stellten neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, um auf die verbesserte Auftragslage zu reagieren. Dieses Motiv trifft besonders stark auf Unternehmen der technischen und Informationsdienstleistungen sowie der Büro- und Produzentendienstleistungen zu. Die hohen Neueinstellungsquoten in diesen Branchen sind somit zu einem Teil der günstigen konjunkturellen Lage zuzuschreiben. Ein Einstieg in neue Geschäftsfelder war bei 36 Prozent der Unternehmen mit Neueinstellungen seit Anfang 2012 ein Grund, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen. Diese innovationsorientierte Beschäftigungsausweitung ist in den Informationsdienstleistungen besonders weit verbreitet (86 Prozent der Unternehmen). In den Logistikdienstleistungen sind es 25 Prozent und in den

Büro- und Produzentendienstleistungen 51 Prozent. Sonstige Gründe für Neueinstellungen betrafen überwiegend veränderte Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten beziehungsweise die Ausweitung der Ausbildungstätigkeit (d. h. die Einstellung zusätzlicher Auszubildender).

Abbildung 81

Gründe für die Neueinstellung von Beschäftigten 2012/13 in den UDL im Land Bremen¹

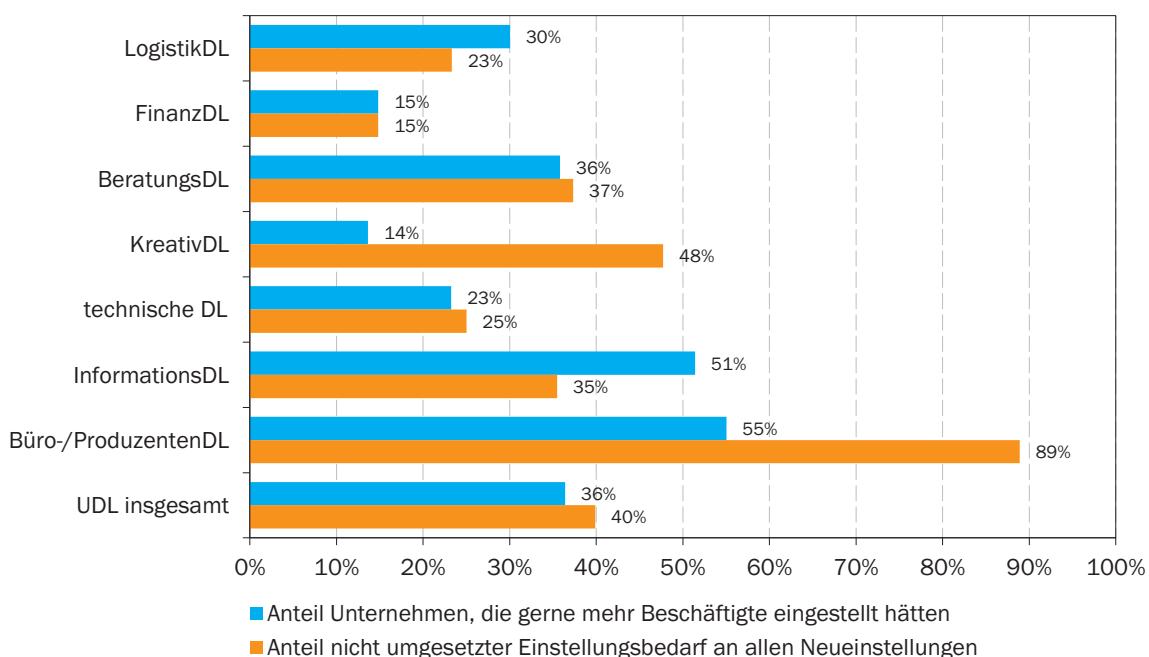


¹ Anteil an allen Unternehmen mit Neueinstellungen (gewichtet mit der Anzahl der Neueinstellungen); Mehrfachnennungen möglich

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Anzahl der Neueinstellungen hätte von 2012 bis Mitte 2013 noch deutlich höher sein können, da ein bedeutender Teil der UDL-Unternehmen seinen Neueinstellungsbedarf nicht zur Gänze decken konnte. Gewichtet mit der Anzahl der Neueinstellungen betraf dies 36 Prozent der Unternehmen (Abbildung 82). Die Anzahl der Beschäftigten, die diese Unternehmen gerne mehr eingestellt hätten, macht 40 Prozent der gesamten Neueinstellungen in den UDL im Land Bremen zwischen Anfang 2012 und Mitte 2013 aus. Insbesondere die Büro- und Produzentendienstleistungen konnten nur einen Teil ihres Einstellungsbedarfs decken. In dieser Teilbranche hätten die Unternehmen gern um fast 90 Prozent mehr Personal eingestellt. In den Kreativdienstleistungen liegt diese Quote bei fast 50 Prozent, in den Beratungs- und Informationsdienstleistungen bei über einem Drittel. Einzig die Finanzdienstleistungen konnten ihren Einstellungsbedarf überwiegend abdecken.

Abbildung 82

Nicht umgesetzter Einstellungsbedarf 2012/13 in den UDL im Land Bremen¹

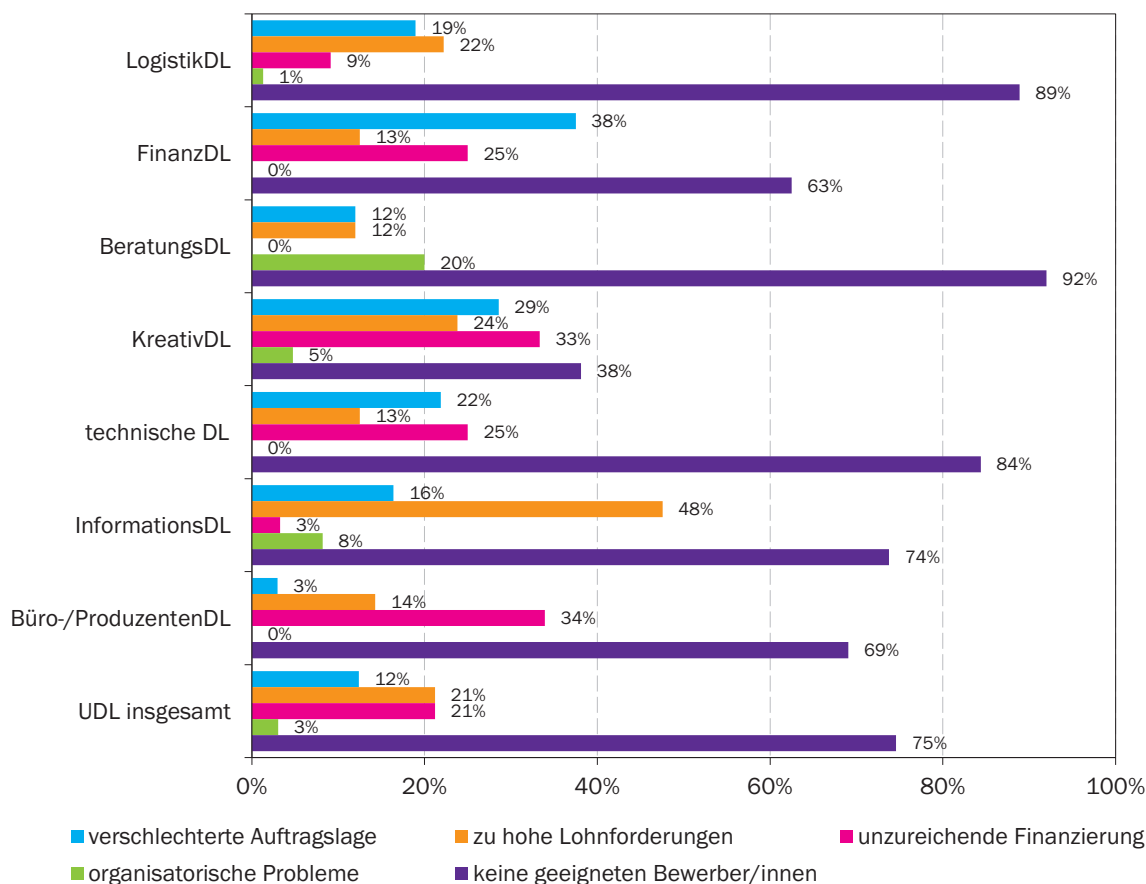
¹ Anteil an allen Unternehmen mit Neueinstellungen (gewichtet mit der Anzahl der Neueinstellungen)

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Unter den Gründen, warum der Einstellungsbedarf nicht gedeckt werden konnte, dominiert ganz eindeutig der Mangel an geeigneten Bewerbungen. 75 Prozent der Unternehmen mit nicht gedecktem Einstellungsbedarf (gewichtet mit der Anzahl der Beschäftigten, die zusätzlich hätten eingestellt werden sollen) nennen diesen Grund (Abbildung 83). Das Fehlen geeigneter Bewerbungen war in allen Teilbranchen der wichtigste Grund, wobei die Beratungs-, Logistik- und technischen Dienstleistungen die höchsten und die Kreativdienstleistungen die niedrigsten Werte aufweisen.

Zu hohe Lohnforderungen und eine unzureichende Finanzierung waren bei jeweils 21 Prozent der Grund, dass es zu keinen weiteren Neueinstellungen kam. Hohe Lohnforderungen der Bewerberinnen und Bewerber waren insbesondere in den Informationsdienstleistungen ein häufiger Grund für den Verzicht auf zusätzliche Neueinstellungen, während eine unzureichende Finanzierung, das heißt die Finanzierung von weiteren Personal, in den Büro- und Produzentendienstleistungen sowie den Kreativdienstleistungen eine größere Rolle gespielt hat. Für 12 Prozent der Unternehmen war eine verschlechterte Auftragslage ein Grund, dass die Neueinstellungspläne nicht umgesetzt werden konnten, wobei die Finanz- und Kreativdienstleistungen bei diesem Grund besonders hohe Anteile zeigen. Organisatorische Probleme im Unternehmen stellten keinen relevanten Grund dar.

Abbildung 83

Gründe für nicht gedeckten Einstellungsbedarf 2012/13 in den UDL im Land Bremen¹

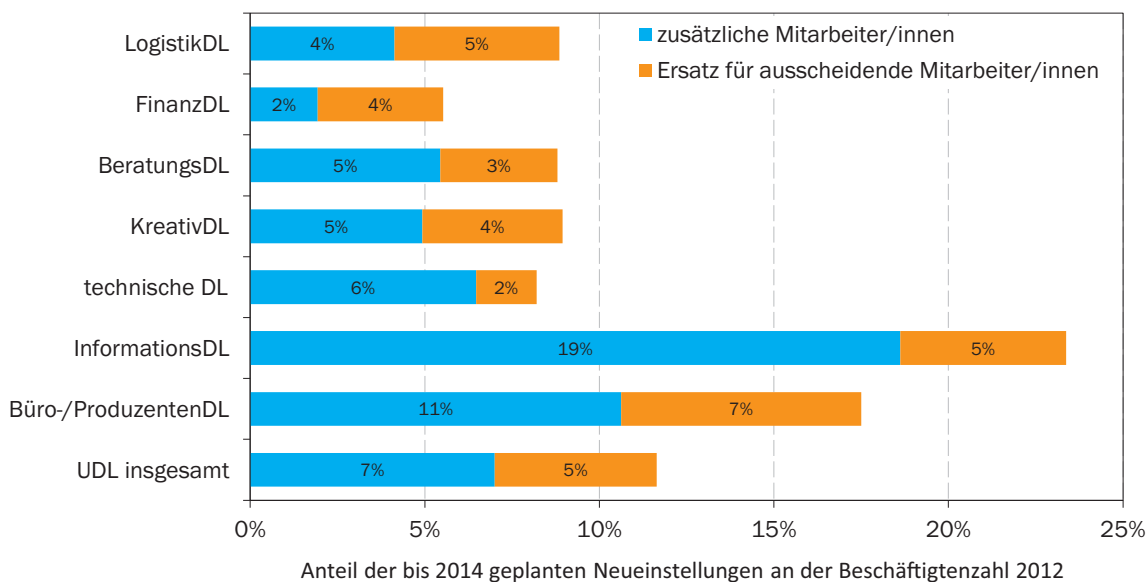
¹ Anteil an allen Unternehmen mit nicht gedecktem Bedarf an Neueinstellungen (gewichtet mit der Anzahl der Beschäftigten, die zusätzlich hätten eingestellt werden sollen); Mehrfachnennungen möglich

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die UDL-Unternehmen im Land Bremen planen auch für die zweite Jahreshälfte 2013 sowie das Jahr 2014 Neueinstellungen in beträchtlichem Umfang. Gemessen an der Beschäftigung im Jahr 2012 machen die bis Ende 2014 geplanten Neueinstellungen 12 Prozent aus. Davon entfallen 5 Prozent auf den Ersatz für ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 7 Prozent auf die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Abbildung 84). Verglichen mit dem Beschäftigungswachstum zwischen 2010 und 2012 (5 Prozent) würde die Umsetzung dieser Personalpläne eine Erhöhung der Beschäftigungsdynamik in den mittelständischen UDL im Land Bremen bedeuten. Der Einstellungsbedarf aufgrund des Ausscheidens von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ergibt sich zu einem guten Teil aus der demografischen Struktur der Beschäftigten. Denn 2012 waren 7 Prozent der in den mittelständischen Unternehmen der bremischen UDL tätigen Personen 60 Jahre oder älter.

Abbildung 84

Geplante Neueinstellungen bis 2014 in den UDL im Land Bremen



Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Besonders hohe Beschäftigungszuwächse planen die Informationsdienstleistungen. Nachdem die mittelständischen Unternehmen in dieser Teilbranche bereits zwischen 2010 und 2012 ihre Beschäftigtenzahl um 21 Prozent erhöht hatten, ist von 2012 bis 2014 eine Nettoausweitung um 19 Prozent geplant. Hohe Personalzuwächse nehmen auch die Büro- und Produzentendienstleistungen (+11 Prozent) in Aussicht. In den meisten anderen Teilbranchen soll der Personalstand bis Ende 2014 um 4 bis 6 Prozent zunehmen. Kaum eine Nettoexpansion ist in den Finanzdienstleistungen geplant (+2 Prozent), hier überwiegen Neueinstellungen als Ersatz für ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

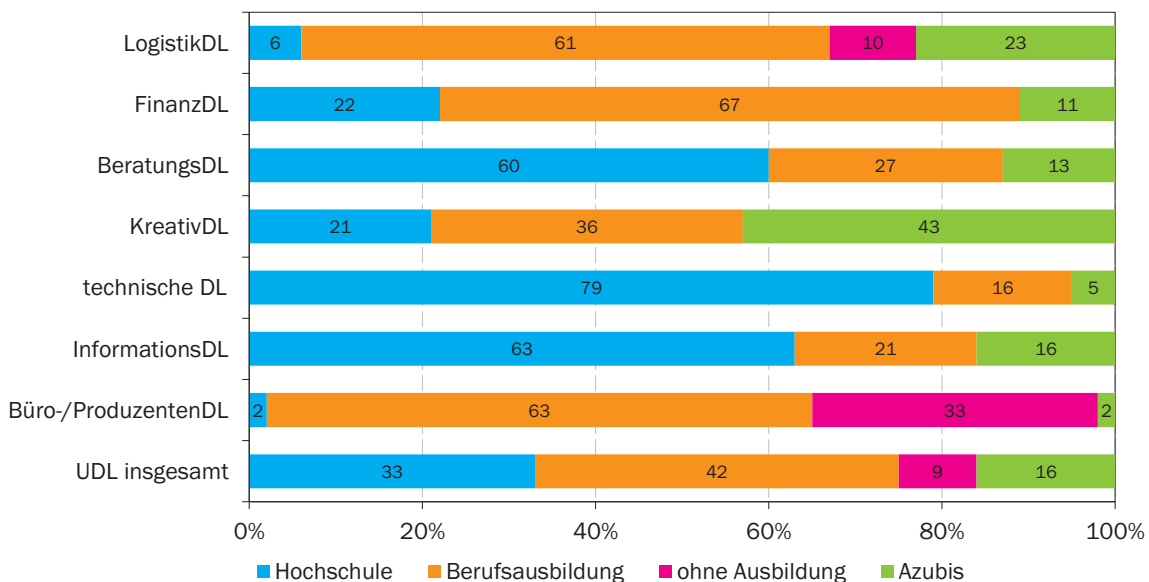
Die Qualifikationsanforderungen der Unternehmen an die neu einzustellenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterscheiden sich signifikant von der derzeitigen Qualifikationsstruktur in den mittelständischen UDL (Abbildung 72). 33 Prozent der geplanten Neueinstellungen betreffen Akademikerinnen und Akademiker (Abbildung 85), während der Anteil dieser Qualifikationsgruppe im Jahr 2012 nur 23 Prozent betrug. 42 Prozent des neu einzustellenden Personals soll über eine Berufsausbildung verfügen, was unter dem Anteil dieser Qualifikationsgruppe im Jahr 2012 liegt (60 Prozent). Gleichzeitig sollen im Vergleich zum Beschäftigtenanteil der Auszubildenden in 2012 (5 Prozent) deutlich mehr Auszubildende bis 2014 neu eingestellt werden (16 Prozent aller Neueinstellungen), d. h. die Unternehmen versuchen vermehrt, ihren Bedarf an beruflich ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch eigene Ausbildungsanstrengungen zu decken. Der Anteil des neu einzustellenden Personals ohne Ausbildung

beträgt 9 Prozent, gegenüber 11 Prozent unter den im Jahr 2012 Beschäftigten. Dabei sind es einzig die Büro- und Produzentendienstleistungen sowie die Logistik, die Bedarf an dieser Beschäftigtengruppe haben.

Die Verschiebung hin zu akademisch qualifiziertem Personal ist allerdings nicht für alle Teilbranchen zu beobachten. Zu einer verstärkten „Akademisierung“ kommt es insbesondere in den Beratungsdienstleistungen. In beiden Branchen wollen vor allem jene Unternehmen, die 2012 einen niedrigen Akademikerinnen- und Akademikeranteil unter ihren Beschäftigten aufwiesen, verstärkt Personen mit Hochschulausbildung neu einstellen. In den Finanz- und technischen Dienstleistungen geht der Bedeutungsgewinn von akademisch Beschäftigten dagegen primär auf eine erhöhte Nachfrage von Unternehmen zurück, die bereits 2012 eine für ihre Branche überdurchschnittliche Akademikerinnen- und Akademikerquote aufwiesen. In den Kreativ- und Informationsdienstleistungen wird sich mit den geplanten Neueinstellungen bis 2014 der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss kaum ändern. In den Büro- und Produzentendienstleistungen ist sogar mit einer sinkenden Quote zu rechnen, da hier in erster Linie jene Unternehmen zusätzliches Personal einstellen wollen, die kaum Hochschulabsolventinnen und -absolventen beschäftigen.

Abbildung 85

Zusammensetzung der bis 2014 geplanten Neueinstellungen in den UDL im Land Bremen nach Qualifikationsgruppen¹



¹ Anteil an allen bis Ende 2014 geplanten Neueinstellungen

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

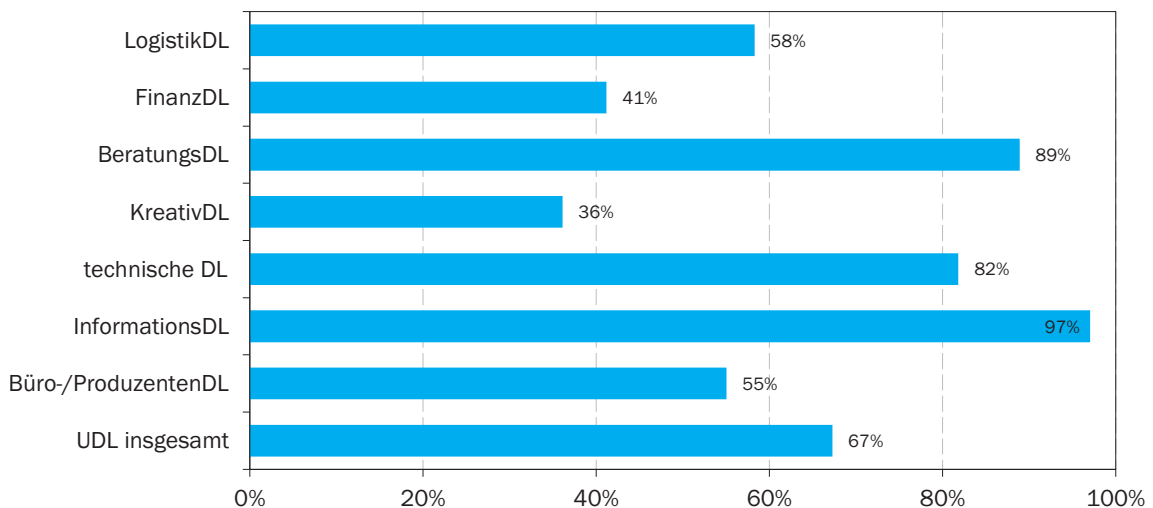
Die oben dargestellten Schwierigkeiten bei der Deckung des Einstellungsbedarfs 2012/13 deuten darauf hin, dass die Umsetzung der geplanten Neueinstellungen voraussichtlich mit Schwierigkeiten behaftet sein wird. Dies sehen auch die meisten mittel-

ständischen Unternehmen so. 67 Prozent der Unternehmen mit Neueinstellungsplänen (gewichtet mit der Anzahl der geplanten Neueinstellungen) erwarten Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen (Abbildung 86).

Besonders hoch ist der Anteil in den Informations-, Beratungs- und technischen Dienstleistungen, also dort, wo ein besonders hoher Anteil der Neueinstellung auf Hochschulabsolventen abzielt. In den Kreativ- und Finanzdienstleistungen werden für weniger als die Hälfte des Neueinstellungsbedarfs Besetzungsschwierigkeiten erwartet.

Abbildung 86

UDL im Land Bremen, die Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen bis 2014 erwarten¹



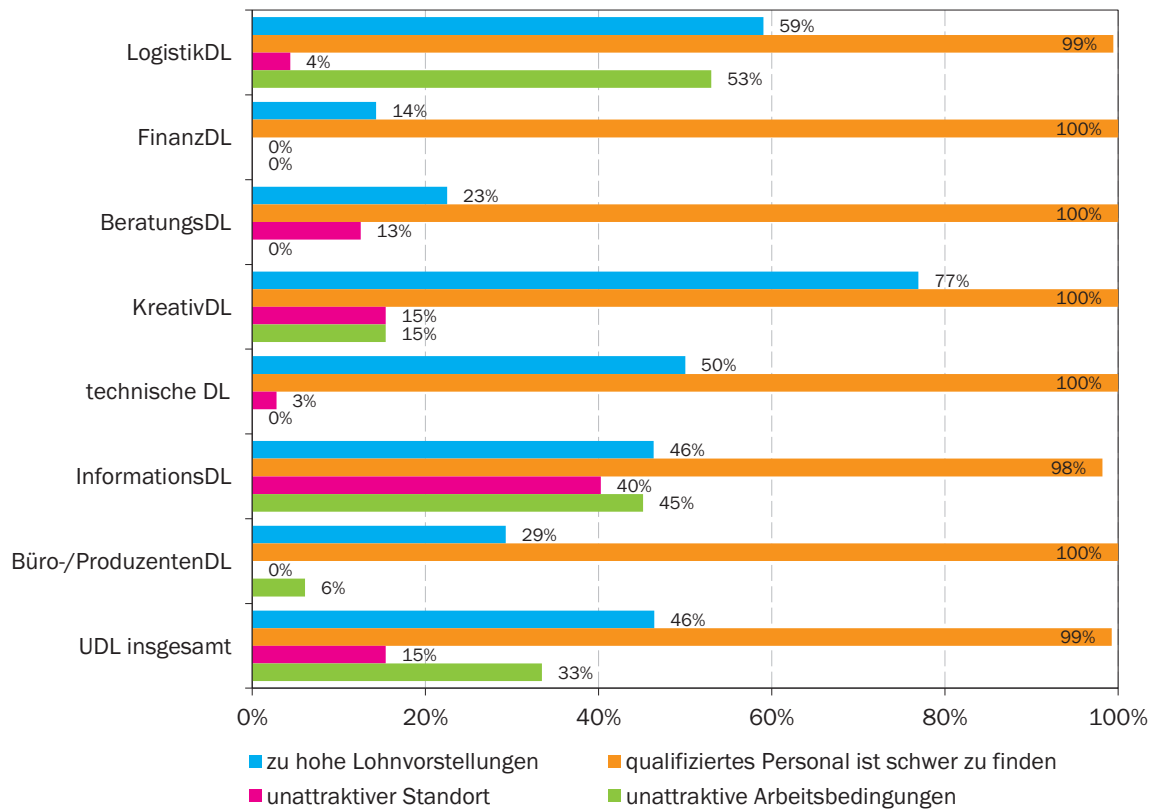
¹ Anteil an allen Unternehmen mit geplanten Neueinstellungen (gewichtet mit der Anzahl der geplanten Neueinstellungen)

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Faktisch alle Unternehmen, die Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen bis 2014 erwarten, sehen das Hauptproblem darin, qualifiziertes Personal zu finden (Abbildung 87). Außerdem sieht fast jedes zweite Unternehmen die aus seiner Sicht zu hohen Lohnforderungen der Bewerberinnen und Bewerber als einen Problembereich an. Besonders hoch ist dieser Anteil in den Kreativ- und Logistikdienstleistungen. Unattraktive Arbeitsbedingungen werden von einem Drittel der Unternehmen angeführt, wobei vor allem die Logistik- und Informationsdienstleistungen in diesem Bereich Schwierigkeiten erwarten. Ein unattraktiver Standort spielt für die meisten Unternehmen, die Schwierigkeit bei der künftigen Stellenbesetzung erwarten, kaum eine Bedeutung. Eine Ausnahme bilden die Unternehmen der Informationsdienstleistung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Teilbranche einen besonders hohen Einstellungsbedarf hat, sodass das Auftreten verschiedener Schwierigkeiten wahrscheinlicher ist.

Abbildung 87

Art der erwarteten Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen bis 2014 in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen, die Schwierigkeit bei der Besetzung offener Stellen erwarten (gewichtet mit der Anzahl der geplanten Neueinstellungen in diesen Unternehmen); Mehrfachnennungen möglich

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

5.3.3 | Wachstumsstrategien und -hemmnisse

Die mittelständischen Unternehmen in den UDL im Land Bremen verfolgen sehr unterschiedliche Unternehmensziele. Insgesamt haben die drei Ziele Umsatzwachstum, Erhöhung der Gewinnmarge und Kostensenkung eine etwa gleich hohe Bedeutung. Für jeweils rund die Hälfte der UDL-Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz) sind dies bedeutende Ziele. Umsatzwachstum ist in den Beratungs- und technischen Dienstleistungen das wichtigste Ziel. In den Logistik-, Finanz und Kreativdienstleistungen dominiert das Ziel, die Gewinnmarge zu erhöhen, wobei in allen drei Branchen dieses Ziel primär kostenseitig zu erreichen versucht wird, da gleichzeitig auch die Kostensenkung eine hohe Bedeutung hat. In den Büro- und Produzentendienstleistungen sind die Ziele Kostensenkung, Umsatzerhöhung und Marktanteilsgewinne in etwa gleich bedeutend. In den Informationsdienstleistungen messen die meisten Unternehmen keinem der vier Ziele eine hohe Bedeutung bei (Tabelle 16).

Tabelle 16

Unternehmensziele in den UDL im Land Bremen

Unternehmensdienstleister ¹	Erhöhung des Umsatzes	Erhöhung des Marktanteils	Kostensenkung	Erhöhung der Gewinnmarge
	%	%	%	%
Logistikdienstleistungen	36	23	45	51
Finanzdienstleistungen	68	62	79	95
Beratungsdienstleistungen	52	4	39	26
Kreativdienstleistungen	64	57	70	86
technische Dienstleistungen	71	37	57	48
Informationsdienstleistungen	27	7	5	5
Büro-/Produzentendienstleist.	86	82	87	67
UDL insgesamt	49	33	51	53

¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz), für die das jeweilige Ziel eine hohe Bedeutung hat.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

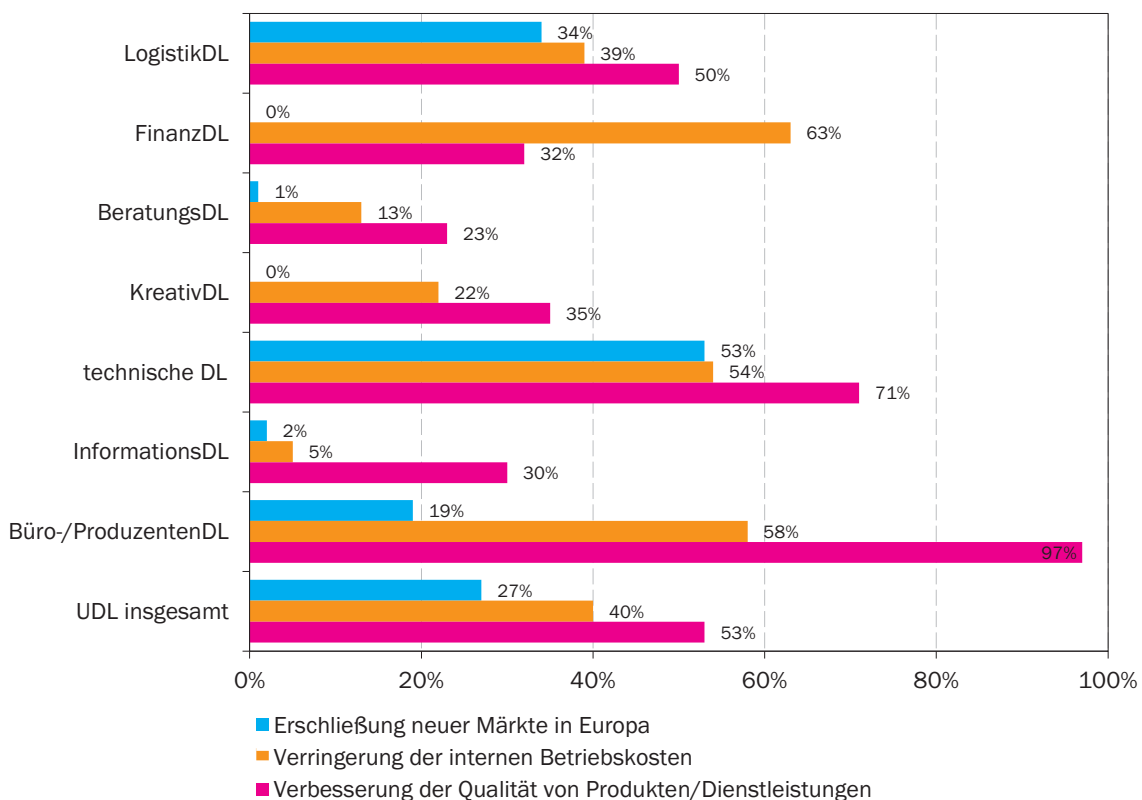
Die UDL-Unternehmen im Land Bremen setzen bei ihren Strategien zur Erreichung der Unternehmensziele insbesondere auf eine Verbesserung der Qualität der angebotenen Dienstleistungen (für 53 Prozent der UDL-Unternehmen hat diese Strategie eine hohe Bedeutung; siehe Anhang A6 und A7), die Senkung der internen und externen Kosten (40 beziehungsweise 33 Prozent sowie eine Erhöhung der Flexibilität in den internen Abläufen und Organisationsstrukturen (35 Prozent der Unternehmen). Von geringerer Bedeutung sind Produktinnovationen (20 Prozent) und ein intensiviertes Marketing (18 Prozent). Die Erschließung neuer Auslandsmärkte spielt demgegenüber eine etwas größere Rolle, 27 Prozent wollen neue Märkte innerhalb Europas, 32 Prozent neue Märkte außerhalb Europas erschließen, wobei dies lediglich zwei Teilbranchen (Logistik, technische Dienstleistungen) betrifft. Allianzen und Kooperationen mit anderen Unternehmen werden nur von wenigen UDL-Unternehmen (9 Prozent) als eine bedeutende Strategie zur Erreichung ihrer Unternehmensziele angeführt.

Vergleicht man die Bedeutung der drei Strategien Markterschließung, Kostensenkung und Qualitätsverbesserung (Abbildung 88), so lassen sich einige signifikante Unterschiede zwischen den Teilbranchen beobachten (siehe auch Anhang A8). Die Finanzdienstleistungen setzen als einzige Teilbranche primär auf Kostensenkungen, während die Informationsdienstleistungen fast ausschließlich auf Qualitätsverbesserungen setzen (und damit einhergehend auch auf Produktinnovationen). In den Beratungs- und Kreativdienstleistungen finden sich sowohl Unternehmen mit einer qualitätsorientierten Strategie als auch solche, die auf Kostensenkungen setzen. In allen drei Teilbranchen ist der Anteil der Unternehmen, der diesen Strategien eine hohe Bedeutung beimisst, gering. Dies deutet darauf hin, dass viele Unternehmen mit der Erreichung ihrer Unternehmensziele zufrieden sind und keine Veranlassung sehen, über gezielte Strategien die Zielerreichung zu verbessern. Ganz anders ist dies in den Büro- und Produzenten-

dienstleistungen sowie in den technischen Dienstleistungen. Dort werden die meisten Strategien mit besonderem Nachdruck verfolgt. Eine stark auf die Erschließung neuer Absatzmärkte setzende Strategie ist vor allem in der Logistik und in den technischen Dienstleistungen anzutreffen.

Abbildung 88

Wichtige Strategien zur Erreichung der Unternehmensziele in mittelständischen Unternehmen der UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz), für die die jeweilige Strategie eine hohe Bedeutung hat.

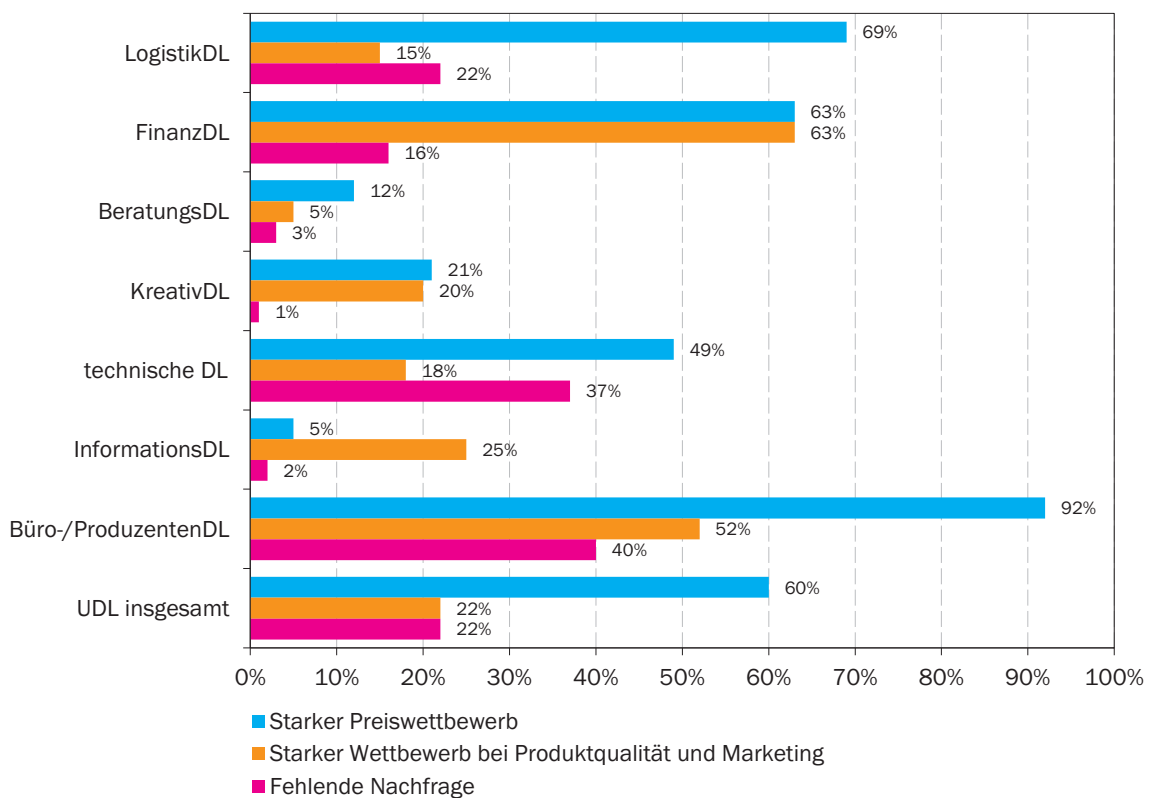
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Bei der Umsetzung ihrer Strategien sehen sich die Unternehmen verschiedenen Hemmnissen gegenüber. Am stärksten behindert aus Sicht der UDL-Unternehmen der starke Preiswettbewerb die Erreichung der Unternehmensziele, allen voran in der Logistik, den Finanzdienstleistungen sowie den Büro- und Produzentendienstleistungen (Abbildung 89, siehe auch Anhang A9). In den Beratungs-, Kreativ- und Informationsdienstleistungen ist der Preiswettbewerb dagegen ein nachrangiger Hemmfaktor, was mit der starken Produktdifferenzierung und der oft engen Kundenbindung aufgrund kundenspezifischer Dienstleistungsangebote erklärt werden kann. Ein starker Wettbewerb bei Produktqualität und Marketing hat für 22 Prozent der Unternehmen eine hohe Bedeutung als Hemmnis zur Erreichung der Unternehmensziele, wobei die Finanz- so-

wie die Büro- und Produzentendienstleistungen mit einem Anteil von über 50 Prozent hervorstechen. Eine fehlende Nachfrage spielt insgesamt eine ebenso große Rolle als Hemmnisfaktor (22 Prozent), wobei es hier die technischen und die Büro- und Produzentendienstleistungen sind, die überdurchschnittlich hohe Anteile aufweisen. Umgekehrt weisen die Kreativ-Dienstleister und Informationsdienstleister eine geringe fehlende Nachfrage auf. Eine Marktbeherrschung durch Wettbewerber wird von 14 Prozent der Unternehmen als Hemmnis hoher Bedeutung genannt, vor allem in den technischen Dienstleistungen (siehe Anhang A9).

Abbildung 89

Wesentliche Hindernisse für die Erreichung der Unternehmensziele in mittelständischen Unternehmen der UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz), für die das jeweilige Hindernis eine hohe Bedeutung hat.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Ein Mangel an Fachpersonal wird trotz des hohen Anteils von Unternehmen, die ihren Einstellungsbedarf nicht zur Gänze decken konnten, nicht als ein wichtiges Hemmnis für die Umsetzung der Unternehmensziele gesehen. Dies ist vor dem Hintergrund zu bewerten, dass viele Unternehmen keine quantitativen Wachstumsziele (Umsatzwachstum) verfolgen. Eine Ausnahme stellen allerdings die Büro- und Produzentendienstleistungen dar. Ein Mangel an Finanzierungsquellen zur Umsetzung der Unterneh-

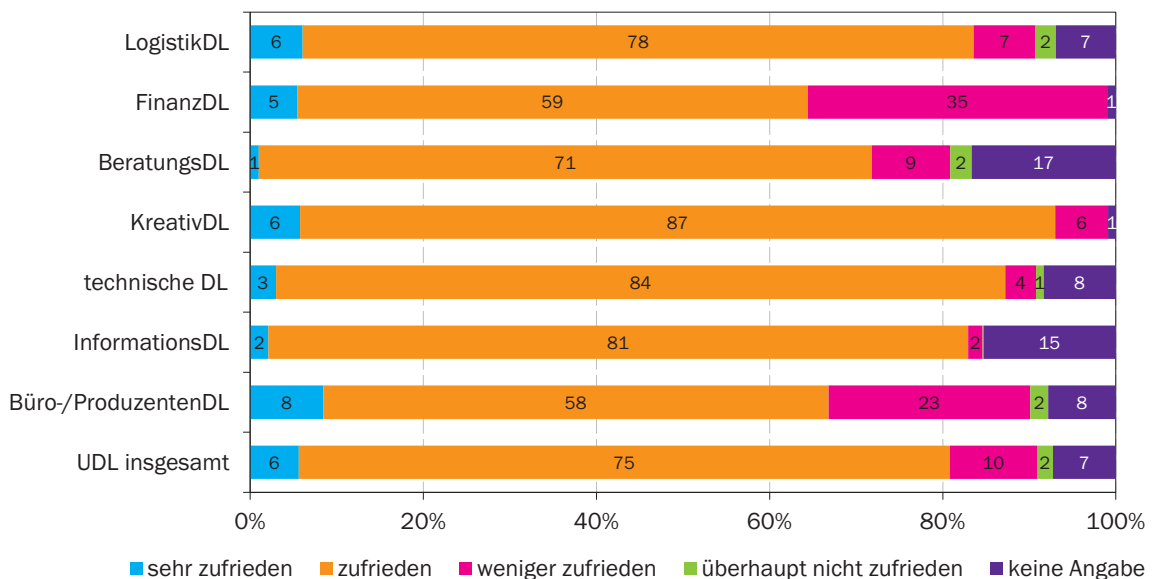
mensstrategie wird nur von 7 Prozent der UDL-Unternehmen im Land Bremen als ein bedeutender Hemmnisfaktor genannt. Ein etwas höherer Anteil (9 Prozent) nennt die hohen Kosten staatlicher Regulierung und gesetzlicher Anforderungen.

Von sehr geringer Bedeutung als Hindernis für die Erreichung der Unternehmensziele sind Innovationen durch Wettbewerber (6 Prozent). Dies kann zum einen bedeuten, dass die UDL in Bremen ein hohes Maß an Produktdifferenzierung und kundenspezifischer Ausrichtung aufweisen, sodass Innovationen durch andere Unternehmen ihre Marktposition nicht gefährden können. Auch vorstellbar, wenngleich unwahrscheinlich ist, dass die Unternehmen im Bremen ihren Wettbewerbern im Innovationsbereich insoweit überlegen sind, dass deren Innovationen keine Gefahr für das Erreichen der eigenen Unternehmensziele darstellen. Zum anderen kann aber auch eine insgesamt geringe Innovationsausrichtung zu diesem Ergebnis führen, wenn nämlich ein großer Teil der Unternehmen aus den UDL in Bremen nicht den Innovationswettbewerb, sondern primär den Preiswettbewerb suchen. Darauf deutet die hohe Bedeutung des Kostensenkungsziels hin wie der hohe Anteil von Unternehmen, die kostenseitige Strategien verfolgen. Hohe Kosten für den Zugang zu neuen Märkten spielen mit einem Anteil von 5 Prozent an Unternehmen, die diesem Hemmnis eine große Bedeutung beimessen, kaum eine Rolle. Dies liegt aber auch daran, dass nur ein kleinerer Teil der Unternehmen die Erschließung neuer Märkte als Wachstumsstrategie verfolgt.

5.3.4 | Beurteilung des Standorts

Die UDL im Land Bremen sind mit ihrem Standort in der großen Mehrheit zufrieden. Auf die Frage, wie sie allgemein mit dem Wirtschaftsstandort Bremen und Bremerhaven zufrieden sind, gaben 81 Prozent an, zufrieden zu sein, davon 6 Prozent sehr zufrieden. 10 Prozent sind hingegen weniger zufrieden, 2 Prozent sind überhaupt nicht zufrieden und von 7 Prozent wurden hierzu keine Angaben gemacht (Abbildung 90). Aus den Einschätzungen der Unternehmen aus Bremen und Bremerhaven ergeben sich keine signifikanten Unterschiede. Der höchste Anteil an Unternehmen, die weniger zufrieden sind, ist im Finanzdienstleistungsbereich zu finden (35 Prozent), in den Büro- und Produzentendienstleistungen sind 23 Prozent weniger zufrieden. In beiden Branchen ist allerdings auch der Anteil der sehr zufriedenen Unternehmen überdurchschnittlich hoch.

Abbildung 90

Zufriedenheit der Unternehmen in den UDL im Land Bremen mit dem Standort¹

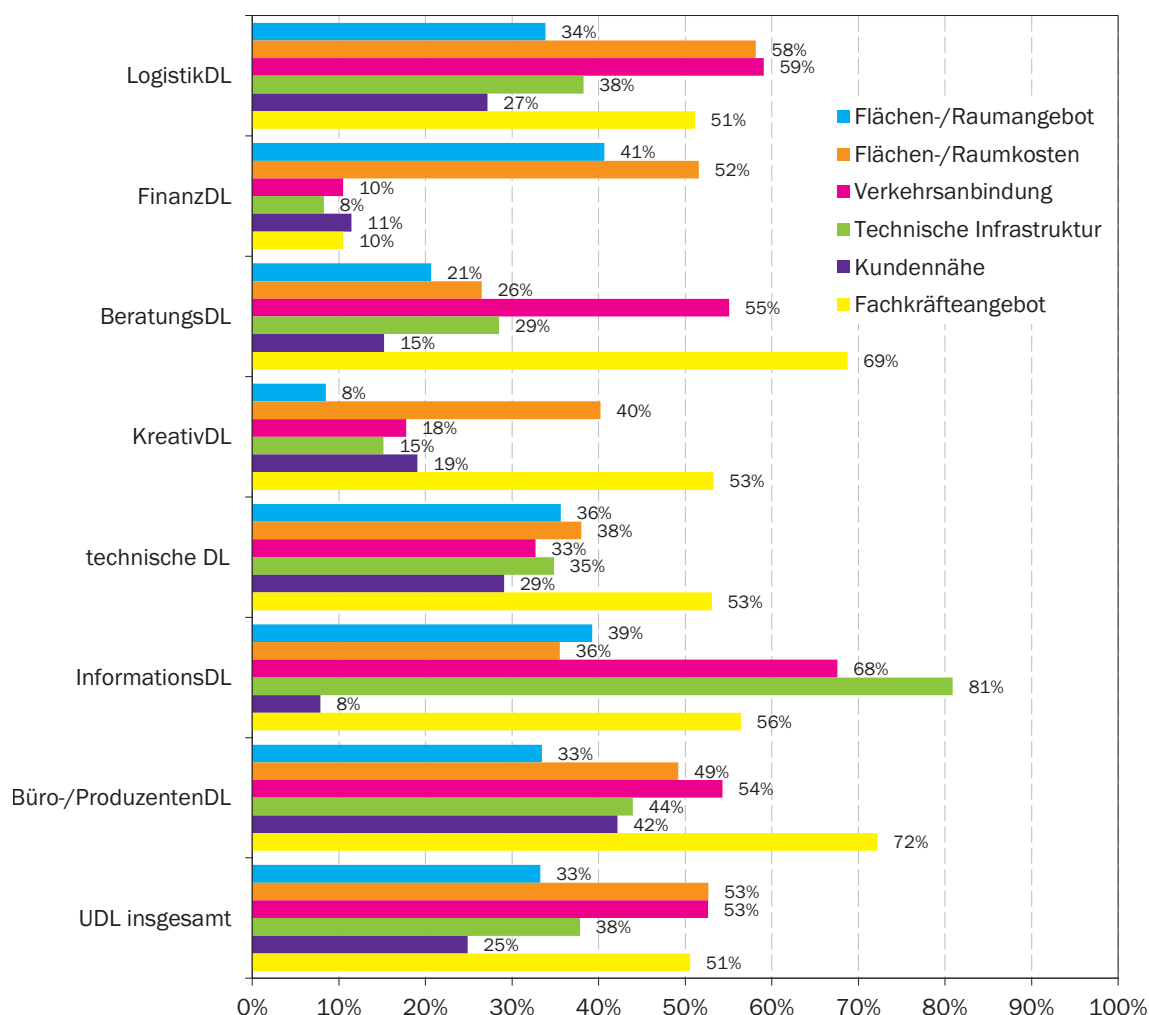
¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit dem Umsatz der Unternehmen)

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Für die künftige Entwicklung der UDL im Land Bremen sind aus Sicht der Unternehmen unterschiedliche Standortfaktoren von Bedeutung. Für jeweils 53 Prozent der Unternehmen (gewichtet mit ihrem Umsatz) haben die Kosten für Betriebsflächen und Räumlichkeiten sowie die Verkehrsanbindung eine hohe Bedeutung (Abbildung 91). Flächenkosten sind für die Logistik, die Finanzdienstleistungen sowie die Büro- und Produzentendienstleistungen von besonders hoher Bedeutung. Die Verkehrsanbindung spielt in den Informations-, Logistik- und Beratungsdienstleistungen sowie in den Büro- und Produzentendienstleistungen eine überdurchschnittlich große Rolle als Standortfaktor.

Das Fachkräfteangebot folgt an dritter Stelle der Standortfaktoren, 51 Prozent der UDL-Unternehmen messen ihm eine hohe Bedeutung zu. Das Fachkräfteangebot ist in allen Teilbranchen von großer Bedeutung, einzig die Finanzdienstleistungen stellen hier eine Ausnahme dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Beschäftigungsdynamik in dieser Branche gering und auch kaum ein Personalzuwachs geplant ist. Die technische Infrastruktur wird von 38 Prozent der Unternehmen als bedeutender Standortfaktor genannt, wobei er in den Informationsdienstleistungen der wichtigste Faktor (hohe Bedeutung: 81 Prozent) ist. Das Angebot an Betriebsflächen und -räumlichkeiten ist für jedes dritte Unternehmen in den UDL ein wichtiger Standortfaktor, in den Kreativ- und Beratungsdienstleistungen spielt dieser Aspekt jedoch nur eine geringe Rolle. Die Kundennähe wird nur von jedem vierten Unternehmen als von hoher Bedeutung für die künftige Entwicklung des Unternehmens angesehen. Dabei sind es vor allem die Büro- und Produzentendienstleistungen sowie die Logistik- und technischen Dienstleistungen, die die räumliche Nähe zu ihren Kunden im höheren Maße brauchen.

Abbildung 91

Bedeutung von Standortfaktoren für die künftige Entwicklung der UDL im Land Bremen¹

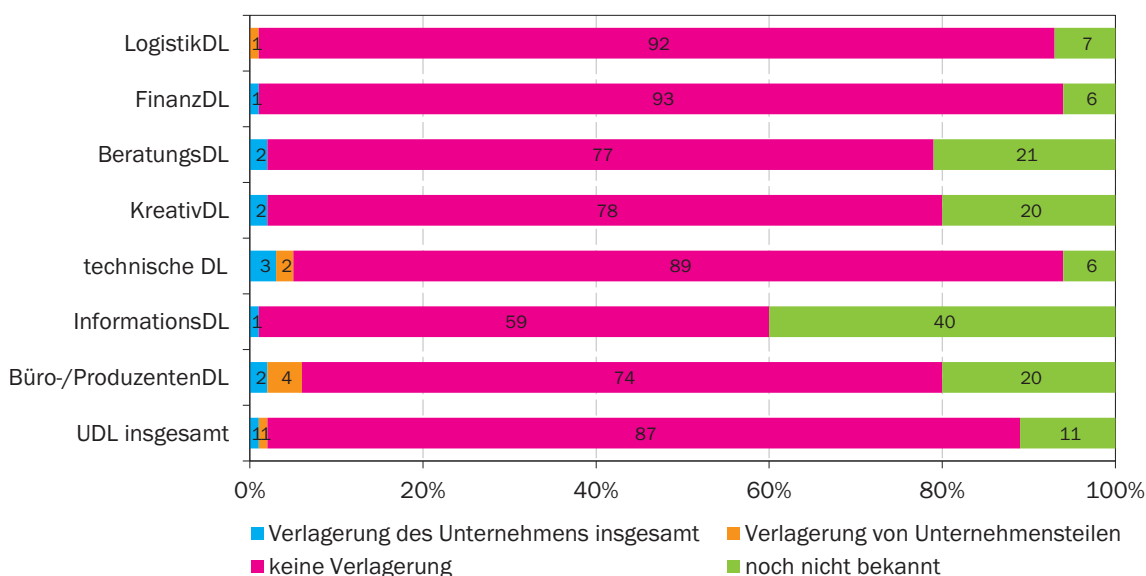
¹ Anteil der Unternehmen (gewichtet mit dem Umsatz der Unternehmen), für die der jeweilige Standortfaktor eine hohe Bedeutung hat.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Zufriedenheit der UDL-Unternehmen mit dem Standort Bremen spiegelt sich auch darin wider, dass nur sehr wenige Unternehmen mittelfristig planen, den Standort zu verlassen. Insgesamt betrifft dies lediglich 2 Prozent der Unternehmen, wobei die Hälfte nur die Verlagerung von Unternehmensteilen ins Auge fasst (Abbildung 92). 11 Prozent der Unternehmen sind noch unsicher, ob sie eine Verlagerung vornehmen wollen. Der Anteil der noch unsicheren ist in den Informationsdienstleistungen besonders hoch (40 Prozent) und liegt in den Beratungs-, Kreativ- sowie Büro- und Produzentendienstleistungen bei rund 20 Prozent.

Abbildung 92

Geplante Standortverlagerungen in den UDL im Land Bremen¹



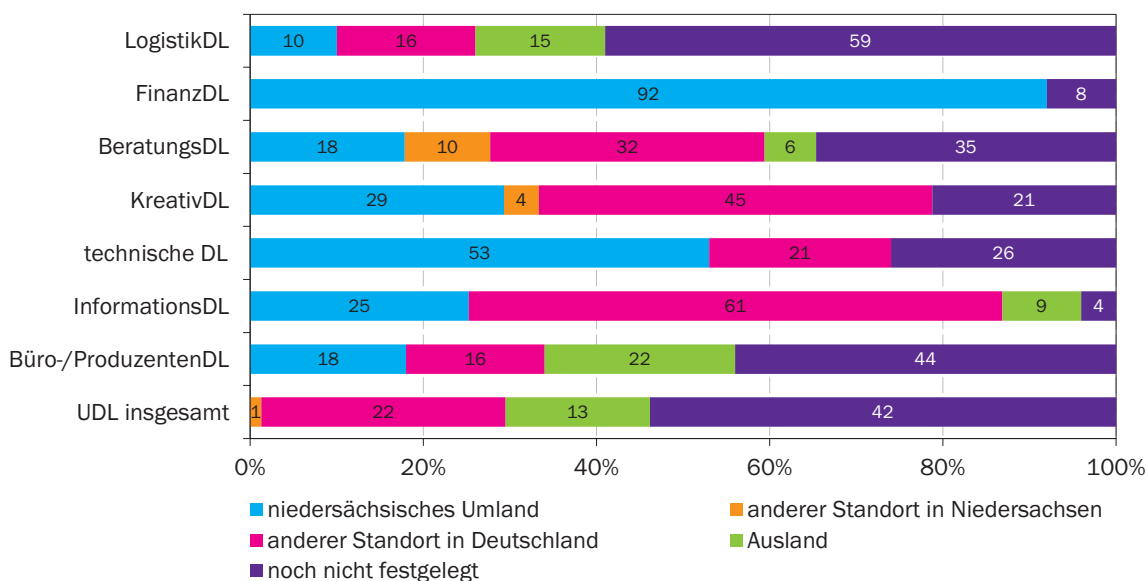
¹ Anteil der Unternehmen (gewichtet mit dem Umsatz der Unternehmen), die mittelfristig planen, das Land Bremen zu verlassen.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Unternehmen, die eine Standortverlagerung entweder mittelfristig planen oder die sich noch unsicher sind, wollen zu etwa gleichen Teilen ins niedersächsische Umland Bremens beziehungsweise Bremerhavens oder an einen weiter entfernten Standort

Abbildung 93

Standort von geplanten Standortverlagerungen in den UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit dem Umsatz der Unternehmen), die mittelfristig planen, das Land Bremen zu verlassen einschließlich der Unternehmen, die noch nicht fest mit einer Standortverlagerung planen, jedoch den möglichen Standort einer Verlagerung angegeben haben.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

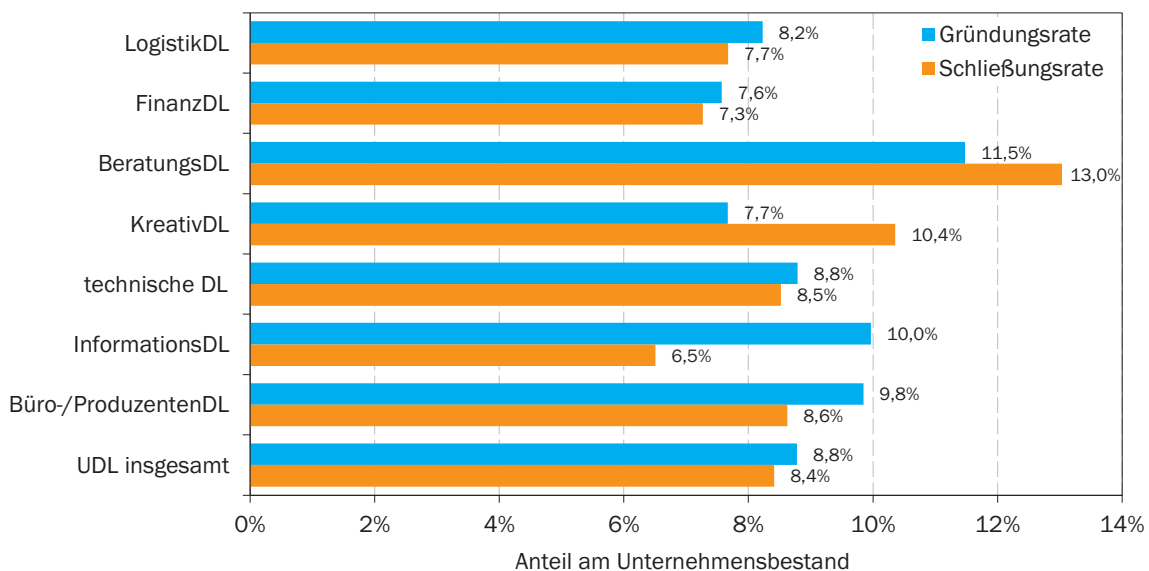
innerhalb Deutschlands ziehen (Abbildung 93). Dies betrifft jeweils gut ein Fünftel der Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz). Ein weiteres Achtel plant eine Verlagerung ins Ausland. Nach Niedersachsen außerhalb des bremischen Umlands sind kaum Verlagerungen zu erwarten. Ein sehr hoher Anteil – über zwei Fünftel – hat sich bezüglich des Standorts allerdings noch nicht festgelegt beziehungsweise noch keine konkreten Überlegungen angestellt.

5.3.5 | Beitrag von Gründungen, Schließungen und Bestandsunternehmen zur Dynamik in den UDL

Eine besondere Bedeutung nimmt der Marktein- und -austritt von Unternehmen ein, d. h. die Unternehmensgründung und -schließung. Die Anzahl der pro Jahr neu gegründeten UDL-Unternehmen im Land Bremen gemessen am Unternehmensbestand (Gründungsrate) lag im Mittel des Zeitraums 2003 bis 2012 bei 9 Prozent. Ähnlich hoch ist der Anteil der Unternehmen, die pro Jahr geschlossen werden (Schließungsrate).⁸¹ Die höchste Gründungs- und Schließungsdynamik weisen die Beratungsdienstleistungen auf, am niedrigsten ist sie in den Finanzdienstleistungen (Abbildung 94). In den Informations- und Büro-/Produzentendienstleistungen nahm der Unternehmensbestand

Abbildung 94

Gründungs- und Schließungsraten in den mittelständischen UDL im Land Bremen¹



¹ Anteil der Gründungen und Schließungen pro Jahr am Unternehmensbestand als Durchschnitt der Jahre 2003–2012

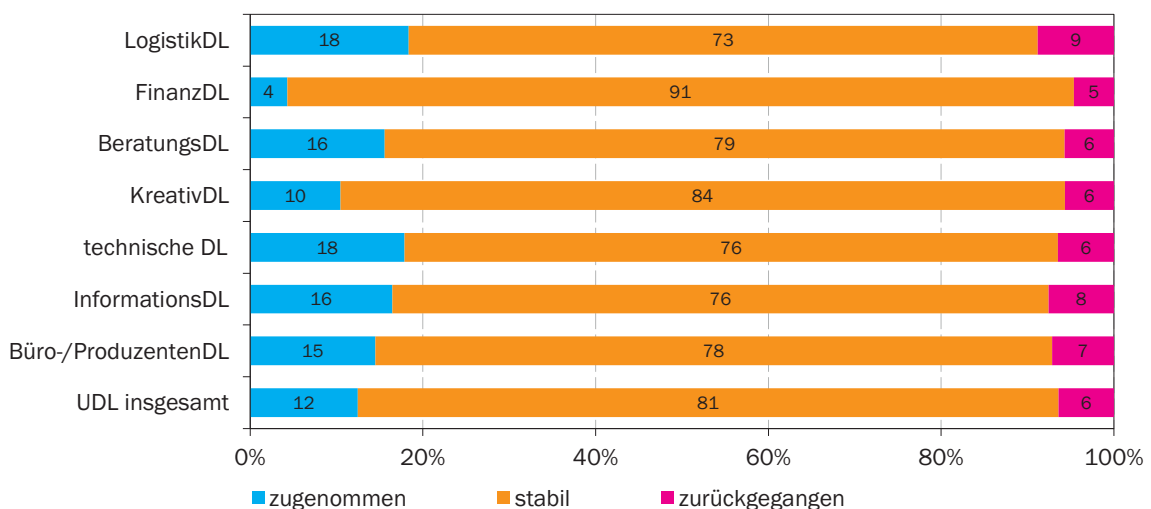
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

⁸¹ Die Zahlen zu Unternehmensgründungen und -schließungen werden hier dem Mannheimer Unternehmenspanel entnommen und beziehen sich auf Unternehmen mit einer signifikanten wirtschaftlichen Aktivität.

in den vergangenen zehn Jahren merklich zu (in den Logistik-, Finanz- und technischen Dienstleistungen erhöhte er sich geringfügig), in den Beratungs- und Kreativdienstleistungen hingegen ab. Dabei ist zu beachten, dass die Entwicklung des Unternehmensbestands im Wesentlichen durch die Kleinstunternehmen, insbesondere Ein-Personen-Unternehmen⁸², bestimmt wird.

Abbildung 95

Beschäftigungsentwicklung in etablierten mittelständischen UDL-Unternehmen im Land Bremen zwischen 2003 und 2012¹



¹ Anteil an allen Unternehmen, die vor 2003 gegründet wurden und 2012 noch wirtschaftlich aktiv waren.

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Neben Marktein- und -austritten spielt auch die Entwicklung der „etablierten“ Unternehmen, d. h. der Unternehmen, die schon seit längerer Zeit im Markt aktiv sind, eine erhebliche Rolle für die Dynamik in den UDL. Betrachtet man die Beschäftigungsentwicklung der Unternehmen (Abbildung 95), die vor 2003 gegründet wurden und bis Ende 2012 wirtschaftlich aktiv waren, so sind 12 Prozent dieser etablierten UDL-Unternehmen im Land Bremen merklich gewachsen, d.h. ihre Beschäftigtenzahl ist im Vergleich zu 2003 entweder um mehr als 10 Prozent angestiegen oder sie haben die Anzahl der Beschäftigten um mehr als 5 erhöht. 81 Prozent zählen zur Gruppe mit insgesamt stabiler Beschäftigung (wobei die Anzahl der Beschäftigten zwischen den beiden Jahren durchaus stärker schwanken kann). 6 Prozent der Unternehmen haben die Beschäftigung zwischen den beiden Zeitpunkten merklich verringert (d. h. Abnahme um

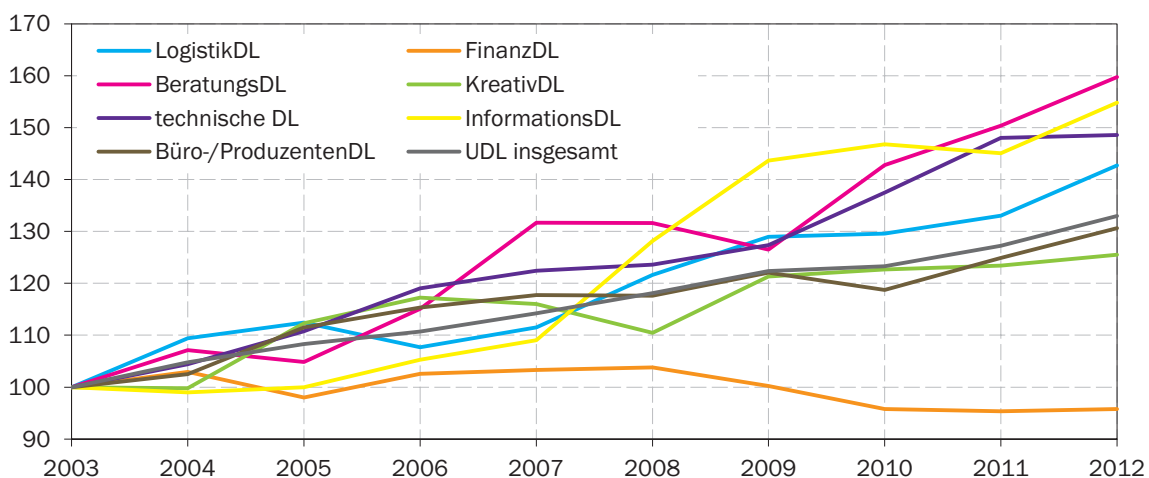
⁸² Die Erfassung der Zahl der wirtschaftsaktiven Ein-Personen-Unternehmen wird durch Schwierigkeiten der Abgrenzung zu Scheinselbstständigkeit und geringfügiger wirtschaftlicher Aktivität erschwert. In diesem Bericht wird auf Daten des Mannheimer Unternehmenspanels (MUP) des ZEW zurückgegriffen, das wiederum auf Informationen der Kreditauskunftei Creditreform beruht (vgl. Abschnitt 2.3.3). Ein-Personen-Unternehmen sind dort nur erfasst, wenn sie eine signifikante wirtschaftliche Aktivität entfalten, d. h. wenn sie u. a. Bank- oder Lieferantenkredite nachfragen oder in größerem Umfang Aufträge von anderen Unternehmen erhalten oder umfangreichere Bestellungen bei anderen Unternehmen tätigen. Die Gesamtzahl der durch den MUP im Land Bremen erfassten wirtschaftsaktiven Unternehmen entspricht fast exakt der Zahl der Unternehmen im Unternehmensregister (UR) des Landes Bremen.

zumindest 10 Prozent oder Abbau von zumindest 5 Beschäftigten). Wachsende etablierte Unternehmen sind überproportional in den Logistik-, technischen, Informations- und Beratungsdienstleistungen anzutreffen. Die Logistik- und Informationsdienstleistungen weisen allerdings auch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an schrumpfenden Unternehmen auf. Die Finanz- und die Kreativdienstleistungen zeichnen sich durch einen besonders hohen Anteil von etablierten Unternehmen mit stabiler Beschäftigungsentwicklung aus. Dabei handelt es sich überwiegend um Ein-Personen-Unternehmen.

Abbildung 96

Beschäftigungsentwicklung in den mittelständischen UDL im Land Bremen 2003–2012¹

Index 2003 = 100



¹ Anzahl der Beschäftigten im Jahr 2003 = 100

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Die Bedeutung von Gründungen, Schließungen und die Dynamik in etablierten Unternehmen für das Wachstum der mittelständischen UDL im Land Bremen kann veranschaulicht werden, indem die Beschäftigungsveränderung in den Unternehmen der UDL zwischen 2003 und 2012 in folgende Komponenten zerlegt wird:

- Beschäftigungszuwachs durch Unternehmen, die zwischen 2003 und 2012 gegründet wurden und die Ende 2012 noch wirtschaftlich aktiv waren.
- Beschäftigungsverlust durch Unternehmen, die vor 2003 gegründet wurden und die zwischen 2003 und 2012 geschlossen wurden.
- Beschäftigungszuwachs in wachsenden etablierten Unternehmen.
- Beschäftigungsverlust in schrumpfenden etablierten Unternehmen.

Außerdem ist noch zu berücksichtigen, dass die Beschäftigung im Bereich der mittelständischen UDL zurückgehen kann, wenn Unternehmen aus dem Bereich des Mittelstands hinauswachsen (d. h. die Beschäftigungsschwelle von 500 erreichen beziehungs-

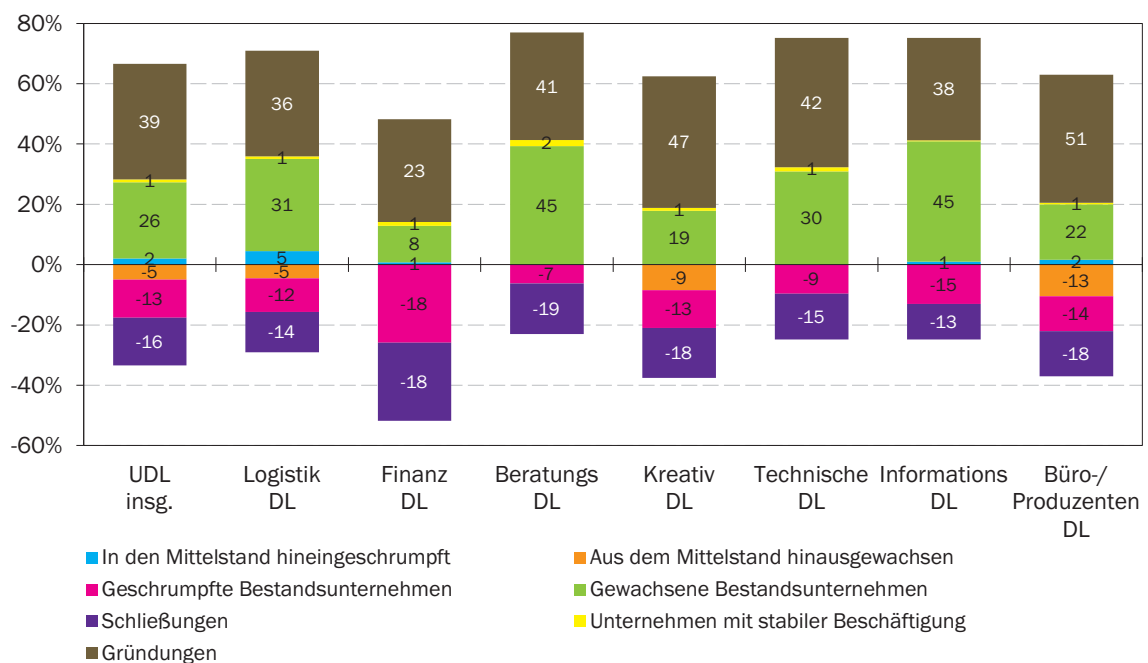
weise überschreiten). Umgekehrt kann die Beschäftigung in den mittelständischen UDL zunehmen, wenn Großunternehmen diese Beschäftigungsschwelle unterschreiten.⁸³

Die Berechnungen auf Basis des Mannheimer Unternehmenspanels zeigen zunächst, dass die Beschäftigung in fast allen Teilbranchen der mittelständischen UDL im Zeitraum 2003 bis 2012 gestiegen ist (Abbildung 96). Die durchschnittliche Wachstumsrate der Beschäftigung pro Jahr betrug 3,3 Prozent. Der hohe Wert muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass 2003 ein Jahr am Ende einer dreijährigen konjunkturellen Stagnationsphase und hoher Arbeitslosigkeit war, während 2012 noch Teil einer konjunkturellen Aufschwungsperiode war.

Überdurchschnittlich stark stieg die Beschäftigung in den Beratungs-, Informations-, technischen und Logistikdienstleistungen. Die Büro- und Produzentendienste sowie Kreativdienstleistungen zeigen ein leicht unterdurchschnittliches Beschäftigungswachstum. Die einzige UDL-Branche mit einem niedrigeren Beschäftigungsniveau in 2003 gegenüber 2012 sind die Finanzdienstleistungen.

Abbildung 97

Verteilung der Beschäftigten in den mittelständischen UDL im Land Bremen nach Unternehmenstypen¹



¹ Veränderung der Beschäftigung zwischen 2003 und 2012 als Anteil an der Beschäftigung in 2003

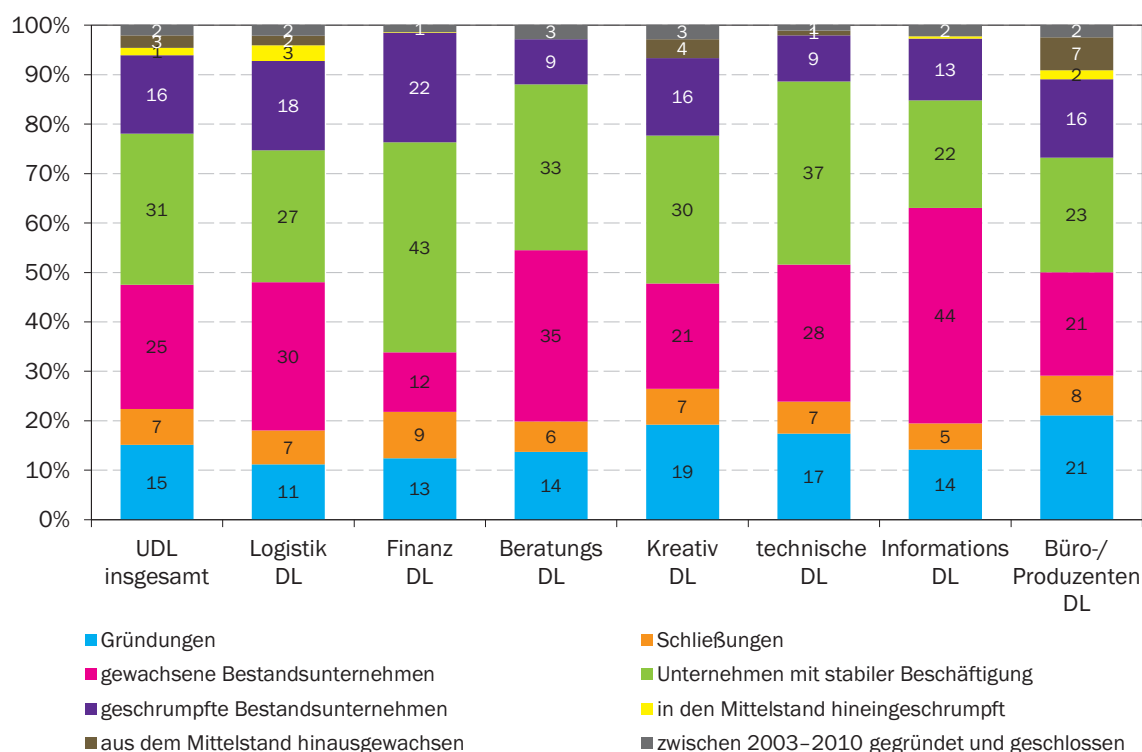
Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

⁸³ Unberücksichtigt bleiben hier Unternehmen, die zu Beginn und zu Ende des betrachteten Zeitraums zur Gruppe der Großunternehmen zählen, dazwischen aber die Beschäftigtenschwelle zum Mittelstand unterschritten haben. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind die sehr wenigen Fälle von Unternehmen, die zu Beginn des betrachteten Zeitraums zur Gruppe der Großunternehmen zählen und während des betrachteten Zeitraums geschlossen werden, sowie Unternehmensgründungen, die bis zum Ende des betrachteten Zeitraums zu Großunternehmen gewachsen sind. Eine Einbeziehung all dieser Unternehmen würde an den im Folgenden dargestellten Aussagen nichts Grundlegendes ändern.

Trotz des hohen Beitrags von Gründungen am Beschäftigungswachstum der mittelständischen UDL im Land Bremen in den vergangenen 10 Jahren waren im Mittel der Jahre 2003 bis 2012 nur rund 15 Prozent der Beschäftigten in den mittelständischen UDL in seit 2003 neu gegründeten Unternehmen tätig (Abbildung 98). Der größte Teil der Beschäftigten arbeitet in etablierten Unternehmen (71 Prozent), wobei 25 Prozent in wachsenden, 31 Prozent in stabilen und 16 Prozent in schrumpfenden Unternehmen tätig sind (entsprechend der oben angeführten Definition). 7 Prozent der im Mittel der Jahre 2003 bis 2012 in den mittelständischen UDL Beschäftigten entfielen auf Unternehmen, die bis Ende 2012 geschlossen wurden. 3 Prozent waren in Unternehmen tätig, die aus dem Mittelstand hinausgewachsen sind, der Beschäftigtenanteil von in den Mittelstand hinein gewechselten Unternehmen betrug 1 Prozent. Im Mittel der Jahre 2003 bis 2012 entfielen außerdem 2 Prozent der Beschäftigten auf Unternehmen, die während dieses Zeitraums gegründet und wieder geschlossen wurden.

Abbildung 98

Verteilung der Beschäftigten in den mittelständischen UDL im Land Bremen nach Unternehmenstypen



1 Anteil an allen Beschäftigten in den mittelständischen UDL, Mittel der Jahre 2003–2012

Quelle: HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen (2013).

Für eine auf ein weiteres Wachstum der UDL im Land Bremen abzielende Mittelstandspolitik bedeuten diese Befunde, dass das hohe Potenzial der Gründungen

besonders beachtet werden soll. Dabei geht es nicht nur um günstige Rahmenbedingungen von Gründungen, sondern vor allem um günstige Wachstumsbedingungen für junge Unternehmen. Dies schließt adäquate Flächen und Räumlichkeiten für eine Expansion der Unternehmen ebenso ein wie den Zugang zu geeigneten Finanzierungsmitteln oder ein ausreichendes Fachkräfteangebot (siehe dazu ausführlicher Abschnitt 6.6 zur Förderpolitik).

5.4 | Zusammenfassung

UDL sind ein wesentlicher Bestandteil des Mittelstands im Land Bremen. Über ein Drittel der Beschäftigten und des Umsatzes der mittelständischen Wirtschaft entfällt auf Dienstleistungsbranchen, die in erster Linie für andere Unternehmen Dienstleistungen erbringen. Wichtigste Einzelbranche ist die Logistik, gefolgt von den Büro- und Produzentendiensten, den Finanzdienstleistungen, der Beratungsbranche und den technischen Dienstleistungen. Ebenfalls zu den UDL zählen die Informationsdienstleistungen und die Kreativwirtschaft. UDL zeichnen sich durch ein besonders hohes Beschäftigungswachstum aus, wobei die Branche im Land Bremen jüngst stärker wuchs als im deutschlandweiten Durchschnitt.

Die UDL sind sehr kleinbetrieblich strukturiert, der Anteil von Ein-Personen-Unternehmen ist sehr hoch. Viele der Unternehmen sind noch jung und in der Wachstumsphase. Die Bedeutung von Gründungen für die Beschäftigungsentwicklung ist sehr hoch. Ende 2012 befanden sich 15 Prozent aller Arbeitsplätze in den bremischen mittelständischen UDL in Unternehmen, die ab 2003 gegründet wurden. Diese Unternehmen trugen zu einem Wachstum der Beschäftigung in den UDL um 39 Prozent bei.

Die meisten UDL-Unternehmen setzen auf eine starke Kundenorientierung und Nischenstrategien. Dies sichert die Wettbewerbsfähigkeit, geht aber mit nur geringen Wachstumspotenzialen einher. Expansionsorientierte Innovationsstrategien sind vor allem in den Informations- und technischen Dienstleistungen anzutreffen.

Eine Besonderheit der bremischen UDL ist die starke Ausrichtung auf Industriekunden, was ein Spiegelbild der hohen Bedeutung der Industrie für den Wirtschaftsstandort Bremen ist. Die UDL im Land Bremen weisen eine hohe Exportquote auf, die vor allem durch die Logistik getragen wird, während die meisten anderen Teilbranchen eine geringere Exportorientierung als im deutschen Mittel zeigen. Der größte Teil der UDL-Unternehmen arbeitet im Rahmen von Geschäftspartnerschaften mit anderen Unternehmen zusammen. Die meisten dieser Partnerschaften finden mit Unternehmen derselben Branche statt, wobei überregionale und internationale Kooperationen überwiegen.

Die UDL-Unternehmen sind überwiegend humankapitalintensive Unternehmen, die sich durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Akademikerinnen und Akademikern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Berufsabschluss auszeichnen. Der Fachkräftebedarf ist auch künftig hoch, wobei ein hoher Neueinstellungsbedarf bei Akademikerinnen und Akademikern und Auszubildenden besteht. Dabei rechnen 70 Prozent der UDL-Unternehmen mit Schwierigkeiten, den Einstellungsbedarf zu decken.

Die wirtschaftlichen Aussichten der UDL im Land Bremen waren Mitte des Jahres 2013 insgesamt günstig. Die meisten Unternehmen rechneten mit einer Verbesserung der Auftragslage. Bis Ende 2014 soll die Beschäftigung in den bestehenden Unternehmen um 7 Prozent im Vergleich zu Mitte 2013 ausgeweitet werden. Von der, derzeit allerdings nachlassenden, Gründungstätigkeit wird zusätzliches Beschäftigungswachstum ausgehen.

6 | Handlungsempfehlungen

Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen leiten sich aus den in den vorigen Kapiteln dargestellten Analysen zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der aktuellen Situation und Entwicklung im bremischen Mittelstand im Allgemeinen sowie den unternehmensnahen Dienstleistungen im Besonderen ab. Sie basieren damit sowohl auf den Ergebnissen der quantitativen Auswertungen der amtlichen Statistik und herangezogenen Erhebungen als auch der qualitativen Gespräche mit Expertinnen und Experten im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen. Zudem greifen die Handlungsempfehlungen die Erkenntnisse aus dem Expertenworkshop mit Expertinnen und Experten der bremischen Mittelstandspolitik auf.

Ziel ist es, Empfehlungen zur Verbesserung der für den Mittelstand im Land Bremen insgesamt relevanten Rahmenbedingungen aufzuzeigen. Neben der unmittelbaren Politik der Mittelstandsförderung spielen dabei insbesondere auch weitere Bereiche der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik eine Rolle. Die aufgezeigten Handlungsempfehlungen richten sich nicht ausschließlich an den SWAH, sondern sind ressortübergreifend angelegt.

6.1 | Arbeitskräftepotenziale und berufliche Qualifizierung

Die eigens für diesen Bericht durchgeführte HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung im Land Bremen hat gezeigt, dass eines der größten Wachstumshemmnisse für bremische KMU die nur unzureichend mögliche Besetzung offener Stellen ist. Demnach hätten die Unternehmen ihre Beschäftigung in den vergangenen eineinhalb Jahren um 4 Prozent mehr ausgeweitet, wenn qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung gestanden hätten. Der Bedarf nach qualifizierten Arbeitskräften im Land Bremen wird vermutlich weiter steigen, da die meisten Unternehmen bei künftigen Neueinstellungen insbesondere nach qualifizierten Bewerbern suchen. Darunter fallen nicht nur die Hochschulabsolventinnen und -absolventen, sondern ebenso Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung.

Schulische Bildung

Um mehr junge Menschen in die duale berufliche Ausbildung zu führen, sollten in der schulischen Ausbildung lernschwache Schülerinnen und Schüler noch besser integriert und gefördert werden, damit sie die Grundvoraussetzungen für den Übergang in die berufliche Bildung mitbringen. Empirische Analysen zeigen beispielsweise für Deutschland, dass das Vorliegen eines Schulabschlusses die Chance auf einen berufsbildenden Abschluss erhöht.⁸⁴

⁸⁴ Vgl. Boll et al. (2013).

Zudem sollte bereits in der Schule eine gezielte Berufsorientierung angeregt werden. Verstärkte Kooperationen zwischen den Schulen und der Wirtschaft (Beispiel: Mentoren-Programm der Handwerkskammer Bremen⁸⁵) sollten daher weiter gestärkt und gefördert werden, um interessante Berufsfelder sowie Markterfordernisse und Berufseinstiegschancen bereits früh aufzeigen zu können. Im besonderen Fokus sollte auch stehen, verstärkt Mädchen als Auszubildende in zukunftsträchtigen MINT-Berufen zu gewinnen.

Akademische Ausbildung

Das Land Bremen zeichnet sich durch sehr gute Ausgangsbedingungen im Hochschulbereich aus.⁸⁶ Die akademische Ausbildung muss angesichts der sich bereits manifestierenden Fachkräfteengpässe sowie der knappen finanziellen Ressourcen des Landes Bremen jedoch effizienter gestaltet werden. Empirische Studien für Deutschland legen hier eine stärkere Differenzierung zwischen berufsqualifizierenden und eher wissenschaftlich orientierten Studiengängen nahe. Während an den deutschen Universitäten etwa 30 Prozent der Studienanfänger keinen Abschluss erreichen, liegt die Quote an den Fachhochschulen im gesamtdeutschen Durchschnitt nur bei rund 17 Prozent.⁸⁷ Im Land Bremen verlief die Entwicklung der Studentenzahlen unterschiedlich zur Bundesentwicklung. Während in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts überproportionale Zuwächse zu verzeichnen waren, fiel die Zunahme der Studentenzahlen ab 2008/09 niedriger aus als im Bund insgesamt. Die Auswirkungen der doppelten Abiturjahrgänge in Form einer Zunahme der Studentenzahlen haben innerhalb des Landes Bremen in besonderem Maße die Hochschule Bremen betroffen. Während die Entwicklung an der Universität Bremen deutlich unterhalb des Landesniveaus verlief, liegt die Zunahme der Studentenzahlen an der Hochschule Bremen deutlich oberhalb der Landesentwicklung und bis 2010/11 sogar über der Entwicklung im Bund insgesamt.⁸⁸ Hieraus könnte eine höhere Nachfrage nach Studieninhalten mit Praxisnähe abgeleitet werden.

Zu empfehlen ist eine gezielte Förderung berufsqualifizierender Studiengänge und der entsprechenden Abschlüsse, die sich am tatsächlichen Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren. Um die vorhandenen Ressourcen in der akademischen Ausbildung effizienter zu nutzen, sollten Unternehmen und Bildungseinrichtungen stärker bei so genannten dualen Studiengängen zusammenarbeiten. Je nach Ausprägung bietet das duale Modell viele Vorteile: Es ermöglicht Studierenden eine Finanzierung des Studiums und verzahnt Theorie und Praxis. Die Unternehmen stellen durch ihr Engagement sicher, dass

⁸⁵ Im Rahmen einer Kooperation mit der Agentur für Arbeit führt die Handwerkskammer Bremen zudem ein „Projekt zur vertieften Berufsorientierung“ im handwerklichen Bereich von Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen durch.

⁸⁶ Siehe zum Beispiel Anhang A4.

⁸⁷ An der Hochschule Bremen lag sie im Jahr 2012 bei 19 Prozent; vgl. Nitt-Drießelmann et al. (2013).

⁸⁸ Vgl. Willms (2013).

sie passgenau ausgebildete Fachkräfte erhalten, und die Hochschulen profitieren von zusätzlicher finanzieller Unterstützung sowie fachlichen Impulsen aus der Wirtschaft. Eine weitere interessante Option ist der parallele Erwerb der Fachhochschulreife während der betrieblichen Ausbildung, wie beispielsweise im Hamburger Modell „Dual plus Fachhochschulreife“. Diese bietet im Anschluss an die Lehre die Möglichkeit, ein Studium anzuschließen.⁸⁹

Ziel sollte es zudem sein, die Studierenden als gut ausgebildete Fachkräfte im Anschluss an ihr Studium an den Standort Bremen/ Bremerhaven zu binden, da eine frühzeitige Bindung von Personen einfacher ist als eine spätere Fachkräftegewinnung von außen. Hierzu könnte insbesondere die Gruppe der Absolventinnen und Absolventen etwa im Rahmen einer Karrieremesse gezielt von bremischen Unternehmen angesprochen werden (zum Beispiel durch die Möglichkeit für Praktika und Diplomarbeiten).

Betriebliche Aus- und Weiterbildung

Die betriebliche Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern bietet eine weitere Möglichkeit Fachkräfteengpässen entgegenzuwirken, indem zum einen die jüngere Generation möglichst früh in den Arbeitsmarkt integriert (Ausbildung) und zum anderen die ältere Generation möglichst lange aktiv im Arbeitsmarkt gehalten wird (Weiterbildung). Das Land Bremen bietet bereits zahlreiche Förderangebote zur Aus- und Weiterbildung an. Zudem sollten die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen weiter an die Bedürfnisse Älterer angepasst werden. Ein wesentlicher Ansatzpunkt hierbei ist eine an verschiedenen Lebensphasen orientierte Personalpolitik. Kontinuierliche Qualifizierung und Gesundheitsmanagement sind in diesem Zusammenhang zwei wichtige Bausteine, um Beschäftigungsrisiken Älterer aufgrund von Qualifikationsverlust und Krankheit vorzubeugen. Zwei von drei Industriebetrieben in Deutschland bieten bereits spezielle personalpolitische Maßnahmen für über 50-jährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.⁹⁰ Für den bremischen Mittelstand liegen hierzu keine Zahlen vor. Grundsätzlich gilt aber, dass eine altersgerechte Arbeitsorganisation und Personalplanung bereits früh und nicht erst im mittleren oder höheren Alter beginnen sollte.

Arbeitskräftepotenziale von Frauen

Weitere Maßnahmen, qualifizierte Arbeitskräfte für sich zu gewinnen, können darauf abzielen das Potenzial von Personengruppen auszuschöpfen, bei denen die Erwerbsbeteiligung derzeit noch relativ gering ist. Häufig nehmen beispielsweise gut ausgebildete

⁸⁹ Vgl. Bencek et al. (2012).

⁹⁰ Vgl. Stettes (2009).

Frauen, insbesondere Mütter, nicht oder nur eingeschränkt am Erwerbsleben teil.⁹¹ Hier könnten auch mittelständische Unternehmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beispielsweise durch flexibel gestaltete Arbeitszeiten für Frauen und Männer oder die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit erhöhen und die Potenziale für sich nutzen. Gleichzeitig zeigt die HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung auch, dass gerade die Industrie noch für eine familienfreundliche Arbeitsorganisation sensibilisiert werden sollte. Die Befragung hat ergeben, dass die Mehrheit der bremischen Unternehmen flexible Arbeitszeiten als wichtig erachtet. Seitens der öffentlichen Hand sollte die Quote der Kinderbetreuung (z. B. Kindertagesstätte, Kindergarten) erhöht werden, denn dies wird zunehmend ein wichtiger Standortfaktor für Fachkräfte.

Integration von Personen mit Migrationshintergrund

Auch gilt es, verstärkt die Potenziale von Migrantinnen und Migranten zu erschließen und diese bei den beiden Übergängen zwischen Schule und Ausbildung beziehungsweise Ausbildung und Beruf mit entsprechenden Angeboten und der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu unterstützen. Ein Beispiel hierzu, das in den qualitativen Interviews genannt wurde,⁹² wäre eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse bei den Pflegeberufen sowie weniger strikte Erfordernisse an die Sprachkenntnisse der Pflegekräfte.⁹³ Vor dem Hintergrund zunehmender Internationalisierung bieten sich vermehrt Beschäftigungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund.⁹⁴

Regionales Fachkräftemonitoring

Um regelmäßig belastbare Ergebnisse zum Fachkräftebedarf zu erhalten, ist ein Fachkräftemonitoring in Form von jährlichen quantitativen Erhebungen zur branchenspezifischen Fachkräftenachfrage zu empfehlen, welches sich auf die Region Bremen bzw. Bremerhaven bezieht. Basis für die Regionsabgrenzung sollte eine funktionale Abgrenzung sein (z. B. Arbeitsmarktregion), die die regionalen Verflechtungen abbildet.

6.2 | Standortkosten

Preiswerte Industrie-, Gewerbe-, Büro- und Einzelhandelsflächen sowie vergleichsweise geringe Realsteuerhebesätze stellen wesentliche Standortvorteile für die Wirtschaft dar.

91 Wie Analysen des HWWI zeigen, entsprach das nicht realisierte Arbeitsvolumen von Müttern wegen unzureichender Kinderbetreuung im Jahr 2010 in Deutschland insgesamt mehr als 300 Tsd. Vollzeitäquivalenten. Zusammen mit dem Potenzial der inaktiven Mütter ergibt sich hieraus eine Summe von etwa 850 Tsd. Personen für Deutschland (siehe hierzu Boll et al. 2013, S. 16f).

92 Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ), Gespräch am 23.09.2013 (siehe hierzu Anhang A4).

93 So ist im Land Bremen beispielsweise bereits zur Aufnahme einer Tätigkeit als Pflegekraft das Zertifikat B2 erforderlich, während in Bayern beispielsweise ein solches Zertifikat erst nach 6 Monaten nachzureichen ist.

94 Aufgrund der hohen Arbeitslosenquote unter Migrantinnen und Migranten ist zu prüfen, inwieweit diese Beschäftigungspotenziale gehoben werden können.

Das Land Bremen mit seinen Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven kann insbesondere bei den Immobilienpreisen teils deutliche Wettbewerbsvorteile gegenüber vergleichbaren Städten vorweisen. In vielen Fällen, so zum Beispiel bei der Ansiedlung auswärtiger Unternehmen, konkurrieren die Städte auch direkt mit ihrem Umland. Aus diesem Grunde sollten sowohl Bremen als auch Bremerhaven beim Monitoring der kommunal beeinflussbaren Standortkosten, insbesondere im Bereich der Realsteuern, auch die Entwicklungen in benachbarten Kommunen im Blick behalten. Durch eine zukunftsorientierte Flächenpolitik sowie eine moderate kommunale Hebesatzpolitik können Bremen und Bremerhaven mittelfristig ein konkurrenzfähiges Preis- und Steuerniveau sichern.

Bodenpreise/Gewerbeflächenangebot

Um seine Position im Standortwettbewerb zu wahren, sollte Bremen das vorhandene Gewerbeflächenangebot bedarfsgerecht weiterentwickeln und vermarkten. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die steigenden – und stark diversifizierten – qualitativen Anforderungen der Unternehmen zu legen. Sinnvoll ist eine vielschichtige Strategie basierend auf ausreichender Flächenvorsorge, abgestimmter Flächenpolitik sowie einer konkurrenzfähigen Preisgestaltung. Im Rahmen der Bestandspflege sollten die Bedarfe bereits ansässiger KMU besonders berücksichtigt werden.

Die bedarfsorientierte Bereitstellung regional und qualitativ differenzierter Gewerbeflächen stellt eine wesentliche Voraussetzung dar, um erfolgreich im Standortwettbewerb zu bestehen. Eine angemessene Dispositionsreserve erschlossener Gewerbeflächen ist für die aktive Vermarktung des Wirtschaftsstandorts Bremen unverzichtbar und kann Unternehmen an den Standort binden. Für die Entwicklung des Flächenangebots sollte nicht nur die Nachfrage flächenintensiver Wirtschaftsbereiche (z.B. Logistik, Automotive) oder großer mittelständischer Betriebe maßgeblich sein. Aktuell besteht in Bremen gerade auch ein Bedarf an kleinteiligen Flächenangeboten mit guter Verkehrsanbindung für kleinste und kleine Unternehmen des produzierenden Gewerbes und des Handwerks. Um dieser Nachfrage gerecht zu werden, sollten Möglichkeiten einer Reaktivierung von Brachflächen im privaten Bestand sowie einer Erweiterung oder intensiveren Nutzung innerstädtischer Gewerbestandorte geprüft werden.

Für Bremerhaven wird ebenfalls empfohlen, die Strategie einer stetigen Qualifizierung konsequent fortzuführen. Dazu zählt die Fokussierung auf ein hochwertiges, differenziertes Flächenangebot als vermarktungsfähiger Standortvorteil im überregionalen Vergleich sowie die Profilierung der Gewerbeflächen mittels abgestimmter Vermarktungsstrategien. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Sicherung der Wettbewerbsposition gegenüber den Nachbarn Cuxhaven und Wilhelmshaven mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur gelegt werden, da diese sich in vielen Fällen als unmittelbare Alternativstandorte für Unternehmensansiedlungen anbieten.

Büro- und Ladenmieten

Für die Stadt Bremen sollten insbesondere kurzfristig verfügbare und qualitativ hochwertige Angebote an Büroflächen sichergestellt werden. Engpässe im innerstädtischen Bereich müssen hier durch andere Teilräume (zum Beispiel die Überseestadt) aufgefangen werden. Chancen für schwer zu vermarktende Problemlagen – wie etwa die Bahnhofsvorstadt – ergeben sich, wenn die bedarfsgerechte Sanierung vorangetrieben und durch flankierende Marketingaktivitäten gestützt wird. Zudem sollte diese Umnutzungsstrategie für untergenutzte Bestandsimmobilien weitergeführt werden (zum Beispiel Bahnhofsvorstadt, äußerer Wall in Richtung Ostertor). Dabei sollten insbesondere auch Möglichkeiten der Umwandlung von Büro- in Wohnnutzungen (zum Beispiel Abtentorswall/Telekomareal) geprüft werden.

Im Rahmen der Einzelhandelsentwicklung sollte die Angebotsvielfalt in der Bremer Innenstadt weiter gestärkt werden, wie derzeit für den Bereich Ansgaritor/Lloydhof geplant. Über die Umsetzung von „Business Improvement District“-Konzepten (BID) können private Marketingmaßnahmen gefördert werden (Beispiel Sögestraße). Bauliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Fassadengestaltung, werden derzeit in Bremen im Rahmen der BIDs noch nicht umgesetzt. Hier könnte noch Potenzial bestehen. Für Einkaufszentren außerhalb der Innenstadt gilt, dass zukünftige Entwicklungen im Umland engmaschig beobachtet werden sollten, um frühzeitig auf neu entstehende Konkurrenz reagieren zu können.

In Bremerhaven sollte bei der weiteren Entwicklung der Büroflächen dem vorhandenen Branchenmix in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Dazu gehören die Berücksichtigung der qualitativen und quantitativen Bedürfnisse hafenaffiner und logistikaffiner Nutzergruppen sowie die entsprechende Vermarktung. Ausgehend von den Havenwelten und der Neugestaltung der Bürgermeister-Smidt-Straße muss eine weitere Stärkung der Attraktivität des Einzelhandelsstandorts Bremerhaven-Mitte erfolgen. In den innerstädtischen Nebenzentren sollte über Profilschärfung auf eine stärkere Kaufkraftbindung hingewirkt werden. In diesem Zusammenhang kann das Quartiersmanagement eine maßgebliche Rolle spielen.

Gewerbesteuer

Nach erfolgter Hebesatzerhöhung in 2014 sollte in Bremen eine längerfristige Festschreibung des Gewerbesteuerhebesatzes erfolgen, um kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen Planungssicherheit gewährleisten zu können. Für Bremerhaven wird eine Festigung der guten Wettbewerbsposition Bremerhavens durch Festschreibung des Gewerbesteuerhebesatzes auf dem geltenden Niveau empfohlen.

Grundsteuer B

Zur Stabilisierung seiner Wettbewerbsposition wird für Bremen eine Festschreibung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf dem aktuellen Niveau empfohlen. Bremerhaven wird zur Verbesserung seiner Wettbewerbsposition eine Senkung des Grundsteuer B Hebesatzes empfohlen. Große Grundstücke stellen v. a. in der Hafenwirtschaft und der Offshore-Windenergie-Branche eine maßgebliche Standortanforderung dar. Die branchenbezogenen Hauptwettbewerbsstandorte Bremerhavens, so zum Beispiel Cuxhaven, weisen deutlich geringere Hebesätze auf.

6.3 | Erreichbarkeit/Infrastruktur

Eine gute Verkehrsanbindung ist neben dem verfügbaren Arbeitskräfteangebot und wettbewerbsfähigen Standortkosten einer der wichtigsten Standortfaktoren aus Sicht des bremischen Mittelstands. Insbesondere für den Logistiksektor ist eine gute überregionale Erreichbarkeit unverzichtbar, aber auch eine gute Erreichbarkeit innerhalb der Region ist für viele mittelständisch geprägte Branchen wesentlich.

Überregionale Verkehrsanbindung

Der Bericht hat gezeigt, dass der Bremer Bahnhof im Schienenpersonenverkehr, insbesondere im Fernverkehr, nur unzureichend angebunden ist. Ähnliches gilt für den Flughafen Bremen. Hier wurde in den vergangenen Jahren zwar eine deutliche Verbesserung erreicht, wichtige Wirtschaftsstandorte sind aber nach wie vor nicht hinreichend angebunden. Für die Wirtschaft im Land Bremen ist zudem insbesondere die Verbesserung der Erreichbarkeit im Schienengüterverkehr für die überregionale Erreichbarkeit ihrer Standorte in Bremen und Bremerhaven zentral. Sie sichert nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und damit die Beschäftigung und den Umsatz, sondern ist auch von überregionaler deutschland- und europaweiter Bedeutung.

Die überregionale Verkehrsanbindung des Wirtschaftsstandortes Bremen sollte insbesondere durch die konsequente und zeitnahe Umsetzung der geplanten Großprojekte weiter verbessert werden. Hierzu gehören u. a. eine Optimierung des Schienenknotens Bremen mit einem zusätzlichen Gleis zwischen dem Hauptbahnhof und Bremen-Burg, die Verbesserung der Schienengüterverkehre zum JadeWeserPort und in Richtung GVZ sowie die schnelle Prüfung und Realisierung einer Alternative zur Y-Trasse.⁹⁵ Daneben ist der zügige Abschluss der planfestgestellten Mittelweseranpassung und die ausstehende Fahrrinnenanpassung der Weser (insbesondere Außen- und Unterweser) zentral für die

⁹⁵ Vgl. HTC & RMcon (2013).

Bereiche Handel und Logistik sowie für die hafenaffinen Industrien und deren mittelständischer Zuliefererbetriebe. Zudem ist es für die regionale Wirtschaft essentiell, den Ringschluss der A281, der die Erreichbarkeit des Güterverkehrszentrums verbessern und den Verkehr von Bremerhaven besser leiten sowie zusätzliche Kapazitäten aufnehmen könnte, zeitnah abzuschließen. Für die Region Bremerhaven ist der Hafentunnel von hoher Bedeutung. Zu empfehlen ist, die wichtigsten Infrastrukturprojekte der Region für die überregionale, aber auch innerregionale Anbindung, in den Prozess der Bundesverkehrswegeplanung einzubringen und die Maßnahmen vor dem Hintergrund ihrer Relevanz für die Region sowie der knappen finanziellen Ressourcen in Abstimmung mit dem Bund zu priorisieren und mit einem realistischen zeitlichen Projektrahmen zu versehen. Von hoher Bedeutung wird es dabei für Bremen sein, eine stringente Hinterland-Verkehrs-Strategie zu entwickeln und diese unter Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte zu kommunizieren und einzubringen. Als Grundlage für die strategische Verkehrsplanung in Bremen bis zum Jahr 2025 wird derzeit bereits ein neuer Verkehrsentwicklungsplan 2020/2025 (VEP) entwickelt. Der Entwurf des VEP soll im Frühjahr 2014 vorliegen. Derzeit erfolgt eine Maßnahmenabschätzung durch den Projektbeirat (u. a. die bremischen Ressorts Wirtschaft und Häfen, Bau und Umwelt, Handelskammer Bremen, BSAG, ADAC etc.). Es gilt den VEP belastbar zu entwickeln und schnellstmöglich im Land Bremen umzusetzen. Dabei sollten auch die Belange der KMU mit in den VEP aufgenommen werden, um diese entsprechend in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Innerregionale Erreichbarkeit

Es wird aus der Sicht der KMU vor allem darauf ankommen, durch den neuen VEP verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu setzen. Dazu zählen insbesondere eine Optimierung der Wirtschaftsverkehre sowie des Lkw-Führungsnetzes, eine verbesserte Anbindung der Hafenstandorte sowie eine gute Erreichbarkeit von Innenstadt, Nebenzentren und Einkaufszentren für alle Verkehrsarten (Auto, ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger). Insgesamt ist zu empfehlen ein ganzheitliches Konzept für alle Verkehrsarten zu entwickeln und dabei die Belange der Unternehmen mit in das Konzept zu integrieren.

6.4 | Internationalisierung

Die Internationalisierung des bremischen Mittelstands ist hoch. Quer über alle Branchen sind 15 Prozent der mittelständischen Unternehmen im Land Bremen auf Exportmärkten aktiv, für Deutschland beträgt dieser Wert nur 11 Prozent. Die durchschnittliche Exportquote im Mittelstand (ohne konsumorientierte Dienstleistungen) lag 2012 bei 28 Prozent. Die hohe Exportorientierung des bremischen Mittelstands ist eine Standortstärke, denn sie eröffnet dem Standort zusätzliche Wachstumspotenziale. International tätige Unter-

nehmen sind häufig innovativer und weisen ein höheres Beschäftigungspotenzial auf. Über Exportmärkte fließen neue Impulse in die bremische Wirtschaft, die Innovationen und neue Geschäftsmodelle anstoßen können.

Die hohe Internationalisierung des Mittelstands wird primär von der Industrie und der Logistikbranche getragen. In vielen Bereichen der unternehmensnahen Dienstleistungen ist die Exporttätigkeit im deutschlandweiten Vergleich dagegen nicht überdurchschnittlich. Dies gilt insbesondere für die Finanz-, Beratungs-, Kreativ-, technischen und Informationsdienstleistungen. Hier ist noch weiteres Potenzial für die Erschließung von Auslandsmärkten und damit von Wachstumsmöglichkeiten zu vermuten. Um dieses Potenzial zu heben, sollte die Internationalisierung der unternehmensnahen Dienstleistungen im Land Bremen vorangetrieben werden, zum Beispiel im Rahmen einer verstärkten Messenförderung. Nach jetzigem Stand wird die Messenförderung auch im neuen European Regional Development Fund (ERDF) fortgesetzt und steht auch den Branchen der UDL offen.

Vernetzung mit der Industrie

Eine stärkere Vernetzung zwischen den unternehmensnahen Dienstleistungen im Land Bremen und der exportorientierten Bremer Industrie – insbesondere mit deren Großunternehmen – kann als ein Sprungbrett für Auslandsaufträge dienen. Derzeit unterhält nur ein kleiner Teil der unternehmensnahen Dienstleister Geschäftspartnerschaften mit Industrieunternehmen aus der Region. Hierbei könnte die Tatsache eine Rolle spielen, dass die meisten industriellen Großunternehmen Teile von internationalen Konzernen sind, deren Hauptsitze sich in anderen Regionen Deutschlands oder im Ausland befinden. Dies könnte den Zugang für die i. d. R. sehr kleinen unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen erschweren. Im Rahmen eines Wirtschaftsdialogs zwischen den industriellen Leitbetrieben, den unternehmensnahen Dienstleistungen und der Wirtschaftspolitik sollte diskutiert werden, welche Voraussetzungen auf Seiten der Dienstleistungswirtschaft dazu mitgebracht werden müssen. Im Rahmen der programmatischen Neuordnung der Innovationsförderung die der Bremer Senat in den vergangenen Jahren in die Wege geleitet hat,⁹⁶ werden bereits innovative Maßnahmen zur Intensivierung der Kooperationen von unternehmensnahen Dienstleistern und Industrieunternehmen erprobt.

Beratungsangebote zu Internationalisierungsstrategien

Zudem kann die Politik die Internationalisierung kleiner Dienstleistungsunternehmen unterstützen, indem sie Best-Practice-Beispiele und darauf aufbauende Beratungsangebote

⁹⁶ Vgl. hierzu Abschnitt 4.7 Förderpolitik.

zu Internationalisierungsfragen verbreitet. Für kleine Unternehmen bedeutet der Schritt in Auslandsmärkte meist, dass sie gleichzeitig mehrere neue Herausforderungen meistern müssen. Diese reichen von arbeits- und steuerrechtlichen Fragen, Fragen des Marktzugangs und länderspezifischer Marktstrukturen und -regulierungen und sprachlichen Anpassungen der eigenen Angebote bis zum Umgang mit länderspezifischen Eigenheiten der Kundenanforderungen. Derartige Angebote bestehen zum Teil im Rahmen der Ländernetzwerke der Handelskammern sowie des Enterprise Europe Networks (EEN), zum Beispiel Design-Thinking-Seminare im internationalen Kontext. Auch in anderen Bundesländern werden bereits mit guten Erfolgen Formate angeboten, die entsprechende Beratungsangebote unter Einbeziehung von Best-Practice-Fällen beinhalten. Beispiele, wie erfolgreiche Internationalisierungsstrategien anderer Unternehmen aussehen können, können für KMU hilfreich sein. Die Wirtschaftspolitik sollte dabei vor allem als Initiator für solche Informationsangebote auftreten.

6.5 | Vernetzung

Das Land Bremen verfolgt seit längerer Zeit eine aktive Politik der Clusterbildung und Vernetzung. Die Cluster und Kompetenzfelder des Innovationsprogramms 2020 definieren thematische Schwerpunktbereiche der Vernetzung, in deren Mittelpunkt Technologiefelder und industrielle Wertschöpfungsketten stehen. Diese Initiativen stärken die Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen, KMU und Wissenschaft innerhalb der Themenfelder.

In der bremischen Clusterpolitik ist aus Sicht der KMU vor allem die Schwerpunktsetzung beim Ausbau der regionalen Zuliefererbasis von Interesse, von der vor allem KMU aus der Industrie profitieren. Diesem Ziel entspricht auch die unternehmensnahe Förderung technologischer Kompetenz nach der FEI-Richtlinie.

Die Vernetzung zwischen Industrie und den mittelständischen unternehmensnahen Dienstleistungen im Land Bremen ist dagegen noch ausbaufähig. Der Anteil der Industrie am gesamten Absatz der unternehmensnahen Dienstleistungen ist mit 28 Prozent zwar im bundesweiten Vergleich insgesamt überdurchschnittlich, in vielen Dienstleistungsbranchen (Beratung, technische, kreative und Informationsdienstleistungen) jedoch sehr niedrig. Nur 11 Prozent der Geschäftspartnerschaften von unternehmensnahen Dienstleistungen finden mit der Industrie statt, davon die meisten mit Industrieunternehmen außerhalb des Landes Bremen. Gleichzeitig bestehen in den meisten Clustern und Kompetenzfeldern des Innovationsprogramms Potenziale für eine verstärkte Integration von Dienstleistungsunternehmen, insbesondere wenn es um die Kombination von Technologien mit Dienstleistungsangeboten („hybride Wertschöpfungsketten“) geht.

Hybride Wertschöpfungsketten⁹⁷

Die Befragung zeigt, dass es zahlreiche Geschäftspartnerschaften zwischen den UDL und den Industrieunternehmen gibt. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Möglichkeiten für hybride Wertschöpfungsketten in den einzelnen Clustern und Kompetenzfeldern sollten im Rahmen der Clusterinitiative des Landes Bremen die UDL in die Initiative stärker eingebunden werden.

KMU-Orientierung

Die bremischen Innovationscluster (Maritime Industrie, Windenergie, Luft- und Raumfahrt) sind in ihrer Entwicklung stark durch Großunternehmen bestimmt. Die angestrebte KMU-Orientierung der Clusterpolitik sollte durch entsprechende Aktivitäten der Clustermanager vorangetrieben werden.

Systematische Vernetzung im Bereich der Kreativwirtschaft

Innerhalb der Kreativwirtschaft ist bereits ein hohes Vernetzungsniveau entlang der gesamten Wertschöpfungskette erreicht, da oftmals interdisziplinäre Kooperationen notwendig sind.⁹⁸ Gleichzeitig gibt es noch einen bedeutenden Anteil an Kreativwirtschaftsunternehmen, die keine systematische Vernetzungsstrategie verfolgen, insbesondere im mediennahen Bereich der Kreativwirtschaft.⁹⁹ Hier sollte geprüft werden, inwieweit dieses Feld in den Kreativwirtschaftsinitiativen im Land Bremen besser eingebunden werden kann. Potenzial besteht auch bei der Zusammenarbeit Kreativer mit Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe.

6.6 | Förderpolitik

Dem bremischen Mittelstand steht ein bedarfsgerechtes und zielgerichtetes Angebot an öffentlichen Fördermaßnahmen in den Bereichen Innovation, Investition und Qualifizierung zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wurde im Rahmen verschiedener Gemeinschaftsinitiativen ausgebaut, u. a. B.E.G.IN-Netzwerk und brinno.net. Zentrale Anlaufstelle ist seit 2011 der Unternehmensservice Bremen, beauftragt durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen. Die Handelskammer und die Handwerkskammer, das RKW, die BAB Bremer Aufbau-Bank und die WFB Wirtschaftsförderung Bremen sowie die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH bieten Hilfestellung bei allen Fragen zu Dienstleistungsangeboten und Förderungen sowie Existenzgründung im Land Bremen an.

⁹⁷ Unter hybride Wertschöpfungsketten versteht man die Kombination von Technologien mit Dienstleistungsangeboten.

⁹⁸ Siehe die qualitativen Interviews in Anhang A4.

⁹⁹ Siehe ebd.

Mit der Neugestaltung der FuE-Förderung und dem Vorrang der Darlehens- gegenüber der Zuschussförderung wurde die einzelbetriebliche Innovationsförderung neu ausgerichtet. Dadurch können bei gleichem öffentlichem Mitteleinsatz höhere Projektvolumina bewegt werden. Dies kommt insbesondere jenen Unternehmen zugute, die für größere Investitionsprojekte günstige Finanzierungsbedingungen suchen. Im Bereich der Förderung von risikoreichen Forschungsprojekten kann eine Darlehensfinanzierung gerade für kleine Unternehmen weniger attraktiv als eine Zuschussfinanzierung sein, wenn der Ertragsrückfluss aus den Forschungsprojekten ungewiss ist und/oder das Unternehmen bereits eine hohe Fremdkapitalbelastung aufweist.

Transparenz und Bekanntheitsgrad

Die Transparenz und der Bekanntheitsgrad der Förderangebote und der beteiligten Institutionen sind nach Ergebnis der Unternehmensbefragung bereits auf einem guten Niveau. Angesichts der Vielzahl der Akteure in der Wirtschaftsförderung auf städtischer, Landes-, Bundes- und EU-Ebene ist es jedoch für viele kleine Unternehmen von entscheidender Bedeutung, die für sie am besten geeigneten Programme ausfindig zu machen. In der Förderpolitik sollte deshalb auch weiterhin eine qualifizierte Steuerung und Beratung im Vordergrund stehen.

Internetbasierte Informationsplattform

Das Förderangebot für KMU im Land Bremen könnte durch die Schaffung einer internetbasierten Informationsplattform, die die Angebote des Landes und kommunaler Einrichtungen, der Kammern und Verbände sowie relevanter Bundes- und EU-Programme thematisch gegliedert darstellt, transparenter gestaltet werden.

Expertenforen

Da Mittelstandspolitik grundsätzlich als Verbundaufgabe zu sehen ist, könnten themenbezogene Expertenforen¹⁰⁰, zum Beispiel unter Einbeziehung der Bereiche Wirtschaft und Arbeit, gezielt Dialoge zu mittelstandsrelevanten Fragestellungen initiieren. Die Koordinierung und Dokumentation der Ergebnisse sollte dabei in den Händen der Wirtschaftsförderung liegen.

100 Beispielhaft kann hier die Internationale Zuliefererbörse (IZB) genannt werden, die in 2-jährigem Turnus im Kontext der Logistik-Messe in Bremen stattfindet.

Fokus auf UDL

Die Gründungsförderung sollte stärker die spezifische Situation der unternehmensnahen Dienstleistungen berücksichtigen.¹⁰¹ Dabei sollte u. a. auf die Situation von Ein-Personen-Gründungen und die Bedingungen für die erstmalige Anstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geachtet werden. In den unternehmensnahen Dienstleistungen leisten Gründungen einen besonders hohen Beitrag zum Branchenwachstum, sodass eine zielgenaue Gründungsförderung entsprechend hohe positive Effekte erzielen kann.

Bedürfnisse von KMU bei der Darlehensförderung

Im Sinne einer flexibel einsetzbaren und wettbewerbsfähigen Förderkulisse sollte hinsichtlich einer wirksamen KMU-Förderung geprüft werden, ob zukünftig vollständig auf das Instrument der Zuschüsse verzichtet werden kann.¹⁰² Derzeit kommen Zuschüsse im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung noch zum Einsatz. Diese Notwendigkeit besteht umso mehr, als auch im Rahmen der europäischen Strukturfondsförderung ab 2014 verstärkt alternative Finanzierungsinstrumente (Darlehens- und Beteiligungsprodukte) zum Einsatz kommen werden. Der SWAH hat vor diesem Hintergrund bereits im Jahr 2012 eine Evaluierung der Darlehensvergabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes Bremen in Auftrag gegeben.¹⁰³ Diese kommt zu dem Ergebnis, dass die Effizienz der Förderung durch die Umstellung im Lande Bremen deutlich gesteigert werden konnte. Auch ist die Akzeptanz auf Seiten der Unternehmen bislang durchweg gut, da für diese die Finanzierung von Projekten aufgrund der höheren Liquiditätsfunktion von Darlehen im Vergleich zu Zuschüssen erleichtert werden konnte.¹⁰⁴ Aus den genannten Gründen spricht vieles dafür, an der Umstellung von der Zuschuss- auf die Darlehensförderung festzuhalten bzw. eine Übertragung auf weitere Bereiche der Unternehmensförderung zu prüfen.¹⁰⁵ Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der kleinen und kleinsten Unternehmen gelegt werden, denen durch höhere Subventionswerte und verbesserte Risikoübernahme zukünftig besser entsprochen werden könnte. Auf diese Weise könnte auch die Teilhabe von KMU am Landesinvestitionsförderprogramm (LIP), die seit 2008 rückläufig war, wieder stärker stimuliert werden.¹⁰⁶

101 Kennzeichnend für alle Teilbranchen ist, dass Unternehmen die wichtigste Kundengruppe darstellen. Zu beachten ist, dass die Unternehmen in den UDL nicht ausschließlich auf gewerbliche Kunden ausgerichtet sind, sondern dass viele Unternehmen ihre Dienstleistungsangebote sowohl an andere Unternehmen als auch an öffentliche Einrichtungen und Privathaushalte richten. Siehe hierzu auch Kapitel 5.1.1 und 5.1.2.

102 Siehe hierzu auch die Ausführungen zu Abschnitt 4.7 Förderpolitik.

103 GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen; MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH (2012): Evaluierung der Darlehensvergabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes Bremen, insbesondere mit Blick auf die Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

104 Vgl. ebd.

105 Vgl. ebd.

106 Neben der Neuausrichtung der Unternehmensförderung können auch die Auswirkungen der Finanzkrise bei diesem Rückgang eine Rolle gespielt haben. Eine differenzierte Betrachtung der intervenierenden Variablen wurde im Rahmen der Evaluierung jedoch nicht vorgenommen.

7 | Fazit und Ausblick

Der Erfolg Deutschlands bei der Bewältigung der immer noch nachwirkenden Finanz- und Wirtschaftskrise wird wesentlich vom Mittelstand getragen. Wie lässt sich diese Stärke des deutschen Mittelstands erklären? Ein aktueller Beitrag der KfW¹⁰⁷ hat herausgearbeitet, dass sich der deutsche Mittelstand insbesondere durch seine Größenvielfalt, seine Exportorientierung, seine ausgewogene Branchenstruktur sowie seine Innovationsfreude von den ebenfalls mittelständisch geprägten Europäischen Nachbarn unterscheidet. Der vorliegende Bericht zeigt, dass die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen auch im Land Bremen in dieser Hinsicht äußerst stark sind.

Größenvielfalt

Der Mittelstand wird in der Regel von Kleinunternehmen dominiert. Dies ist auch in Bremen der Fall: 84,7 Prozent der Betriebe waren im Jahr 2012 Kleinbetriebe, 14,5 Prozent zählten zu den mittelgroßen Betrieben, 0,8 Prozent zu den Großunternehmen.¹⁰⁸ Der Anteil der mittelgroßen Unternehmen im Land Bremen ist damit zwar etwas geringer als im deutschen Durchschnitt (16,3 Prozent), aber deutlich größer als im Durchschnitt der EU-27, wo dieser Anteil bei nur 7,6 Prozent liegt. Dadurch ergibt sich eine sehr vielfältige Größenstruktur, die insbesondere für den Aufbau geschlossener vertikaler Wertschöpfungsketten förderlich ist. Denn so können Großunternehmen einzelne Teilbereiche zunächst an größere Mittelständler verlagern, die wiederum ihrerseits weitere Teilbereiche an kleinere Unternehmen verlagern und auf diese Weise Lücken in der Wertschöpfungskette vermeiden.

Exportorientierung

Der bremische Mittelstand ist in seiner Exportorientierung sehr stark: die Exportquote im Land Bremen liegt mit 14,7 Prozent deutlich über dem deutschen Durchschnitt von 11,0 Prozent.¹⁰⁹ Hier können insbesondere auf Schwellenländer spezialisierte Exportunternehmen aus dem gehobenen industriellen Mittelstand am Wachstum dieser Märkte (zum Beispiel der BRIC-Staaten) partizipieren. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen sollten die mit einer Internationalisierung verbundenen Potenziale im Land Bremen hingegen noch besser ausgeschöpft werden.

¹⁰⁷ Tchouvakhina und Schwartz (2013).

¹⁰⁸ Dieser Zahl liegt die Mittelstandsdefinition gemäß dem Umsatzkriterium zugrunde, siehe dazu Kapitel 2 „Methodik“ sowie Kapitel 4, Abschnitt 4.1.

¹⁰⁹ Die Exportunternehmen werden approximativ auf Basis der steuerfreien Umsätze mit Vorsteuerabzug aus der Umsatzsteuerstatistik erfasst (vgl. Abschnitt 2.3 im Kapitel „Methodik“)

Ausgewogene Branchenstruktur

Insbesondere vor dem Hintergrund dieser Exportorientierung ist eine insgesamt ausgewogene Branchenstruktur essentiell, um die Wirkung externer Schocks auf einzelne Branchen durch nicht oder weniger stark betroffene Branchen abfedern zu können. Bremen weist diesbezüglich – ähnlich wie Deutschland insgesamt – mit einem guten Mix aus Industrie und Dienstleistungsbranchen¹¹⁰ eine sehr ausgewogene Struktur auf.

Innovationen und etablierte Clusterstrukturen

Innovationen bilden die Basis für unternehmerischen Erfolg in allen entwickelten Volkswirtschaften und deren Regionen. Prägend für die größeren KMU in Deutschland ist dabei insbesondere das FuE-intensive verarbeitende Gewerbe. Auch die bremische Industrie spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle als Innovationstreiberin für die gesamte Region. So bilden v. a. forschungsintensive Branchen, wie Fahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrt, eine wichtige Grundlage für die Stärkung der technologischen Leistungsfähigkeit des Standorts Bremen und Produktivitätszuwächse im Mittelstand. Zudem bietet die Verzahnung der unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen mit der Industrie erhebliche Potenziale. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Fokussierung der bremischen Förderung auf die Innovationscluster Luft- und Raumfahrt, maritime Wirtschaft und Logistik sowie Windenergie als probates Mittel zur Steigerung des Anteils forschungsintensiver KMU-Zulieferer dar. Die regionalwirtschaftliche und mittelständische Wirksamkeit der Clusterförderung könnte zukünftig durch gemeinsame Infrastrukturen weiter gestärkt werden (zum Beispiel Zulieferer-Plattformen, Projektplattformen KMU/Wissenschaft in PPP-Trägerschaft).

Insgesamt ist festzustellen, dass das Land Bremen mit dem Strukturkonzept 2015, dem Masterplan Industrie sowie dem Innovationsprogramm 2020 eine in sich konsistente wirtschaftspolitische Programmatik mit deutlicher Ausrichtung auf KMU vorgelegt hat. In der bremischen Clusterpolitik ist aus Mittelstandssicht vor allem die Schwerpunktsetzung beim Ausbau der regionalen Zuliefererbasis zu begrüßen und konsequent umzusetzen. Auch erscheint zukünftig eine ressortübergreifende Politik im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik essentiell. Im Rahmen des Strukturkonzepts hat sich das Land Bremen das Ziel einer engeren Koordinierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung auf strategischer und operationeller Ebene gesetzt. Dieses gilt es auch künftig weiter zu verfolgen.

¹¹⁰ Siehe hierzu auch Kapitel 4.1. und 4.2.

Zudem wurde die Forschungsinfrastruktur in den letzten Jahren erheblich ausgebaut und stark auf den technologischen Bereich ausgerichtet. Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Wirtschaft funktioniert teilweise beispielhaft. Insbesondere bei KMU konnte die Verbindung zur Wissenschaft durch verstärkte Unterstützung des Innovationsmanagements von KMU sowie Weiterentwicklung der Angebote der Transferstellen und Technologie- und Gründerzentren verbessert werden.

Zur Sicherung des Mittelstandsstandortes Bremen müssen langfristig mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen erhalten bzw. geschaffen werden, insbesondere auch die Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie wettbewerbsgerechte Standortkosten betreffen. Das Land Bremen ist zwar diesbezüglich derzeit gut aufgestellt und hat mit dem Bremischen Mittelstandsförderungsgesetz eine rechtliche Grundlage geschaffen, um diese Zielsetzungen auch weiterhin konsequent umzusetzen. Um diese gute Ausgangsposition zu sichern, bedarf es jedoch auch weiterhin einer laufenden Beobachtung der Rahmenbedingungen des Mittelstands sowie einer entsprechenden Folgenabschätzung für KMU.

Literaturverzeichnis

Arundel, Anthony (2001): The relative effectiveness of patents and secrecy for appropriation, *Research Policy* 30, 611–624.

Aschhoff, Birgit; Baier, Elisabeth; Crass, Dirk; Hud, Martin; Hünermund, Paul; Köhler, Christian; Peters, Bettina; Rammer, Christian; Schricke, Esther; Schubert, Torben; Schwiebacher, Franz (2013): Innovation in Germany - Results of the German CIS 2006 to 2010, ZEW Dokumentation 13-01, Mannheim.

Bencek, David; Boll, Christina; Bunde, Henriette; Klodt, Henning; Lauppe, Rosa; Leppin, Julian; Stiller, Silvia (2012): Bildungsraum Hamburg/Schleswig-Holstein: mit vereinter Kraft für eine starke Region!, Studie im Auftrag der Hamburger Sparkasse, Hamburg.

Blind, Knut (2004): The economics of standards: theory, evidence, policy, Edward Elgar, Cheltenham.

Blind, Knut; Hipp, Christiane (2003): The role of quality standards in innovative service companies: an empirical analysis for Germany, *Technological Forecasting and Social Change* 70, 653–669.

Boll, Christina; Kloß, Alexandra; Puckelwald, Johannes; Schneider, Jan; Wilke, Christina; Will, Anne-Kathrin (2013): Ungenutzte Arbeitskräftepotenziale in Deutschland: Maßnahmen und Effekte, Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM), Hamburg.

Borger, Klaus (2013): KfW-ifo-Mittelstandsbarometer, Ausgaben November und Dezember 2013, Frankfurt.

Brutscher, Philipp; Raschen, Martin; Schwartz, Michael; Zimmermann, Volker (2012): Internationalisierung im deutschen Mittelstand – Step by step zum Global Player, KfW Economic Research, Studien und Materialien, Frankfurt am Main.

Brutscher, Philipp; Schwartz, Michael (2013): Learn To Succeed: Wie der Mittelstand vom internationalen Ideenaustausch profitiert, KfW-Newsletter 05/2013, Frankfurt am Main.

Bundesagentur für Arbeit (2013a): Betriebe und Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 08) und Betriebsgrößenklassen, Beschäftigungsstatistik, Hannover.

Bundesagentur für Arbeit (2013b): Länderreport Deutschland, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2013c): Länderreport Bremen, Hannover.

Bundesagentur für Arbeit (2013d): Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2012, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2010): Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2009, Nürnberg.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2013a): Berufsbildungsbericht 2013, Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2013b): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, Bonn.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2013): Wirtschaftsmotor Mittelstand – Zahlen und Fakten zu den deutschen KMU, Kurzbericht, Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2012): Monitoring zu ausgewählten wirtschaftlichen Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft 2011, Berlin.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen (2010): Masterplan Industrie Bremen – Ein Beitrag zum Strukturkonzept 2015, Bremen.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2013a): Abgerufen am 24. Juli 2013 von DIHK – Internet: <http://www.dihk.de/themenfelder/recht-steuern/steuern/finanz-und-haushaltspolitik/realsteuer-hebesaetze/hebesaetze-2013/>

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2013b): Abgerufen am 24. Juli 2013 von DIHK – Internet: <http://www.dihk.de/themenfelder/recht-steuern/steuern/finanz-und-haushaltspolitik/realsteuer-hebesaetze/hebesaetze-2010/>

Döring, Thomas; Aigner, Birgit (2010): Standortwettbewerb, unternehmerische Standortentscheidungen und lokale Wirtschaftsförderung – Zum Stand der theoretischen und empirischen Forschung aus ökonomischer Sicht, in: Korn, Thorsten; van der Beek, Gregor; Fischer, Eva (Hrsg.): Aktuelle Herausforderungen in der Wirtschaftsförderung, 13-50, Josef Eul Verlag, Koblenz.

Europäische Kommission (2012): Unternehmen und Industrie SBA Datenblatt 2012 Deutschland.

Evangelinos, Christos; Hesse, Claudia; Gröscho, Sergej; Püschel, Ronny (2012): Die verkehrliche Erreichbarkeit deutscher Großstädte: Eine empirische Analyse, Zeitschrift für Verkehrswissenschaften 83(2), 160–187.

GEFRA–Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen; MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH (2012): Evaluierung der Darlehensvergabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes Bremen, insbesondere mit Blick auf die Förderperiode 2014–2020 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Endbericht an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Freien Hansestadt Bremen, Münster und Bremen.

Georgieff, Peter; Kimpeler, Simone; Müller, Kathrin; Rammer, Christian (2008): Beitrag der Creative Industries zu Innovationssystem am Beispiel Österreichs, Fraunhofer Institut System- und Innovationsforschung und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Karlsruhe und Mannheim.

Hanseatic Transport Consultancy (HTC) und Rail Management Consultants (RMcon) (Hrsg.) (2013): Kapazitive Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes im Großraum Bremen Teil 1: Analyse und Prognose der Verkehre und Produktionsstrukturen, im Auftrag der Freien Hansestadt Bremen, Hamburg.

Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn (2013): Mittelstand im Überblick. Abgerufen am 23. 10 2013 von IfM Bonn – Internet: <http://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/#accordion=0&tab=1>

Immobilienverband Deutschland (IVD) (2013): IVD-Gewerbepreisspiegel 2012/2013, Berlin.

Immobilienverband Deutschland (IVD) (2010): IVD-Gewerbepreisspiegel 2009/2010, Berlin.

Kranzusch, Peter (2012): Freiberufliche Gründungen in Deutschland: Auswertung von Daten der Finanzverwaltung für die Jahre 2008 bis 2011, Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn Daten und Fakten 3, Bonn.

Frei, Marek; Walter, Gerd; Dahms, Vera (2012): Beschäftigungstrends Ergebnisse der jährlichen Arbeitgeberbefragung IAB-Betriebspanel Bremen Befragungswelle 2011, SÖSTRA Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen, Bremen.

Lutzky, Nikolai; Ramms, Thilo; Sünner, Isabel (2012): Evaluierung des Stands der Umsetzung der Mittelstandsenquête Bremen 2002-2007, Gutachten im Auftrag von Handelskammer Bremen, der Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V. und Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, Bremen.

Metzger, Georg (2013): Gründungsgeschehen im Handwerk: Sichtbarer Wandel, KfW Economic Research 23, Frankfurt am Main.

Metzger, Georg; Ulrich, Katrin (2013): KfW-Gründungsmonitor 2013: Gründungsgeschehen auf dem Tiefpunkt – kein Anstieg in Sicht, KfW Research, Frankfurt am Main.

Meurer, Petra; Sünner, Isabel (2008): Mittelstandsenquête Bremen 2005/07, Studie im Auftrag von Förderverein zur Mittelstandsforschung e. V., Handelskammer Bremen, dem Senator für Wirtschaft und Häfen, der Unternehmensverbände im Lande Bremen e. V., Wolfgang-Ritter-Stiftung und Sparkasse Bremen, Bremen.

Meurer, Petra, Sünner, Isabel (2005): Mittelstandsenquête Bremen 2002/04, Studie im Auftrag von Förderverein zur Mittelstandsforschung e.V., Handelskammer Bremen, dem Senator für Wirtschaft und Häfen, der Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V., Wolfgang-Ritter-Stiftung und Sparkasse Bremen, Bremen.

Müller, Bettina; Bersch, Johannes; Niefert, Michaela; Rammer, Christian (2013): Unternehmensdynamik in der Wissenswirtschaft in Deutschland 2011: Gründungen und Schließungen von Unternehmen Internationaler Vergleich Beschäftigungsbeitrag von Gründungen Vergleich von Datenquellen mit Informationen zu Gründungen, Studien zum

deutschen Innovationssystem 4-2013, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim.

Nitt-Drießelmann, Dörte; Straubhaar, Thomas; Winkeljohann, Norbert (2013): Hochschulabsolventen gesucht, Studie im Auftrag von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) in Kooperation mit dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Frankfurt am Main.

Peters, Bettina; Rammer, Christian (2013): Innovation Panel Surveys in Germany, in: Gault, Fred, Handbook of Innovation Indicators and Measurement, Edward Elgar, Cheltenham and Northampton, 135–177.

Büro für Raumforschung, Raumplanung und Geoinformation (RRG) (2012): Transeuropäische Verkehrsnetze – Infrastrukturausstattung und Reisezeitmatrizen 2011, Oldenburg in Holstein.

Schmoch, Ulrich; Gauch, Stephan (2009): Service marks as indicators for innovation in knowledge-based services, Research Evaluation 18, 323–335.

Schneider, Barbara; Lücke, Carina; Günterberg, Brigitte; Wallau, Frank (2013): Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2009, Studie im Auftrag des Senators für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen, Bremen.

Soyka, Dirk (2012): Umsatzsteuerstatistik, Statistik der Veranlagungen als Ergänzung zu den Voranmeldungen, Statistische Monatshefte Niedersachsen, 12/2012, 708–714.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): Statistik der Kaufwerte für Bauland, Baulandverkäufe.

Statistisches Bundesamt (2013a): Außenhandelsstatistik, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013b): Umsatzsteuerstatistik, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013c): Außenhandel nach Bundesländern (Ausfuhr), Wiesbaden.

Statistisches Landesamt Bremen (2013a): Abgerufen am 12.10.2013 von Statistisches Landesamt Bremen – Internet: <http://www.statistik.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.736.de>

Statistisches Landesamt Bremen (2013b): Statistische Bericht, Handwerkszählung 2010, Bremen.

Statistisches Landesamt Bremen (2012): Statistische Berichte Handwerkszählung 2009, Bremen.

Stettes, Oliver (2009): Altersbilder in deutschen Industrieunternehmen und Personalpolitik für ältere Beschäftigte, IW-Trends 4/2009, Köln.

Tchouvakhina, Margarita; Schwartz, Michael (2013): Auf die Vielfalt kommt es an: Deutscher Mittelstand im europäischen Vergleich, KfW Economic Research 24, Frankfurt am Main.

Voithofer, Peter; Eidenberger, Judith; Gavac, Karin; Leheyda, Nina; Meyer, Jenny; Müller, Bettina; Rammer, Christian; Vanberg, Margit; Holzinger, Florian; Schmidmayer, Julia (2010): Vierter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht, Studienfassung, creativ wirtschaft austria, Wien.

Willms, Werner (2013): Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hochschule Bremen, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Bremen.

Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) (2012): Immobilienmarkt Report Bremen 2012, Bremen.

Zentralverband Deutsches Handwerk (ZDH) (2013): Daten und Fakten sowie Handwerksorganisation. Abgerufen am 23.10.2013 von ZDH – Internet: <http://www.zdh.de>.

A1 | Unternehmensbefragung zum Mittelstandsbericht Bremen 2013

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Zweigniederlassung Bremen
Frau Dr. Christina Wilke
Fahrenheitstraße 1
28359 Bremen

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen bis **Freitag, den 31. Mai 2013**, per Fax: **0421/2208-150** oder per Post zurück an nebenstehende Adresse.

Ziel der Befragung

Die Befragung ist Teil des Mittelstandsberichts Bremen 2013, der im Auftrag des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen für das Land Bremen erstellt wird. Die erhobenen Informationen dienen dazu, die Herausforderungen und Perspektiven der mittelständischen Wirtschaft im Land Bremen zu erfassen und praktikable Handlungsempfehlungen für die Politik zu entwickeln.

Wer führt die Befragung durch?

Die Befragung wird im Auftrag des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim durchgeführt.

Was geschieht mit Ihren Angaben?

Die durchführenden Institute tragen die volle datenschutzrechtliche Verantwortung. Alle Ihre Angaben werden streng vertraulich behandelt und nur in anonymisierter Form, d.h. ohne Namen und Adresse und nur zusammengefasst mit den Angaben der anderen Unternehmen, ausgewertet. Die Ergebnisse lassen keine Rückschlüsse darauf zu, welches Unternehmen welche Angaben gemacht hat. Mit anderen Worten: Der Datenschutz ist voll und ganz gewährleistet.

Wie ist der Fragebogen auszufüllen?

Kreuzen Sie bitte die jeweils zutreffenden Antwortmöglichkeiten in den dafür vorgesehenen Kästchen an: ☐

In die großen Kästchen setzen Sie bitte die jeweils erfragten Zahlen oder Textangaben ein:

Sollte ein Wert = 0 sein, tragen Sie bitte „0“ ein.

Überspringen Sie bitte Fragen nur bei einem entsprechenden Hinweis, z.B. → Bitte weiter mit Frage F13.

Wegen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Fragebogen ausschließlich die männliche Form verwendet, wenn es um Personen geht. Selbstverständlich sind immer beide Geschlechter gemeint.

Bei Fragen zu dieser Erhebung wenden Sie sich bitte an:

- Dr. Christina Wilke · HWWI · Telefon 0421 2208 240
E-Mail wilke@hwwi.org
- Dr. Bettina Müller · ZEW · Telefon 0621 1235 352
E-Mail bettina.mueller@zew.de

A. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

F 1 In welchem Jahr hat Ihr Unternehmen seine **Geschäftstätigkeit aufgenommen**?

(Im Fall von Umfirmierungen oder Übernahmen geben Sie bitte das erste Jahr der Geschäftstätigkeit des Vorgängerunternehmens an.)

(Jahr der Geschäftsaufnahme)

F 2 Bitte geben Sie die **umsatzstärkste Produktgruppe/Dienstleistung** Ihres Unternehmens an. (Falls Sie nur eine Produktgruppe/Dienstleistung haben, geben Sie bitte diese an.)

F 3 Wie hoch war der Umsatz Ihres Unternehmens in den Jahren 2010 und 2012? (Eine Schätzung genügt).

	2010	2012
Umsatz* (ohne USt)	.000 EUR	.000 EUR

* Im Fall einer Bank: Bruttozins- und Bruttoprovisionserträge; im Fall einer Versicherung: Bruttobeitragsentnahmen.

F 4 Wie beurteilen Sie die **gegenwärtige Auftragslage** Ihres Unternehmens? (bitte kreuzen Sie eine Antwortmöglichkeit an)

☐ Sehr gut ☐ Gut ☐ Befriedigend ☐ Ausreichend ☐ Mangelhaft

F 5 Wie wird sich die **Auftragslage** Ihres Unternehmens **bis Ende 2013** voraussichtlich entwickeln?

☐ Verbessern ☐ Gleich bleiben ☐ Verschlechtern ☐ Keine Einschätzung möglich

F 6 Wie viele Personen der Geschäftsführung sind auch **Eigentümer** des Unternehmens?

☐ Keine Angabe

F 7 Wie viele Personen der Geschäftsführung sind **Frauen**?

☐ Keine Angabe

F 8 Wie viele Personen der Geschäftsführung haben einen **Migrationshintergrund**?

☐ Keine Angabe

B. Kundenstruktur

- F 9 Aus welchen Branchen kommen Ihre **Kunden** (inkl. Endverbraucher/Privathaushalte)? Geben Sie bitte Ihre drei wichtigsten Kundenbranchen und deren Anteil am Gesamtumsatz Ihres Unternehmens im Jahr 2012 an (z.B. Grundstoffchemie, Werkzeugmaschinenbau, Medizintechnik, Automobilbau, Einzelhandel, Banken, Softwareindustrie, Rechtsberatung, Krankenhäuser, Schulen, öffentliche Verwaltung, private Haushalte/Privatpersonen).

	Branche	Umsatzanteil in 2012
Wichtigste Kundenbranche:		%
Zweitwichtigste Kundenbranche:		%
Drittwichtigste Kundenbranche:		%

- F 10 Wie verteilte sich in etwa der Umsatz Ihres Unternehmens im Jahr 2012 auf Kunden aus den folgenden vier **Regionen**?

Land Bremen	%	Land Niedersachsen	%	} Gesamtumsatz 2012: 100 %
Andere Bundesländer in Deutschland	%	Ausland	%	

C. Netzwerke und Kooperationen

- F 11 Arbeitet Ihr Unternehmen mit anderen Unternehmen zusammen, um **gemeinsam Leistungen für Dritte** zu erbringen?

☐ Ja ☐ Nein → Bitte weiter mit Frage F15

- F 12 Aus welchen **Branchen** und **Regionen** kommen Ihre **Geschäftspartner**? Nennen Sie uns bitte Branche und Region Ihrer drei wichtigsten Geschäftspartner.

	Branche	Region/Land
Wichtigster Geschäftspartner:		
Zweitwichtigster Geschäftspartner:		
Drittwichtigster Geschäftspartner:		

- F 13 In welcher **Weise** arbeiten Sie mit Ihren Geschäftspartnern zusammen? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Wir erbringen Leistungen für unsere Geschäftspartner, für die die Partner nicht über die notwendigen fachlichen oder technischen Voraussetzungen verfügen.
- ☐ Wir greifen auf Leistungen unserer Geschäftspartner zurück, für die wir selber nicht die fachlichen oder technischen Voraussetzungen haben.
- ☐ Wir arbeiten gemeinsam mit Geschäftspartnern, um die für unsere Aufträge notwendigen Kapazitäten zur Verfügung zu haben.
- ☐ Wir entwickeln zusammen mit unseren Geschäftspartnern neue Produkte oder Angebote.
- ☐ Sonstiges:

- F 14 In welchen **Bereichen** arbeiten Sie mit Ihren Geschäftspartnern zusammen? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Einkauf ☐ Produktion/Dienstleistungserbringung ☐ Marketing/Vertrieb ☐ Kundenbetreuung
- ☐ Forschung und Entwicklung ☐ Lagerhaltung/Logistik ☐ Sonstiges:

D. Beschäftigung und Fachkräftebedarf

- F 15 Wie viele **Beschäftigte** (inkl. im Unternehmen tätige Inhaber und Auszubildende, jedoch ohne Praktikanten und ohne Leiharbeitnehmer) hatte Ihr Unternehmen im Jahresdurchschnitt 2010 und im Jahresdurchschnitt 2012?

	2010	2012
Beschäftigte insgesamt		
Anzahl Teilzeitbeschäftigte		
Anzahl weibliche Beschäftigte		

- F 16 Wie viele Mitarbeiter beschäftigte Ihr Unternehmen im Jahresdurchschnitt 2012 in den folgenden **Qualifikationsgruppen**?
- | | | | |
|--|----------------------|----------------------------------|----------------------|
| Beschäftigte mit Hochschulabschluss (inkl. Fachhochschulabschluss) | <input type="text"/> | Beschäftigte mit Berufsabschluss | <input type="text"/> |
| Beschäftigte ohne Berufsabschluss | <input type="text"/> | Auszubildende | <input type="text"/> |
- F 17 Wie viele Mitarbeiter beschäftigte Ihr Unternehmen im Jahresdurchschnitt 2012 in den folgenden **Altersgruppen**?
- | | | | |
|--|----------------------|--|----------------------|
| Beschäftigte bis 25 Jahren | <input type="text"/> | Beschäftigte zwischen 26 und 39 Jahren | <input type="text"/> |
| Beschäftigte zwischen 40 und 49 Jahren | <input type="text"/> | Beschäftigte zwischen 50 und 59 Jahren | <input type="text"/> |
| Beschäftigte ab 60 Jahre | <input type="text"/> | | |
- F 18 Wie viele Beschäftigte hat Ihr Unternehmen **seit dem 01.01.2012 neu eingestellt**?
- ☐ keine Beschäftigten seit 1.1.2012 neu eingestellt → Bitte weiter mit Frage F 20
- F 19 **Warum** haben Sie Beschäftigte neu eingestellt? (Mehrfachnennungen möglich)
- ☐ Ersatz für ausgeschiedene Beschäftigte
- ☐ Verbesserte Auftragslage
- ☐ Einstieg in neue Geschäftsfelder
- Sonstige Gründe:
- F 20 Hätte Ihr Unternehmen seit dem 01.01.2012 **gerne mehr Beschäftigte eingestellt**?
- ☐ Ja ☐ Nein → Bitte weiter mit Frage F 23
- F 21 **Wie viele Beschäftigte** wären das gewesen?
- F 22 Aus welchen **Gründen** konnten Sie Ihre Personalpläne **nicht umsetzen**? (Mehrfachnennungen möglich)
- ☐ Verschlechterung der Auftragslage
- ☐ Zu hohe Lohnforderungen der Bewerber
- ☐ Unzureichende Finanzierung
- ☐ Organisatorische Probleme innerhalb des Unternehmens
- ☐ Keine geeigneten/qualifizierten Bewerber
- ☐ Bürokratische Hindernisse
- ☐ Sonstiges:
- F 23 Wie viele Beschäftigte planen Sie **bis Ende 2014 neu einzustellen** (sowohl als Ersatz für ausscheidende Beschäftigte als auch Einstellung zusätzlicher Beschäftigter, jedoch ohne Übernahme von Auszubildenden)?
- (Anzahl Neueinstellungen bis Ende 2014) darunter: Ersatz für ausscheidende Beschäftigte
- ☐ keine Neueinstellungen bis 2014 geplant → Bitte weiter mit Frage F 27
- F 24 Wie verteilen sich die bis Ende 2014 geplanten **Neueinstellungen** nach **Qualifikationsgruppen**?
- | | | | |
|---------------------------------|----------------------|------------------------------|----------------------|
| Personen mit Hochschulabschluss | <input type="text"/> | Personen mit Berufsabschluss | <input type="text"/> |
| Personen ohne Berufsabschluss | <input type="text"/> | Auszubildende | <input type="text"/> |
- F 25 Gehen Sie davon aus, dass Sie bei der **Besetzung der offenen Stellen** bis Ende 2014 **Schwierigkeiten** haben werden?
- ☐ Ja ☐ Nein → Bitte weiter mit Frage F 27

F 26 Aus welchen **Gründen** gehen Sie davon aus, Schwierigkeiten bei der Besetzung der offenen Stellen zu haben? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Zu hohe Lohnvorstellungen der Bewerber
- ☐ Qualifiziertes Personal ist grundsätzlich schwer zu finden
- ☐ Standort unseres Unternehmens ist gegenüber anderen Standorten uninteressant
- ☐ Arbeitsbedingungen (z.B. Arbeitszeiten) sind unattraktiv

☐ Sonstige:

E. Weiterbildung und Familienfreundlichkeit

F 27 Wie viele Beschäftigte Ihres Unternehmens haben 2012 an **Weiterbildungsmaßnahmen** teilgenommen?

(Anzahl Beschäftigte, die 2012 an Weiterbildung teilgenommen haben)

☐ keine Beschäftigten haben an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen → Bitte weiter mit Frage F 29

F 28 Wie hoch waren die **Weiterbildungsaufwendungen** Ihres Unternehmens im Jahr 2012? (Berücksichtigen Sie bitte auch anteilige Lohnkosten für Weiterbildungsmaßnahmen während der Arbeitszeit. Eine Schätzung genügt.)

.000 EUR

F 29 Warum **verzichtet** Ihr Unternehmen auf Weiterbildungsmaßnahmen?

	Bedeutung			
	hoch	mittel	gering	keine
Kein Bedarf	☐	☐	☐	☐
Fehlende Zeit, um Mitarbeiter für Weiterbildungen frei zustellen	☐	☐	☐	☐
Fehlende Mittel, um Weiterbildungsmaßnahmen zu finanzieren	☐	☐	☐	☐
Fehlendes Angebot an geeigneten Weiterbildungsmaßnahmen	☐	☐	☐	☐
Kein Interesse auf Seiten der Mitarbeiter	☐	☐	☐	☐
Sonstige Gründe:	☐	☐	☐	

F 30 Welche Bedeutung haben die folgenden Maßnahmen zur **Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf** in Ihrem Unternehmen?

	Bedeutung			
	hoch	mittel	gering	keine
Flexible Arbeitsregelungen (z.B. Teilzeit, Jahresarbeitszeitkonten, Gleitzeit)	☐	☐	☐	☐
Familienfreundliche Arbeitszeitorganisation (z.B. Arbeiten von zu Hause)	☐	☐	☐	☐
Betriebliche Kinderbetreuung	☐	☐	☐	☐
Sonstige:	☐	☐	☐	

F. Innovationen

F 31 Welche Bedeutung haben die folgenden **Strategien** zur Sicherung und zum **Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit** Ihres Unternehmens? (Mehrfachnennungen möglich)

	Bedeutung			
	hoch	mittel	gering	keine
Technologieführerschaft	☐	☐	☐	☐
Kostenführerschaft	☐	☐	☐	☐
Branchenerster bei der Einführung neuer Angebote/Lösungen	☐	☐	☐	☐
Rasche Reaktion auf Neuerungen von Konkurrenten	☐	☐	☐	☐
Individuelle Lösungen für einzelne Kunden	☐	☐	☐	☐
Spezialisierung auf Nischenmärkte	☐	☐	☐	☐
Kooperationen/Allianzen mit anderen Unternehmen/Einrichtungen	☐	☐	☐	☐

F 32 Hat Ihr Unternehmen in den Jahren 2010 bis 2012 **neue oder merklich verbesserte Produkte/Dienstleistungen** auf den Markt gebracht oder **neue oder merklich verbesserte Prozesse** im Unternehmen eingeführt? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Innovationen auf den Markt gebracht
- ☐ Innovationen im Unternehmen eingeführt
- ☐ Nein → Bitte weiter mit Frage F 34
- ☐ Weiß nicht/keine Angabe → Bitte weiter mit Frage F 34

F 33 Welche Bedeutung haben **Patente und Standards** für die Innovationstätigkeit Ihres Unternehmens?

	Bedeutung			
	hoch	mittel	gering	keine
Schutz der Innovationen durch eigene Patente	☐	☐	☐	☐
Behinderung von Innovationsaktivitäten durch fehlenden bzw. zu teuren Zugang zu Patenten Dritter	☐	☐	☐	☐
Standards haben Anstöße für eigene Innovationsaktivitäten gegeben	☐	☐	☐	☐
Standards haben eigene Innovationsaktivitäten behindert	☐	☐	☐	☐
Innovationen wurden eingeführt, um Standards zu erfüllen	☐	☐	☐	☐

F 34 Welche Rolle spielen **Dienstleistungsnormen** für Ihr Unternehmen?

- ☐ Dienstleistungsnormen sind Anstoß für die Entwicklung neuer Angebote
- ☐ Dienstleistungsnormen behindern die Entwicklung neuer Angebote
- ☐ Dienstleistungsnormen helfen, die Qualität unserer Dienstleistungen zu verbessern
- ☐ Dienstleistungsnormen unterstützen die Exporttätigkeit unseres Unternehmens
- ☐ Wir haben uns mit Dienstleistungsnormen noch nicht befasst

F 35 Hat Ihr Unternehmen in den Jahren 2010 bis 2012 **finanzielle Förderung** durch die öffentliche Hand für **Forschungs- oder Innovationsvorhaben** in Anspruch genommen?

- ☐ Ja, und zwar über das Programm/die Programme:
- ☐ Nein

G. Unterstützung und Förderung von Unternehmen

F 36 In welchen Bereichen hat Ihr Unternehmen **Unterstützung durch die öffentliche Hand** erhalten? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Keine Unterstützung erhalten
- ☐ Betriebswirtschaftliche Beratung
- ☐ Hilfestellungen bei Genehmigungsverfahren
- ☐ Unterstützung bei der Finanzierung von Investitionen
- ☐ Unterstützung bei der Einführung von Produkt- und Prozessinnovationen
- ☐ Unterstützung bei der Anbahnung/Durchführung von Kooperationen mit Unternehmen oder Wissenschaftseinrichtungen
- ☐ Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte/ausländischer Märkte
- ☐ Unterstützung bei der Weiterbildung und Qualifizierung von Mitarbeitern
- ☐ Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge

☐ Sonstiges:

F 37 Wie beurteilen Sie das **Angebot** der folgenden Stellen?

	Sehr gut	Gut	Befriedigend	Ausreichend	Mangelhaft	Angebot nicht genutzt
Wirtschaftsförderung Bremen (WFB)	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bremer Aufbaubank (BAB)	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS)	☐	☐	☐	☐	☐	☐
B.E.G.IN Gründungsleitstelle/RKW	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Handwerkskammer Bremen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Handelskammer Bremen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
IHK Bremerhaven	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Unternehmensservice Bremen (USB) mit einheitlichem Ansprechpartner	☐	☐	☐	☐	☐	☐

F 38 In welcher Hinsicht sehen Sie **Verbesserungsbedarf** bei den folgenden Stellen?

	Übersichtlichkeit der Förderangebote	Erreichbarkeit der Informationsstellen	Qualität der Beratung
Wirtschaftsförderung Bremen (WFB)	☐	☐	☐
Bremer Aufbaubank (BAB)	☐	☐	☐
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS)	☐	☐	☐
B.E.G.IN Gründungsleitstelle/RKW	☐	☐	☐
Handwerkskammer Bremen	☐	☐	☐
HK Bremerhaven	☐	☐	☐
Unternehmensservice Bremen (USB) mit einheitlichem Ansprechpartner	☐	☐	☐

F 39 Haben Sie zu den Fördermaßnahmen für Unternehmen oder einzelnen Förderinstitutionen in Bremen und Bremerhaven noch weitere **Anmerkungen**?

H. Beurteilung des Standorts

F 40 Wie **zufrieden** sind Sie allgemein mit **Bremen und Bremerhaven** als Wirtschaftsstandort?

☐ Sehr zufrieden ☐ Zufrieden ☐ Weniger zufrieden ☐ Überhaupt nicht zufrieden

F 41 Welche Bedeutung haben die folgenden **Standortfaktoren** für die zukünftige Entwicklung Ihres Unternehmens?

	Bedeutung			
	hoch	mittel	gering	keine
Angebot von Flächen und Büroräumen	☐	☐	☐	☐
Kosten für Flächen und Büroräume	☐	☐	☐	☐
Verkehrsanbindung	☐	☐	☐	☐
Technische Infrastruktur	☐	☐	☐	☐
Räumliche Nähe zu wichtigen Kunden	☐	☐	☐	☐
Fachkräfteangebot	☐	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren:	☐	☐	☐	

F 42 Plant Ihr Unternehmen mittelfristig das **Land Bremen zu verlassen**? (Bitte kreuzen Sie eine Antwortmöglichkeit an.)

☐ Ja, Verlagerung des gesamten Unternehmens ☐ Ja, Verlagerung von Teilen des Unternehmens
☐ Nein ☐ Noch nicht bekannt

F 43 **Wohin** wird die **Verlagerung** voraussichtlich stattfinden? (Mehrfachnennungen möglich)

☐ Ins niedersächsische Umland Bremens oder Bremerhavens ☐ An einen anderen Standort in Niedersachsen
☐ An einen anderen Standort innerhalb Deutschlands ☐ Ins Ausland
☐ Standort noch nicht festgelegt

Vielen Dank für Ihre wertvolle Mitarbeit!

Für Rückfragen bitten wir um die Angabe Ihrer Kontaktdaten.

Name des Antwortenden:

Funktion im Unternehmen:

Telefon: E-Mail:

A2 | Fragen zu Wachstumsstrategien und -hemmnissen in der Innovations- erhebung 2013

Welche Bedeutung hatten die folgenden Ziele für Ihr Unternehmen in den Jahren 2010 bis 2012?

Bitte machen Sie in jede Zeile ein Kreuz!

	Bedeutung des Ziels			
	hoch	mittel	gering	relevant
Erhöhung des Umsatzes	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Erhöhung des Marktanteils	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Kostensenkung	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Erhöhung der Gewinnmarge (Umsatzrendite)	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐

Welche Bedeutung hatten die folgenden Strategien für die Erreichung der Ziele Ihres Unternehmen in 2010 bis 2012?

Bitte machen Sie in jede Zeile ein Kreuz!

	Bedeutung des Ziels			
	hoch	mittel	gering	relevant
Erschließung neuer Märkte in Europa	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Erschließung neuer Märkte außerhalb von Europa	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Verringerung der externen Kosten für Material, Vorprodukte, Dienstleistungen	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Verbesserung der Qualität von bestehenden Produkten oder Dienstleistungen	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Einführung neuer oder verbesserter Produkte oder Dienstleistungen	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Intensivierung bzw. Verbesserung des Marketings für bestehende Märkte	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Erhöhung der Flexibilität der internen Organisation Ihres Unternehmens	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Bildung von Allianzen/Kooperationen mit anderen Unternehmen/Einrichtungen	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐

Welche Bedeutung hatten die folgenden Hindernisse für die Erreichung der Ziele Ihres Unternehmen in 2010 bis 2012?

Bitte machen Sie in jede Zeile ein Kreuz!

	Bedeutung des Ziels			
	hoch	mittel	gering	relevant
starker Preiswettbewerb	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
starker Wettbewerb bei Produktqualität und Marketing	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
fehlende Nachfrage	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Innovationen durch Wettbewerber	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Marktbeherrschung durch Wettbewerber	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Mangel an Fachpersonal	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
Mangel an geeigneten Finanzierungsquellen	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
hohe Kosten für den Zugang zu neuen Märkten	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐
hohe Kosten staatlicher Regulierung und gesetzlicher Anforderungen	☐ ₁	☐ ₂	☐ ₃	☐

A3 | Leitfragen für ausgewählte Akteure aus dem Bereich der UDL

1. Gründungsaktivitäten

Welche aktuellen Trends gibt es bei Unternehmensgründungen in Ihrer Branche im Land Bremen? Was sind Hemmnisse? Wo gibt es Chancen? Sehen Sie gravierende Unterschiede zwischen Bremen und Bremerhaven?

Wie haben sich neue Bereiche der UDL entwickelt (Ausgründungen, Outsourcing, etc.)?

Gibt es Verschiebungen bei der demografischen Struktur der Gründer (im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund)?

Gibt es neue Entwicklungen bei der Eigentümerstruktur der Unternehmen, etwa im Hinblick auf die Neuerrichtung von Niederlassungen durch auswärtige Unternehmen oder Aktivitäten durch Beteiligungskapitalgeber?

Welche Anforderungen an das Personal – im Hinblick auf Qualifikation oder Alter – stellen Unternehmensgründungen in Bremen (in Ihrer Branche) derzeit?

2. Kundenstruktur

Welche Bedeutung haben die verschiedenen Branchen der Bremer Wirtschaft für den Absatz der Unternehmen in Ihrer Branche? Sind die Unternehmen in Ihrer Branche eher auf lokale/regionale oder überregionale Kunden ausgerichtet?

Welche Trends zeichnen sich aktuell bei der Kundenstruktur ab? Ist Bremen im deutschlandweiten Vergleich ein günstiger und zukunftssträchtiger Standort für Unternehmen in Ihrer Branche?

Gibt es einzelne Großkunden/Nachfrager, die wesentlich für die Branchenentwicklung am Standort Bremen sind? Sehen Sie die Industrie als wichtigen Impulsgeber?

Gibt es Schwierigkeiten bei der Erschließung von Absatzmöglichkeiten im Ausland? Welche Faktoren behindern die erfolgreiche Bearbeitung von Auslandsmärkten? (Frage ist nicht einschlägig für Logistik-DL)

3. Netzwerke und Kooperationen

Werden Leistungen häufig in Kooperation zwischen mehreren Unternehmen der Branche erbracht? Worin liegen die Vorteile einer Zusammenarbeit, wo treten Probleme auf?

Welche Schwierigkeiten treten bei der Erschließung überregionaler und internationaler Absatzgebiete auf? In welche Länder wird hauptsächlich exportiert?

Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen Ihrer Branche und Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes typischerweise aus?

Welche Rolle spielen wissenschaftliche Einrichtungen als Kooperationspartner, in welcher Form wird zusammengearbeitet?

Welche Rolle kommt dem Verband als Plattform für Kooperationen zu?

4. Beschäftigung, Fachkräftebedarf, Weiterbildung und Familienfreundlichkeit

Wie ist die Altersstruktur der Mitarbeiter in den Unternehmen der UDL?

Wie hoch ist der Frauenanteil in den Unternehmen der UDL?

Wie ist der Fachkräftebedarf der Unternehmen der UDL einzuschätzen und inwieweit zeichnet sich bereits ein Fachkräftemangel ab? Sind KMU aus Ihrer Sicht überdurchschnittlich vom Fachkräftemangel betroffen?

Welche Berufe sind momentan / in absehbarer Zeit gefragt?

Welche Ausbildung/Vorkenntnis ist bei der Einstellung gefragt?

Welche Maßnahmen kommen in Frage, um diesen Bedarf zu decken?

Welchen Leistungsanteil müssen Schule, Verbände etc. davon erbringen? Was kann die öffentliche Hand dazu tun?

Was tun die Unternehmen bereits und was können sie zukünftig tun, um Fachkräftemangel entgegenzuwirken (Qualifizierung, Ausbildung ect.)?

Bieten die Unternehmen der UDL ihren Beschäftigten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

5. Innovationen

Welche Trends im Bereich neue Technologien, neue Geschäftsfelder und innovative Produkte prägen derzeit Ihre Branche?

Wie sind die Unternehmen im Land Bremen bei diesen Trends aufgestellt?

Gibt es Innovationen in Ihrer Branche, bei denen Unternehmen aus Bremen führend sind?

Welche Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand sind für die Innovationstätigkeit der Unternehmen in Ihrer Branche von besonderer Bedeutung? Welche Rolle spielt dabei die Bremer Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung? Welche Bedeutung haben bundesweite oder EU-Maßnahmen?

Sind die Bereiche Normung und Patente wichtige Themen bei den Innovationsbemühungen der Unternehmen in Ihrer Branche? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

6. Beurteilung des Standorts

Welche Standortfaktoren sind für die zukünftige Entwicklung der Unternehmen in Ihrer Branche besonders relevant?

Wo sehen Sie die besonderen Vorteile der Standorte Bremen und Bremerhaven in Ihrer Branche, wo bestehen größere Defizite?

7. Wachstumspotenziale

Was waren in den vergangenen Jahren die wesentlichen Wachstumstreiber in Ihrer Branche für die Unternehmen im Land Bremen?

Wo liegen in Ihrer Branche die größten Wachstumspotenziale für Unternehmen aus dem Land Bremen? Was muss getan werden, um diese Wachstumschancen bestmöglich zu nutzen?

Welche Wachstumsstrategien verfolgen die Unternehmen in Ihrer Branche üblicherweise?

A4 | Dokumentation der qualitativen Interviews aus den Teilbereichen

Dokumentation der qualitativen Interviews im Teilbereich Büro- und Produzentendienstleistungen

BUNDESVERBAND DER SICHERHEITSWIRTSCHAFT (BDSW)

(Gespräch am 28.10.2013)

Der BUNDESVERBAND DER SICHERHEITSWIRTSCHAFT vertritt die Interessen der Sicherheitswirtschaft gegenüber Politik und Behörden sowie Wissenschaft und Wirtschaft. Die Sicherheitswirtschaft leistet mit circa 250.000 Mitarbeitern einen unverzichtbaren Beitrag für die Innere Sicherheit Deutschlands. Sie erwirtschaftete 2012 in den Bereichen Sicherheitsdienstleistungen und Sicherheitstechnik fast zwölf Milliarden Euro Umsatz.

Zu den BDSW-Mitgliedern zählen Unternehmen aus allen Bereichen der Sicherheitswirtschaft. Im Schwerpunkt liegen ihre Kerngeschäfte und -kompetenzen im Bereich Sicherheitsdienstleistungen. Nach vorläufigen Schätzungen beträgt der Umsatz dieses Bereiches circa 5 Milliarden Euro (2012). Damit erzielen Sicherheitsdienstleistungen über 44 Prozent Marktanteil der Sicherheitswirtschaft. 4.000 Unternehmen beschäftigen 180.000 Sicherheitsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und damit 72 Prozent der Beschäftigten in der Sicherheitswirtschaft.

Die meisten der 850 derzeitigen BDSW-Mitgliedsunternehmen sind Sicherheitsdienstleister und erwirtschafteten circa 4 Milliarden Euro Umsatz. Damit beläuft sich ihr Marktanteil gemessen am Umsatz auf rund 80 Prozent im Bereich Sicherheitsdienstleistungen: Die Mitgliedsunternehmen bieten vor allem hochwertige Dienstleistungen an wie Flughafensicherheit, Schutz von Kernkraftwerken, militärischen Liegenschaften und Industrieanlagen sowie Geld- und Wertdienste.

Zahlreiche weitere Mitgliedsunternehmen stammen aus dem Bereich der Sicherheitstechnik und der Sicherheitsberatung. 15 Mitglieder sind anerkannte und empfohlene Sicherheitsfachschulen.

(Quelle: <http://www.bdsw.de>)

Ansprechpartner

Herr Dr. Harald Olschok
Hauptgeschäftsführer

Tel.: +49 6172 948050
Fax: +49 6172 458580
www.bdsw.de

BUNDESVERBAND DER
SICHERHEITSWIRTSCHAFT (BDSW)
Norsk-Data-Str. 3
61352 Bad Homburg

Gründungsaktivitäten

- Es gab kaum Änderungen auf dem Markt, eher kleinere Beschäftigungsrückgänge.
- Der Markt ist ein gut erschlossener Markt; kleinere Veränderungen bei den Kleinstunternehmen wie Türsteher möglich; bei den mittleren und großen Unternehmen wenig Entwicklung.
- Allerdings ist der Marktzugang auch für die niedersächsischen Unternehmen der Branche sehr leicht und deren Effekte nicht abschätzbar.
- Durch das Thema des Outsourcings entstehen viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten in der Sicherheitswirtschaft, zum Beispiel beim Werkschutz.

Kundenstruktur

- Etwa 56 Prozent der Tätigkeiten beziehen sich auf den Werk-/Objektschutz
- Die Kundenstruktur wird dominiert durch das verarbeitende Gewerbe/Industrie.
- Neben der Industrie wird zunehmend Leistung auf Veranstaltungen (zum Beispiel Werder Bremen durch Elko) nachgefragt oder auch durch die Flughäfen (zum Beispiel durch den Bremer Flughafen).
- Es gehen von den Unternehmen keine besonderen Auslandsaktivitäten aus. Die Ausnahme bildet beispielsweise Securitas (Marktführer in Deutschland), die aus Schweden kommen (Securitas ist kein KMU-Unternehmen).

- Regional können die Marktführerschaften aber sehr unterschiedlich aussehen, so ist zum Beispiel Elko in Bremen der Marktführer.

Netzwerke und Kooperationen

- Etwa 70 Prozent der Unternehmen in Bremen gehören dem Verband an (24 von 35 Unternehmen).
- Der BDSW fördert die allgemeinen beruflichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder und setzt sich im Bereich Ausbildung ein. Als Arbeitgeberverband ist er gleichzeitig Sozialpartner und Tarifvertragspartei für den Bereich der Sicherheitsdienstleister. Diese Arbeit wird in den 16 Landesgruppen des BDSW erfolgreich wahrgenommen. Der Verband betreut seine Mitgliedsunternehmen in allen Angelegenheiten des Gewerbes und informiert die Öffentlichkeit über Entwicklungen der Sicherheitsdienstleister.
- Netzwerkk Kooperationen mit anderen Verbänden, zum Beispiel VDI.
- In Bremen/Bremerhaven hat, neben der Industrie, die maritime Wirtschaft einen hohen Bedarf an Objektschutz, insbesondere durch die verstärkten Sicherheitsanforderungen/-bedürfnissen in der Schifffahrt und -überprüfung (bedingt durch die Veränderungen des 11.09.) (ISPS Code).
- Weitere neue Geschäftsfelder sind zum Beispiel der Schutz von Windparks. Hier kann die Betreuung generell aber durch die Technisierung von überall vorgenommen werden (zum Beispiel von München für einen Windpark in der Nordsee).

Beschäftigung

- Die Altersstruktur wird tendenziell immer jünger; traditionell ist der Bestand an Älteren aber überproportional.
- Eine Branche mit einem hohen Anteil an Niedrigqualifizierten; im Bereich gibt es erst seit 2002 einen Ausbildungsberuf.
- In der Sicherheitswirtschaft werden zurzeit rund 2.202 Auszubildende im 2002 geschaffenen Ausbildungsberuf Fachkraft für Schutz und Sicherheit und circa 440 im seit 2008 angebotenen neuen Beruf Servicekraft für Schutz und Sicherheit ausgebildet. Fast 40 Prozent davon erlernen diese Berufe bei BDSW-Mitgliedsunternehmen. Bisher haben circa 4.970 Fachkräfte und 600 Servicekräfte die Abschlussprüfung abgelegt und stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.
- 25 Prozent der Personen sind bundesweit etwa Frauen, insbesondere auf Flughäfen und Veranstaltungen (zum Beispiel Fußball) sind Frauen anzutreffen.
- Etwa 15 bis 18 Prozent der Beschäftigten weisen bundesweit einen Migrationshintergrund auf.
- Es gibt einige Geschäftsfelder mit guten Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung.
- Auf den Flughäfen gibt es gute Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung. Aber auch im Schutz von Veranstaltungen und bei Pforten- und Empfangstätigkeiten gibt es gute Teilzeitmöglichkeiten. Auch im Werkschutz finden sich vor allem am Wochenende noch Teilzeitmöglichkeiten, wenn der betriebliche Werkschutz während der Woche noch von eigenen Kräften ausgeübt wird. Viele Tätigkeitsfelder, die z. B. nachts anzutreffen sind (zum Beispiel Objektschutz oder Schutz in U-Bahn-Stationen/-Zügen), eignen sich weniger für eine Teilzeitbeschäftigung.
- Die Hochschule für Öffentliche Verwaltung in Bremen bildet in diesem Bereich auch in einem Bachelor-Studiengang (Risiko- und Sicherheitsmanagement) aus. Die Beschäftigten mit Hochschulabschluss machen auf die Gesamtbeschäftigung der Branche allerdings einen relativ kleinen Teil aus.
- Im Rahmen des EU-Programms Pegasus finden Weiterbildungs-/Qualifikationsmaßnahmen statt.

Innovationen

- Die technologische Komponente der Sicherheitsdienste wird weiter zunehmen, zum Beispiel werden militärischen Gelände heute durch die Sensorik in den Zäunen, Kameras etc. überwacht und ist dadurch weniger personalintensiv.
- Die Technisierung wird weiter zunehmen und dadurch die Anforderungen an die Beschäftigten generell weiter steigen.
- Es wird teilweise zu einer Substitution von Menschen durch Sicherheitstechnik kommen. Dadurch kann die Wertschöpfung steigen.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Das Thema Wirtschaftsschutz beziehungsweise Unternehmenssicherheit ist ein aktuelles Thema, welches weiter an Bedeutung zunehmen wird. Dadurch können sich für private Sicherheitsdienste neue Geschäftsfelder ergeben.
- Generell entwickelt sich die Branche der Sicherheitswirtschaft positiv, wenn die Entwicklung der Wirtschaft insgesamt positiv verläuft. Die Branche an sich ist kein Wachstumstreiber.
- Durch die öffentliche Verschuldung und den damit verbundenen Sparzwängen können sich neue Aufgaben dadurch ergeben, weil sich die Polizei von bestimmten Aufgaben auf Grund der Sparzwänge im öffentlichen Dienst zurückziehen wird. Insbesondere in der Fläche werden verstärkt Reviere konzentriert, wodurch Sicherungslücken entstehen.
- Ordnungsproblematik im Bahnverkehr und auch in vielen Kommunen ist derzeit ein Thema.

Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ)

(Gespräch am 23.09.2013)

Der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) ist der mitgliedsstärkste Arbeitgeberverband der Zeitarbeitsbranche. Zu den Aufgaben des iGZ gehören die Verhandlung von tariflichen Vereinbarungen namens seiner Mitgliedsunternehmen, die Interessenvertretung seiner Mitglieder gegenüber Politik, Verwaltungsberufsgenossenschaft, Verbänden und Gesellschaft.

(Quelle: <http://ig-zeitarbeit.de/>)

Ansprechpartnerin

Frau Bettina Schiller
Bundesvorstand, Beisitzerin,
Landesbeauftragte,
Regionalkreisleiterin

Tel.: +49 421 83690-88
Fax: +49 421 83690-80

Interessenverband Deutscher
Zeitarbeitsunternehmen (iGZ)
Konsul-Smidt-Str. 12
Schuppen 1
28217 Bremen

Gründungsaktivitäten

- Tarifverträge von wesentlicher Bedeutung für die Branche; einige Unternehmen (gilt nur für Zeitarbeitsunternehmen, die die sog. „Christlichen Tarifverträge“ angewendet haben) müssen derzeit hohe Nachzahlungen leisten (equal pay, GRV-Beiträge über vier Jahre zurück nachzuzahlen), seit Nov 2012 Branchenzuschläge.
- Qualifikationsanforderung an Gründer: fundierte Ausbildung, zum Beispiel Personaldienstleistungskaufmann und -kaufmann (diese Ausbildung ist eher für Disponenten nützlich, für Gründer gibt es zwar keine Vorgaben hinsichtlich ihrer Ausbildung, sie sollten aber über fundierte Zeitarbeits- und arbeitsrechtliche Kenntnisse sowie unternehmerisches Denken, ausreichend finanzielle Mittel sowie ein einwandfreies Führungszeugnis verfügen).

Kundenstruktur

- Größtenteils lokale Kundenstruktur, Hemmnisse: ständige Bestrebungen der Bremer Regierungsparteien, die Zeitarbeit stärker zu regulieren und einzuschränken (z. B. Begrenzung der Überlassungsdauer, Fördermittel an Betriebe nur bei niedriger Zeitarbeitsquote, Bremer Mindestlohngesetz, auch ungewünschte Auswirkungen, beispielsweise: Rückgang der Losverkaufszahlen bei der Bremer Tombola, da die Lose zu teuer wurden).
- Pflegebereich von hoher Bedeutung (Pflegenotstand), sonst die klassischen Bremer Branchen (Luft- und Raumfahrt, Automotive, Logistik, Windenergie, Handwerk).

Netzwerke und Kooperationen

- Master-Vendor-Konzept: als Ansprechpartner/Generalunternehmer, dem Kunden und anderen Dienstleistern gegenüber aufzutreten.
- OnSite-Management: Einsatz eines Teams exklusiv am Standort des Kunden-Unternehmens, das die im Unternehmen eingesetzten Service-Mitarbeiter rekrutiert und betreut.
- Kooperationsverträge mit den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern.

- Überwiegend Zusammenarbeit mit der Industrie.
- Kooperationen mit wissenschaftliche Einrichtungen eher die Ausnahme.
- Der Verband dient eher zur Informationstransparenz als zur Netzworkebildung.

Beschäftigung

- Geringerer Frauenanteil im Bereich der Industrie (da Schwerpunkt der Überlassung im Bereich Metall und Elektro).
- Fachkräftemangel spürbar bei Pflegefachkräften (nicht Pflegehelfer), LKW-Fahrern, Maschinenbauern, Schlossern, Fräsern, Drehern, Ingenieuren.
- Fachkräftemangel absehbar bei Erziehern und Erzieherinnen.
- Hemmnisse aufgrund schleppender Anerkennungsprozesse zur Qualifikation ausländischer Pflegekräfte (hoher Standard bei den Deutschkenntnissen vor Jobbeginn, in Bayern beispielsweise erst nach 6 Monaten zu erfüllen).
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Vorteile im Pflegebereich, da hier beispielsweise nur Frühschichten möglich, in den meisten anderen Branchen gelten die Schichtenregelungen des Kundenunternehmens auch für die Leiharbeiter.

Innovationen

- Zum Beispiel Ethik-Kodex (auch bei Werkverträgen, gilt nur für IGZ-Mitglieder).
- Ganzheitlicher Mitarbeiteransatz (z. B. Jobmöglichkeiten für den Partner anbieten, Unterstützung bei der Wohnungssuche).
- Immer häufiger Qualifizierungs- und Ausbildungsaktivitäten bei Verleihbetrieben.
- Temp-to-Hire: Überlassen von Mitarbeitern mit der Option auf Vermittlung und Festeinstellung durch den Kunden.
- Keine Bedeutung von Normungen und Patenten.
- Förderung eher durch Transparenz und Unterstützung.

Standort

- Innerstädtische und überregionale Erreichbarkeit problematisch (z. B. Busverkehr zu Frühschichten in Krankenhäusern oder ins GVZ und zum Stahlwerksgelände; kaum kostenfreie/-günstige Parkplätze in der Innenstadt)

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Wachstum eher rückläufig aufgrund von Lohnvorgaben (Tarife, Mindestlöhne, Branchenzuschläge), Fachkräftemangel und einem generellen Imageproblem der Branche.
- Bisher keine Möglichkeiten zur Leiharbeit auf dem Bau, da Arbeitserlaubnis nicht für Leiharbeit gilt (verstößt eigentlich gegen EU-Recht).
- Austausch von Mitarbeitern zwischen Bremen und Bremerhaven aufgrund der Verkehrssituation schwierig (ÖPNV zu teuer, Mobilität im Umland von BHV nur mit dem Auto gesichert).

Dokumentation der qualitativen Interviews im Teilbereich technische Dienstleistungen

Bund Deutscher Architekten BDA Landesverband Bremen

(Gespräch am 25.09.2013)

An der Gründung des BDA im Jahr 1903 waren Bremer Architekten beteiligt. Nach zwangsweiser Überführung aller Mitglieder an die Reichskammer der Bildenden Künste wurde der BDA 1945 neugegründet. Seitdem versucht der BDA, die Qualität des Gebauten zu wahren und zu heben – durch eigene Anstrengung der Mitglieder, durch Diskussionen untereinander, durch Stellungnahmen zu stadtaktuellen Problemen und – seit 1974 in regelmäßiger Folge – durch die Auslobung des BDA-Preises für Bremen und Bremerhaven. Der BDA, der seine Mitglieder nach Qualitätsprüfung von sich aus beruft, vertritt durchweg etwa 90 freischaffende Architekten in Bremen und Bremerhaven. Zu außerordentlichen Mitgliedern können Personen berufen werden, die sich für die Baukultur einsetzen. Der BDA lobt jährlich einen Studienpreis aus, bietet Fachvorträge und Werkstattberichte von auswärtigen Kollegen an, unternimmt Studienreisen, zeigt architekturbezogene Filme und beteiligt sich an Veranstaltungen anderer Organisationen zu Fragen des Bauens und der Stadtentwicklung. Seine Mitglieder gehören der Architektenkammer an und wirken in deren Ausschüssen mit. BDA-Mitglieder haben den gemeinnützigen Verein zur Förderung der Baukultur gegründet.

Die Landesvorsitzenden treffen sich viermal im Jahr, um über Handlungen und Lobbying etc. zu sprechen. Der BDA ist ein Berufsverband (unabhängig von wirtschaftlichen Interessen) und freischaffende Architekten zusammenfasst.

(Quelle: <http://www.bdabremen.de/landes.html>)

Ansprechpartner

Martin Pampus
Jürgen Keil

Tel.: +49 421 325476
Fax: +49 421 69638766
info@bdabremen.de

Bund Deutscher Architekten
BDA im Lande Bremen
Kolpingstr. 1b
28195 Bremen

Gründungsaktivitäten

- Gründungshemmnis ist die Finanzierung von neuen Büros durch Banken.
- Marktzugangshemmnis: Die Hürden in den Ausschreibungsverfahren der öffentlichen Hand werden immer komplexer; zudem werden auch Verfahren durchgeführt, obwohl der Schwellenwert für Ausschreibungsverfahren (200.000 Euro) bei einigen Projekten gar nicht überschritten wird; hierdurch sind die Hürden für Gründer jedoch zu hoch. Gründer können die Verfahren gar nicht positiv bestehen (u. a. wegen der Bürokratie der Ausschreibung, Umsatzbescheinigungen etc.), was auch zu einer Konzentration in der Branche führt und die einzelnen Ausschreibungen zunehmend nur an wenige einzelne Büros gehen.
- Kleinaufträge der öffentlichen Hand gehen häufig an Bremer Unternehmen; Großaufträge auch vermehrt an Architekten von außerhalb.
- Wettbewerbsverfahren sind schwer zu bestehen, und immer schwieriger (früher wurde im Vorfeld einer Gründung ein Wettbewerb gewonnen und dann infolge dessen ein Büro gegründet – dies ist heute nicht mehr möglich); Hauptgrund liegt in der nicht mehr gegebenen Verhältnismäßigkeit von Ausschreibungsverfahren.
- Der Trend von neuen Geschäftsfelder, auch bei Gründungen, liegt im Facility Management (eher Bauingenieure) und in der Projektsteuerung sowie Energieberatung (allerdings kommen bei der Energieberatung unterschiedliche Akteure, u. a. Bautechniker, Ingenieure oder Architekten zusammen; in diesem Marktsegment gibt es noch keine Standards).
- Für die Gründung benötigt der Gründer einen Studienabschluss (Master) und muss Kammermitglied (mit Nachweis von Berufspraxis) sein. Die Voraussetzungen sind gestiegen, was aber auch die Qualität gesteigert hat; allerdings sind hierdurch bedingt die Gründer eher um die 40+ Jahre alt.

Kundenstruktur

- Die öffentliche Hand ist wichtiger Kunde (hier ist vor allem die Verlässlichkeit bei Vertragsabschluss gegeben).
- Privater Wohnungsbau (Einfamilienhäuser) kommt selten vor (außer Immobilien „von der Stange“), da diese Form von Bauaktivität sehr teuer ist.
- Andere Aufträge kommen aus dem Bereich der privaten Wirtschaft (Gewerbeimmobilien).

- In der Regel fragen eher regionale/lokale Kunden Produkte nach, die dann in Bremen oder auch außerhalb bauen lassen (die räumliche Nähe – Austausch und Rückkopplungsprozesse – ist eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung eines Projektes)
- Auslandsmärkte spielen keine Rolle, da vor allem die räumlichen Nähe (Kontakt) wichtig ist. Es gibt einige wenige Ausnahmen bei Großbüros, spielt aber keine Rolle in Bremen.
- Finanzlage des Landes führt dazu, dass Bauvorhaben sich in die Länge ziehen und dadurch die Kosten für das planende Büro stark steigen (Vorleistungen, Personal etc.). Die Projektgenehmigungsverfahren haben sich verlängert, dies hängt wohl auch mit der Personal-Reduzierung in der Bauverwaltung zusammen, wodurch auch Know-how und Entscheidungsfreudigkeit in der Verwaltung zurückgegangen ist.

Netzwerke und Kooperationen

- Räumliche Nähe spielt in der Architekturbranche eine wesentliche Rolle.
- Generalplanungsleistungen wird immer häufiger an einen verantwortlichen Vertragspartner übergeben, der dann Teile der Aufgaben an Dritte überträgt (zum Beispiel Statik, Haustechnik etc.); hierdurch hat die Komplexität und der Umfang an Kooperationen zugenommen.
- Kooperation zwischen den Architekten werden immer häufiger, um im Vergabeverfahren zu bestehen (Bietergemeinschaften).
- Kooperationen zu Hochschulen gibt es (u. a. energetisches Bauen), kommt aber in der Regel selten vor.
- Die (Bremer Architekten-)Kammer ist zudem als Impulsgeber wenig aktiv, allerdings sind die Fortbildungsprogramme reichhaltig und notwendig
- Fortbildung/Informationsmöglichkeiten auch durch andere Träger gegeben (z. B. Bremer Energie-Konsens).
- Alle vier Jahre wird der Bremer BDA-Preis ausgelobt, ein Architekturpreis, der von externen Fachleuten juriert wird. Ziel ist es, die öffentliche Wahrnehmung zu steigern und das Verbandsziel zur Förderung der Baukultur zu erreichen.
- Die Kooperationen im BDA des Landes Bremen laufen sehr gut, man kennt die Netzwerkpartner und findet hierdurch schnell Kooperationspartner.

Beschäftigung

- Die Altersstruktur liegt um die 40 Jahre.
- Der Fachkräftemangel spielt noch keine Rolle, er kommt aber auf die Büros zu (und ist nicht vergleichbar mit dem Mangel bei den Ingenieuren, da Architektur immer noch ein beliebter Studiengang ist).
- Die Internationalisierung der Büros nimmt allerdings bereits jetzt merklich zu (zum Beispiel aus Polen und Portugal). Der Grund liegt nicht in der Ausbildung oder Qualifikation der Hochschulen selbst, sondern an der Kompetenz der Personen.
- Der Frauenanteil ist relativ hoch unter den Architekten (50 Prozent), aber nur im angestellten Bereich. Bei den freiberuflich Tätigen im BDA liegt der Frauenanteil bei maximal etwa 10 Prozent.
- Es wird immer mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Berufe für Frauen und Männern unternommen, allerdings beschränkt sich vieles eher auf flexible Arbeitszeiten. Bei Bauleitertätigkeiten lässt sich diese Vereinbarkeit aber kaum erzielen (Arbeitszeitflexibilisierung, Halbtagsjobs etc.).

Innovationen

- Es werden immer einmalige Produkte geschaffen (jedes Haus ist ein Prototyp), allerdings liegt das Innovative selten in der Bauplanung selbst, sondern bei der Verwendung innovativer Baustoffe und Technologien (z. B. Passivhaus).
- Aus Sicht des BDA des Landes Bremen gibt es keine größere Unterstützung (auch obwohl es Unterstützungen für die Kreativwirtschaft insgesamt gibt, die aber nicht im Bereich der Architektur ankommt)
- Die Branche profitiert eher von anderen Bundesprogrammen zur Förderung der Wirtschaft (Konjunkturprogramm).
- Das Geschäft wird stark durch Normen beeinflusst, was Handlungsspielräume und Innovationen einschränken.
- Zudem sind öffentliche Bauherren nicht innovations- oder experimentierfreudig; ähnliches gilt für private Auftraggeber, da Bauvorhaben dadurch sehr kostspielig werden können.

Standort

- Der Standort ist insgesamt attraktiv, vordergründig sind die kurzen Wege zu den Ansprechpartnern optimal (was beispielsweise in Niedersachsen weniger einfach ist, da die zuständigen Behörden etc. nicht alle an einem Ort konzentriert sind);
- Persönliche Kontakte sind zudem auch wichtig, auch hierin liegt ein Vorteil im Standort Bremen.
- Nachteil ist die Finanzlage des öffentlichen Haushalts.
- Die relevante Hochschulbildung wird im Land Bremen immer besser, sie kann aber immer noch nicht das Niveau anderer Hochschule (z. B. Braunschweig) erreichen.
- Die zunehmende Bürokratie ist ein Nachteil und kostet den einzelnen Architekten viel Geld und schränkt zudem im Handlungsspielraum ein.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Es gibt keine Strategie für die Entwicklung der Unternehmen und der Bauherren (eher kurzfristiges Geschäft).
- Zukunftsthemen sind die Bestandertüchtigung, energetisches Sanieren und Bauen, der demografischer Wandel/Alterung und deren Folgen auf den Wohnungsbau/Sanierung.
- Derzeitig wirkt sich der niedrige Zinssatz sehr positiv auf die Branche aus.

VDI Verein Deutscher Ingenieure e. V.

(Gespräch am 23.09.2013)

Die VDI-Landesverbände koordinieren und vertreten die Interessen der technical community auf der Ebene der Bundesländer. Sie beraten Landespolitiker bei Technikfragen, machen auf Probleme und Problemlösungen aufmerksam, zum Beispiel bei Parlamentarischen Abenden, und sensibilisieren für neueste Entwicklungen. Zudem arbeiten sie mit den landesweiten Schulen zusammen, um die Technikakzeptanz und Technikbegeisterung bei der Jugend zu fördern und das Verständnis für naturwissenschaftliche Zusammenhänge zu stärken. Unterstützt werden die VDI-Landesverbände durch die VDI-Bezirksvereine.

Der VDI Landesverband Bremen umfasst dabei Regionen im Raum Nordwest und hat vordergründig angestellte Ingenieure als Mitglieder.

(Quelle: www.vdi.de)

Ansprechpartner

Dr. Eberhard Karbe
Vorsitzender des
Landesverbands Bremen

Tel.: +49 421 41957-12
Fax: +49 421 419-795712

VDI Verein Deutscher Ingenieure e. V.
i.Hs. Mercedes Benz Werk Bremen
Mercedes Benz Straße 1
28190 Bremen

Gründungsaktivitäten

- Es wird tendenziell zu einem Angebotsrückgang von Ingenieuren kommen und dieser Mangel kann dazu führen, dass bestimmte Projekte (Stichwort: kritische Masse) und Gründungsaktivitäten nicht durchgeführt werden können.
- Die Globalisierung führt dazu, dass immer mehr Niederlassungen von bestehenden (größeren) Unternehmen sich in der Region ansiedeln.

Kundenstruktur

- Ingenieure sind auf viele unterschiedliche Branchen verteilt, aber bei den angestellten Mitgliedern des VDI vordergründig beim produzierenden Gewerbe und ihren Zulieferern.
- Das Geschäft wird immer internationaler; auch im Mittelstand. KMU werden allerdings zunehmend durch die großen Zulieferer der Automobil- und Luftfahrtbranchen verdrängt.
- Allerdings sind kleine und mittelständische Unternehmen immer noch entsprechend für flexible Aktionen und Unternehmungen erforderlich; kleine Unternehmen haben eine wesentlich schnellere Reaktionszeit auf Probleme.

Netzwerke und Kooperationen

- In den Netzwerken sind häufig kleinere Unternehmen zu finden, zum Beispiel Automotive Northwest, um in den Kontakt mit den großen Unternehmen zu kommen.
- Kooperationen sind über die Netzwerke möglich, allerdings ist eine Kooperation zwischen Unternehmen und deren Erfolg immer auch personengebunden.
- Gleichgesinnte können in Netzwerken zusammengebracht werden, dies ist zum Beispiel eine der Aufgaben des VDI Landesverbands.
- Dabei sind die einzelnen Unternehmen zwar in einer Wettbewerbsposition, dennoch besteht immer eine Notwendigkeit zur Kooperation, insbesondere bei komplexen Lösungen (bestätigt die HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung, nach der 43 Prozent der Geschäftspartner von Unternehmen in technischen DL wiederum Unternehmen in technischen DL sind). Bei einem unfairen Verhalten müssen die Probleme im Netzwerk mit den Partnern angesprochen werden (Selbstverpflichtung) (Stichwort: Theorie zur „village economy“ und „opportunistic manner“).
- Es gibt im VDI Landesverband Arbeitskreise zu bestimmten Themen, zum Beispiel Kunststofftechnik.
- Die Bremer Clusterstrategie erscheint richtig, da insbesondere die definierten Clusterbranchen zukunfts-trächtige und ingenieurslastige Bereiche (Ausnahme ist Logistik) sind, die die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich prägen werden.
- AviaBelt und Automotive Northwest sind die richtigen Plattformen für die Bildung von Kooperationen, die die Entwicklung in diesem Bereich weiter voranbringen können; die Raumfahrt braucht allerdings kein Netzwerk, da diese Branche sehr spezifisch und hochtechnologisch ist.

Beschäftigung

- Das Angebot an Ingenieuren wird zukünftig weiter abnehmen, trotz steigender Nachfrage (bestätigt HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung in der Hinsicht, dass es schwierig für Unternehmen der technischen DL ist qualifiziertes Personal zu finden).
- Es müssen mehr Schüler spielerisch für Technik begeistert werden und dafür gewonnen werden. Zum Beispiel unternimmt der VDI Landesverband hier den SolarCup, auch gibt es hierzu noch den Tag der Technik (<http://www.tagdertechnik-bremen.de/>), der auch deutschlandweit durchgeführt wird.
- Der Mangel wird dazu führen, dass Projekte nicht durchgeführt werden können.
- Eine Beschäftigungslücke wird derzeit vor allem im Bereich der Kunststofftechnik für die Automotive- und die Luftfahrtbranche gesehen. Die steigenden Anforderungen werden allerdings auch durch die (längere) Einführung von Hochschulabsolventen in die Unternehmen gewährleistet.
- Schulische Ausbildung in der Technik fördern, durch Verbesserung der Ausbildung der Lehrer im Schwerpunkt Physik, Mathematik und Chemie (vermitteln von technischen Gesamtzusammenhängen).
- Im Ausland wird derzeit eher verhalten nach neuen Arbeitskräften gesucht.

Innovationen

- Das Zukunftsthema ist die Ressourcenschonung, hier insbesondere das Thema der Kunststofftechnik zur Gewichtsreduzierung (Stichwort: EcoMat).
- Allerdings werden keine großen Entwicklungssprünge insbesondere für die Luftfahrt- und Automobilbranche erwartet, sondern kontinuierliche (inkrementelle) Innovationen in Produkten und Prozessen.
- Insgesamt könnte man sich eine Förderung von Projekten für bestimmte Zwecke vorstellen (z. B. EcoMat).
- Im Bereich der Windenergie gibt es zudem noch weiteres Potenzial, allerdings fehlt hier immer noch der Ressourcen-/Effizienzdruck.

Standort

- Der bremische Standort ist insgesamt für Ingenieure gut aufgestellt. Gründe hierfür sind das Vorhandensein mittelständischer und großer Industrieunternehmen wie Airbus, Mercedes, OHB, Kaefer oder auch Kellogs.
- Auch gibt es mit der Universität Bremen und der Hochschule Bremen eine gute Ausbildungseinrichtung vor Ort.

- Es gibt eher keine Entwicklungshemmnisse; auch im Vergleich mit zum Beispiel München ist der Standort bzgl. Immobilienpreise und anderen Standortkosten günstiger.
- Die Hafennähe und die Logistikwirtschaft spielt zudem eine erhebliche Rolle für die Bewertung des Standortes für Unternehmen des produzierenden Gewerbes.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Die Entwicklung ist stark abhängig von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung.

Dokumentation der qualitativen Interviews im Teilbereich Beratungsdienstleistungen

Bundesverband Deutscher Unternehmensberater BDU e. V.

(Gespräch am 02.10.2013)

Der Bundesverband Deutscher Unternehmensberater BDU e. V. ist der Wirtschafts- und Berufsverband der Unternehmensberatungen (Strategieberatung, Organisationsberatung, IT-Beratung, HR-Beratung und Personalberatung) mit Standorten in Bonn, Berlin und Brüssel. In ihm sind über 500 Unternehmen mit ca. 14.000 Mitarbeitern organisiert.

Die Mitgliedsunternehmen bestehen dabei sowohl aus spezialisierten Einzelberatungsbüros oder kleineren Partnerschaften wie auch international agierenden Beratungshäusern.

(Quelle: <http://www.bdu.de>)

Ansprechpartner

Kai Haake
Rechtsanwalt
Mitglied der Geschäftsführung

Tel.: +49 228 916124
Fax: +49 228 916164

Bundesverband Deutscher
Unternehmensberater BDU e.V.
Zitelmannstraße 22
53113 Bonn

Gründungsaktivitäten

- Neugründungen im Bereich Unternehmensberatung haben in den letzten 10 Jahren nachgelassen. Gründungen heute sind oft Spinn-offs aus bestehenden Beratungsunternehmen.

Kundenstruktur

- In der Regel liegt der Fokus auf überregionale Kunden. Im Bereich geförderter Unternehmensberatung spielen aber auch regionale Kunden eine Rolle.
- Das Land Bremen ist insgesamt kein prädestinierter Standort. Unternehmensberatung wird meist bundesweit oder sogar europaweit betrieben. Dazu ist eine gute Anbindung an das deutsche ICE-Netz, gute Flugverbindungen und eine gute Autobahnanbindung notwendig. Dazu passen das Rhein/Ruhr und das Rhein/Main-Gebiet möglicherweise besser. Sind die Beratungsklienten dagegen überwiegend regional, kann der Standort Bremen gut sein.
- Die Industrie ist deutschlandweit sehr wichtig für die Branche. So lag 2012 bei den Klienten der Unternehmensberater beispielsweise der Anteil des verarbeitenden Gewerbes bei 33,3 Prozent. Das ist mit Abstand der höchste Anteil aller Branchen. Auf Platz 2 folgt die Finanzdienstleistungsbranche mit einem Anteil von 24,4 Prozent.

Netzwerke und Kooperationen

- In Form von Arbeitsgemeinschaften werden die Dienstleistungen eher selten erbracht, häufiger sind Unterbeauftragungen. Vorteile sind hier v. a. die Flexibilität, also bei Auftragsspitzen oder besonderer Notwendigkeit einer Spezialisierung, externes Wissen hinzuzukaufen. Hierbei sind aber feste Vereinbarungen, insbesondere mit Blick auf Datenschutz und Verschwiegenheit, nötig.
- Eine Grundfrage besteht darin, ob man als Consultingunternehmen die eigene Internationalisierungsstrategie über den Aufbau eigener Büros oder mittels Kooperationen mit lokalen Beratungsanbietern vor Ort plant. Bei beiden Varianten sind die Anforderungen an Planung, Finanzierung, Recruiting etc. sehr hoch. Bundesweit sind vor allem die führenden Beratungsbüros/-unternehmen auch Exporteure ihrer DL, KMU nur bei hoher Spezialisierung.

- Es besteht ein hoher Grad an Vernetzung im Bereich der Weiterbildung, freie Mitarbeit von Studenten und Doktoranden oder Professoren in Beratungsprojekten.
- Netzwerke und Kooperationen spielen eine wesentliche Rolle, der BDU bietet von Fachverbänden über Kongresse und anderen Foren vielfältige Angebote hierzu.
- Die bremische Clusterstrategie spiegelt die Stärkte und Besonderheit der Windenergie und der maritimen Wirtschaft insgesamt wieder.

Beschäftigung

- Der Frauenanteil im Consulting lag 2012 in Deutschland bei den großen und mittelgroßen Marktteilnehmern auf der Hierarchieebene „Juniorberaterinnen“ bei rund 30 Prozent. Auf der Führungsebene sinkt der Anteil allerdings dann bei den großen Beratungen auf 5 Prozent und bei den mittelgroßen auf 16 Prozent.
- Stärkste Gruppe der nachrückenden Berater sind Betriebs- und Volkswirte. Allerdings bestehen auch für andere Abschlüsse und Quereinsteiger gute Einstiegsmöglichkeiten. So finden sich in den Beraterteams heute auch häufig Berater mit technischem, naturwissenschaftlichem oder geisteswissenschaftlichem Studienhintergrund. Analytische Fähigkeiten, strukturiertes Arbeiten, Flexibilität sind in jedem Fall wesentliche Bedingungen. Da viele Beratungsprojekte heute viele Umsetzungsanteile haben, müssen die Berater auch kommunikativ sehr stark sein.
- In der Unternehmensberatung wird grundsätzlich ein stärkerer Wettbewerb um qualifizierte und talentierte Mitarbeiter v. a. mit der Industrie beobachtet. Ein überdurchschnittlicher Mangel an Fachkräften wird zwar in der Breite noch nicht festgestellt. Die Recruitingaufwendungen – Budgets, Manpower – nehmen aber immer weiter zu.
- Nach wie vor gilt das Consulting als Sprungbrett für die Industriekarriere. Anschlussverwendungen in der Wirtschaft, v. a. der Industrie sind durchaus häufig. Es kommen mittel- und langfristig gute bis sehr gute Verdienstmöglichkeiten hinzu, die den Beruf attraktiv machen.
- Die Aktivitäten im Hochschulmarketing zur weiteren Fachkräftenwerbung sind vielfältig: Sie reichen von Vortragsveranstaltungen über die Präsenz bei Absolventenmessen bis hin zu speziellen und interessanten Angeboten bei Praktika, Trainees oder Doktoranden-Programmen. Große Unternehmensberatungen unterhalten darüber hinaus sogenannte Corporate Universities, in denen die Berufseinsteiger fit für das Consulting-Berufsleben gemacht werden.
- Es gibt Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf, soweit es mit den praktischen Anforderungen des Berufs (v. a. Präsenz beim Klienten) zulassen (u. a. flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice, Teilzeiterbeschäftigungen). Der Wunsch von Klienten, den Berater ständig vor Ort zu haben, ist in jüngerer Zeit auch zurückgegangen. Die heutigen Kommunikationskanäle lassen hier auch bessere Lösungen zu.

Innovationen

- Das Thema Nachhaltigkeit gewinnt auch bei Beratungsprojekten eine wichtigere Rolle. Ganz grundsätzlich steigt die Erwartung an Berater, stärker konkret verwertbare Informationen zu Benchmarks und Best-practices zu erhalten. Kunden wünschen sich schnell verfügbare Marktinformationen für belastbare Handlungsempfehlungen – Angebote im Applied Research und Business-Analytics.
- Grundsätzlich steht der BDU Zuschüssen/Subventionen durch die öffentliche Hand zur Förderung von Unternehmen skeptisch gegenüber, das gilt auch in Bezug auf geförderte Unternehmensberatung. Wird allerdings eine Förderung angeboten - und zwar insbesondere durch die Länder – müssen offene oder verdeckte Bevorzugungen regionaler Dienstleister vermieden werden. In der Vergangenheit kam es – soweit ersichtlich nicht in Bremen – zu Fällen, in denen Landesregierungen Beratungsförderungen so konstruiert haben, dass faktisch nur regionale Berater davon profitieren konnten. Derartige Einschränkungen sind allerdings mit EU-Recht nicht vereinbar.

Standort

- Ein Vorteil ist das Vorhandensein eines Verkehrsflughafens und ICE-Anbindung sowie der Hochschulstandort. Nachteil könnte die verhältnismäßig dezentrale Lage und das eher strukturschwache Umland sein. So gehen insgesamt zu wenige Flüge (Tagesrandverbindungen) von Bremen aus in die europäischen Hauptstädte. Für die internationale Projektarbeit ist die optimale Anbindung an die entsprechenden lokalen Klientenmärkte von elementarer Bedeutung. Die großen und global/europäisch ausgerichteten Consultingfirmen haben ihren Hauptsitz daher in der Regel in den deutschen Zentren mit vielen, internationalen Flugangeboten wie zum Beispiel Frankfurt, München oder Düsseldorf.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Zusätzliche Komplexität in der Unternehmensführung führt zu Absicherung von Entscheidungen durch den Einsatz von Unternehmensberatungen.
- Ausweitung des Leistungsangebots auf Themenbereiche, die bisher nicht abgedeckt sind. Bei größeren und mittelgroßen Beratungsunternehmen wird es in den kommenden Jahren häufiger zu Zusammenschlüssen und Übernahmen kommen.

Hanseatische Steuerberaterkammer Bremen e. V.

(Gespräch am 14.10.2013)

Die Hanseatische Steuerberaterkammer Bremen ist die Berufsorganisation aller Steuerberater im Lande Bremen.

(Quelle: [http:// www.stbkammer-bremen.de](http://www.stbkammer-bremen.de))

Ansprechpartner

Monika Will
Geschäftsführerin

Tel.: +49 228 916124
Fax: +49 228 916164
Postfach 10 51 80
28051 Bremen

Hanseatische Steuerberaterkammer
Bremen e. V.
Am Wall 192
28195 Bremen

Gründungsaktivitäten

- StB sind nach dem Ablegen der Prüfung und der Bestellung zum StB praktisch ausschließlich im Anstellungsverhältnis gem. § 58 StBerG tätig. Diese Entwicklung ist seit rund 10 Jahren festzustellen. Eine selbständige Tätigkeit entwickelt sich bei einem Teil der Neubestellten nach einigen Jahren. Allerdings sind reine Neugründungen sehr selten. Die selbständige Tätigkeit wird dann oft im Rahmen einer Sozietät/Steuerberatungsgesellschaft/Bürogemeinschaft/Partnerschaft ausgeübt. Die völlige Neugründung einer Steuerberatungspraxis als Einzelpraxis ist kein tragfähiges Modell mehr. In Bremerhaven dürfte anhand der wirtschaftlichen Probleme die Risiken für eine Neugründung noch größer sein.
- Es gibt berufsrechtliche Regelungen im StBerG wie z. B. Kapitalbindung bei StBerG §§ 50 ff bei der Neueinrichtungen von Niederlassungen, weitere Beratungsstellen ist der § 34.
- Es gibt keine speziellen Anforderungen an Mitarbeiter bei Neugründungen. Die Anforderungen sind immer ähnlich: Es werden ausschließlich sehr gut qualifizierte Fachkräfte benötigt (Steuerfachangestellte, Steuerfachwirte).

Kundenstruktur

- StB sind Freiberufler, die in kleinen bis mittleren Einheiten tätig sind. Im Land Bremen gibt es auch einige große StBG, die zum Teil eigenständig, zum Teil weitere Niederlassungen von großen Gesellschaften (big 4) sind. Die Kunden der StB sind kleine und mittlere Betriebe, Dienstleister, Handwerker, aber auch Privatpersonen aus der Region. Industrieunternehmen und Großunternehmen spielen keine besondere Rolle.
- Die Entwicklung und Förderung des Mittelstands ist entscheidend für die wirtschaftlichen Aussichten des steuerberatenden Berufs, denn das sind die Kunden.
- Auslandstätigkeit in größerem Umfang entfalten die großen, international tätigen Steuerberatungsgesellschaften und nicht die kleineren und mittleren Steuerberater.

Netzwerke und Kooperationen

- Kooperationen sind bei StB nur mit sozialisierungsfähigen Berufen wie Wp oder RAe möglich.
- Die Steuerberaterkammern betreiben selbst eine wissenschaftliche Einrichtung: das DWS, Deutsches wissenschaftliches Steuerinstitut.
- Die Steuerberaterkammer Bremen bietet auf ihrer Internetseite die Möglichkeit, Kooperationsangebote/ Gesuche zu veröffentlichen.

Dokumentation der qualitativen Interviews im Teilbereich Finanzdienstleistungen

Bankenverband Bremen e. V.

(Gespräch am 18.09.2013)

Der Bankenverband Bremen e.V. vertritt die Rechte und gemeinsamen Interessen der Privat- und Geschäftsbanken in seinem Verbandsgebiet, dem Bundesland Bremen. Er unterrichtet die Mitglieder in sie berührenden Fragen und steht als beratendes Organ den Behörden, Kammern und Verbänden bei Bedarf zur Verfügung. Hierbei kommt der Funktion als Bindeglied zwischen dem Bundesverband deutscher Banken e. V. in Berlin und den lokalen Instituten besondere Bedeutung zu.

Dem Verband sind 20 Institute mit etwa 1.400 Beschäftigten angeschlossen. Da es sich um eine Pflichtmitgliedschaft handelt, umfasst der Verband alle Privatbanken im Land Bremen.

(Quelle: [www. http://www.bankenverband-bremen.de/der-verband-1](http://www.bankenverband-bremen.de/der-verband-1))

Ansprechpartner

Hans-Dieter Rahden

Tel.: +49 421 3674-213
Fax: +49 421 3674-218
bv.bremen@t-online.de

Bankenverband Bremen e. V.
c/o Deutsche Bank AG
Domshof 25
28195 Bremen

Gründungsaktivitäten

- Gründungen in der Regel als Filialgründungen großer Bankhäuser.
- Derzeit eher eine Übersättigung des Marktes, tendenziell werden eher Bankfilialen geschlossen (bspw. Filiale der Sal. Oppenheim) als neu eröffnet.

Kundenstruktur

- Das Ergebnis der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung, wonach ein Großteil (93 Prozent) der Kunden aus dem Land Bremen und ein kleiner Teil aus Niedersachsen (4 Prozent) beziehungsweise anderen Bundesländern (3 Prozent) kommt, wurde als realistisch bestätigt.
- Bremen als lukrativer Bankenstandort (vermögende Struktur → Vermögensverwaltung), der aber bereits gut besetzt ist (siehe Hinweis zur Übersättigung des Marktes oben, Übersättigung als deutschlandweites, nicht nur bremisches Phänomen).
- Große Unternehmen, ins besondere aus den Bereichen Ernährungswirtschaft, Luftfahrt, Werften und Windenergie spielen als Bankkunden eine bedeutende Rolle (hier auch Betreuung niedersächsischer Firmen, zum Beispiel ENERCON in Aurich), aber auch Vielzahl kleinerer Unternehmen im Logistik- und Speditionsbereich von hoher Bedeutung für die Branche, Gesundheitsbereich hingegen eher durch die Sparkassen betreut, Schwerpunkt allgemein im Industriebereich, die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs nimmt aber zu.
- Vereinzelt auch wissenschaftliche Einrichtungen als Kreditempfänger.

Netzwerke und Kooperationen

- Kooperationen zwischen mehreren Bankhäusern als Finanzierungspool zur Risikodiversifizierung in Einzelfällen üblich, z. B. im Schifffahrtsbereich, hier auch Kooperationen mit den Sparkassen (insgesamt < 5 Prozent des Geschäftsvolumens).
- Bankenverband zur Weiterleitung fachlicher Informationen an die Einzelbanken sowie als Vertreter der Bankeninteressen in der Öffentlichkeit, auch Engagement in der Region (zum Beispiel Mitglied im Verein Wirtschaft pro Metropolregion).
- Regelmäßiger Austausch sowie Kooperation mit der Bremer Aufbaubank sowie der Bürgschaftsbank Bremen, der Bremer Wirtschaftsförderung sowie der Handelskammer Bremen.

Beschäftigung

- Filialleitungen derzeit noch häufig von Männern besetzt, der Frauenanteil nimmt hier aber zu, in der Regel interne Besetzung der Positionen.

- In Großbanken im vergangenen Jahrzehnt Trend zur Konzentration der Abteilungen und damit einhergehender Personalabbau (deckt sich mit den Ergebnissen der HWWI-/ZEW-Unternehmensbefragung), hier oftmals Alterslösungen (Frühverrentungsoptionen ab 55+), von daher jetzt relativ junge Belegschaft, Altersstruktur bei kleineren Banken gut durchmischt.
- Frauenanteil etwa bei 50 Prozent.
- Lehre zum Bankkaufmann/-frau noch gängige Ausbildung, hierfür meist Abitur Voraussetzung, Hochschulabschluss eher für Spitzenpositionen relevant (etwa ein Viertel der Beschäftigten, bestätigt die Ergebnisse der HWWI-/ZEW-Unternehmensbefragung).
- Bankberuf generell kein Modeberuf mehr, tendenziell Nachfragerückgang, dennoch nach wie vor sind ausreichend qualifizierte Bewerber vorhanden. Gemäß der HWWI-/ZEW-Unternehmensbefragung konnten etwa 20 Prozent der geplanten Einstellungen im vergangenen Jahr im Bereich der Finanzdienstleistungen nicht besetzt werden, neben einer Verschlechterung der Ertragslage wurden hierfür auch fehlender qualifizierte Bewerber als Grund genannt.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf als aktuelles Thema, zu dem noch mehr getan werden muss, dessen sich die Banken aber annehmen.

Innovationen

- Innovationen bei den Finanzprodukten, allerdings ist dies vom Geschäftsmodell der Einzelbanken abhängig
- Kooperationen mit anderen Banken und öffentlichen Trägern sowie wissenschaftlichen Einrichtungen generell vorstellbar.
- EU- und nationale Regularien entscheidend, auf Landesebene keine Stellschrauben für die Innovationspolitik der Banken.
- Keine große Bedeutung von Normungen und Patenten in der Branche.

Standort

- Interessante Vermögens- und Unternehmensstruktur in Bremen.
- Standort Bremerhaven von zunehmender Bedeutung, insbesondere auch die Offshore-Industrie.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Zunehmend Vermögensberatung und Mittelstandsberatung als Antwort auf die Bankenkrise.
- Verstärkte Regulierung wird zu steigenden Kosten für Finanzdienstleistungen führen.

Immobilienverband Deutschland IVD Verband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen Region Nord e. V.

(Gespräch am 26.09.2013)

Der Immobilienverband Deutschland (IVD), Verband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen e. V., ist mit rund 6.000 Mitgliedern der größte Unternehmensverband in der Immobilienwirtschaft. Der IVD Nord zählt im bundesweiten Vergleich zu einem der großen Regionalverbände und ist als Regionalverband innerhalb des IVD zuständig für die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern und umfasst rund 1.500 Mitglieder.

(Quelle: <http://www.ivd-nord.de/nc/home.html>)

Ansprechpartner

Herr Michael Bruns
Stellvertretender Vorsitzender

Tel.: +49 421 437729-0
Fax: +49 421 437729-29
info@cordes-bruns.de

Cordes & Bruns Immobilien
Spitzenkiel 14/15
28195 Bremen

Gründungsaktivitäten

- Zuwachs: deutlich mehr Akteure am Markt; Grund: Erholung nach der Wirtschaftskrise sowie Zinspolitik, die großvolumigere Finanzierungen erlaubt und somit neuen Mandantenkreisen den Immobilienkauf ermöglicht.
- Allerdings auch Existenzschwierigkeiten, es fehlen marktfähige Immobilien, Umsatz der Unternehmen geht zurück, weil sie keine passenden Angebote mehr finden.
- Gründer in der Regel zwischen 25 und 40 Jahre alte, Trend zu mehr Frauen, Frauenanteil bereits etwa hälftig, zunehmend mehr Gründer mit Migrationshintergrund.
- Franchising als relevantes Konzept in der Branche.
- Branchenspezifische Ausbildung (Immobilienfachwirt, Immobilienkaufmann) von Vorteil, bei zu gering qualifizierten Haftungsproblematik als großes Problem, der IVD spricht sich daher dafür aus, dass Gründer eine bestimmte Mindestqualifikation aufweisen müssen.

Kundenstruktur

- Immobilien als regionaler Markt.
- Bremische Branchenstruktur spiegelt sich auch in der Kundenstruktur im Immobilienmarkt wider.
- Wichtiger Kunde: Logistikbranche, suboptimale Verkehrsanbindung als Manko für die weitere Kundenakquise im Logistikbereich, ebenso: fehlende Industrie.

Netzwerke und Kooperationen

- Viele Kooperationen innerhalb der Branche (Synergieeffekte), auch im Bereich Ausbildung.
- Bedeutung wissenschaftlicher Kooperationen bisher eher gering, wäre ein Verbandsthema.
- Verband nimmt nicht jeden sofort als Mitglied auf, Mitgliedschaft als Gütesiegel, auch Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten über den Verband.

Beschäftigung

- Altersstruktur sehr durchwachsen, in Unternehmen mit älteren Beschäftigten Unternehmensnachfolge teils ein Problem.
- Frauenanteil paritätisch und steigend.
- Unternehmen bilden intensiv aus (auch als Maßnahme gegen den Fachkräftemangel, s. u.), Quote ist in den letzten Jahren gestiegen, Voraussetzung ist mindestens ein guter Realschulabschluss.
- Fachkräftemangel spürbar bei den Auszubildenden, längere Suchzeiten, erstmals Abbrecher, Situation in Bremen durchaus verschärft.
- Verband engagiert sich in Berufsschulen, zudem Seminare für Einsteiger und Quereinsteiger.
- Vereinbarkeit von Familien und Beruf als Thema, gewisse Flexibilität gegeben, dennoch Kundennähe erwünscht.

Innovationen

- Internetrevolution, social media Nutzung wichtig.
- Reine Beratungsleistungen zu immobilienwirtschaftlichen Themen.
- Bremer Unternehmen hier im bundesweiten Vergleich eher hinten.
- Keine neue finanzielle Förderung notwendig, sondern bessere Transparenz, zum Beispiel branchenspezifische Broschüre für Gründer sowie eine weitere für bereits existierende Immobilienunternehmen, die derzeitige Fördermöglichkeiten aufzeigt.

Standort

- Bremer Baukultur deutschlandweit herausragend.
- Aktivitäten der Bremer Aufbaubank ebenfalls hervorzuheben, zum Beispiel im Bereich der Förderung von energetischen Sanierungen für Wohnungseigentümergeinschaften.
- Überregionale Erreichbarkeit hingegen problematisch (insbesondere im Hinblick auf die bremische Verkehrspolitik, zu lange Diskussionen).

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Lobenswert hervorzuheben ist die Entwicklung der Überseestadt, allerdings innerstädtisch erheblicher Leerstand, Gesamtmarkt muss im Blick bleiben.
- Tourismus als Wachstumsbranche, gerade auch in Bremen.
- Objektförderung versus Subjektförderung bei Neubauten für normale Mieter, GEWOBA und andere können derzeit nicht wirtschaftlich bauen, wenn sie sozial verträgliche Mieten ansetzen müssen. Grund: hohe Baukosten, insbesondere aufgrund der Energieeinsparverordnung.

Dokumentation der qualitativen Interviews im Teilbereich Informationsdienstleistungen

bremen digitalmedia

(Gespräch am 07.10.2013)

bremen digitalmedia wurde 1997, damals unter bremen multimedial, als Initiative zur Förderung, Entwicklung, Anwendung und Verbreitung interaktiver Medien in der Wirtschaftsregion Bremen gegründet. Alle Medien- und Technologieunternehmen, deren Geschäftsprozesse durch digitale Medien bestimmt sind oder sich verändern, bilden eine junge und vielfältige Branche. Der Branchenverband bremen digitalmedia e.V. verknüpft diese Kompetenzen und Persönlichkeiten miteinander, um gemeinsame Potenziale zu erschließen und die politischen Interessen zu vertreten. Als Verband setzen wir uns für die Förderung, Entwicklung, Anwendung und Verbreitung interaktiver Medien in der Wirtschaftsregion ein, insbesondere aber auch für den Ausbau der Bildungsangebote rund um Informationstechnologie und Medien. Gesellschaftliche und globale Veränderungen, Fachkräftemangel und berufliche Qualifikation beschäftigen Unternehmen aus allen Branchen. Als Interessensvertreter der digitalen Medien sehen wir weitreichende Herausforderungen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Bremen zu erhalten.

(Quelle: <http://www.bremen-digitalmedia.de>)

Ansprechpartner

Björn Portillo

1. Vorsitz (Vorstand hmmm multimediahaus AG)

Dr. Steffen Wiegmann

Koordinator Bildung und Wirtschaft

Leiter der Geschäftsstelle

Tel.: +49 421 16100535

wiegmann@bremen-digitalmedia.de

bremen digitalmedia

Alte Schnapsfabrik

Am Deich 86

28199 Bremen

Gründungsaktivitäten

- Die Zeit der zahlreichen Unternehmensgründungen ist vorbei. Die Gründung des Verbands im Jahr 1997 lag in der Pionierzeit. Seitdem ist die Branche „erwachsen“ geworden. Es finden in der Branche nun verstärkt Konsolidierungen (Einverleibung der Kleinunternehmen in Mittel-/Großunternehmen) statt.
- Neue Technologieschübe/-entwicklungen gibt es dennoch, insbesondere in der Digitalisierung des alltäglichen Lebens (Auto, Smartphone etc.) und durch die Anwendung und Entwicklung von Apps, die zu weiteren (Aus-) Gründungen führen könnten.
- Das größte Entwicklungshemmnisse ist das (nicht) Vorhandensein von Startkapital für Gründer; andererseits ist die Begleitung in der Anfangsphase durch die Wirtschaftsförderung (WfB) gegeben. Es stellt sich allerdings die Frage, wie Nachhaltig die Unterstützung bei der Unternehmensgründung ist.

- Gründungen stehen allgemein nicht im Vordergrund bei den (Hochschul-)Absolventen, sondern der Job als Freelancer. Wenn diese Freelancer allerdings auf die Mitte 30 zugehen, wird in der Regel ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis angestrebt.

Kundenstruktur

- Die regionalen Clusterunternehmen spielen eine untergeordnete Rolle in der Nachfrage nach Informationsdienstleistungen, diese wird eher von auswärtigen Unternehmen bedient. Insgesamt gibt es kaum regionale Abnehmer, für die Informationsdienstleistungen erstellt werden.
- Generell sind die Unternehmen weniger regional ausgerichtet, sondern deutschlandweit.
- Wenn die Unternehmen regional ausgerichtet sind, dann sind dies die Kleinstunternehmen/Freelancer. Diese Kleinstunternehmen schaffen manchmal den Sprung in den deutschlandweiten Markt, wenn ein größeres Projekt akquiriert worden konnte.
- Für viele Projekte braucht man eine gewisse kritische Masse an Beschäftigten, um an den meist internationalen Ausschreibungen teilnehmen zu können. Auch nimmt die Komplexität der Projekte zu. Die Informationstechnologie und -dienstleistung ist ein internationaler Markt.
- Die steigende Komplexität führt dazu, dass vermehrt kleinere Aufgaben an Kleinstunternehmen/Freelancer abgegeben werden, dies auch international (beispielsweise nach Indien als verlängerte Werkbank).
- Die Globalisierung ist allgemein von wachsender Bedeutung für die Informationsdienstleistungs-Branche. In Afrika und Asien (Indien) gibt es viele Unternehmen/Dienstleister, mit denen man nur über die Qualität und nicht über den Preis konkurrieren kann.
- Aus den europäischen Nachbarländern/Anrainern, zum Beispiel Niederlanden, Schweiz oder Türkei werden verstärkt Leistungen nachgefragt.
- Insgesamt ist eine Investitionszurückhaltung zu beobachten, die aus unterschiedlichen Gründen stattfindet (NSA, Wirtschaftskrise etc.).

Netzwerke und Kooperationen

- Zwischen den Unternehmen, ab einer bestimmten Größe, gibt es wenig Zusammenarbeit. Insbesondere da es in Bremen wenig spezialisierte Unternehmen des Bereichs gibt, fällt die Zusammenarbeit in der Region relativ gering aus.
- Andererseits sind 2 bis 3 Mann Unternehmen stark auf eine Zusammenarbeit und auf Netzwerke angewiesen. Diese Zusammenarbeit wurde am Anfang von bremen digitalmedia anvisiert, wurde aber von den Unternehmen nicht angenommen.
- Zweck des Vereins ist ausschließlich die Förderung des Nachwuchses, in Kooperation mit den bremischen Hochschulen.
- Die Arbeit zwischen den Verbänden (u. a. Marketing Club, Medienmeile, Klubdialog etc.) ist sehr wichtig für bremen digitalmedia, um mit den knappen Ressourcen viel bewegen zu können. Auch sind die WFB und HK Bremen im Verein bremen digitalmedia vertreten.

Beschäftigung

- Im Beschäftigungsfeld der Informationsdienstleister gibt es einen Imagewechsel vom „IT-Nerd“ zum Kreativbeschäftigten. Hierdurch wird der Beruf auch für Frauen immer attraktiver.
- Insgesamt werden immer mehr Personen in der Branche benötigt und beschäftigt, da die Digitalisierung immer weiter zunimmt (z. B. IT im Auto).
- Die (Neu-)Beschäftigung kommt überwiegend aus der Region (Bremer/Oldenburger Umland), überregional (deutschland- und europaweit) werden keine Fachkräfte gezielt gesucht.
- Die Ausbildung an den bremischen Hochschulen ist gut und es bestehen enge Kooperationen zwischen bremen digitalmedia, den einzelnen Unternehmen und den bremischen Hochschulen, insbesondere der Universität. Ausnahme bildet die HfK, mit der es keine besonderen Kooperationsbeziehungen gibt.

- Zudem gibt es einen dualen Studiengang, der vom Verein organisiert wird. Der Studiengang ist im Verband mit der Hochschule Bremen, der Universität Bremen und den Berufsschulen entwickelt worden (einmaliges Konstrukt zwischen dem Verein und den Hochschulen). In diesem Programm werden dann jedes Jahr 30 bis 40 Studenten aufgenommen, die sich aus dem erweiterten Umland (Hannover, Hamburg etc.) in diesen Studiengang einschreiben. Seit Oktober 2013 gibt es zudem ein Masterstudium in Anlehnung an das duale Studienprogramm, um die Mitarbeiter/Studenten weiter spezialisieren und an die Unternehmen langfristig binden zu können.
- Auch für die Ausrichtung der Module/Fachrichtung (an den Hochschulen) ist die Vernetzung sehr wichtig, hierauf Einfluss genommen, um geeignete Absolventen für den Markt zu bekommen.
- Für die Förderung/Einbindung von Geringqualifizierten gibt es eine neue Kooperation/Programm mit der Volkshochschule Bremen (ggf. zusammen mit dem Arbeitsamt und der Handelskammer), in dem Unternehmen Praktikumsplätze und Trainee-Stellen für den Quereinstieg in die IT-Wirtschaft einrichten. Hierüber erhofft man sich auch, den Nachwuchs aus dem Ausland akquirieren zu können. Das Projekt soll 2014 starten.
- Aufgrund der kleinen Branchenstruktur in Bremen gibt es eine längere Zugehörigkeit der Beschäftigten an die Unternehmen.
- Bzgl. des Fachkräftemangels wird hinsichtlich der Vereinbarung von Familie und Beruf vereinzelt gearbeitet (z. B. eigenes Kinderzimmer, falls die Kinderbetreuung in der Kita etc. mal nicht funktioniert).
- Insgesamt bedarf es einer Verbesserung der Schulausbildung. Hier muss mehr getan werden, um entsprechenden Nachwuchs für die Unternehmen gewinnen zu können. Durch eine Digitalisierung des Unterrichts (zum Beispiel Apps, Youtube, Stundenpläne und -ausfälle etc.) könnte das Selbstverständnis der Anwendungen und damit das Interesse weiter gesteigert werden (und nicht ausschließlich durch den Informatikunterricht).

Innovationen

- Die Investitionsleistung in Innovationen ist relativ hoch. Dabei werden Innovationen vordergründig durch die Marktführer ausgelöst, beispielsweise durch das Erscheinen des iPhone wird ein neuer Trend gesetzt, auf den dann alle aufsetzen.
- Die Bereiche digitales Leben, Vernetzung (Auto, Smartphone, etc.) und Selbstvermessung (medizinische, sportliche Bereich etc.) nehmen immer stärker zu und setzen Trends.
- Die Branche erfindet sich laufend neu; mit Spezialberufen die in einer paar Jahren nicht mehr nachgefragt werden. Daher sind die Kosten für die Weiterbildung relativ hoch, um mit der Schnelllebigkeit der Branche schritthalten zu können.
- Innovationsuchende Branche, dessen Unternehmen laufend die Strukturen und Dienstleistungen weiter entwickeln.

Standort

- Die Sichtbarkeit der Branche ist in der Stadt Bremen nicht gegeben und daher ist die politische Unterstützung relativ klein (auch kein Clusterschwerpunkt). Zudem ist die politische Unterstützung zum Teil auch zurückgeschraubt worden, wie der Runde Tisch Medienkompetenz.
- Als Ausbildungsstandort mit seinen Hochschulen und der Universität ist Bremen gut aufgestellt. Hingegen muss die schulische Bildung aus Sicht von Bremen digitalmedia systematisch und fächerübergreifend, möglichst vom Start an, auf die Vermittlung von Medienkompetenz ausgerichtet werden. Durch die weltweite Digitalisierung der Kommunikation ist dies eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg zukünftiger Generationen in der Arbeitswelt der Zukunft.
- Der universitäre Ausbildungsstandort ist gut, hingegen muss die schulische Bildung stark verbessert werden.
- Es gibt nur wenig Kunden vor Ort, daher nimmt man eher eine „Außenseiterrolle“ ein.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Das Thema Globalisierung wird weiter zunehmen.
- Durch den digitalen Wandel ist die Branche langfristig ein Erfolgssektor mit hoher Zuversicht.

Dokumentation der qualitativen Interviews im Teilbereich Kreativdienstleistungen

Klubdialog

(Gespräch am 14.10.2013)

Der KLUB DIALOG e.V. ist ein Verein von Kreativen für Kreative. Wir wollen den Profis der Bremer Kultur- und Kreativwirtschaft eine Plattform bieten, um sich branchenübergreifend besser kennenzulernen und zu vernetzen. Angefangen hat es als KLUB ANALOG mit Veranstaltungen und Vernetzungstreffen der einzelnen Branchen in der Kreativwirtschaft. Die Initiative ging 2009 von der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) aus, in Zusammenarbeit mit der Bremer Kultur- und Kreativwirtschaft. Unterstützt wird der KLUB DIALOG e.V. nach wie vor freundlicherweise von der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) und durch Mittel aus dem europäischen Regionalfonds „EFRE“. Die organisatorischen Fäden laufen bei einem ehrenamtlichen, von den Mitgliedern gewählten Vorstand zusammen.

(Quelle: <http://www.klub-dialog.de>)

Ansprechpartner

Lara Goldsworthy
Claudia Adam

Tel.: +49 421 16105227
+49 176 32945470
lg@klub-dialog.de
www.klub-dialog.de

KLUB DIALOG
Alte Schnapsfabrik
Am Deich 86
28199 Bremen

Gründungsaktivitäten

- Fördernetzwerke und -programme wie B.E.G.IN, Belladonna, Ideenlotsen, ZwischenZeitZentrale sind mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten für die heterogen zusammengesetzte Zielgruppe sehr hilfreich, sollten beibehalten werden.
- Mehr Transparenz und Sichtbarkeit bei den Förderangeboten für Gründer wären hilfreich.

Kundenstruktur

- Die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) sind sowohl auf lokale/regionale oder überregionale Kunden ausgerichtet, jede Teilbranche hat allerdings ihre spezifischen Märkte.
- Die regionale Industrie ist vielfach ein Kunde der KKW, dies hängt allerdings von den einzelnen Teilmärkten der KKW ab.
- Für den Absatzmarkt im Ausland gibt es Hemmnisse aufgrund von unterschiedlichen Steuergesetzgebungen, Auslandssteuer, Zahlungsverkehr oder auch kulturellen Barrieren. Ein Hemmnis könnte in der Komplexität von Auslandsgeschäften liegen, insbesondere da es sich bei KKW Branchenteilnehmer häufig um Freelancer und Kleinunternehmen handelt.

Netzwerke und Kooperationen

- Die KKW (alle Teilbranchen) arbeitet größtenteils projektbezogen. Deswegen sind oftmals interdisziplinäre Kooperationen nötig und an der Tagesordnung. Entgegen den Befunden der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung gibt es einen regen Kommunikationsaustausch in der Branche, in der Stadt Bremen und z. T. auch überregional. Zur Branche in Bremerhaven bestehen vergleichsweise wenige Kontakte.
- Viele Unternehmen lassen sich nicht einem einzigen Teilbereich der KKW zuordnen, deswegen werden häufig Kooperationen angestrebt/durchgeführt.
- Wie in anderen Branchen auch spielen wissenschaftliche Einrichtungen als Kooperationspartner eine große Rolle. In der KKW gibt es dennoch keine konkreten und langerprobten Vernetzungsstrukturen mit wiss. Einrichtung.
- Dem Verband kommen folgende Rollen zu: Informationsplattform, bereichsübergreifend, Kommunikationsplattform, Impulsgeber für Kooperation, Kontaktabbau.
- Klub Dialog als ein wichtiger Baustein im System neben anderen Akteuren und Netzwerken.
- In der Clusterpolitik des Landes Bremen fehlen insbesondere wichtige große Impulsgeber wie die Nahrungsmittel- und Automobilindustrie.
- Netzwerkfördernde Maßnahmen wirken sich positiv aus und es sollte/müsste mehr getan werden, um übergreifende Handlungsräume zu schaffen.

- Entgegen der Ergebnisse der Unternehmensbefragungen, nimmt der Verein Geschäftspartnerschaften zwischen den Kreativunternehmen in Bremen aktiv wahr (Hinweis: Gerade im Bereich der KKW sind Partnerschaften, z. B. zwischen Darstellende Künste und Musikwirtschaft oder Pressemarkt und Rundfunkwirtschaft üblich).

Beschäftigung

- Da es im Bereich der KKW viele Freelancer gibt spielt das Thema Familienfreundlichkeit insoweit eine Rolle als dass sich die Akteure flexible Arbeitszeiten etc. einrichten können. Allgemein ist dies jedoch von den Teilmarktberichen abhängig.
- In den Teilbereichen ist die Altersstruktur sehr verschieden, aber zum Beispiel im Teilmarkt Designwirtschaft eher jung.
- Insbesondere in den Bereichen IT, Social Media Content- Bereich gibt und wird es verstärkt eine Nachfrage nach Fachkräften geben.
- Ein Fachkräftemangel ist in den Teilmärkten Design, und IT zu beobachten. Zudem ist ein Mangel an Azubis zu beobachten.
- Für den Beruf im Bereich der KKW ist allgemein eine individuelle Ausstrahlung und Stilistik wichtiger als (Abschluss-)Noten. Die Anforderung liegen zudem darin in multidisziplinären Zusammenhängen zu arbeiten. In den einzelnen Teilmärkten gibt es aber insgesamt unterschiedliche Voraussetzungen.

Innovationen

- Das Thema der Innovationen ist teilbranchenspezifisch, generell betrachtet liegt ein Trend in der Digitalisierung der Kommunikation.
- Die Unternehmen sind unterschiedlich gut aufgestellt, aber es gibt beispielsweise zwei Unternehmen in Bremen, die unter den Top 10 der E-commerce Unternehmen zu finden sind.
- Im Bereich urbanscreen (Lumentekturen) gibt es in Bremen einen Innovationsführer.
- Die Wirtschaftspolitik/-förderung kann dabei Netzwerke und Gründungen fördern oder auch Anstoßgeber für Kooperationsprojekte zwischen KKW und Wissenschaft sein, um die Innovationstätigkeiten in der Branche zu stärken und zu erhöhen.
- Für den Kulturbereich sind Bundes- und EU-Mittel von hoher Bedeutung.
- In der Teilbranche Architektur und IT sind Normungen und Patente durchaus bedeutsam, für andere Teilbranchen ist eher das Urheberrecht/Nutzungsrechte ein wichtiges Thema.

Standort

- Für den Standort sind folgenden Faktoren ausschlaggebend: Ausbildung, Schule, Berufsschule, Hochschule und Netzwerke.
- Bremens Vorteile sind die kurzen Wege und die gute Vernetzung zwischen den Akteuren. Auch ist die positive Rezeption einer Stadt, Wirkung der Stadt nach außen, wichtig.
- Stadt Bremen wird als prinzipiell sehr offen gegenüber außergewöhnlichen Ideen wahrgenommen.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Allgemein ist dies teilmarktspezifisch, allerdings denken viele Akteure der Teilmarktbranchen nicht wachstumsgetrieben, sondern die Strategie/Ansicht des qualitativen Wachstums ist verbreiteter als das quantitative Wachstum.
- Es braucht dringend einen umfassenden Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht für Bremen, der quantitativ und qualitativ (strukturell) eine valide Grundlage zur teilmarktspezifischen/-übergreifenden Einschätzung und Weiterentwicklung der Branche ermöglicht. Wichtig dabei: Ein Berechnungsschlüssel, der bundesweite Vergleichbarkeit gewährleistet.

Dokumentation der qualitativen Interviews im Teilbereich Logistikdienstleistungen

Bundesvereinigung Logistik (BVL)

(Gespräch am 27.09.2013)

Die Bundesvereinigung Logistik (BVL) ist ein Netzwerk für Logistik und Supply Chain Management mit mehr als 10.000 Fach- und Führungskräften aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Wissenschaft. Sie gibt Anregungen und Impulse für branchenübergreifende und zukunftsweisende logistische Konzepte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen im In- und Ausland.

(Quelle: <http://www.bvl.de/die-bvl/wer-wir-sind>)

Ansprechpartner

Lutz H. Peper
Kassenprüfer

Tel.: +49 421 5497-110
+49 170 6304701
Fax: +49 421 5497-144
lutz.peper@willenbrock.de

Willenbrock Fördertechnik
GmbH & Co. KG
Geschäftsführender Gesellschafter

Gründungsaktivitäten

- Insgesamt Branche mit vielen älteren Unternehmen (bestätigt Ergebnisse der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung).
- Existenzgründungen momentan eher schwierig, da die Bremer Aufbaubank (BAB) bei Krediten zurückhaltend ist, zudem sind bürokratische Hürden zu nehmen (z. B. lange Bearbeitungszeiten), ebenso häufig: geringe Wertschätzung der Unternehmer.
- Anmietung kleinerer Flächen bis zu 500m² schwierig aufgrund der knappen Flächenverfügbarkeit
- Für Gründungen spielt die Nationalität keine Rolle, Frauen sind eher eine Ausnahme, Alter der Gründer zwischen 30 und 40 Jahren.
- Entscheidende Qualifikation ist der Praxisbezug.

Kundenstruktur

- Hoher Stellenwert des verarbeitenden Gewerbes sowie der Logistik selbst (bestätigt HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung, nach der etwa 30 Prozent der Kunden aus dem Bereich des verarbeitenden Gewerbes und 30 Prozent aus dem Bereich der Logistik kommen), dennoch fehlt Industrie am Standort Bremen bspw. im Vergleich zu Hamburg.
- Automobilwirtschaft und Flugzeugbau als prägende Branchen für die Logistik am Standort Bremen.
- Nach wie vor Trend zur Kontraktlogistik.
- Hemmnisse bei der Gewinnung neuer Kunden aufgrund bremischer Regulierungen wie beispielsweise dem Verbot der Durchfahrt von LangLKW's oder der Aufgabe des Universalhafenstatus sowie die damit einhergehender Planungsunsicherheit in Bezug auf die Bremer Verkehrspolitik.

Netzwerke und Kooperationen

- Hoher Kooperationsanteil innerhalb der Logistik (bestätigt HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung, nach der 80 Prozent der Geschäftspartner von Logistikunternehmen wiederum Logistikunternehmen sind), auch wichtig: Immobilienunternehmen.
- Eigene Distributionsnetze innerhalb der Konzerngruppen durchaus problematisch (Insourcing).
- Kooperationen mit der Wissenschaft noch weiter ausbaufähig.
- BVL regional nicht so bedeutsam, hier eher Bremische Hafenvertretung e. V. (BHV) und Via Bremen von Relevanz (Letztere allerdings gerade im Umbruch).

Beschäftigung

- Das Durchschnittsalter der Belegschaften steigt, tendenziell nimmt die Anzahl an Mitarbeitern mit Migrationshintergrund zu, der Frauenanteil ist relativ gering.
- Anteil an Akademikern in der Branche gering (der Anteil von etwa 10 Prozent, der sich gemäß der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zeigt, wird als realistisch bestätigt).
- Fachkräftemangel liegt für die Gruppe der Berufskraftfahrer bereits vor, ebenfalls zeichnet sich eine Knappheit beim Führungskräftenachwuchs ab (hier auch Verfall gesellschaftlicher Werte zu beobachten) sowie bei anderen anspruchsvolleren Berufsgruppen wie bspw. Speditionskaufmann etc.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Thema, insbesondere im Hinblick auf den kommenden Fachkräftemangel, Bereitschaft der Unternehmen hier neue Angebote zu unterbreiten, steigt.

Innovationen

- IT-Fähigkeit von herausragender Bedeutung, hier ist teilweise die Ausbildung in den Berufsschulen noch nicht auf dem neuesten Stand, ebenso wird die Bedeutung von social media in der Branche tendenziell wohl eher unterschätzt.
- Im Bereich der Telematik gibt es weiterhin große Entwicklungstrends.
- Unterstützungsmaßnahmen durch das Land Bremen für Innovation werden nicht direkt gesehen, eher Verbesserung der Rahmenbedingungen (Unternehmerkultur!) und der bürokratischen Hemmnisse.

Standort

- Der Anschluss zu den Häfen ist optimal und ist einer der Hauptgründe für die Ansiedlung (Zentralität in der Nordrange).
- Der Standort verliert allerdings stark an Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere auch aufgrund der bremischen Verkehrspolitik, zum Beispiel fehlender Ringschluss..
- Die politische Unterstützung ist nicht optimal. Dies gilt insbesondere für die Themen Lang-LKW und Atomtransporte über die bremischen Häfen. Vordergründig liegt dies daran, dass Verkehr/Logistik an für sich ist nicht positiv besetzt ist (Stichwort: Externe Effekte). Ebenso schwierig: fehlende Begeisterung fürs Unternehmertum.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Der Außenhandel wird weiter zunehmen, weitere große Wachstumstreiber sind der Internethandel und die Europäisierung.
- Entwicklungshemmnisse sind die bremische Politik, zum Beispiel der ausbleibende Ringschluss der A 281 (Weserquerung) und die Bürokratie.

GVZ Entwicklungsgesellschaft

(Gespräch am 27.09.2013)

Die GVZe setzt sich für den komplexen Leistungsverbund des GVZ Bremen ein. Durch die Übernahme von Managementfunktionen initiiert und moderiert sie Kooperationsaktivitäten, in denen Synergieeffekte erkannt und Kostenvorteile im Interesse der angesiedelten Unternehmen erwirtschaftet werden. Des Weiteren ist die GVZe Service- und Kommunikationsplattform der beteiligten Unternehmen und Institutionen.

(Quelle: www.gvz-bremen.de)

Ansprechpartner

Ralph Sandstedt
Geschäftsführer
Svetlin Ivanov
Assistent der Geschäftsführung

Tel.: +49 421 542074
Fax: +49 421 547405
ivanov@gvz-bremen.de

GVZ Entwicklungsgesellschaft
Bremen GmbH
Ludwig-Erhard-Straße 15
28197 Bremen

Gründungsaktivitäten

- Trend zur Ansiedlung im GVZ bis auf kurze Einbrüche nach der Krise positiv, zudem steigt der Flächenbedarf der Unternehmen.

- Durch das Wachstum der Logistikbranche, insbesondere im Bereich des Internetversands, gibt es viele Marktlücken: Outsourcing von Wertschöpfungslogistik an die Kleinstunternehmen (z. B. im Paketdienst von Einmann-Betrieben).
- Insgesamt Branche mit vielen älteren Unternehmen (bestätigt Ergebnisse der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung).
- Es gibt im GVZ wenige Unternehmensgründungen im eigentlichen Sinne, sondern zumeist Ansiedlungen von Niederlassungen bereits bestehender Unternehmen.
- Top GVZ Platzierung in Europa. Die Lage ist sehr gut, und Logistik zieht Logistik. Kombiniertes Ladeverkehr und eigene Gleisanschlüsse für die Kunden, sowie weitere notwendige Infrastruktur ist vorhanden und schafft eine gute Ausgangssituation für die Neuansiedlung von Unternehmen.
- Der Anschluss zu den Häfen ist optimal und ist einer der Hauptgründe für die Ansiedlung (Zentralität in der Nordrange).
- Ein Gründungs- und Entwicklungshemmnis ist allerdings der ausbleibende Ringschluss der A 281 (Weserquerung).
- Das GVZ ist eher in Ergänzung, nicht in Konkurrenz zu den (Hafen-)Strukturen in Bremerhaven zu sehen.
- Schleppende Ansiedlung rund um den JadeWeserPort könnte eine Chance sein für das GVZ, da die Ladungen solange eher noch in Bremen für den JadeWeserPort zusammengestellt werden – dies wird sich vermutlich ändern, sobald der Hafen stärker frequentiert wird und zusätzliche Konkurrenzangebote vor Ort entstehen.

Kundenstruktur

- Hoher Stellenwert des verarbeitenden Gewerbes sowie der Logistik selbst (bestätigt HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung, nach der etwa 30 Prozent der Kunden aus dem Bereich des verarbeitenden Gewerbes und 30 Prozent aus dem Bereich der Logistik kommen).
- Der Standort ist im Zusammenhang mit Bremerhaven zu sehen und die Kunden sind an der Abwicklung von Hafenverkehren im internationalen und europäischen Bereich interessiert.
- Auch generell bedeutender Anteil an ausländischen Kunden (40 Prozent gemäß den Ergebnissen der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung).
- Trends zur Kundenstruktur, verstärkt hin zu Kontraktlogistik (min. 3 bis 5 Jahresverträge für eine Gesamtlösung zw. Hersteller oder Händler von Gütern). Die Entwicklung ist nicht neu, hat aber immer noch Potenzial.
- Hemmnisse bei der Gewinnung neuer Kunden aufgrund bremischer Regulierungen wie beispielsweise dem Verbot der Durchfahrt von LangLKWs oder dem Atom-Umschlagsverbot in den Häfen sowie damit einhergehender Planungsunsicherheit in Bezug auf die Bremer Verkehrspolitik (z. B. Diskussion zu Lärmemissionen, Ausnahmeregelungen für Schwertransporte).

Netzwerke und Kooperationen

- Hoher Kooperationsanteil innerhalb der Logistik (bestätigt HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung, nach der 80 Prozent der Geschäftspartner von Logistikunternehmen wiederum Logistikunternehmen sind), bspw. bei der Ganz-Zug-Zusammenstellung im Transport per Schiene.
- Bedingt durch die weltweite Arbeitsteilung und Komplexität gibt es einen Zuwachs beziehungsweise Wettbewerbsstärkung bei den großen Logistikunternehmen, auch insbesondere im Hinblick auf das wachsende Marktsegment Kontraktlogistik. Hieraus entstehen aber auch Randwertschöpfungen durch Outsourcing für Kleinstunternehmen (z. B. Paketdienste).
- Zahlreiche Kooperation der Logistikunternehmen mit den (bremischen) Hochschulen, u. a. auch in dualen Ausbildungsgängen.
- Bremische Clusterpolitik ist von enormer Bedeutung für die Entwicklung des GVZ durch die logistische Nachfrage, desgleichen steht im Vordergrund die Verkehrspolitik (z. B. Ringschluss der Autobahn).

Beschäftigung

- Das Durchschnittsalter der Belegschaften steigt, tendenziell nimmt die Anzahl an Mitarbeitern mit Migrationshintergrund zu.
- Der Frauenanteil ist relativ gering, Ausnahme sind die Verwaltungen der Unternehmen.

- Anteil an Akademikern in der Branche gering (der Anteil von etwa 10 Prozent, der sich gemäß der HWWI/ZEW-Unternehmensbefragung zeigt, wird als realistisch bestätigt).
- Die Gruppe der Berufskraftfahrer wird im Angebot immer knapper, das heißt, dass im Lagerfuhrpark die größten Rekrutierungsprobleme entstehen könnten (Führerscheinklasse 2).
- Dennoch gibt es allgemein in der Logistik mehr Bewerber für einen Ausbildungsberuf als Angebote.
- Die Fachkräfte kommen überall aus dem Land, insbesondere aus dem niedersächsischen Umland, aber auch aus dem Ausland.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Thema, insbesondere im Hinblick auf den kommenden Fachkräftemangel.
- Die Ausbildungssituation ist gut im Bremen (u. a. duale Studiengänge, DAV [Deutsche Außenhandels- und Verkehrs-Akademie], Studienschwerpunkte in Logistik an den bremischen Hochschulen).

Innovationen

- Im Bereich der Telematik gibt es weiterhin große Entwicklungstrends.
- Auch wird im Bereich der city logistics viel diskutiert, allerdings bleibt das Thema theoretischer Natur (vermutlich Bedeutungsanstieg, sollte Bremen eine City-Maut einführen).
- Unterstützungsmaßnahmen durch das Land Bremen für Innovation werden nicht direkt gesehen. Im grenzüberschreitenden Verkehr gibt es bei der Vereinheitlichung von Papieren/Administration (vermutlich) noch die größten und wesentlichen Entwicklungspotenziale.

Standort

- Der Standort ist gut, aber nicht sehr gut und verliert an Wettbewerbsfähigkeit, da der Ringschluss nicht vollendet wird.
- Das GVZ ist untrennbar auch mit dem Erfolg Bremerhavens verbunden.
- Die politische Unterstützung ist nicht optimal. Dies gilt insbesondere für die Themen Lang-LKW und Atomtransporte über die bremischen Häfen. Vordergründig liegt dies daran, dass Verkehr/Logistik an für sich ist nicht positiv besetzt ist (Stichwort: Externe Effekte).
- Politische Rahmenbedingungen sind allerdings keine harten Standortfaktoren, sondern weiche Standortfaktoren.

Wachstumspotenziale und -hemmnisse

- Der größte Wachstumstreiber sind der Internethandel (Direktversand zum Kunden) und die Globalisierung.
- Hemmnisse werden in der Verkehrsinfrastruktur gesehen (z. B. A281).
- Der Außenhandel wird weiter zunehmen, insbesondere im In- und Export.

A5 | Tabellen mit Anzahl von Betrieben und SV-Beschäftigten nach Wirtschaftszweig

Wirtschaftsabschnitte (WZ 2008)	WZ 2008	Anzahl Betriebe			Umsatz ¹		
		Insg.	KMU	≥ 50 Mio.	Insg.	KMU	≥ 50 Mio.
					Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A	52	*	*	119	*	*
Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	B	4	4	–	11	11	–
verarbeitendes Gewerbe	C	1.367	1.327	40	18.852	3.250	15.602
Energie - und Wasservers., Entsorgungsw.	D, E	312	301	11	4.068	583	3.485
Energieversorgung	D	270	262	8	3.551	443	3.108
WassVers, Abwasser/ Abfall, Umweltverschm.	E	42	39	3	517	139	378
Baugewerbe	F	1.855	1.847	8	2.978	1.851	1.127
Handel; Instandhalt. u. Rep. v. Kfz	G	4.853	4.772	81	24.116	7.829	16.286
Verkehr und Lagerei	H	1.301	1.276	25	6.018	3.029	2.989
Gastgewerbe	I	1.652	1.652	–	491	491	–
Information und Kommunikation	J	933	*	*	917	*	*
Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	K	225	*	*	327	*	*
Wirtschaftliche Dienstleistungen	L, M, N	7.049	*	*	5.804	*	*
Grundstücks- und Wohnungswesen	L	1.987	*	*	1.787	*	*
freiberufl., wissensch. u. techn. DL	M	3.776	3.769	7	2.652	1.573	1.079
sonstige wirtschaftliche DL	N	1.286	1.283	3	1.366	906	459
Erziehung und Unterricht	P	312	312	–	73	73	–
Gesundheits- und Sozialwesen	Q	425	*	*	572	*	*
Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstl.	R, S	2.258	*	*	550	*	*
Kunst, Unterhaltung und Erholung	R	709	*	*	248	*	*
Erbringung v. sonstigen Dienstleistungen	S	1.549	1.549	–	302	302	–

1 Nur umsatzsteuerpflichtige Unternehmen mit mehr als 17.500 Euro Jahresumsatz.

* Anonymisierung aufgrund datenschutzrechtlicher Geheimhaltung

Quelle: Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Landesamtes Bremen.

Wirtschaftsabschnitte (WZ 2008)	WZ 2008	Anzahl SV-Beschäftigten 2012			
		Insg.	KMU (≥ 500)	KMU (< 500)	Anteil KMU
					%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A	196	–	196	100,0
Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	B	19	–	19	100,0
verarbeitendes Gewerbe	C	56.114	27.139	28.975	51,6
Energie - und Wasservers., Entsorgungsw.	D, E	4.935	1.821	3.114	63,1
Energieversorgung	D	2.099	*	*	*
WassVers, Abwasser/ Abfall, Umweltverschm.	E	2.829	*	*	*
Baugewerbe	F	11.754	–	11.754	100,0
Handel; Instandhalt. u. Rep. v. Kfz	G	39.844	*	*	*
Verkehr und Lagerei	H	34.070	11.672	22.398	65,7
Gastgewerbe	I	8.438	–	8.438	100,0
Information und Kommunikation	J	8.522	*	*	*
Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	K	8.722	*	*	*
Wirtschaftliche Dienstleistungen	L, M, N	50.393	3.239	47.154	93,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	L	3.440	*	*	*
freiberufl., wissensch. u. techn. DL	M	20.993	*	*	*
sonstige wirtschaftliche DL	N	25.960	*	*	*
Erziehung und Unterricht	P	12.572	*	*	*
Gesundheits- und Sozialwesen	Q	34.974	10.459	24.515	70,1
Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstl.	R, S	13.978	*	*	*
Kunst, Unterhaltung und Erholung	R	3.321	*	*	*
Erbringung v. sonstigen Dienstleistungen	S	10.657	*	*	*

*Anonymisierung aufgrund datenschutzrechtlicher Geheimhaltung

Quelle: Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Landesamtes Bremen.

A6 | Strategien zur Erreichung der Unternehmensziele in mittelständischen Unternehmen der UDL im Land Bremen

Strategie	UDL ¹							insgesamt
	Logistik	Finanzen	Beratung	Kreativität	Technik	Information	Büro/Produzenten	
	%	%	%	%	%	%	%	%
Erschließung neuer Märkte in Europa	34	0	1	0	53	2	19	27
Erschließung neuer Märkte außerhalb Europas	49	0	0	0	40	2	1	32
Verringerung der internen Betriebskosten	39	63	13	22	54	5	58	40
Verringerung der Kosten für Material, Vorleistungen	33	0	26	64	52	5	40	33
Verbesserung der Qualität von Produkten/Dienstleistungen	50	32	23	35	71	30	97	53
Einführung neuer/verbesserter Produkte/Dienstleistungen	11	32	3	16	27	30	64	20
Intensivierung bzw. Verbesserung des Marketings	14	16	3	16	16	25	51	18
Erhöhung der Flexibilität der internen Organisation	39	32	26	17	41	5	39	35
Bildung von Allianzen oder Kooperationen	3	78	0	3	18	0	0	9

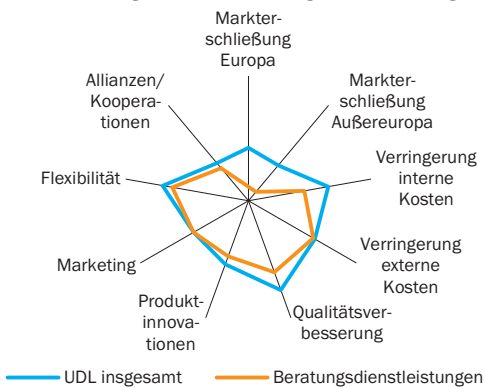
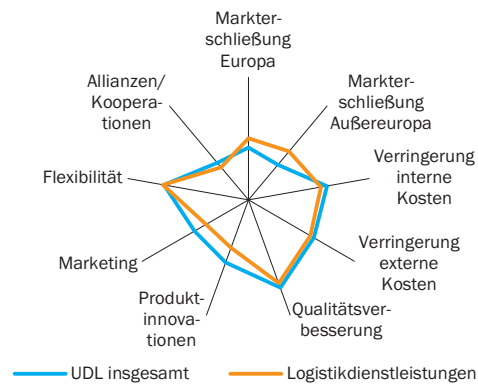
1 Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz), für die die jeweilige Strategie eine hohe Bedeutung hat.

A7 | Hindernisse für die Erreichung der Unternehmensziele in mittelständischen Unternehmen der UDL im Land Bremen

Hindernis	UDL ¹							insgesamt
	Logistik	Finanzen	Beratung	Kreativität	Technik	Information	Büro/Produzenten	
	%	%	%	%	%	%	%	%
starker Preiswettbewerb	69	63	12	21	49	5	92	60
starker Wettbewerb bei Produktqualität und Marketing	15	63	5	20	18	25	52	22
fehlende Nachfrage	22	16	3	1	37	2	40	22
Innovationen durch Wettbewerber	5	0	0	9	25	0	1	6
Marktbeherrschung durch Wettbewerber	14	5	2	1	37	2	18	14
Mangel an Fachpersonal	1	0	18	4	5	5	57	9
Mangel an Finanzierungsquellen	7	16	0	3	12	0	3	7
hohe Kosten für den Zugang zu neuen Märkten	3	0	0	4	10	5	17	5
hohe Kosten von Regulierung/gesetzlichen Anforderungen	5	62	2	3	9	0	8	9

1 Anteil an allen Unternehmen (gewichtet mit deren Umsatz), für die das jeweilige Hindernis eine hohe Bedeutung hat.

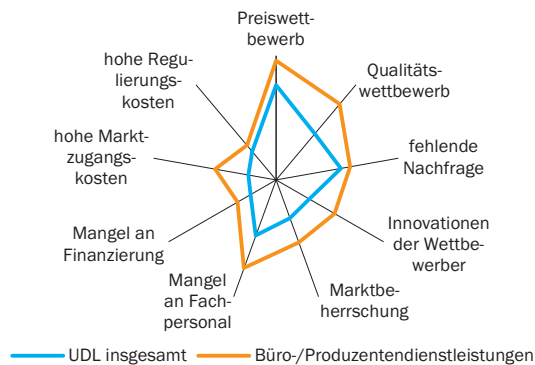
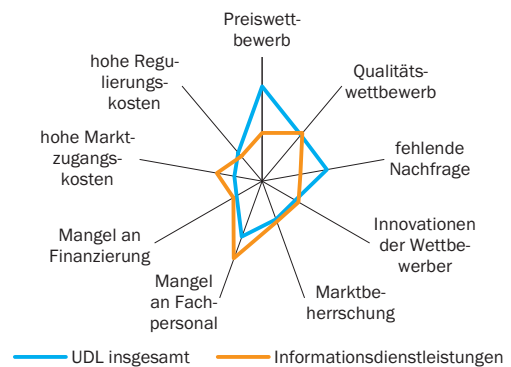
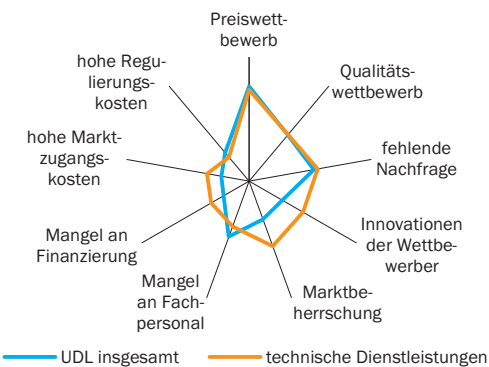
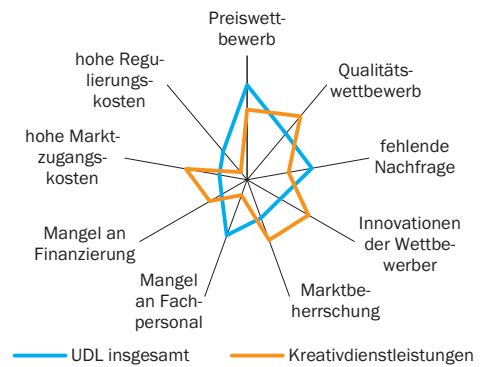
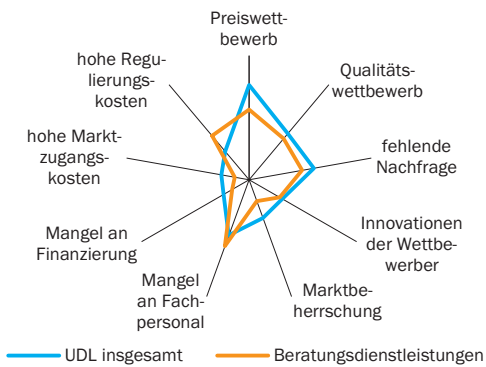
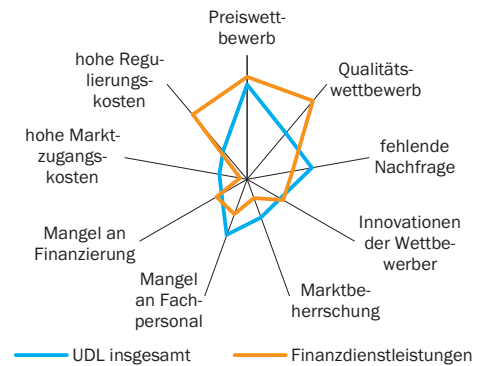
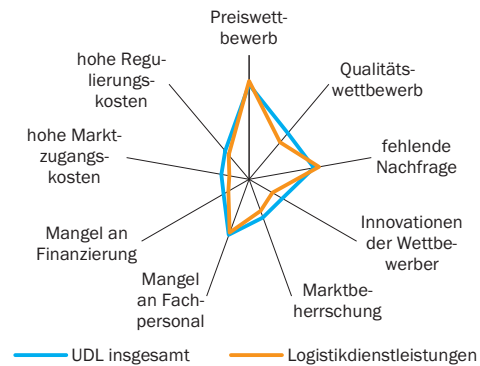
A8 | Strategien zur Erreichung der Unternehmensziele in den UDL im Land Bremen



Alle Angaben sind umsatzgewichtete Mittelwerte der Stichprobe der Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten.

Quellen: Mannheimer Innovationspanel (ZEW); HWWI/ZEW.

A9 | Hindernisse für die Erreichung von Unternehmenszielen in den UDL im Land Bremen



Alle Angaben sind umsatzgewichtete Mittelwerte der Stichprobe der Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten.

Quellen: Mannheimer Innovationspanel (ZEW); HWWI/ZEW.

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner:

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Carsten Ullrich	0421-361-8853
Elke Blohm	0421-361-8419

carsten.ullrich@wuh.bremen.de
elke.blohm@wuh.bremen.de

HWWI Bremen

Dr. Christina Wilke	0421-2208-240
---------------------	---------------

wilke@hwwi.org

ZEW

Dr. Christian Rammer	0621-1235-184
----------------------	---------------

rammer@zew.de
